

Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung

Die Forschungseinrichtung der
Bundesagentur für Arbeit

IAB

IAB-Forschungsbericht

13/2013

Aktuelle Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren für die Neuabgrenzung des GRW-Regionalfördergebietes ab 2014

Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe
„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie

Barbara Schwengler
Emanuel Bennewitz

ISSN 2195-2655

Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren für die Neuabgrenzung des GRW-Regionalfördergebietes ab 2014

Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe
„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)
Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie

Barbara Schwengler (IAB)

Emanuel Bennewitz (IAB)

Berechnung der Bruttolohn- und Gehaltssummen oberhalb der Beitragsbemessungs-
grenze und der Fernpendleranteile:

Ekaterini Sdogou (Steinbeis-Transferzentrum Angewandte Systemanalyse - STASA)

Philipp Liedl (STASA)

Günter Haag (STASA)

Mit der Publikation von Forschungsberichten will das IAB der Fachöffentlichkeit Einblick in
seine laufenden Arbeiten geben. Die Berichte sollen aber auch den Forscherinnen und For-
schern einen unkomplizierten und raschen Zugang zum Markt verschaffen. Vor allem längere
Zwischen- aber auch Endberichte aus der empirischen Projektarbeit bilden die Basis der
Reihe.

By publishing the Forschungsberichte (Research Reports) IAB intends to give professional
circles insights into its current work. At the same time the reports are aimed at providing
researchers with quick and uncomplicated access to the market.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	11
Abstract.....	11
1 Einleitung.....	12
2 Arbeitsmarktindikatoren.....	15
2.1 Arbeitslosigkeit von 2007 bis 2011.....	16
2.1.1 Entwicklung der Arbeitslosigkeit.....	17
2.1.1.1 Arbeitslosigkeit im Jahr 2007.....	18
2.1.1.2 Arbeitslosigkeit im Jahr 2008.....	19
2.1.1.3 Arbeitslosigkeit im Jahr 2009.....	20
2.1.1.4 Arbeitslosigkeit im Jahr 2010.....	21
2.1.1.5 Arbeitslosigkeit im Jahr 2011.....	22
2.1.1.6 Entwicklung von Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot von 2007 bis 2011.....	26
2.1.2 Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit.....	31
2.1.2.1 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2007.....	31
2.1.2.2 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2008.....	31
2.1.2.3 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2009.....	32
2.1.2.4 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2010.....	32
2.1.2.5 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2011.....	33
2.1.2.6 Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit von 2007 bis 2011.....	35
2.1.3 Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit.....	40
2.1.3.1 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2007.....	40
2.1.3.2 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2008.....	40
2.1.3.3 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2009.....	41
2.1.3.4 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2010.....	42
2.1.3.5 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2011.....	43
2.1.4 Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit.....	48
2.1.4.1 Entwicklung der Zahl der Langzeitarbeitslosen von 2007 bis 2011.....	48
2.1.4.2 Entwicklung des Anteils der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen von 2007 bis 2011.....	50
2.1.4.3 Unterschied zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitleistungsbezug.....	56
2.2 Beschäftigungsgrad am Arbeitsort.....	57
2.2.1 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Arbeitsort von 2007 bis 2011.....	58
2.2.1.1 Entwicklung der Beschäftigung am Arbeitsort zum Stichtag 30.06.....	59
2.2.1.2 Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.....	60
2.2.1.3 Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Arbeitsort.....	64
2.2.2 Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Arbeitsort von 2007 bis 2009.....	67
2.2.2.1 Entwicklung des Beschäftigungsvolumens am Arbeitsort.....	68
2.2.2.2 Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Volumen“ am Arbeitsort.....	70
2.3 Beschäftigungsgrad am Wohnort.....	73

2.3.1 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort von 2007 bis 2011.....	74
2.3.1.1 Entwicklung der Beschäftigung am Wohnort zum Stichtag 30.06.....	74
2.3.1.2 Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Wohnort.....	78
2.3.2 Einfluss von Grenzpendlern von 2007 bis 2011.....	83
2.3.2.1 Datengrundlage und methodisches Vorgehen	83
2.3.2.2 Entwicklung der Grenzpendlerzahl.....	84
2.3.2.3 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ mit Grenzpendlern	85
2.3.3 Einfluss von Fernpendlern von 2007 bis 2011	88
2.3.3.1 Datengrundlage und methodisches Vorgehen	88
2.3.3.2 Entwicklung der Fernpendlerzahl	89
2.3.3.3 Entwicklung des Anteils der Fernpendler an allen Beschäftigten.....	91
2.3.3.4 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ ohne Fernpendler	95
2.3.4 Korrigierter Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort von 2007 bis 2011 ..	98
2.3.5 Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort von 2007 bis 2009	101
2.3.5.1 Entwicklung des Beschäftigungsvolumens am Wohnort.....	101
2.3.5.2 Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Volumen“ am Wohnort.....	104
3 Einkommensindikatoren.....	106
3.1 Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung	107
3.1.1 Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2005 bis 2009	108
3.1.1.1 Entwicklung der Beschäftigung im Jahreszeitraum	108
3.1.1.2 Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme.....	111
3.1.1.3 Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen in Regionen mit hoher Kurzarbeit	118
3.1.1.4 Einfluss der geringfügigen Beschäftigung auf die Bruttolohn- und Gehaltssumme.....	122
3.1.2 Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem von 2005 bis 2009	126
3.1.2.1 Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem im Jahr 2005.....	135
3.1.2.2 Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem im Jahr 2009.....	135
3.1.2.3 Entwicklung des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem von 2005 bis 2009.....	140
3.2 Primäreinkommen und Bruttoinlandsprodukt	144
3.2.1 Entwicklung der Einwohner- und Erwerbstätigenzahlen von 2005 bis 2009	144
3.2.1.1 Entwicklung der Einwohnerzahl	145
3.2.1.2 Entwicklung der Erwerbstätigenzahl.....	145
3.2.2 Primäreinkommen von 2005 bis 2009	149
3.2.2.1 Allgemeine Beschreibung	149
3.2.2.2 Umrechnung auf den aktuellen Gebietsstand.....	149
3.2.2.3 Primäreinkommen pro Einwohner	150
3.2.3 Bruttoinlandsprodukt von 2005 bis 2009.....	155
3.2.3.1 Allgemeine Beschreibung	155
3.2.3.2 Umrechnung auf den aktuellen Gebietsstand.....	156
3.2.3.3 Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner.....	157
3.2.3.4 Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem	160

4	Modellrechnungen zur Neuabgrenzung des GRW-Regionalfördergebietes ab 2014.....	169
4.1	Transformations- und Verknüpfungsverfahren.....	169
4.2	Korrelationsbeziehungen zwischen den Einzelindikatoren.....	170
4.2.1	Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote 2008-2011 und dem korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010	172
4.2.2	Korrelation zwischen dem korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 und dem Infrastrukturindikator	172
4.2.3	Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote 2008 - 2011 und dem korrigierten Beschäftigungsgrad 2011	173
4.3	Gesamtindikatormodell.....	174
	Literatur	186
5	Anhang – Methodische Erläuterungen	192
5.1	Berechnung der Arbeitslosenquote.....	192
5.2	Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquote	194
5.3	Zuständigkeiten bei der Betreuung von Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen.....	197
5.4	Methodische Erläuterungen zur Berechnung der Beschäftigungsgrade am Stichtag und im Volumen.....	199
5.5	Methode zur Berechnung der Fernpendler	201
5.6	Datengrundlage der Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.....	203
5.7	Korrekturverfahren zur Berechnung der Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze	204
5.8	Komponenten und Datenquellen des Primäreinkommens	209
5.9	Übersichtstabelle zur Datenverfügbarkeit	210

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 absolut	23
Tabelle 2	Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 und im Vierjahresdurchschnitt 2008 bis 2011 in Prozent	23
Tabelle 3	Entwicklung von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage in ausgewählten ostdeutschen Arbeitsmarktregionen	29
Tabelle 4	Entwicklung von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage in ausgewählten westdeutschen Arbeitsmarktregionen	30
Tabelle 5	Zahl der arbeitslosen Frauen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 absolut.....	36
Tabelle 6	Frauenarbeitslosenquoten* im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 und Frauenarbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2008 bis 2011 in Prozent.....	37

Tabelle 7	Frauenarbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 und Frauenarbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2008 bis 2011 in Prozent.....	37
Tabelle 8	Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 absolut	44
Tabelle 9	Jugendarbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt von 2008 bis 2011 und im Vierjahresdurchschnitt 2008 bis 2011 in Prozent	45
Tabelle 10	Jugendarbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 und im Vierjahresdurchschnitt 2008 bis 2011 in Prozent	45
Tabelle 11	Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011	49
Tabelle 12	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011	51
Tabelle 13	Zahl der Beschäftigten zum 30.06. am Arbeitsort von 2007 bis 2011 ...	59
Tabelle 14	Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zum 31.12. von 2007 bis 2010	61
Tabelle 15	Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Arbeitsort von 2007 bis 2011	65
Tabelle 16	Beschäftigungsvolumen am Arbeitsort (Jahressumme) von 2007 bis 2009	68
Tabelle 17	Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Arbeitsort von 2007 bis 2009	71
Tabelle 18	Zahl der Beschäftigten zum 30.06. am Wohnort von 2007 bis 2011	75
Tabelle 19	Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Wohnort von 2007 bis 2011	79
Tabelle 20	Entwicklung der Grenzpendlerzahlen von 2007 bis 2011	85
Tabelle 21	Entwicklung der Fernpendlerzahlen von 2007 bis 2011.....	91
Tabelle 22	Anteil der Fernpendler an allen Beschäftigten von 2007 bis 2011	92
Tabelle 23	Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. mit Fernpendlern und ohne Fernpendler von 2007 bis 2011	96
Tabelle 24	Beschäftigungsvolumen am Wohnort (Jahressumme) von 2007 bis 2009	101
Tabelle 25	Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort von 2007 bis 2009	104
Tabelle 26	Bruttolohn- und Gehaltssumme am Arbeitsort (Jahressumme) von 2005 bis 2010 in Mio. Euro	113
Tabelle 27	Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem am Arbeitsort von 2005 bis 2010 in Euro.....	140
Tabelle 28	Primäreinkommen pro Einwohner von 2005 bis 2009.....	151
Tabelle 29	Nominales Bruttoinlandsprodukt von 2005 bis 2009 in Mio. Euro	158
Tabelle 30	Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner von 2005 bis 2009 ...	159
Tabelle 31	Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem von 2005 bis 2009	161
Tabelle 32	Korrelationen und Varianzen der Einzelindikatoren	171
Tabelle 33	Korrelationen der Einzelindikatoren mit dem Gesamtindikator.....	177
Tabelle 34	Modellrechnungen zum Gesamtindikator	179

Tabelle 35	Jährliche Beitragsbemessungsgrenzen für West- und Ostdeutschland für die Jahre 2005 bis 2010 in Euro	205
Tabelle 36	Berechnungskomponenten des Primäreinkommens	209
Tabelle 37	Übersichtstabelle zur Datenverfügbarkeit der Arbeitsmarktindikatoren.....	210
Tabelle 38	Übersichtstabelle zur Datenverfügbarkeit der Einkommensindikatoren	211

Kartenverzeichnis

Karte 1	Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2011 in Prozent	24
Karte 2	Entwicklung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 in Prozent.....	25
Karte 3	Frauenarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2011 in Prozent.....	38
Karte 4	Entwicklung der Frauenarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 in Prozent	39
Karte 5	Jugendarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2011 in Prozent	46
Karte 6	Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 in Prozent	47
Karte 7	Entwicklung der Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 in Prozent	50
Karte 8	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2007 in Prozent	53
Karte 9	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2011 in Prozent	54
Karte 10	Entwicklung des Anteils der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 in Prozentpunkten.....	55
Karte 11	Anteil der Langzeitleistungsbezieher mit mindestens 50 Monaten Leistungsbezug an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern im Juni 2011 in Prozent	57
Karte 12	Entwicklung der Beschäftigung zum 30.06. am Arbeitsort von 2007 bis 2011 in Prozent	60
Karte 13	Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zum 31.12. von 2007 bis 2010 in Prozent.....	63
Karte 14	Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Arbeitsort 2011 in Prozent	66
Karte 15	Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ zum 30.06. am Arbeitsort von 2007 bis 2011 in Prozentpunkten	67
Karte 16	Entwicklung des Beschäftigungsvolumens am Arbeitsort (Jahressumme) von 2007 bis 2009 in Prozent.....	69
Karte 17	Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Arbeitsort 2009 in Prozent.....	72
Karte 18	Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Volumen“ am Arbeitsort von 2007 bis 2009 in Prozentpunkten	73

Karte 19	Entwicklung der Beschäftigung zum 30.06. am Wohnort von 2007 bis 2011 in Prozent	77
Karte 20	Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Wohnort 2011 in Prozent	81
Karte 21	Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ zum 30.06. am Wohnort von 2007 bis 2011 in Prozentpunkten	82
Karte 22	Unterschiede zwischen den Beschäftigungsgraden nach Berücksichtigung der Grenzpendler in Prozentpunkten	87
Karte 23	Entwicklung der Zahl der Fernpendler zum 30.06. von 2007 bis 2011..	93
Karte 24	Entwicklung des Fernpendleranteils an allen Beschäftigten zum 30.06. am Wohnort von 2007 bis 2011	94
Karte 25	Anteil der Fernpendler an allen Beschäftigten zum 30.06. im Jahr 2011	95
Karte 26	Unterschiede zwischen den Beschäftigungsgraden 2011 nach Berücksichtigung der Fernpendler in Prozentpunkten	97
Karte 27	Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Wohnort 2011 vor Berücksichtigung von Grenz- und Fernpendlern.....	99
Karte 28	Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Wohnort 2011 nach Berücksichtigung von Grenz- und Fernpendlern.....	100
Karte 29	Entwicklung des Beschäftigungsvolumens am Wohnort (Jahressumme) von 2007 bis 2009 in Prozent.....	103
Karte 30	Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort 2009 in Prozent	105
Karte 31	Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Volumen“ am Wohnort von 2007 bis 2009 in Prozentpunkten	106
Karte 32	Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Entgeltangabe (Jahressumme) von 2005 bis 2009 in Prozent	110
Karte 33	Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Entgeltangabe (Jahressumme) von 2009 bis 2010 in Prozent	111
Karte 34	Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2005 bis 2009 in Prozent.....	114
Karte 35	Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2005 bis 2008 in Prozent.....	115
Karte 36	Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2008 bis 2009 in Prozent.....	116
Karte 37	Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2009 bis 2010 in Prozent.....	117
Karte 38	Kurzarbeiterquote im Juni 2009 und Beschäftigungsentwicklung von Juni 2008 bis Juni 2009.....	120
Karte 39	Kurzarbeiterquote im Juni 2009 und Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2008 bis 2009	121
Karte 40	Entwicklung der Zahl der geringfügig Beschäftigten (Jahressumme) von 2005 bis 2009 in Prozent.....	125
Karte 41	Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme der geringfügig Beschäftigten von 2005 bis 2009 in Prozent.....	126

Karte 42	Regionale Korrektur der Bruttolohn- und Gehaltssumme 2009 in Prozent.....	128
Karte 43	Anteil der Beschäftigten mit Bruttojahreslöhnen über der Beitragsbemessungsgrenze 2005	132
Karte 44	Anteil der Beschäftigten mit Bruttojahreslöhnen über der Beitragsbemessungsgrenze 2009	133
Karte 45	Anteil der Beschäftigten mit Bruttojahreslöhnen über der Beitragsbemessungsgrenze 2010	134
Karte 46	Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2005	137
Karte 47	Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2009	138
Karte 48	Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010	139
Karte 49	Entwicklung des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem von 2005 bis 2009.....	142
Karte 50	Entwicklung des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem von 2009 bis 2010.....	143
Karte 51	Entwicklung der Einwohnerzahl (Jahresdurchschnitt) von 2005 bis 2009	147
Karte 52	Entwicklung der Erwerbstätigenzahl (Jahresdurchschnitt) von 2005 bis 2009	148
Karte 53	Primäreinkommen pro Einwohner 2009 in Euro	153
Karte 54	Entwicklung des Primäreinkommens pro Einwohner von 2005 bis 2009 in Prozent.....	154
Karte 55	Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2009	163
Karte 56	Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner von 2005 bis 2009 in Prozent.....	164
Karte 57	Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem 2009	165
Karte 58	Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes pro Erwerbstätigem von 2005 bis 2009 in Prozent	166
Karte 59	Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner von 2008 bis 2009 in Prozent	167
Karte 60	Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes pro Erwerbstätigem von 2008 bis 2009 in Prozent	168
Karte 61	Rangfolge der strukturschwachen Regionen in Deutschland.....	178

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.....	17
Abbildung 2	Unterschiede zwischen den Beschäftigungsgraden nach Berücksichtigung der Grenzpendler	85
Abbildung 3	Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote 2008 - 2011 und dem korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010.....	172
Abbildung 4	Korrelation zwischen dem korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 und dem Infrastrukturindikator	173

Abbildung 5	Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote 2008 - 2011 und dem korrigierten Beschäftigungsgrad 2011.....	174
Abbildung 6	Arbeitslose nach Rechtskreisen in Prozent.....	198
Abbildung 7	Langzeitarbeitslose nach Rechtskreisen in Prozent.....	198
Abbildung 8	Einkommensverteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in West- und Ostdeutschland im Jahr 2009	205
Abbildung 9	Gemessene und korrigierte Einkommensverteilung aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in West- und Ostdeutschland.....	207
Abbildung 10	Anpassung der Einkommensverteilung für Berlin 2009.....	208

Zusammenfassung

Dieser Forschungsbericht enthält die Ergebnisse des Gutachtens „Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren für die Neuabgrenzung des GRW-Regionalfördergebietes ab 2014“ vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Zusammenarbeit mit dem Steinbeis-Transferzentrum Angewandte Systemanalyse (STASA), Stuttgart. Das Gutachten wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im Auftrag der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) vergeben. Zusammen mit zwei weiteren Gutachten, eines zur Berechnung des Infrastrukturindikators vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und eines zur Prognose der Erwerbstätigenentwicklung von 2011 bis 2018 von Prof. Bade der Universität Dortmund, bildete es die Grundlage für die Neuabgrenzung der deutschen Fördergebiete für die Förderperiode 2014 bis 2020. Dieser Bericht enthält die regionalen Ergebnisse einer Vielzahl von Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren, die für die letzten fünf Jahre bis zum aktuellen Rand für 402 Kreise und 258 Arbeitsmarktregionen berechnet wurden. Zur Ermittlung der Rangfolge von strukturschwachen zu strukturstärkeren Regionen wurde ein Gesamtindikator aus vier Indikatoren mit unterschiedlicher Gewichtung gebildet, der ebenfalls in diesem Bericht präsentiert wird. In diesen Gesamtindikator flossen die Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt von 2009 bis 2012, der Bruttojahreslohn pro Beschäftigten des Jahres 2010, der Infrastrukturindikator und die Erwerbstätigenprognose für die Jahre 2011 bis 2018 ein.

Abstract

This paper presents the results of an expert opinion prepared by the Institute for Employment Research in cooperation with the Steinbeis Transfer Centre Applied System Analysis (STASA), Stuttgart, to calculate “labour market and income indicators for identifying regions that are eligible for regional aid for the period starting 2014”. This expert opinion was commissioned by the Federal Ministry of Economics and Technology on behalf of the Joint Task “Improvement of the Regional Economic Structure”. Together with two other regional indicators, a regional level of provision of infrastructure, prepared by the Federal Institute for Research on Building, Urban Affairs and Spatial Development (BBSR) within the Federal Office for Building and Regional Planning (BBR), and a forecast of the labour force, prepared by Prof. Bade of the University of Dortmund, these indicators are a basis for identifying regions that are eligible for regional aid for the period 2014-2020. This paper presents the regional results for several labour market and income indicators that were calculated for the last five years on the regional level of 402 districts and 258 labour market regions. Finally, a general indicator was built by four differently weighted indicators to find a ranking for the most eligible regions, and is presented in this paper as well. This general indicator includes the unemployment rate for the years 2009-2012, the average income per employee in 2010, an indicator of infrastructure and the forecast of the labour force for the years 2011 - 2018.

1 Einleitung

Dieser IAB-Forschungsbericht enthält die Ergebnisse des Gutachtens für die Berechnung von „Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren für die Neuabgrenzung des GRW-Regionalfördergebietes ab 2014“ vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Kooperation mit dem Steinbeis-Transferzentrum Angewandte Systemanalyse (STASA). Diese Arbeiten dienten als Grundlage zur Identifizierung strukturschwacher Regionen für die Neuabgrenzung des deutschen Regionalfördergebietes für die Förderperiode 2014 bis 2020. Hierfür hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im Auftrag der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) Anfang 2012 drei Gutachten zur Berechnung einer Vielzahl von regionalen Indikatoren in Auftrag gegeben. Die GRW setzt gezielte Wachstumsimpulse in strukturschwachen Regionen, indem sie gewerbliche Investitionen und Investitionen in die kommunale wirtschaftsnahe Infrastruktur fördert. Das Investitionsvolumen der gewerblichen Wirtschaft betrug von 1991 bis 2012 über 236 Milliarden Euro, von denen über 44 Milliarden Euro von der GRW bewilligt wurden. Mit der Investitionsförderung sollen die Arbeitsplatzversorgung und die Einkommenslage in diesen Regionen gestärkt werden, um dazu beizutragen, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen herzustellen. Aus diesem Grund sollten mit den Gutachten solche Indikatoren berechnet werden, die die Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation in den Regionen möglichst umfassend abbilden können. Ergänzend hierzu wurden auch soziale Aspekte betrachtet, wie z. B. die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen oder Frauen und die Langzeitarbeitslosigkeit.

Verschiedene Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren wurden vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung berechnet, der Infrastrukturindikator vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und die Erwerbstätigenprognose wurde von Prof. Bade der Universität Dortmund geliefert. Aus der Vielzahl der berechneten Regionalindikatoren trafen die Vertreter der Wirtschaftsministerien von Bund und Ländern im Unterausschuss der GRW eine Auswahl von vier Indikatoren. Hierbei handelt es sich um

- die Arbeitslosenquote im vierjährigen Durchschnitt von 2009 bis 2012,
- den Bruttojahreslohn pro Beschäftigten des Jahres 2010,
- den Infrastrukturindikator und
- die Erwerbstätigenprognose für die Jahre 2011 bis 2018.

Diese vier Indikatoren wurden - nach Gewichtung entsprechend ihrer Bedeutung - zu einem Gesamtindikator verknüpft. Dieser Gesamtindikator gibt die Rangfolge von strukturschwachen zu strukturstärkeren Regionen wieder und bildete die Grundlage für die Neuabgrenzung der Fördergebiete ab dem Jahr 2014. Den Umfang des Regionalfördergebietes und der förderfähigen Regionen legt die Europäische Kommis-

sion mit der von ihr für jedes EU-Land individuell vorgegebenen Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenze, dem Bevölkerungspfadonds, fest.

Alle Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren in diesem Bericht wurden sowohl im Niveau als auch in der Entwicklung über die letzten fünf Jahre bis zum aktuellen Rand für die 402 Stadt- und Landkreise mit dem Gebietsstand 31. Dezember 2011 sowie für die neu zugeschnittenen kreisscharfen 258 Arbeitsmarktregionen berechnet. Bei den Arbeitsmarktindikatoren handelt es sich um die Arbeitslosenquote im Jahres- und Vierjahresdurchschnitt, um die Arbeitslosenquoten für die Personengruppen der Frauen und der 15- bis unter 25-Jährigen sowie die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit. Ein weiterer Indikator ist der Beschäftigungsgrad, der in den zwei Varianten am Arbeitsort und am Wohnort der Beschäftigten dargestellt wird. Für beide Varianten erfolgte die Berechnung zu einem Stichtag sowie für einen ganzen Jahreszeitraum. Der Beschäftigungsgrad am Wohnort zum Stichtag wurde zudem um die verzerrenden Einflüsse der Grenz- und Fernpendler bereinigt. Die Einkommensindikatoren umfassen die Brutto Lohn- und Gehaltssumme und den korrigierten Bruttojahreslohn je sozialversicherungspflichtig Beschäftigtem, die sowohl im Niveau als auch in ihrer Entwicklung regional betrachtet wurden. Als weitere Einkommensindikatoren wurden das Primäreinkommen je Einwohner sowie das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und je Erwerbstätigem untersucht. Abschließend folgen Modellrechnungen, die als Grundlage für die Neuabgrenzung des GRW-Regionalfördergebietes dienen.

Das **Kapitel 2** umfasst die **Arbeitsmarktindikatoren** Arbeitslosenquote und die Beschäftigungsgrade am Wohnort und am Arbeitsort. Die **Arbeitslosenquoten** werden sowohl im Jahresdurchschnitt für die Jahre 2007 bis 2011 als auch im Durchschnitt über die letzten vier Jahre auf der Ebene der 258 Arbeitsmarktregionen dargestellt. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird für alle Personen und für die Personengruppen der Frauen und der Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren berechnet. Des Weiteren werden die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit und der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen für denselben Zeitraum analysiert. Ebenso wird im Abschnitt zur allgemeinen Arbeitslosenquote untersucht, inwieweit die Entwicklung der regionalen Arbeitslosigkeit auf eine gestiegene Arbeitskräftenachfrage bzw. ein gesunkenes Arbeitskräfteangebot zurückzuführen ist.

Der Beschäftigungsgrad wird in den Varianten am Arbeitsort und Wohnort dargestellt, um umfangreiche Informationen über die Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung zu erhalten. Zuerst wird der **Beschäftigungsgrad am Arbeitsort** präsentiert, der anzeigt, wie viele Arbeitsplätze eine Region zur Verfügung stellt, unabhängig davon, ob diese Arbeitsplätze von den Einwohnern derselben Region oder von Einpendlern aufgesucht werden. Da sich der Beschäftigungsgrad am Arbeitsort aus der Zahl der Beschäftigten (gemessen am Arbeitsort) dividiert durch die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren berechnet, werden auch diese beiden Größen eingehend analysiert. Dies ist notwendig, weil die

Veränderung des Beschäftigungsgrades am Arbeitsort maßgeblich von der Entwicklung dieser beiden Größen beeinflusst wird und diese regional sehr unterschiedlich verläuft.

Daran anschließend werden die Ergebnisse für den **Beschäftigungsgrad am Wohnort** beschrieben. Dieser Beschäftigungsgrad gibt Aufschluss darüber, welcher Anteil der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren) in einer Region einen Arbeitsplatz besitzt - unabhängig davon, wo sich dieser befindet. Auch bei dem Beschäftigungsgrad am Wohnort wird vorab die Entwicklung der Beschäftigten (gemessen an ihrem Wohnort) untersucht.

Beide Beschäftigungsgrade wurden zudem in zwei Varianten berechnet. In der ersten Variante wird die Zahl der Beschäftigten am Stichtag 30.06. ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gesetzt. Hier ist die Analyse für den Zeitraum der letzten fünf Jahre von 2007 bis 2011 möglich. In der zweiten Variante wird das Beschäftigungsvolumen verwendet, das alle Beschäftigungsverhältnisse umfasst, die innerhalb eines Jahres bestanden haben. Diese Größe ist zwar umfassender, liegt aber nicht so aktuell vor wie die Zahl der Beschäftigten an einem Stichtag. Aus diesem Grund wird dieser Indikator auch nur für die Jahre 2007 bis 2009 betrachtet.

In einem weiteren Abschnitt wird für den Beschäftigungsgrad am Wohnort zum Stichtag auf die verzerrenden Einflüsse und deren Korrekturmöglichkeiten ausführlich eingegangen. Zu Verzerrungen beim Beschäftigungsgrad am Wohnort kann es kommen, wenn Personen zwar in Deutschland wohnen, aber einer Erwerbstätigkeit im Ausland nachgehen. Da diese **Grenzpendler** nicht in der deutschen Beschäftigungsstatistik erfasst werden, wird der Beschäftigungsgrad am Wohnort, d. h. die Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung, folglich als zu gering dargestellt. Dies trifft insbesondere für die Grenzregionen zu. Eine weitere Verzerrung des Beschäftigungsgrades liegt dann vor, wenn Personen überdurchschnittlich weite Strecken zur Arbeit pendeln und ihr Arbeits- und Wohnort nicht innerhalb derselben Region liegen. In diesem Fall sollten die **Fernpendler** aus dem Beschäftigungsgrad herausgerechnet werden, da die Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung an ihrem Wohnort besser dargestellt wird, als sie tatsächlich ist.

Das **Kapitel 3** widmet sich den **Einkommensindikatoren** und ist in zwei große Blöcke unterteilt. Im **ersten Block** wird das **Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung** für die Jahre 2005 bis 2009 präsentiert. Auf Wunsch des Auftraggebers wurde der ursprüngliche Gutachtauftrag noch erweitert und dieser Indikator auch für das Jahr 2010, für das er erst Anfang September 2012 vorlag, berechnet und ergänzend auch die Entwicklung von **2009 bis 2010** dargestellt. Zuerst wird die regionale Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme insgesamt und der Beschäftigung im Jahreszeitraum untersucht. Zwei weitere Abschnitte befassen sich mit dem Einfluss der geringfügigen Beschäftigung auf die Bruttolohn- und Gehaltssumme und mit dem Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 auf die Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen in den von hoher

Kurzarbeit betroffenen Regionen. Daran anschließend wird der „korrigierte“ Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem regional analysiert. Da die Einkommen, so wie sie in der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit vorliegen, an der jeweils gültigen Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherung zensiert sind, werden die nicht erfassten Einkommen oberhalb dieser Grenze geschätzt und zu den „gemessenen“ hinzugefügt. Der **zweite Block** untersucht Einkommensindikatoren, die von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich zum einen um das **Primäreinkommen**, das auf die Einwohner bezogen wird, und zum anderen um das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)**, bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen und der Einwohner. Die Analyse erfolgt auch bei diesen Indikatoren für die Jahre 2005 bis 2009 und wird ebenfalls für den Personenkreis durchgeführt, auf den sich diese Indikatoren beziehen.

Im **Kapitel 4** werden die Ergebnisse der **Modellrechnungen** für die Neuabgrenzung des GRW-Regionalfördergebietes ab dem Jahr 2014 präsentiert. In diesem Zusammenhang wird das verwendete Transformations- und Verknüpfungsverfahren für die Bildung eines Gesamtindikators beschrieben, mit dem die Rangfolge der förderbedürftigen Arbeitsmarktregionen ermittelt werden soll. Ferner werden die unterschiedlichen Wirkungen dieser Verfahren und die Korrelationsbeziehungen zwischen den Einzelindikatoren aufgezeigt und diskutiert.

Der Bericht schließt mit einem methodischen **Kapitel 5 im Anhang**, in welchem die Berechnung der Arbeitslosenquote (Abschnitt 5.1) sowie die Komponenten der Bezugsgröße zur Berechnung der Arbeitslosenquote (Abschnitt 5.2) eingehend erläutert werden. Des Weiteren folgen in Abschnitt 5.3 Hinweise zu den Zuständigkeiten bei der Betreuung von Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen sowie der verbesserten Erfassung der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit aufgrund neuer statistischer Verfahren. Ebenfalls enthalten sind in diesem Kapitel die methodischen Erläuterungen zur Berechnung der Beschäftigungsgrade am Stichtag und im Volumen (Abschnitt 5.4), die Beschreibung der Methode zur Berechnung der Fernpendler (Abschnitt 5.5) und eine Erläuterung zu der Datengrundlage für die Messung der Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung (Abschnitt 5.6). Das Korrekturverfahren zur Berechnung der Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze wird in Abschnitt 5.7, die Komponenten des Primäreinkommens und ihre Quellen in Abschnitt 5.8 detailliert beschrieben. In Abschnitt 5.9 findet sich eine Übersichtstabelle zur Verfügbarkeit der hier verwendeten Daten.

2 Arbeitsmarktindikatoren

Dieses Kapitel gliedert sich in einen Abschnitt zur Arbeitslosigkeit und einen Abschnitt zum Beschäftigungsgrad. **Im ersten Abschnitt** wird für den Zeitraum 2007 bis 2011 sowohl die allgemeine **Arbeitslosigkeit** dargestellt als auch auf die Ar-

beitslosigkeit von Frauen und Jugendlichen Bezug genommen.¹ Anschließend wird die regionale Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit von 2007 bis 2011 detailliert betrachtet.² **Der zweite Abschnitt** zu den **Beschäftigungsgraden** untergliedert sich in die Betrachtung am **Arbeits- und Wohnort**. Beide Varianten des Beschäftigungsgrades werden zudem sowohl an einem „**Stichtag**“ als auch über einen gesamten Jahreszeitraum, d. h. im „**Volumen**“ berechnet. Die Betrachtung der Beschäftigungsgrade bezieht sich beim „Stichtag“ auf die Jahre 2007 bis 2011 und beim „Volumen“ auf die Jahre 2007 bis 2009. Außerdem wird der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort um die verzerrenden Einflüsse der Grenz- und Fernpendler bereinigt.

2.1 Arbeitslosigkeit von 2007 bis 2011

In diesem Abschnitt wird die Entwicklung der Arbeitslosigkeit für die Jahre 2007 bis 2011 dargestellt. Die präsentierten Ergebnisse beziehen sich auf die Zahl der Arbeitslosen, die bei der Bundesagentur für Arbeit registriert sind. Als arbeitslos gemäß § 16 SGB III und § 53a SGB II gelten alle Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und den Vermittlungsbemühungen der Agenturen für Arbeit oder einem Jobcenter zur Verfügung stehen und sich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter persönlich arbeitslos gemeldet haben. Da Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht als Arbeitslose zählen, wird in den amtlichen Zahlen zur registrierten Arbeitslosigkeit nicht das ganze Arbeitsplatzdefizit abgebildet. Aus diesem Grund wurde im Rahmen der letzten Neuabgrenzung der Fördergebiete ab dem Jahr 2007 zusätzlich auch die Unterbeschäftigungsquote berechnet. In diese Quote gingen neben der Zahl der registrierten Arbeitslosen auch Personen ein, die an Arbeitsbeschaffungs- bzw. Strukturanpassungsmaßnahmen teilnahmen, sowie Leistungsempfänger nach § 428 SGB III³. Insbesondere nach der deutschen Wiedervereinigung spielten die Entlastungseffekte durch diese genann-

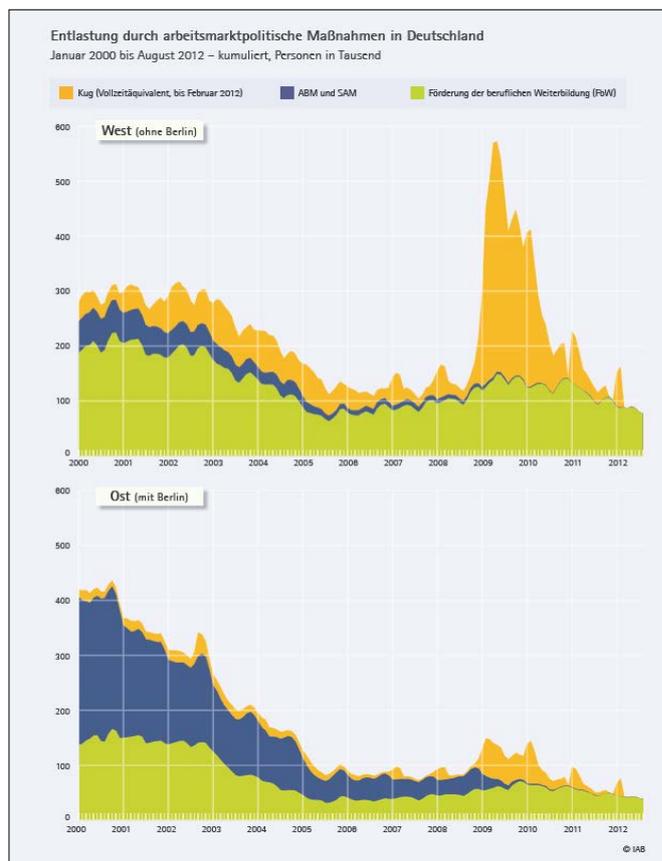
¹ Details zur Berechnung der Arbeitslosenquoten insgesamt sowie für die einzelnen Personengruppen sind ebenso wie die Erläuterungen und statistischen Änderungen bei der Erfassung der einzelnen Komponenten der Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquote den Abschnitten 5.1 und 5.2 im Anhang zu entnehmen.

² Methodische Erläuterungen zur Erfassung der Langzeitarbeitslosigkeit in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit und eine Darstellung der im Laufe der vergangenen Jahre verbesserten Datengrundlage findet sich im Anhang in Abschnitt 5.3.

³ Als Leistungsempfänger nach § 428 SGB III zählten Erwerbslose, die nach Vollendung des 58. Lebensjahres unter erleichterten Voraussetzungen Arbeitslosengeld bezogen, ohne dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen zu müssen. Diese Personen wurden nicht als arbeitslos gezählt. Analog bestand die Möglichkeit des erleichterten Leistungsbezugs auch für Empfänger von Arbeitslosengeld II (§ 65 Abs. 4 SGB II). Zum 31.12.2007 liefen diese vorruhestandsähnlichen Regelungen für Neuzugänge ab. Seither wird dieser Personenkreis als arbeitslos geführt. Ab dem 01.01.2008 wurde der § 53a Abs. 2 SGB II eingeführt, nach dem ein Teil der älteren erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nicht mehr als arbeitslos registriert wird. Hierzu zählen Personen, die nach Vollendung des 58. Lebensjahres mindestens für die Dauer von zwölf Monaten Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II bezogen haben und denen keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten worden ist (Bundesagentur für Arbeit 2009a: 39).

ten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen noch eine große Rolle auf dem Arbeitsmarkt und halfen, die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern abzufedern. Im Laufe der Jahre und zuletzt mit der Einführung der großen Arbeitsmarktreformen Hartz I-IV ab dem Jahr 2003 nahmen ihr Umfang und ihre Bedeutung immer weiter ab (siehe blaue Flächen in Abbildung 1). Sie werden daher - im Gegensatz zur konjunkturellen Kurzarbeit⁴ - im nachfolgend betrachteten Zeitraum von 2007 bis 2011 nicht berücksichtigt.

Abbildung 1
Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen



Quelle: IAB 2012.

2.1.1 Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist von 2007 bis 2011 in allen Regionen Deutschlands zurückgegangen (vgl. Tabelle 1 und Tabelle 2). Die Zahl der Arbeitslosen sank in diesem Zeitraum um insgesamt -784.000 Personen auf 2,976 Mio. Personen und die Arbeitslosenquote um -21,5 Prozent von 9,0 Prozent auf 7,1 Prozent, wobei der Rückgang in Ostdeutschland mit -25,3 Prozent stärker ausfiel als in Westdeutschland (-19,2 Prozent). Dies lässt sich auf zwei Ursachen zurückführen: Zum einen ist das Arbeitskräfteangebot in Ostdeutschland demografiebedingt um -1,1 Prozent gesun-

⁴ Die konjunkturelle Kurzarbeit wird separat in einem eigenen Abschnitt (vgl. Abschnitt 3.1.1.3) behandelt, da sie während der Finanz- und Wirtschaftskrise nur bestimmte Branchen und Regionen betraf.

ken, da es in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung einen Einbruch der Geburtenzahl gegeben hat und somit weniger ostdeutsche junge Menschen auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt drängen als in Westdeutschland. In Westdeutschland ist das Arbeitskräfteangebot im selben Zeitraum um +1,3 Prozent gestiegen, was auch mit der gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren erklärt werden kann. Zum anderen ist auch die Nachfrage nach Arbeitskräften in Ostdeutschland mit +3,3 Prozent stärker angestiegen als in Westdeutschland mit +2,8 Prozent. Besonders geprägt war die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Zeitraum von 2007 bis 2011 anfangs noch vom konjunkturellen Aufschwung, welcher im Jahr 2006 begann, dem dann allerdings eine Eintrübung auf dem Arbeitsmarkt im Herbst 2008 folgte. Wie die Entwicklung in den einzelnen Jahren verlief und sich regional darstellte, wird nachfolgend aufgezeigt.

2.1.1.1 Arbeitslosigkeit im Jahr 2007

Im Jahr **2007** waren im **Jahresdurchschnitt** insgesamt **3,760 Mio. Personen** arbeitslos gemeldet, wobei sich die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr um -727.000 Personen verringert hatte. Ursächlich hierfür waren der milde Winter und das im Jahr 2006 eingeführte Saisonkurzarbeitergeld. Die Zahl der Arbeitslosen sank in Westdeutschland mit -17,7 Prozent (knapp -532.000 Arbeitslose) stärker als in Ostdeutschland mit -13,2 Prozent (-195.000 Arbeitslose). Der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit fand bei der Arbeitslosenversicherung im Rechtskreis des SGB III statt, da aufgrund der guten Konjunktur weniger Personen freigesetzt wurden und zugleich viele Personen eine neue Beschäftigung aufnahmen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2007 mit **9,0 Prozent** um 1,8 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr und unter dem Tiefststand des letzten Konjunkturzyklus im Jahre 2001, wo sie 9,4 Prozent betrug (Bundesagentur für Arbeit 2008a: 39). In Ostdeutschland reduzierte sich die Arbeitslosenquote auf 15,1 Prozent und in Westdeutschland auf 7,4 Prozent.

Regionale Unterschiede gab es sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland. In Ostdeutschland schwankten die Arbeitslosenquoten regional zwischen 9,2 (Sonneberg) und 21,7 Prozent (Prenzlau) und in Westdeutschland zwischen 3,0 (Biberach) und 13,4 Prozent (Mönchengladbach). Die gute konjunkturelle Lage führte dazu, dass im Jahr 2007 in 14 westdeutschen Arbeitsmarktregionen Arbeitslosenquoten unter 4 Prozent vorlagen und 52 Arbeitsmarktregionen eine Arbeitslosenquote von 5 Prozent und weniger aufwiesen (siehe dunkelgrüne Regionen in Karte A1 im Kartenanhang). Neben den süddeutschen Arbeitsmarktregionen in Bayern und Baden-Württemberg fielen auch die Arbeitsmarktregionen Olpe in Nordrhein-Westfalen, Vechta in Niedersachsen sowie Cochem, Bernkastel-Wittlich und Bitburg in Rheinland-Pfalz hierunter. Die höchsten westdeutschen Arbeitslosenquoten von über 10 Prozent verzeichneten Arbeitsmarktregionen im Ruhrgebiet, sowie die Regionen Aachen, Flensburg, Lübeck, Osterode, Bremerhaven, Bremen, Uelzen, Wilhelmshaven, Emden, Holzminden, Hameln, Helmstedt, Osterode, Salzgitter, Göttingen, Goslar und Gießen (rote Flächen in Karte A1 im Kartenanhang). Die ost-

deutsche Arbeitsmarktregion Sonneberg erreichte mit 9,2 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote Ostdeutschlands und lag damit wie die Regionen Eisenach, Suhl, Eichsfeld, Jena und Pößneck noch unter einer Arbeitslosenquote von 11 Prozent. Demgegenüber wiesen die drei ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Sondershausen, Mansfeld-Südharz und Prenzlau eine Arbeitslosenquote von knapp über 20 Prozent auf.

2.1.1.2 Arbeitslosigkeit im Jahr 2008

Das Jahr **2008** zählte mit einer weiter gesunkenen Arbeitslosigkeit zu einem der besten Jahre für den deutschen Arbeitsmarkt, auch wenn zum Ende des Jahres bereits erste Vorboten der Finanz- und Wirtschaftskrise sichtbar wurden (Bach et al. 2009: 52). Die Rückgänge bei der Arbeitslosigkeit fielen daher von September bis November 2008 deutlich geringer aus als im Durchschnitt der drei vorangegangenen Jahre. Im Dezember 2008 stieg die Arbeitslosigkeit dann - verglichen mit den positiven Entwicklungen in den Vorjahren - deutlich stärker an. Dennoch lag die Arbeitslosigkeit im **Jahresdurchschnitt 2008** mit rund **3,258 Mio. Arbeitslosen** und einer Arbeitslosenquote von **7,8 Prozent** noch unter dem Stand von 2007. Einen niedrigeren Stand der Arbeitslosenquote gab es zuletzt im Jahr 1992 in Westdeutschland und 1991 in Ostdeutschland (Bundesagentur für Arbeit 2008b: 26). Trotz der Belastung des Arbeitsmarktes durch das Auslaufen der vorruhestandsähnlichen Regelungen⁵ waren 2008 immerhin noch knapp 502.000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr gemeldet und die Arbeitslosenquote sank um -1,2 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquote lag in Ostdeutschland im Jahresdurchschnitt 2008 bei 13,1 Prozent und in Westdeutschland bei 6,4 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang von -1,0 Prozentpunkten in West- und -2,0 Prozentpunkten in Ostdeutschland.

Die stärksten absoluten Rückgänge der Arbeitslosenquoten gab es in ostdeutschen Arbeitsmarktregionen, was dazu führte, dass sich das Ost-West-Gefälle verringerte. Immerhin 29 ostdeutsche Arbeitsmarktregionen konnten ihre Arbeitslosenquote um mehr als zwei Prozentpunkte verringern. In Westdeutschland traf dies nur auf die beiden Arbeitsmarktregionen Lichtenfels und Weiden zu, welche jedoch ein deutlich niedrigeres Ausgangsniveau bei der Zahl der Arbeitslosen hatten als die ostdeutschen Regionen.

Die Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2008 bewegten sich in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen zwischen 2,3 Prozent (Biberach) und 12,0 Prozent (Gelsenkirchen) und in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen zwischen 7,9 Prozent (Sonneberg) und 19,1 Prozent (Prenzlau). In 92 Arbeitsmarktregionen lag die Arbeitslosenquote unter 5 Prozent (vgl. dunkelgrüne Flächen in Karte A2 im Kartenanhang). Die höchsten westdeutschen Arbeitslosenquoten finden sich in den Arbeitsmarktregionen Gelsenkirchen (12,0 Prozent), Dortmund (11,8 Prozent), Mön-

⁵ Vgl. Fußnote 3.

chengladbach (11,5 Prozent) und Essen (11,4 Prozent) (rote Flächen in Karte A2 im Kartenanhang). In Ostdeutschland gab es neun Arbeitsmarktregionen mit einer Arbeitslosenquote von unter 11 Prozent. Dies waren Sonneberg, Eisenach, Suhl, Meiningen, Jena, Eichsfeld, Gotha, Pößneck und Luckenwalde (siehe hellrote Flächen in Karte A2 im Kartenanhang). Die höchsten Arbeitslosenquoten gab es in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Prenzlau, Mansfeld-Südharz, Finsterwalde und Sondershausen, die nun aber durchweg unter 20 Prozent lagen.

2.1.1.3 Arbeitslosigkeit im Jahr 2009

Das Jahr **2009** war gänzlich gekennzeichnet von der starken Wirtschaftskrise, in der das reale Bruttoinlandsprodukt um 5,1 Prozent sank.⁶ Die Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt fielen jedoch recht moderat aus (Dietz et al. 2011: 221). Aufgrund der entlastenden Effekte durch den Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instruments der konjunkturellen Kurzarbeit mit Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds bis auf 24 Monate und dem Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten ging trotz der gesunkenen Nachfrage nach Arbeitskräften die Beschäftigung nur geringfügig zurück. Die Zahl der Arbeitslosen stieg nach einem starken Rückgang von 2006 bis 2008 im **Jahresdurchschnitt 2009** erstmals bundesweit wieder leicht an, und zwar um 156.000 auf insgesamt knapp **3,415 Mio. Personen**. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2009 bei **8,1 Prozent**. Da die Krise in erster Linie die exportorientierten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, und hier speziell den Automobil- und Maschinenbau sowie die Metallerzeugung und -bearbeitung, und die Arbeitnehmerüberlassung trafen, fand der Anstieg der Arbeitslosigkeit auch vorwiegend in den Regionen mit besonders hoher Exportabhängigkeit statt. Dies waren auch jene Regionen, die vom vorangegangenen Aufschwung in besonderem Maße profitieren konnten. Hierzu zählten weite Teile in Baden-Württemberg und Bayern, aber auch Regionen in Thüringen und Nordrhein-Westfalen (Schwengler/Hecht 2011: 124; Schwengler/Hecht 2010: 5). Da der Beschäftigungsrückgang fast ausschließlich in Westdeutschland stattfand, verzeichneten auch die westdeutschen Bundesländer den stärksten Zuwachs bei der Arbeitslosigkeit mit einem Plus von 175.000 arbeitslosen Personen im Jahresdurchschnitt 2009. Aufgrund der gesunkenen Arbeitskräftenachfrage bei gleichzeitigem Anstieg des Angebots an Arbeitskräften stieg die Arbeitslosenquote entsprechend in Westdeutschland gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte auf 6,9 Prozent an. In Ostdeutschland wurden hingegen gut 19.000 Arbeitslose weniger als im Jahresdurchschnitt 2008 registriert, da dort in diesem Zeitraum das Arbeitskräfteangebot

⁶ Der Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts von 2008 bis 2009 fällt mit -5,1 Prozent höher aus als der in Tabelle 29 in Abschnitt 3.2.3 ausgewiesene Rückgang im Bundesdurchschnitt von -3,4 Prozent. Dies hängt damit zusammen, dass die Berechnung des realen Bruttoinlandsprodukts mit preisbereinigten Werten erfolgte. Die für Regionen unterhalb der Bundesebene von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder veröffentlichten und in Abschnitt 3.2.3 beschriebenen nominalen Bruttoinlandsprodukte beziehen sich hingegen auf die in jeweiligen Marktpreisen ausgewiesenen Werte.

stärker gesunken ist als die Arbeitskräftenachfrage. Die Arbeitslosenquote sank in Ostdeutschland damit geringfügig auf 13,0 Prozent.

Die unterschiedliche Entwicklung in West- und Ostdeutschland spiegelt sich auch in den regionalen Arbeitslosenquoten wider. Während in den meisten westdeutschen Arbeitsmarktregionen die Arbeitslosenquoten anstiegen, sanken sie in nahezu allen ostdeutschen Arbeitsmarktregionen. Rückgänge bei den Arbeitslosenquoten gab es dennoch auch in westdeutschen Arbeitsmarktregionen, namentlich in Ahrweiler, Zeven, Westerstede, Limburg, Wolfsburg, Hof, Nordenham, Gießen, Leer, Göttingen, Leverkusen, Hameln, Emden, Uelzen, Köln, Bremerhaven und Dortmund. Auf der anderen Seite stieg die Arbeitslosenquote auch in einigen ostdeutschen Arbeitsmarktregionen an. Dies war in den Arbeitsmarktregionen Perleberg, Berlin, Mühlhausen, Chemnitz, Erzgebirgskreis, Wittenberg, Zwickau, Vogtlandkreis, Meißen, Mittelsachsen, Dresden, Gotha, Eichsfeld, Eisenach, Pößneck, Meiningen, Suhl, Jena und Sonneberg der Fall. Die niedrigste Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2009 verzeichnete die Arbeitsmarktregion Donauwörth-Nördlingen mit 3,0 Prozent und die höchste Arbeitslosenquote in Westdeutschland gab es in den Arbeitsmarktregionen Mönchengladbach und Gelsenkirchen mit je 12,1 Prozent. In Ostdeutschland wies Prenzlau mit 17,8 Prozent die höchste und Sonneberg (8,5 Prozent) die niedrigste Arbeitslosenquote auf.

2.1.1.4 Arbeitslosigkeit im Jahr 2010

Der erneute konjunkturelle Aufschwung ab dem Jahr **2010** mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 3,6 Prozent führte dazu, dass die Arbeitslosenquoten der betroffenen Regionen schnell wieder auf das Vorkrisenniveau sanken. Die verstärkte Arbeitskräftenachfrage, welche zunächst auf die gestiegene Auslandsnachfrage zurückging und später auch von der Binnennachfrage gestützt wurde, führte sowohl zu einem Anstieg der Beschäftigung als auch zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und bei der Arbeitnehmerüberlassung stieg wieder an und die Arbeitslosigkeit sank in den besonders von der Wirtschaftskrise gezeichneten Regionen in Süddeutschland. Insgesamt sank die Zahl der Arbeitslosen im **Jahresdurchschnitt 2010** um 176.000 Personen auf **3,238 Mio. Personen**, wobei der Rückgang nahezu im gleichen Umfang in West- und Ostdeutschland stattfand. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote sank in Deutschland von 8,1 Prozent im Jahr 2009 auf **7,7 Prozent** in 2010. In Westdeutschland erreichte die Arbeitslosenquote mit 6,6 Prozent nicht ganz das Vorkrisenniveau, wohingegen sie in Ostdeutschland um einen Prozentpunkt auf 12,0 Prozent sank. Beim Vergleich von Karte 4 mit Karte A3 im Tabellenanhang ist die Verringerung der Arbeitslosenquoten in etlichen Regionen Ostdeutschlands, insbesondere in Thüringen, gut zu erkennen.

Die niedrigste regionale Arbeitslosenquote wies, wie bereits im Vorjahr, die Arbeitsmarktregion Donauwörth-Nördlingen mit 3,0 Prozent auf. Die Arbeitsmarktregion mit der höchsten Arbeitslosenquote war abermals Prenzlau, wobei sich die Quote auf 16,7 Prozent verringerte. Damit lagen in Ostdeutschland alle Arbeitslosenquoten in

den Arbeitsmarktregionen unter 17 Prozent und in Westdeutschland unter 12 Prozent. Die höchste Arbeitslosenquote in Westdeutschland verzeichnete die Arbeitsmarktregion Gelsenkirchen mit 11,9 Prozent. Weitere Arbeitslosenquoten von über 10 Prozent gab es in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Dortmund, Hagen, Mönchengladbach, Essen, Krefeld, Duisburg, Wuppertal, Osterode, Remscheid, Bremerhaven, Flensburg, Bremen und Salzgitter (rote Flächen in Karte A4 im Tabellenanhang). Trotz der konjunkturellen Erholung gab es auch in einigen westdeutschen Arbeitsmarktregionen Anstiege bei den Arbeitslosenquoten. Dies traf auf folgende Arbeitsmarktregionen zu: Gütersloh, Heidenheim, Nordenham, Schwelm, Celle, Bremerhaven (je +0,1 Prozentpunkte), Itzehoe, Hildesheim, Holzminden (je +0,2 Prozentpunkte), Göppingen, Euskirchen, Viersen (je +0,3 Prozentpunkte) und Remscheid (+0,4 Prozentpunkte).

2.1.1.5 Arbeitslosigkeit im Jahr 2011

Die positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt setzten sich im Jahr **2011** fort. Auch wenn das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal des Jahres 2011 leicht zurückging, stiegen die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahr 2011 weiter an und die Arbeitslosigkeit sank deutlich (Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics 2012: 99). Im **Jahresdurchschnitt 2011** lag die Zahl der Arbeitslosen mit knapp **2,976 Mio. Personen** erstmals seit dem Jahr 1992 wieder unter der Drei-Millionen-Grenze. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum betrug der Rückgang knapp 263.000 Arbeitslose, wobei der Rückgang in Westdeutschland mit einem Minus von mehr als 200.000 Arbeitslosen stärker ausfiel als in Ostdeutschland. Die Arbeitslosenquote sank von 7,7 Prozent auf **7,1 Prozent** im Jahresdurchschnitt. In Ostdeutschland lag die Arbeitslosenquote bei nur noch 11,3 Prozent, war damit aber immer noch fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland (6,0 Prozent).

Auch innerhalb West- und Ostdeutschlands gab es im Jahr 2011 regionale Unterschiede. In Westdeutschland schwankten die Arbeitslosenquoten zwischen 2,1 Prozent in Neumarkt und 11,5 Prozent in Gelsenkirchen sowie in Ostdeutschland zwischen 4,9 Prozent in Sonneberg und 16,7 Prozent in Prenzlau. Im Jahresdurchschnitt 2011 wiesen insgesamt 108 Arbeitsmarktregionen Arbeitslosenquoten von höchstens fünf Prozent auf. Auffällig ist, dass auch die Arbeitslosenquote in der ostdeutschen Arbeitsmarktregion Sonneberg mit 4,9 Prozent hierzu zählt. Ebenfalls unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten von weniger als sieben Prozent verzeichneten in Ostdeutschland zudem auch die Arbeitsmarktregionen Suhl (6,6 Prozent), Eisenach und Meiningen (je 6,8 Prozent) im südwestlichen Thüringen (hellgrüne Flächen in Karte 1). Hohe Arbeitslosenquoten von über zehn Prozent gab es in 40 Arbeitsmarktregionen, die vorwiegend in Ostdeutschland lagen. Darunter befanden sich aber auch einige westdeutsche Arbeitsmarktregionen im Ruhrgebiet wie Gelsenkirchen, Essen, Dortmund, Mönchengladbach, Krefeld, Duisburg und Hagen (dunkelrote Flächen in Karte 1). Des Weiteren weisen in Karte 1 die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Bochum, Bremerhaven, Osterode, Bremen, Flensburg, Goslar und Salzgitter hohe Arbeitslosenquoten von über neun Prozent auf.

Hohe Rückgänge bei der Arbeitslosenquote von über 40 Prozent⁷ gab es über den gesamten Zeitraum von 2007 bis 2011 in den Arbeitsmarktregionen Neumarkt, Sonneberg, Bad Neustadt/Saale, Lichtenfels, Bamberg und Schwandorf. Eine überdurchschnittlich günstige Entwicklung der Arbeitslosenquote von 2007 bis 2011 wiesen zudem Regionen in Bayern, in Osthessen sowie in den meisten Regionen Ostdeutschlands auf (siehe blaue Flächen in Karte 2 Auf der anderen Seite sank die Arbeitslosenquote in vielen westlichen Regionen in diesem Zeitraum deutlich geringer. Den prozentual geringsten Rückgang der Arbeitslosenquote um weniger als zehn Prozent gab es in den Arbeitsmarktregionen Viersen, Lüdenscheid, Hildesheim, Flensburg, Euskirchen, Goslar, Husum und Erbach (dunkelorange Flächen in Karte 2).

Tabelle 1
Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 absolut

(Prozentuale Veränderung der Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2007	2008	2009	2010	2011
Westdeutschland	2.475.000 (-17,7 %)	2.139.000 (-13,6 %)	2.314.000 (+8,2 %)	2.227.000 (-3,8 %)	2.026.000 (-9,0 %)
Ostdeutschland	1.285.000 (-13,2 %)	1.120.000 (-12,8 %)	1.101.000 (-1,7 %)	1.011.000 (-8,1 %)	950.000 (-6,1 %)
Deutschland	3.760.000 (-16,2 %)	3.258.000 (-13,3 %)	3.415.000 (+4,8 %)	3.238.000 (-5,2 %)	2.976.000 (-8,1 %)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf; Datenstand: Januar 2012; eigene Berechnung; Zahlen gerundet.

Tabelle 2
Arbeitslosenquoten* im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 und im Vierjahresdurchschnitt 2008 bis 2011 in Prozent

(Veränderung der Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr in Prozentpunkten in Klammern)

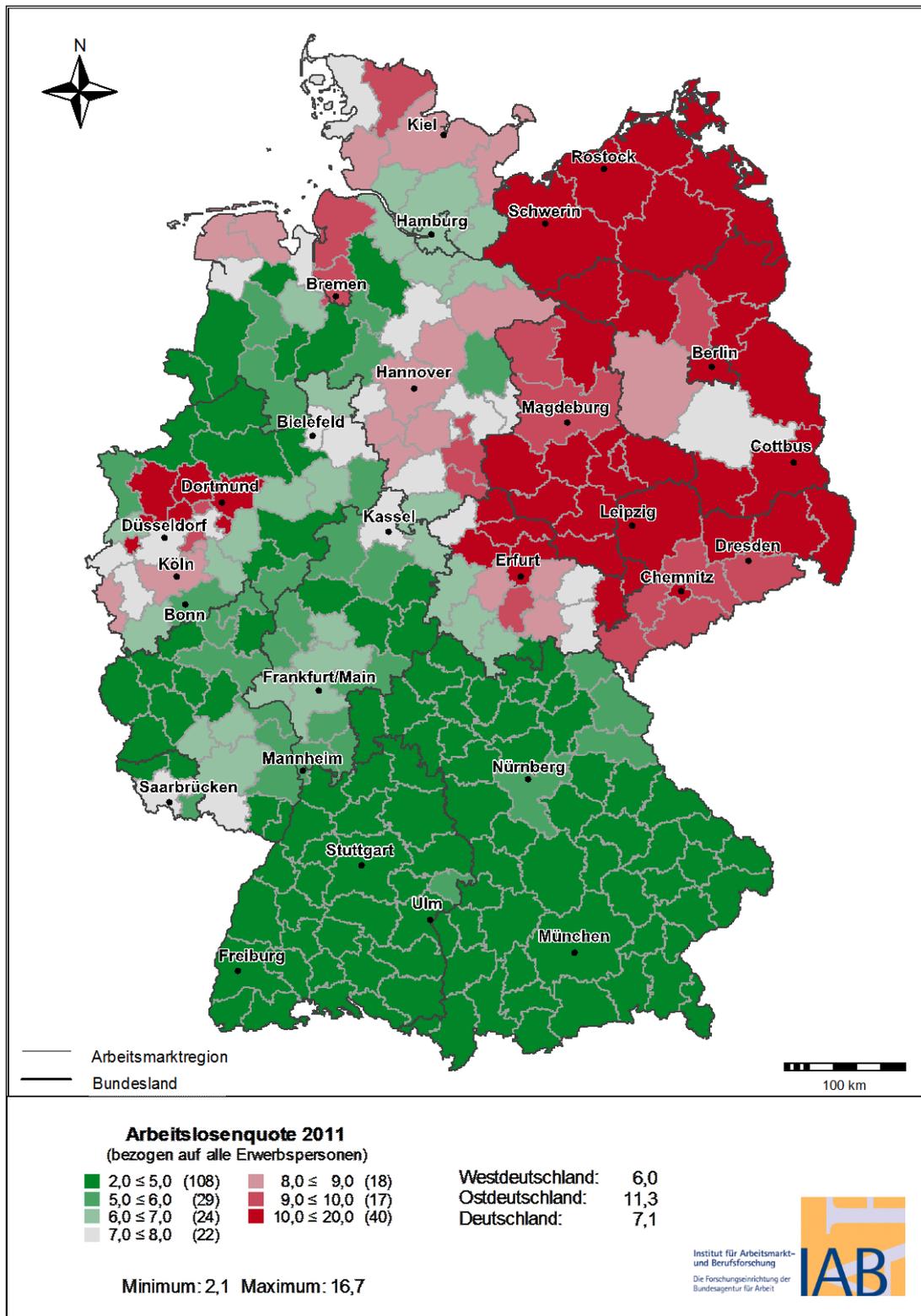
	2007	2008	2009	2010	2011	4-Jahres-Durchschnitt 2008 bis 2011
Westdeutschland	7,4 % (-1,7)	6,4 % (-1,0)	6,9 % (+0,5)	6,6 % (-0,3)	6,0 % (-0,6)	6,5 %
Ostdeutschland	15,1 % (-2,3)	13,1 % (-1,9)	13,0 % (-0,1)	12,0 % (-1,0)	11,3 % (-0,7)	12,3 %
Deutschland	9,0 % (-1,8)	7,8 % (-1,2)	8,1 % (+0,3)	7,7 % (-0,4)	7,1 % (-0,6)	7,7 %

* bezogen auf alle Erwerbspersonen

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf; Datenstand: Januar 2012; eigene Berechnung.

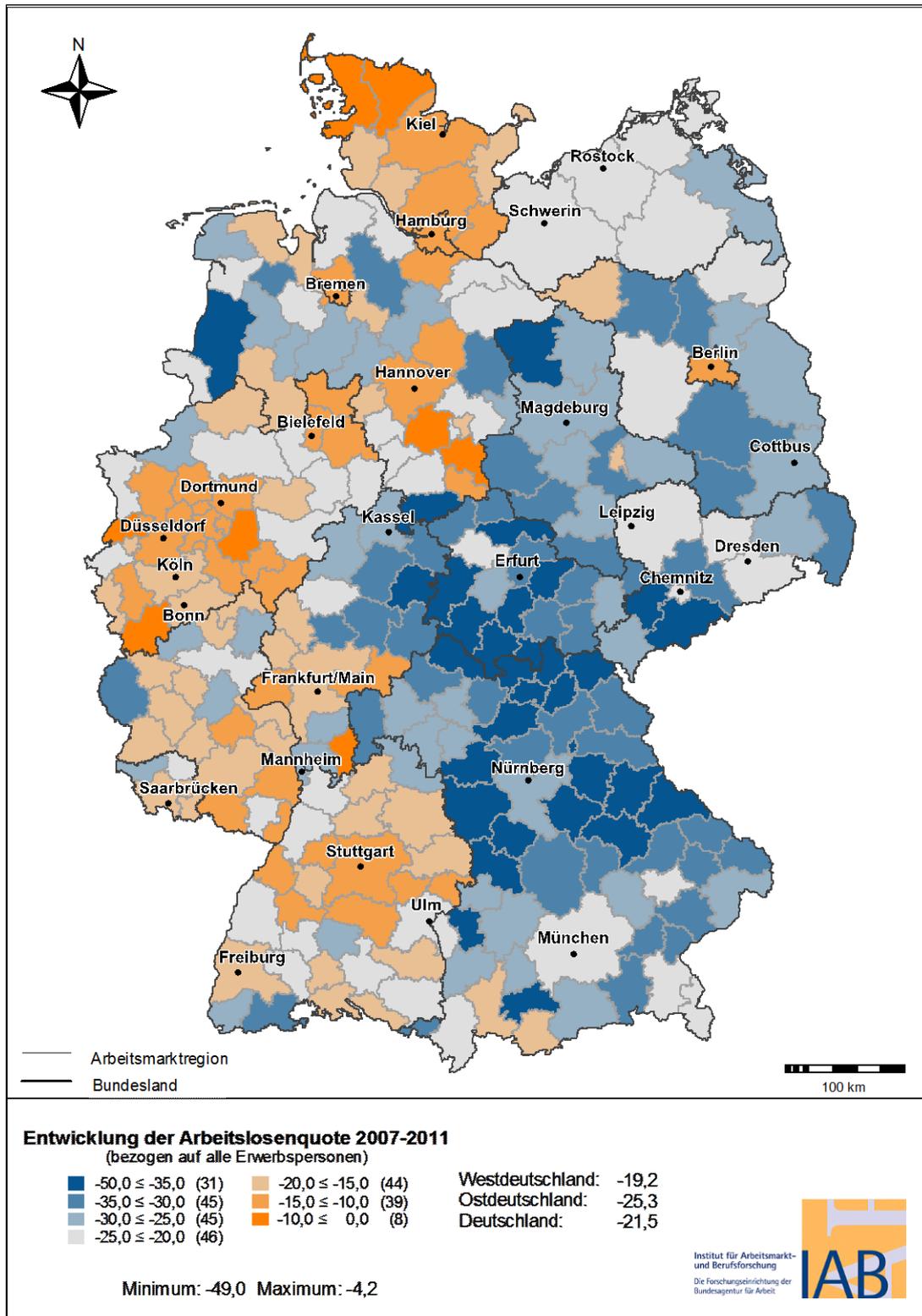
⁷ Betrachtet man die Entwicklung anhand von Prozentpunkten, so beeinflusst das Ausgangsniveau die Höhe der Werte, was bei der prozentualen Betrachtung nicht der Fall ist.

Karte 1
Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2011 in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslose nach ausgewählten Merkmalen und nach Kreisen, Bezugsgrößen nach Ländern und Kreisen - fiktiver Gebietsstand 31.12.2011, Januar 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 2
Entwicklung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011
in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslose nach ausgewählten Merkmalen und nach Kreisen, Bezugsgrößen nach Ländern und Kreisen - fiktiver Gebietsstand 31.12.2011, Januar 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

2.1.1.6 Entwicklung von Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot von 2007 bis 2011

Ergänzend zu den im Rahmen des Gutachtens zu berechnenden Indikatoren, wurde das IAB gebeten, auch zu prüfen, inwieweit die Arbeitslosigkeit in den Regionen demografisch bedingt ist. In welchem Umfang die regional unterschiedlichen Entwicklungen bei der Arbeitslosigkeit auf die Entwicklungen bei der Nachfrage und dem Angebot von Arbeitskräften zurückzuführen sind, wird nachfolgend aufgezeigt. Als Arbeitskräfteangebot dient die Zahl aller Erwerbspersonen aus dem Nenner der Arbeitslosenquote (vgl. Abschnitt 5.2). Hierzu zählen neben der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch geringfügig Beschäftigte, Ein-Euro-Jobber, Beamte, Grenzpendler, Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie die Zahl der Arbeitslosen. Die Arbeitskräftenachfrage ergibt sich aus der Zahl der Erwerbstätigen - ebenfalls aus der Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquote - und berechnet sich als Zahl aller Erwerbspersonen abzüglich der Zahl der Arbeitslosen.

Die prozentuale Entwicklung des Arbeitskräfteangebots, der Arbeitskräftenachfrage und der Arbeitslosigkeit wurde von 2007 bis 2011 für alle 258 Arbeitsmarktregionen untersucht. Die stärksten positiven bzw. negativen Entwicklungen bei Arbeitskräfteangebot bzw. Arbeitskräftenachfrage und den unterschiedlichen Kombinationen aus beiden sind für Ostdeutschland in Tabelle 3 und für Westdeutschland in Tabelle 4 für jeweils zehn Arbeitsmarktregionen⁸ für vier Gruppen aufgelistet.

Ergänzt werden die Tabellen um die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt für das Jahr 2011.

Starker Rückgang des Arbeitskräfteangebots und Anstieg der Arbeitskräftenachfrage

In vielen ostdeutschen Arbeitsmarktregionen ist der starke Rückgang der Arbeitslosigkeit von 2007 bis 2011 auf den überdurchschnittlichen Rückgang des Arbeitskräfteangebots in Ostdeutschland zurückzuführen. Dies hängt insbesondere damit zusammen, dass es nach der deutschen Wiedervereinigung einen starken Einbruch bei der Zahl der Geburten gegeben hat und nun folglich weniger junge Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die stärksten Rückgänge beim Arbeitskräfteangebot mit Werten von über vier Prozent gab es in den Arbeitsmarktregionen Sondershausen, Finsterwalde, Dessau-Roßlau, Erzgebirgskreis, Vogtlandkreis, Salzwedel, Mansfeld-Südharz, Mecklenburgische Seenplatte, Zwickau, Nordvorpommern, Görlitz, Suhl, Sonneberg, Altenburg, Bautzen, Cottbus, Perleberg, Meißen, Nordhausen und Gera. In den meisten dieser Regionen trug auch die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften zu der sinkenden Arbeitslosigkeit bei. In nahezu allen westdeutschen Regionen, die ebenfalls von einem Rückgang beim Arbeits-

⁸ In Ostdeutschland gab es in zwei Kategorien nur acht bzw. neun Arbeitsmarktregionen.

kräfteangebot betroffen waren - wenn auch in geringerem Ausmaß als die ostdeutschen Regionen - ging gleichzeitig auch die Nachfrage nach Arbeitskräften zurück. Unter den wenigen westdeutschen Regionen, die bei einem rückläufigen Arbeitskräfteangebot eine gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften aufwiesen, finden sich die stärksten positiven Entwicklungen, die auch zu einem überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit führten, in den in Tabelle 4 ausgewiesenen Arbeitsmarktregionen Göttingen, Gießen, Leverkusen, Soltau, Schwalm-Eder, Helmstedt, Bremerhaven und Westerstede sowie auch in Mannheim und Bad Kissingen. In den Arbeitsmarktregionen Lübeck und Essen war das Arbeitskräfteangebot zwar ebenfalls negativ und die Arbeitskräftenachfrage positiv, jedoch war die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen geringer als im Bundesdurchschnitt mit -20,9 Prozent.

Starker Rückgang des Arbeitskräfteangebots und Rückgang der Arbeitskräftenachfrage

Aber auch unter den ostdeutschen Regionen, die von einem starken Rückgang des Arbeitskräfteangebots gekennzeichnet waren, gab es solche mit einer rückläufigen Arbeitskräftenachfrage. Diese fiel allerdings geringer aus als der Angebotsrückgang und konnte beispielsweise in den Regionen Dessau-Roßlau, Vogtlandkreis, Mecklenburgische Seenplatte, Nordvorpommern, Suhl, Sonneberg, Perleberg und Meißen beobachtet werden. Unter diesen Arbeitsmarktregionen sank die Zahl der Arbeitslosen in Suhl mit -40,2 Prozent und in Sonneberg mit -49,2 Prozent überdurchschnittlich stark. Als Folge hiervon lagen in diesen beiden Arbeitsmarktregionen die Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2011 nur noch bei 6,6 Prozent in Suhl und bei 4,9 Prozent in Sonneberg. In den westdeutschen Arbeitsmarktregionen, in denen das Arbeitskräfteangebot um mehr als drei Prozent ebenfalls stark gesunken ist, sank auch die Arbeitskräftenachfrage, wenn auch in ebenfalls geringem Umfang. Dies war der Fall in Uelzen, Einbeck, Goslar, Eschwege, Osterode, Salzgitter, Hameln und Holzminden. Insbesondere Eschwege konnte seine Arbeitslosigkeit weit überdurchschnittlich, d. h. um ein Drittel, senken. Den geringsten Rückgang bei der Arbeitslosigkeit gab es dagegen in Goslar, Remscheid und Wuppertal.

Starker Anstieg der Arbeitskräftenachfrage und Anstieg des Arbeitskräfteangebots

Den prozentual stärksten Anstieg bei der Nachfrage nach Arbeitskräften von über neun Prozent gab es im Zeitraum 2007 bis 2011 in Trier, Bitburg, Lörrach, Waldshut, Merzig und Lingen. Damit konnte der ebenfalls hohe Anstieg beim Arbeitskräfteangebot, der gleichzeitig aber unter dem Anstieg der Nachfrage lag, aufgefangen werden, so dass diese Arbeitsmarktregionen im Jahresdurchschnitt 2011 alle niedrige Arbeitslosenquoten zwischen 3,0 und 4,9 Prozent aufwiesen. Bitburg und Waldshut konnten ihre Arbeitslosenquote sogar um ein Drittel senken. Eine ebenfalls stark positive Nachfrageentwicklung von mehr als sechs Prozent gab es sowohl in westdeutschen (Leer, Burghausen, Borken, Ingolstadt, Emden, Cloppenburg) als auch in ostdeutschen (Oranienburg, Halle, Anhalt-Bitterfeld, Eberswalde, Neuruppin) Arbeitsmarktregionen. Dabei bedingte die starke Nachfrage ein überdurchschnittlich starkes Absinken der Arbeitslosenquoten in den westdeutschen

Arbeitsmarktregionen Lingen (um -39,5 Prozent auf 3,7 Prozent), Burghausen (-34,5 Prozent auf 3,5 Prozent) und Ingolstadt (-30,8 Prozent auf 2,4 Prozent). In Ostdeutschland ging die Arbeitslosigkeit in den genannten Arbeitsmarktregionen ebenfalls überdurchschnittlich stark zurück.

Starker Anstieg der Arbeitskräftenachfrage und Rückgang des Arbeitskräfteangebots

Ostdeutsche Regionen, in denen parallel zur gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot zurückging, konnten ihre Arbeitslosigkeit um mehr als 30 Prozent reduzieren, wie z. B. Anhalt-Bitterfeld, Neuruppin, Weimar, Salzlandkreis, Harz, Erfurt, Burgenlandkreis und Eichsfeld. In Westdeutschland traf diese Entwicklung mit hohen Rückgängen der Arbeitslosigkeit von mehr als 25 Prozent bei einer positiven Arbeitskräftenachfrage und sinkendem Arbeitskräfteangebot auf die Arbeitsmarktregionen Leverkusen, Soltau, Schwalm-Eder, Helmstedt, Westerstede und Mannheim zu.

Fazit

Die präsentierten Ergebnisse zeigen, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Regionen West- und Ostdeutschlands auf ganz unterschiedliche Entwicklungen im Arbeitskräfteangebot und bei der Arbeitskräftenachfrage zurückzuführen sind. Auch wenn im ostdeutschen Durchschnitt das Angebot an Arbeitskräften von 2007 bis 2011 um -1,1 Prozent gesunken ist, gab es dennoch neun ostdeutsche Arbeitsmarktregionen mit einem Zuwachs an Arbeitskräften. In Westdeutschland nahm das Arbeitskräfteangebot in diesem Zeitraum durchschnittlich um 1,3 Prozent zu, aber die regionale Betrachtung zeigt, dass es auch 60 westdeutsche Arbeitsmarktregionen mit einem rückläufigen Arbeitskräfteangebot gab. Es gibt also kein einheitliches Muster, sondern die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist in den Regionen auf ganz unterschiedliche Faktoren zurückzuführen.

Tabelle 3
Entwicklung von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage in ausgewählten ostdeutschen Arbeitsmarktregionen

Arbeitsmarkt-region	Entwicklung des Arbeitskräfteangebots (alle EP) 2007 - 2011 in %	Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage (alle ET) 2007 - 2011 in %	Entwicklung der Arbeitslosenquote (alle EP) 2007 - 2011 in %-Punkten	Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen 2007 - 2011 in %	Arbeitslosenquote JD 2011 (alle EP)
Starker Rückgang des Arbeitskräfteangebots und Anstieg der Arbeitskräftenachfrage					
Sondershausen	-6,9	1,5	-7,2	-39,7	13,2
Finsterwalde	-6,4	0,5	-5,9	-34,6	13,7
Erzgebirgskreis	-5,8	0,0	-5,2	-39,0	9,6
Salzwedel	-5,7	1,2	-6,2	-42,7	9,6
Mansfeld-Südharz	-5,4	2,3	-6,4	-34,2	14,8
Zwickau	-5,2	1,0	-5,5	-40,4	9,4
Görlitz	-5,1	1,6	-5,7	-34,0	13,0
Altenburg	-4,7	2,3	-5,9	-35,9	12,2
Bautzen	-4,6	0,0	-4,1	-31,7	10,4
Cottbus	-4,5	0,9	-4,6	-29,8	12,8
Starker Rückgang des Arbeitskräfteangebots und Rückgang der Arbeitskräftenachfrage					
Dessau-Roßlau	-6,3	-3,2	-2,8	-23,7	12,5
Vogtlandkreis	-5,7	-2,0	-3,4	-30,7	9,5
Mecklenburgische Seenplatte	-5,4	-0,7	-4,0	-25,6	14,7
Nordvorpommern	-5,1	-0,6	-3,9	-26,3	13,7
Suhl	-4,8	-0,6	-3,9	-40,2	6,6
Sonneberg	-4,7	-0,2	-4,3	-49,2	4,9
Perleberg	-4,4	-0,9	-3,0	-20,7	14,5
Meißen	-4,2	-0,8	-3,1	-26,2	10,3
Starker Anstieg der Arbeitskräftenachfrage und Anstieg des Arbeitskräfteangebots					
Oranienburg	4,1	9,4	-4,4	-28,8	9,5
Halle	1,8	7,6	-4,8	-28,4	11,3
Eberswalde	1,2	6,3	-4,3	-28,4	10,3
Luckenwalde	1,9	5,8	-3,5	-29,6	7,8
Magdeburg	0,8	5,6	-4,1	-28,6	10,0
Jena	1,7	5,5	-3,4	-30,3	7,4
Potsdam-Brandenburg	2,0	5,3	-2,9	-23,4	8,7
Berlin	2,4	5,1	-2,2	-12,1	13,3
Dresden	1,1	4,5	-3,0	-22,2	9,9
Starker Anstieg der Arbeitskräftenachfrage und Rückgang des Arbeitskräfteangebots					
Anhalt-Bitterfeld	-0,6	6,5	-5,9	-33,1	12,1
Neuruppin	-1,3	6,1	-6,2	-34,8	12,0
Weimar	-0,4	5,4	-5,0	-37,2	8,5
Salzlandkreis	-1,3	4,8	-5,1	-30,5	12,2
Harz	-1,0	4,7	-4,8	-31,7	10,7
Erfurt	-1,1	4,3	-4,7	-32,0	10,3
Burgenlandkreis	-3,1	4,1	-6,0	-32,8	13,6
Leipzig	-0,5	4,1	-3,8	-24,4	12,1
Frankfurt/Oder	-0,9	3,6	-3,8	-26,5	11,0
Eichsfeld	-0,6	3,4	-3,7	-34,4	7,1

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitslose nach ausgewählten Merkmalen und nach Kreisen, Bezugsgrößen nach Ländern und Kreisen – fiktiver Gebietsstand 31.12.2011, Januar 2012; eigene Berechnung.

Tabelle 4
Entwicklung von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage in ausgewählten westdeutschen Arbeitsmarktreionen

Arbeitsmarkt-region	Entwicklung des Arbeitskräfteangebots (alle EP) 2007 - 2011 in %	Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage (alle ET) 2007 - 2011 in %	Entwicklung der Arbeitslosenquote (alle EP) 2007 - 2011 in %-Punkten	Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen 2007 - 2011 in %	Arbeitslosenquote JD 2011 (alle EP)
Rückgang des Arbeitskräfteangebots und Anstieg der Arbeitskräftenachfrage					
Göttingen	-1,5	3,3	-4,3	-39,1	6,9
Gießen	-0,1	3,3	-3,1	-30,8	7,0
Leverkusen	-1,1	2,5	-3,2	-30,0	7,7
Soltau	-0,4	2,4	-2,5	-26,3	7,2
Schwalm-Eder	-0,2	2,3	-2,4	-32,0	5,1
Helmstedt	-1,6	1,7	-3,0	-28,8	8,0
Lübeck	-0,4	1,7	-1,9	-17,5	9,0
Bremerhaven	-1,3	1,6	-2,6	-21,6	9,9
Essen	-0,1	1,6	-1,5	-11,7	11,2
Westerstede	-0,9	1,6	-2,4	-33,0	4,9
Starker Rückgang des Arbeitskräfteangebots und Rückgang der Arbeitskräftenachfrage					
Uelzen	-4,2	-1,5	-2,5	-25,7	8,4
Einbeck	-3,8	-1,8	-1,9	-23,6	7,3
Goslar	-3,7	-2,8	-0,9	-12,1	9,4
Eschwege	-3,7	-0,4	-3,1	-33,8	6,8
Osterode	-3,4	-2,0	-1,3	-15,2	9,7
Salzgitter	-3,4	-1,0	-2,2	-21,9	9,2
Hameln	-3,4	-0,6	-2,6	-26,4	8,2
Holzminden	-3,0	-0,6	-2,3	-24,1	8,2
Remscheid	-2,8	-1,7	-1,0	-13,2	8,6
Wuppertal	-2,6	-1,1	-1,3	-13,6	10,0
Starker Anstieg der Arbeitskräftenachfrage und Anstieg des Arbeitskräfteangebots					
Trier	17,1	18,4	-1,1	-6,0	4,3
Bitburg	16,2	18,0	-1,5	-22,7	3,0
Lörrach	15,9	17,7	-1,4	-14,0	4,0
Waldshut	11,2	13,1	-1,6	-25,2	3,3
Merzig	8,4	10,5	-1,7	-19,8	4,9
Lingen	6,9	9,6	-2,4	-35,4	3,7
Leer	5,7	8,5	-2,4	-20,5	7,4
Burghausen	5,7	7,8	-1,9	-30,8	3,5
Borken	5,2	7,0	-1,6	-23,2	4,2
Ingolstadt	5,8	7,0	-1,1	-26,8	2,4
Anstieg der Arbeitskräftenachfrage und Rückgang des Arbeitskräfteangebots					
Leverkusen	-1,1	2,5	-3,2	-30,0	7,7
Soltau	-0,4	2,4	-2,5	-26,3	7,2
Schwalm-Eder	-0,2	2,3	-2,4	-32,0	5,1
Helmstedt	-1,6	1,7	-3,0	-28,8	8,0
Lübeck	-0,4	1,7	-1,9	-17,5	9,0
Bremerhaven	-1,3	1,6	-2,6	-21,6	9,9
Essen	-0,1	1,6	-1,5	-11,7	11,2
Westerstede	-0,9	1,6	-2,4	-33,0	4,9
Saarbrücken	-0,5	1,4	-1,7	-18,6	7,7
Mannheim	-0,7	1,4	-1,9	-25,7	5,6

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitslose nach ausgewählten Merkmalen und nach Kreisen, Bezugsgrößen nach Ländern und Kreisen – fiktiver Gebietsstand 31.12.2011, Januar 2012; eigene Berechnung.

2.1.2 Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit

Nachfolgend wird die Frauenarbeitslosigkeit für die Jahre 2007 und 2011 beschrieben. Um einen besseren Vergleich mit der Arbeitslosenquote für alle Personen zu ermöglichen, werden die Frauenarbeitslosenquoten auf denselben Nenner (**alle Erwerbspersonen**) bezogen, was regional im Jahresdurchschnitt aber erst ab dem Jahr 2008 möglich ist.⁹ Die Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2007 liegt aber auf Bundesebene sowie für West- und Ostdeutschland vor (vgl. Tabelle 5). Bezogen auf die **abhängigen** Erwerbspersonen konnten die Arbeitslosenquoten der Frauen für den gesamten Zeitraum von 2007 bis 2011 in allen Arbeitsmarktregionen berechnet werden. Sie werden in Tabelle 6 und Tabelle 7 ebenfalls ausgewiesen.

2.1.2.1 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2007

Im **Jahresdurchschnitt 2007** waren **1,867 Mio. Frauen arbeitslos** gemeldet. Die Arbeitslosenquote der Frauen (bezogen auf alle Erwerbspersonen) lag bei **9,6 Prozent** und damit höher als die Arbeitslosenquote der Männer mit 8,5 Prozent. Wie bei der Arbeitslosigkeit insgesamt lag die Arbeitslosenquote der Frauen in Ostdeutschland mit 15,5 Prozent fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland, wo sie 8,0 Prozent betrug. Die Zahl der arbeitslosen Frauen ging im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 283.000 Personen zurück, wovon der stärkere Anteil von 206.000 Personen auf Westdeutschland entfiel. Da das Arbeitskräfteangebot der Frauen aber gleichzeitig gestiegen ist, wohingegen es bei den Männern nahezu unverändert blieb, fiel auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den Frauen mit 13,2 Prozent geringer aus als bei den Männern, wo die Arbeitslosigkeit von 2006 auf 2007 um 19 Prozent gesunken ist. Dies hängt damit zusammen, dass aufgrund der guten konjunkturellen Wirtschaftslage vorwiegend Arbeitskräfte in männerdominierten Industriezweigen, wie dem Verarbeitenden Gewerbe oder der Baubranche, gesucht und eingestellt wurden (Bundesagentur für Arbeit 2008a: 88 f.).

2.1.2.2 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2008

Auch wenn sich im Laufe des Jahres **2008** die Lage auf dem Arbeitsmarkt bereits eintrübte, war die Arbeitslosigkeit weiterhin rückläufig und die Zahl der beschäftigten Männer und Frauen stieg an. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Frauen lag im **Jahresdurchschnitt 2008** bei **1,596 Mio. Personen**. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle Erwerbspersonen) der Frauen sank gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozentpunkte auf **8,2 Prozent**. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit fiel bei den Frauen mit 14,5 Prozent stärker aus als bei den Männern, wo er bei 12,2 Prozent lag. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass die Männer schon von der einsetzenden Wirtschaftskrise betroffen waren, während sich die steigende Nachfrage im Dienstleistungssektor günstig auf die Frauenbeschäftigung auswirkte (Bundesagentur für Arbeit 2009a: 86 f.).

⁹ Siehe hierzu die ausführlichen Erläuterungen in Abschnitt 2.1.2.6.

Die Frauenarbeitslosenquoten variierten regional zwischen 2,8 Prozent in Biberach bis 20,8 Prozent in Prenzlau. Die niedrigsten ostdeutschen Frauenarbeitslosenquoten von unter 10 Prozent gab es in den sechs Arbeitsmarktregionen Sonneberg, Jena, Potsdam-Brandenburg, Suhl, Luckenwalde und Meiningen, welche aber dennoch über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 8,2 Prozent lagen (hellrote Flächen in Karte A8 im Kartenanhang). Spiegelbildlich zur Arbeitslosigkeit insgesamt verzeichneten auch die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Gelsenkirchen, Dortmund, Mönchengladbach, Salzgitter, Duisburg, Hagen, Krefeld, Bremerhaven, Essen, Wuppertal, Emden, Osterode, Goslar und Leer die höchsten westdeutschen Frauenarbeitslosenquoten von mehr als 10 Prozent (rote Flächen in Karte A8 im Kartenanhang).

2.1.2.3 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2009

Im Jahr der Wirtschaftskrise **2009** kam es zwar zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, der jedoch vorwiegend die Männer traf. Während die Zahl der arbeitslosen Männer von 2008 auf **2009 im Jahresdurchschnitt** um 200.000 Personen zunahm, sank die **Zahl der arbeitslosen Frauen** im selben Zeitraum um 44.000 auf **1,552 Mio. Personen**. Demzufolge sank die Arbeitslosenquote der Frauen um 0,3 Prozentpunkte auf **7,9 Prozent**, wohingegen die Arbeitslosenquote der Männer um 0,9 Prozentpunkte auf 8,3 Prozent anstieg. Der Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit fand nahezu ausnahmslos in Ostdeutschland statt, was auch darauf zurückzuführen ist, dass dort das Arbeitskräfteangebot um -27.000 Frauen sank, während es in Westdeutschland um 115.000 Frauen zunahm. Infolge dessen sank die Arbeitslosenquote der Frauen in Ostdeutschland um einen Prozentpunkt. In Westdeutschland war nur eine geringfügige Reduktion der Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte zu verzeichnen, da hier die Nachfrage nach Arbeitskräften nur geringfügig über dem gestiegenen Angebot lag.

Mit Ausnahme der ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Eisenach, Sonneberg und Berlin sank die Frauenarbeitslosenquote in allen ostdeutschen Arbeitsmarktregionen gegenüber dem Vorjahr. In Westdeutschland verzeichneten die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Göttingen, Bremerhaven, Leverkusen sowie Wolfsburg und Gießen die höchsten Rückgänge zwischen -1,7 und -1,2. Leicht gestiegen ist die Frauenarbeitslosenquote in 93 Arbeitsmarktregionen, wobei die stärksten Zuwächse zwischen einem und 1,5 Prozentpunkten in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Lüdenscheid, Tuttlingen, Villingen-Schwenningen, Pforzheim, Kronach und Rottweil vorlagen.

2.1.2.4 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2010

Von der verstärkten Nachfrage nach Arbeitskräften in Folge des konjunkturellen Aufschwungs konnten im Jahr **2010** alle Personengruppen profitieren. Dabei sank die Zahl der Arbeitslosen bei den Männern mit -5,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresdurchschnitt etwas stärker als bei den Frauen, wo sie um -4,7 Prozent zurückging. Die stärksten Beschäftigungszuwächse gab es bei den Arbeitnehmerüber-

lassungen und im Gesundheits- und Sozialwesen, wohingegen das Verarbeitende Gewerbe noch unter den Folgen der Wirtschaftskrise litt (Bundesagentur für Arbeit 2011d: 14). Im **Jahresdurchschnitt 2010** waren **1,479 Mio. Frauen arbeitslos** gemeldet, was einer Quote von **7,5 Prozent** entsprach. Der Rückgang fiel mit 8,7 Prozent in Ostdeutschland deutlich stärker aus als in Westdeutschland, wo er bei 2,8 Prozent lag. Erneut ist dies auf das rückläufige Arbeitskräfteangebot der Frauen in Ostdeutschland zurückzuführen, während der Nachfrageanstieg dort bei gut 25.000 Personen lag. In Westdeutschland stieg die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich um 154.000 Personen bei einem gleichzeitigen Angebotsanstieg an weiblichen Arbeitskräften von +124.000. Diese unterschiedliche Entwicklung des Arbeitskräfteangebots der Frauen in West- und Ostdeutschland spiegelt sich wiederum in der Arbeitslosenquote wider, die in Ostdeutschland erneut um einen Prozentpunkt auf 11,4 Prozent sank. In Westdeutschland ging die Arbeitslosenquote hingegen nur um 0,2 Prozentpunkte auf 6,5 Prozent zurück.

Die höchste Frauenarbeitslosenquote in Ostdeutschland verzeichnete die Arbeitsmarktregion Prenzlau mit 17,0 Prozent und in Westdeutschland Gelsenkirchen mit 12,0 Prozent. Weitere westdeutsche Arbeitsmarktregionen mit einer Frauenarbeitslosenquote von über 10 Prozent waren Dortmund, Salzgitter, Mönchengladbach, Duisburg, Krefeld, Essen, Hagen, Osterode, Wuppertal und Remscheid (rote Flächen in Karte A10 im Kartenanhang). In Ostdeutschland gab es weitere hohe Frauenarbeitslosenquoten von 14 Prozent und mehr in den Arbeitsmarktregionen Mansfeld-Südharz, Sondershausen, Stendal, Finsterwalde, Perleberg, Burgenlandkreis, Altenburg und Görlitz. Am niedrigsten fiel die Arbeitslosenquote der Frauen in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Neumarkt (2,8 Prozent), Weilheim (2,9 Prozent) und Bitburg (3,0 Prozent) aus. In Ostdeutschland lag der niedrigste Wert mit 7,1 Prozent in der Arbeitsmarktregion Sonneberg, gefolgt von Jena mit 7,2 Prozent. In den meisten Arbeitsmarktregionen lag die Frauenarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2010 unter der Quote des Vorjahres. Einen geringen Anstieg von +0,1 bis +0,4 Prozentpunkten gab es lediglich in 17 westdeutschen Arbeitsmarktregionen. Von diesen Arbeitsmarktregionen lag die Arbeitslosenquote der Frauen im Jahr 2010 in den Regionen Viersen, Hildesheim, Schwelm, Euskirchen, Celle, Remscheid über dem westdeutschen Durchschnitt.

2.1.2.5 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2011

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit setzte sich auch im Jahr **2011** weiter fort, jedoch ging die Zahl der arbeitslosen Männer mit 9,9 Prozent stärker zurück als die Zahl der arbeitslosen Frauen mit 6,0 Prozent. Im **Jahresdurchschnitt 2011** waren insgesamt **1,390 Mio. Frauen** und damit 89.000 Frauen weniger als im Vorjahresdurchschnitt **arbeitslos** gemeldet, was einer Arbeitslosenquote von **7,0 Prozent** entspricht. Erstmals seit dem Jahr 2008 sank die Zahl der arbeitslosen Frauen in Westdeutschland stärker als in Ostdeutschland, weil nun das Arbeitskräfteangebot der Frauen in Westdeutschland nicht mehr so stark ausfiel und mit +71.000 Frauen

nur gut halb so hoch war wie der Nachfrageanstieg. In Ostdeutschland sank auch in 2011 das Angebot an weiblichen Arbeitskräften, die Nachfrage stieg gegenüber dem Vorjahr nur noch um knapp 5.000 Personen. Die Frauenarbeitslosenquote reduzierte sich in beiden Landesteilen um 0,5 Prozentpunkte.

Die regionale Verteilung der Frauenarbeitslosenquoten im Jahr 2011 glich der Verteilung der Arbeitslosenquoten insgesamt mit hohen Werten in Ostdeutschland und im Ruhrgebiet und den niedrigsten Arbeitslosenquoten in Süddeutschland (siehe Karte 3). Die Arbeitslosenquoten der Frauen streuten in Westdeutschland zwischen 2,0 Prozent in Neumarkt und 11,6 Prozent in Gelsenkirchen sowie in Ostdeutschland zwischen 5,1 Prozent in Sonneberg und 17,2 Prozent in Prenzlau.

Die niedrigsten Arbeitslosenquoten bei den Frauen von unter drei Prozent gab es in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Neumarkt, Weilheim, Donauwörth-Nördlingen, Cham, Lohr am Main, Neustadt/Aisch, Bad Tölz, Biberach, Ingolstadt, Memmingen, Ravensburg, Lindau, Bitburg, Dingolfing, Traunstein und Landsberg. In Ostdeutschland erkennt man anhand der hellgrün eingefärbten Arbeitsmarktregionen in Karte 3 die niedrigsten Frauenarbeitslosenquoten in Sonneberg, Suhl, Meiningen und Jena, wo die Frauenarbeitslosenquoten unter dem Bundesdurchschnitt von sieben Prozent und damit noch weit unter den Frauenarbeitslosenquoten vieler westdeutscher Arbeitsmarktregionen lagen. Die mit Abstand niedrigste Frauenarbeitslosenquote wies mit 5,1 Prozent die Arbeitsmarktregion Sonneberg aus. Des Weiteren lagen in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Eisenach, Luckenwalde, Eichsfeld, Pößneck, Weimar und Potsdam-Brandenburg die Arbeitslosenquoten der Frauen bei maximal acht Prozent (hellgraue Flächen in Karte 3).

Hohe Frauenarbeitslosenquoten von über zehn Prozent waren vor allem in Ostdeutschland anzutreffen, aber auch in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Gelsenkirchen, Dortmund, Mönchengladbach, Duisburg, Essen, Krefeld, Salzgitter und Hagen (rote Flächen in Karte 3). Die höchste Frauenarbeitslosenquote in Westdeutschland verzeichnete abermals Gelsenkirchen, auch wenn dort ein Rückgang auf 11,6 Prozent stattgefunden hat.

Den stärksten Rückgang verzeichneten die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Sonneberg (-2,1 Prozentpunkte), Erzgebirgskreis (-1,9 Prozentpunkte) und Saalfeld (-1,6 Prozentpunkte) sowie die westdeutsche Arbeitsmarktregion Tuttlingen (-1,5 Prozentpunkte). Einen leichten Anstieg von 0,1 bis 0,4 Prozentpunkten gab es in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Erbach, Heide, Leverkusen, Husum und Düren sowie in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Eberswalde, Perleberg, Mecklenburgische Seenplatte, Prenzlau, Nordvorpommern, Schwerin und Finsterwalde.

2.1.2.6 Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit von 2007 bis 2011

Die Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit verlief in den vergangenen fünf Jahren abweichend von der Entwicklung der Männerarbeitslosigkeit. Da Frauen überwiegend im weniger konjunkturabhängigen Dienstleistungsgewerbe tätig sind, gab es während des konjunkturellen Aufschwungs von 2006 bis 2008 einen stärkeren Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den Männern als bei den Frauen (Bundesagentur für Arbeit 2009a: 86 f.). In der ab Herbst 2008 einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise waren dafür die Männer besonders stark von der rückläufigen Nachfrage nach Arbeitskräften betroffen (Bundesagentur für Arbeit 2010a: 18). Bereits im Jahr 2008 ging die Arbeitslosigkeit bei den Frauen stärker zurück als bei den Männern und im Krisenjahr 2009 stieg nur die Zahl der arbeitslosen Männer, da insbesondere die männerdominierten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes betroffen waren. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen war im Krisenjahr 2009 sogar rückläufig. Von dem wieder einsetzenden Aufschwung in den Jahren 2010 und 2011 konnten dann die Männer wieder stärker profitieren als die Frauen, was wiederum zu einem stärkeren Rückgang der Männerarbeitslosigkeit führte. Im gesamten Zeitraum von 2007 bis 2011 sank die Zahl der arbeitslosen Frauen um 477.000 Personen auf 1,390 Mio. Personen. Die Arbeitslosenquote der Frauen sank von 10,4 Prozent auf 7,6 Prozent (-26,9 Prozent) bezogen auf die abhängigen weiblichen Erwerbspersonen bzw. von 9,6 Prozent auf 7,0 Prozent (-27,1 Prozent) bezogen auf alle weiblichen Erwerbspersonen und somit in weitaus stärkerem Umfang als die Arbeitslosenquote der Männer. (Die Arbeitslosenquote der Männer bezogen auf die abhängigen männlichen Erwerbspersonen sank um 16,3 Prozent von 9,8 Prozent in 2007 auf 8,2 Prozent in 2011 und bezogen auf alle männlichen Erwerbspersonen um 16,5 Prozent von 8,5 Prozent in 2007 auf 8,2 Prozent in 2011). Der Rückgang der Frauenarbeitslosenquote (bezogen auf die abhängigen weiblichen Erwerbspersonen) fiel wie die Arbeitslosenquote insgesamt in Ostdeutschland stärker (-29,9 Prozent) aus als in Westdeutschland (-24,6 Prozent).

Für die regionale Betrachtung der Entwicklung über den gesamten Zeitraum von 2007 bis 2011 wird die **Frauenarbeitslosenquote auf die abhängigen Erwerbspersonen bezogen** (im Gegensatz zur vorangegangenen Betrachtung der einzelnen Jahre, die sich auf alle Erwerbspersonen bezog). Dies ist notwendig, da erst ab dem Jahr 2008 für Frauen, Männer und weitere Personengruppen eine regionale Differenzierung für alle Erwerbspersonen bis auf Kreisebene möglich ist. Davor konnten die Arbeitslosenquoten für die verschiedenen Personengruppen regional nur bezogen auf abhängige Erwerbspersonen ausgewiesen werden (Bundesagentur für Arbeit 2009b: 5).¹⁰

¹⁰ Die nähere Erläuterung hierfür findet sich im methodischen Anhang im Kapitel 5.1.

Die stärksten Rückgänge der Frauenarbeitslosenquote (bezogen auf die abhängigen weiblichen Erwerbspersonen) von mehr 50 Prozent gab es von 2007 bis 2011 in der ostdeutschen Arbeitsmarktregion Sonneberg sowie in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Neumarkt, Bad Neustadt/Saale, Cham und Lichtenfels. Weitere hohe prozentuale Rückgänge von bis zu 40 Prozent lassen sich an den dunkelblauen Flächen der Karte 4 in vielen Regionen Bayerns sowie im Südwesten Thüringens erkennen. Ebenso konnten die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Lingen, Westerstede, Göttingen, Bitburg und Waldshut sowie die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Salzwedel, Zwickau und Erzgebirgskreis ihre Frauenarbeitslosigkeit deutlich verringern. Die geringsten Rückgänge bei der Frauenarbeitslosenquote um weniger als 15 Prozent verzeichneten die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Viersen, Lüdenscheid, Euskirchen, Goslar, Erbach, Essen, Krefeld, Bremen, Dortmund und Duisburg sowie die ostdeutsche Arbeitsmarktregion Berlin, dargestellt als orange Flächen in Karte 4.

Tabelle 5
Zahl der arbeitslosen Frauen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 absolut
 (Prozentuale Veränderung der Zahl der arbeitslosen Frauen im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2007	2008	2009	2010	2011
Westdeutschland	1.235.000 (-14,3 %)	1.053.000 (-14,7 %)	1.052.000 (-0,1 %)	1.022.000 (-2,8 %)	956.000 (-6,5 %)
Ostdeutschland	632.000 (-10,9 %)	543.000 (-14,1 %)	500.000 (-7,9 %)	457.000 (-8,7 %)	434.000 (-4,9 %)
Deutschland	1.867.000 (-13,2 %)	1.596.000 (-14,5 %)	1.552.000 (-2,7 %)	1.479.000 (-4,7 %)	1.390.000 (-6,0 %)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf; Datenstand: Januar 2012; eigene Berechnung; Zahlen gerundet.

Tabelle 6**Frauenarbeitslosenquoten* im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 und Frauenarbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2008 bis 2011 in Prozent**

(Veränderung der Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr in Prozentpunkten in Klammern)

	2007	2008	2009	2010	2011	4-Jahres-Durchschnitt 2008 bis 2011
Westdeutschland	8,0 % (-1,4)	6,8 % (-1,2)	6,7 % (-0,1)	6,5 % (-0,2)	6,0 % (-0,5)	6,5 %
Ostdeutschland	15,5 % (-2,0)	13,4 % (-2,1)	12,4 % (-1,0)	11,4 % (-1,0)	10,9 % (-0,5)	12,0 %
Deutschland	9,6 % (-1,5)	8,2 % (-1,4)	7,9 % (-0,3)	7,5 % (-0,4)	7,0 % (-0,5)	7,6 %

* bezogen auf alle weiblichen Erwerbspersonen

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf; Datenstand: Januar 2012; eigene Berechnung.

Tabelle 7**Frauenarbeitslosenquoten* im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 und Frauenarbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2008 bis 2011 in Prozent**

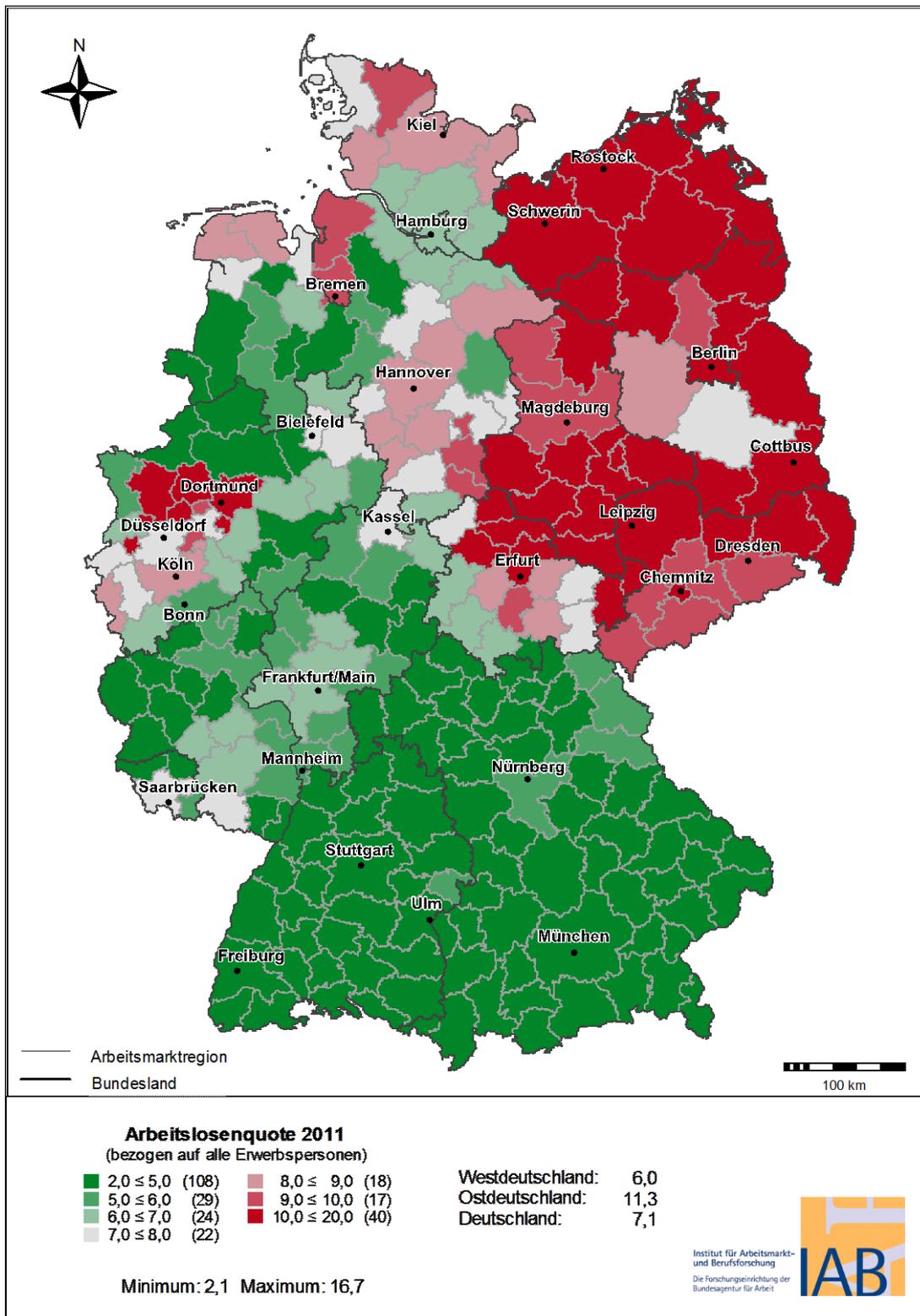
(Veränderung der Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr in Prozentpunkten in Klammern)

	2007	2008	2009	2010	2011	4-Jahres-Durchschnitt 2008 bis 2011
Westdeutschland	8,7 % (-1,5)	7,4 % (-1,3)	7,3 % (-0,1)	7,1 % (-0,2)	6,5 % (-0,6)	7,1 %
Ostdeutschland	16,8 % (-2,0)	14,5 % (-2,3)	13,4 % (-1,1)	12,3 % (-1,1)	11,8 % (-0,5)	13,0 %
Deutschland	10,4 % (-1,6)	8,9 % (-1,5)	8,6 % (-0,3)	8,1 % (-0,5)	7,6 % (-0,5)	8,3 %

* bezogen auf abhängige weibliche Erwerbspersonen

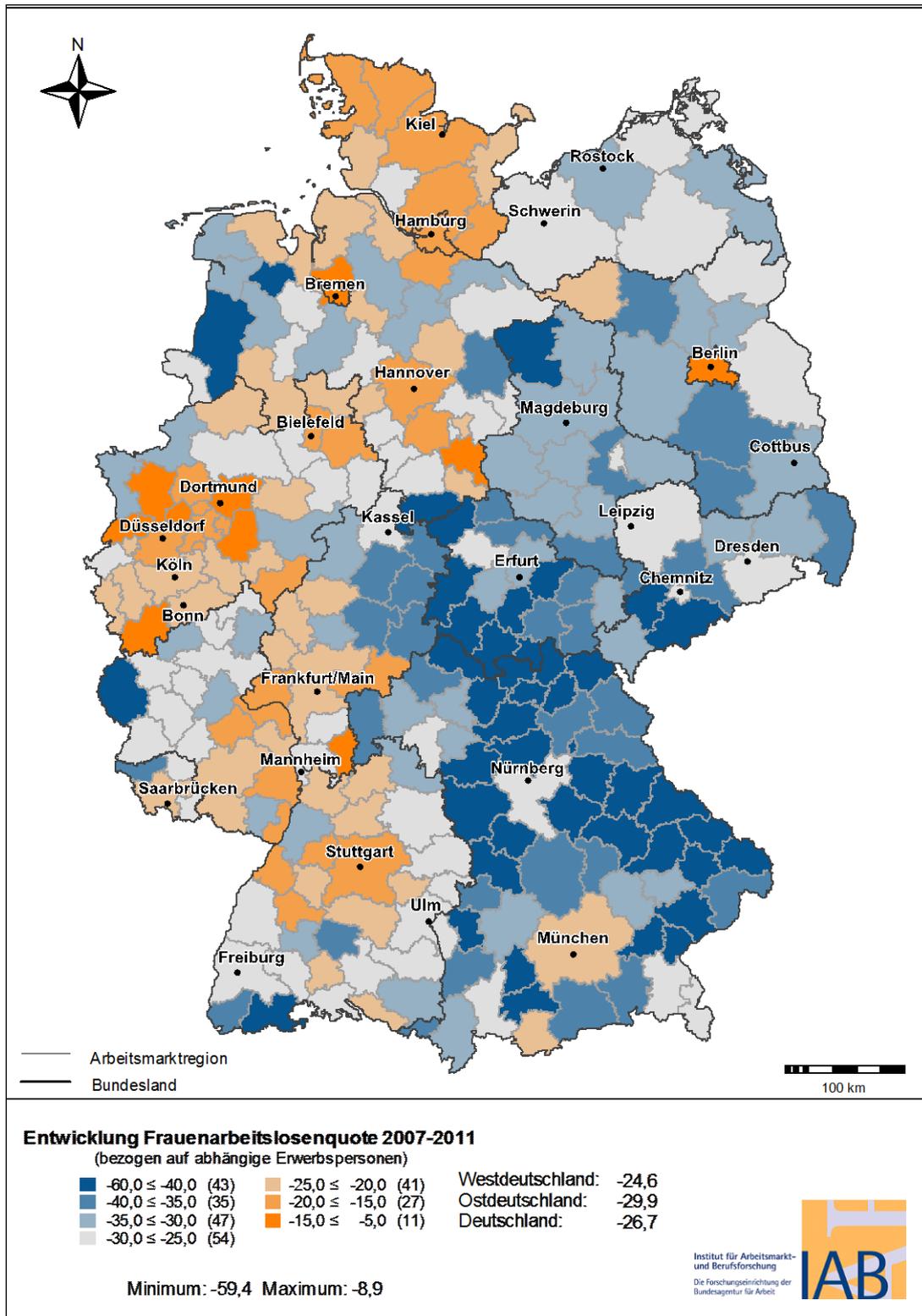
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf; Datenstand: Januar 2012; eigene Berechnung.

Karte 3
Frauenarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2011 in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslose nach ausgewählten Merkmalen und nach Kreisen, Bezugsgrößen nach Ländern und Kreisen - fiktiver Gebietsstand 31.12.2011, Januar 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 4
Entwicklung der Frauenarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslose nach ausgewählten Merkmalen und nach Kreisen, Bezugsgrößen nach Ländern und Kreisen - fiktiver Gebietsstand 31.12.2011, Januar 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

2.1.3 Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit

Die gute konjunkturelle Lage in den wirtschaftlich starken Jahren 2006 bis 2008 sowie 2010 und 2011 trug maßgeblich dazu bei, dass die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Zeitraum von 2007 bis 2011 trotz eines zwischenzeitlichen Anstiegs deutschlandweit insgesamt um -124.000 Personen bzw. um -30,7 Prozent auf 279.000 Personen gesunken ist (vgl. Tabelle 8). In Ostdeutschland fiel der Rückgang (-38,1 Prozent) stärker aus als in Westdeutschland (-26,6 Prozent). In den Jahren des Aufschwungs entwickelte sich die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren günstiger als die gesamte Arbeitslosigkeit. Dafür waren Jugendliche aber auch in weitaus stärkerem Umfang von der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 betroffen. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen stieg im Jahresdurchschnitt von 2008 bis 2009 um 11,0 Prozent, während der Anstieg bei der Zahl der gesamten Arbeitslosen nur bei 4,8 Prozent lag. Der demografische Wandel machte sich bei den jugendlichen Erwerbspersonen bemerkbar, denn obwohl die Zahl aller Erwerbspersonen - auch über den Zeitraum der Wirtschaftskrise hinweg - von 2008 bis 2010 um über 100.000 Personen anstieg (Fuchs/Söhnlein/Weber 2011: 5), sank die Zahl der jüngeren Erwerbspersonen von 2009 bis 2010 um gut 46.000 und im darauffolgenden Jahr noch um weitere knapp 74.000. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen (bezogen auf alle Erwerbspersonen) lag daher von 2008 bis 2011 unter der Gesamtarbeitslosenquote (vgl. Tabelle 9 und Tabelle 10).

2.1.3.1 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2007

Im **Jahresdurchschnitt 2007** gab es **403.000 arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis unter 25 Jahren**. Der konjunkturelle Aufschwung ab dem Jahr 2006 wirkte sich auf die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit positiv aus, und die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen sank im Jahresdurchschnitt 2007 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 121.000 Personen, was einem Anteil von 23,2 Prozent entspricht. Der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit fiel in Westdeutschland mit 25,1 Prozent stärker aus als in Ostdeutschland mit 19,4 Prozent.¹¹

2.1.3.2 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2008

Auch im Jahr **2008** konnten die Jugendlichen von der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt profitieren und die Zahl der **arbeitslosen Personen unter 25 Jahren** sank um 64.000 auf **339.000**. Der Rückgang betrug 15,9 Prozent und fiel damit nicht ganz so stark aus wie im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag bei **7,0 Prozent**, wobei sie in Ostdeutschland mit 12,4 Prozent mehr als doppelt so hoch ausfiel wie in Westdeutschland, wo sie bei 5,6 Prozent lag.

Die niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2008 gab es in süddeutschen Arbeitsmarktregionen. Den niedrigsten Wert in Westdeutschland ver-

¹¹ Die Jugendarbeitslosenquote bezogen auf alle Erwerbspersonen kann regional differenziert erst ab dem Jahr 2008 berechnet und dargestellt werden (Bundesagentur für Arbeit 2009b: 5).

zeichnete die Arbeitsmarktregion Donauwörth-Nördlingen mit 1,8 Prozent und die höchste Quote fand sich in der Arbeitsmarktregion Gelsenkirchen mit 11,6 Prozent. In Ostdeutschland lag die niedrigste Arbeitslosenquote in der Arbeitsmarktregion Eisenach mit 7,5 Prozent, den höchsten Wert gab es mit 18,0 Prozent in Prenzlau. Insgesamt betrachtet lagen die höchsten Jugendarbeitslosenquoten in ostdeutschen Arbeitsmarktregionen, aber neben Gelsenkirchen verzeichneten auch die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Wuppertal, Heide, Mönchengladbach, Lübeck, Bremerhaven, Flensburg, Uelzen, Dortmund, Osterode, Hameln, Helmstedt, Essen, Hagen, Leverkusen, Nordenham und Goslar eine Arbeitslosenquote bei den unter 25-Jährigen von über neun Prozent (dargestellt als rote Flächen in Karte A14 im Kartenanhang).

2.1.3.3 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2009

Die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 führte dann bei den 15- bis unter 25-Jährigen zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahl um 37.000 Personen auf **376.000 im Jahresdurchschnitt 2009**, wobei der Zuwachs wie bei der gesamten Arbeitslosigkeit ausschließlich in Westdeutschland (+39.000 Personen) stattfand, während in Ostdeutschland die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen von 2008 bis 2009 um knapp - 2.000 Personen sank. Erklären lässt sich dies durch den Anstieg an jugendlichen Arbeitskräften in Westdeutschland (+40.000) und den Rückgang in Ostdeutschland (-28.000). Dennoch kam es sowohl in West- als auch in Ostdeutschland zu einem Anstieg der Jugendarbeitslosenquote. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der jüngeren Erwerbspersonen zwischen 15- bis unter 25 Jahren in Ostdeutschland deutlich stärker gesunken ist als die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen. Die Jugendarbeitslosenquote (bezogen auf alle Erwerbspersonen) erhöhte sich in Westdeutschland um einen Prozentpunkt auf 6,6 Prozent, in Ostdeutschland um 0,2 Prozentpunkte auf 12,6 Prozent. In Deutschland lag die Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen im **Jahresdurchschnitt 2009 bei 7,8 Prozent**.

Betrachtet man die Entwicklung in den einzelnen Arbeitsmarktregionen, so lässt sich feststellen, dass die Arbeitslosenquote der Jugendlichen in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Lüdenscheid, Osterode, Olpe, Remscheid, Homburg/Saar, Soest, Günzburg, Göppingen, Villingen-Schwenningen, Alzey-Worms und Aalen um mehr als zwei Prozentpunkte angestiegen ist. Den Anstieg bei der Jugendarbeitslosigkeit in den prosperierenden Regionen kann man recht anschaulich in Karte A14 und Karte A15 im Kartenanhang verfolgen. Viele Regionen mit vormals niedrigen Jugendarbeitslosenquoten in Bayern und Baden-Württemberg verschlechterten sich und wechselten vom dunkelgrünen in den hellgrünen Farbbereich. Auch in Hessen und Nordrhein-Westfalen ist die Erhöhung der Jugendarbeitslosenquoten deutlich erkennbar. Dennoch gab es auch während der konjunkturellen Krise westdeutsche Arbeitsmarktregionen, in denen die Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen sank. Dies waren die Arbeitsmarktregionen Göttingen, Husum, Zeven, Bremerhaven, Hameln, Gießen, Nordenham, Westerstede, Soltau, Uelzen, Kiel, Ahrweiler und Bad Reichenhall.

Auch wenn die Krise zumeist Regionen in Westdeutschland traf, gab es auch in einigen ostdeutschen Arbeitsmarktregionen eine Erhöhung der Jugendarbeitslosenquote. Die stärksten Zuwächse in Ostdeutschland von über einem Prozentpunkt verzeichneten die Arbeitsmarktregionen Eisenach, Perleberg, Meiningen, Zwickau, Vogtlandkreis, Suhl, Meißen und Eichsfeld. In Karte A15 im Kartenanhang erkennt man zudem an den hellroten Flächen die Arbeitsmarktregionen in Thüringen, in denen die Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen bei unter 9 Prozent lag und damit deutlich niedriger als in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Die niedrigste Arbeitslosenquote in Ostdeutschland mit 7,9 Prozent gab es in der Arbeitsmarktregion Jena. Diese sticht in Karte A15 im Kartenanhang als Arbeitsmarktregion mit der hellsten Rotfärbung in Ostdeutschland hervor.

2.1.3.4 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2010

Von dem konjunkturellen Aufschwung im Jahr **2010** konnten die Jugendlichen erneut profitieren. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen sank im **Jahresdurchschnitt 2010** im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 50.000 Personen auf **325.000 arbeitslose Jugendliche**. Der Rückgang der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen betrug -13,4 Prozent und fiel - anders als bei der Arbeitslosenzahl insgesamt und bei der Zahl der arbeitslosen Frauen - in Ostdeutschland mit -15,4 Prozent stärker aus als in Westdeutschland mit -12,5 Prozent. Die **Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen** (bezogen auf alle Erwerbspersonen) sank um einen Prozentpunkt auf **6,8 Prozent**. In Ostdeutschland verringerte sich die Arbeitslosenquote mit -1,5 Prozentpunkten deutlich stärker als in Westdeutschland mit -0,8 Prozentpunkten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Arbeitskräfteangebot mit -3,7 Prozent in Ostdeutschland stärker gesunken ist als die Arbeitskräftenachfrage, welche sich im Vergleich zum Vorjahr trotz des Aufschwungs um etwa zwei Prozent verringert hat.

In 68 westdeutschen Arbeitsmarktregionen lag die Jugendarbeitslosenquote bei maximal 4 Prozent (siehe dunkelgrüne Flächen in Karte A16 im Kartenanhang). Von hohen Arbeitslosenquoten der 15- bis unter 25-Jährigen von über neun Prozent waren vorwiegend ostdeutsche Arbeitsmarktregionen betroffen, aber auch die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Gelsenkirchen, Mönchengladbach, Osterode, Wuppertal, Dortmund, Heide, Duisburg, Flensburg, Lübeck, Uelzen, Bremerhaven, Hagen, Stadthagen, Bochum, Essen sowie Holzminden (dargestellt als rote Flächen in Karte A16 im Kartenanhang). Gesunken ist die Jugendarbeitslosenquote im Jahr 2010 in fast allen Regionen. Mit einem geringfügigen Anstieg waren die Arbeitsmarktregionen Bochum mit +0,4 Prozentpunkten sowie Stadthagen und Soltau (mit je +0,1 Prozentpunkten) die Ausnahme. Starke Rückgänge bei der Arbeitslosenquote um mehr als -2 Prozentpunkte verzeichneten neben etlichen ostdeutschen Regionen auch die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Osterode, Eschwege, Simmern, Idar-Oberstein und Wuppertal.

2.1.3.5 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2011

Auch im **Jahresdurchschnitt 2011** sank die Zahl der arbeitslosen Personen unter 25 Jahren im Vergleich zum Vorjahr, und zwar auf **279.000 arbeitslose Jugendliche**. Insgesamt waren 46.000, d. h. 14,3 Prozent, weniger Jugendliche arbeitslos gemeldet. Bezogen auf das Vorjahr fiel der prozentuale Rückgang in Westdeutschland wieder höher aus als in Ostdeutschland (-14,6 Prozent gegenüber -13,6 Prozent). Auch die Arbeitslosenquote¹² der 15- bis unter 25-Jährigen sank erneut deutlich ab und lag im Jahresdurchschnitt 2011 mit **5,9 Prozent** niedriger als die Gesamtarbeitslosenquote von 7,1 Prozent. Dennoch besteht auch bei der Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor das West-Ost-Gefälle, wie man in Karte 5 erkennt. Die Arbeitslosenquoten der Jugendlichen lagen regional zwischen 1,5 Prozent (in Neumarkt) und 15,6 Prozent (in Prenzlau). In den Arbeitsmarktregionen Neumarkt, Donauwörth-Nördlingen, Tuttlingen, Bad Tölz und Traunstein lag die Jugendarbeitslosenquote sogar unter zwei Prozent. Insgesamt niedrige Arbeitslosenquoten der 15- bis unter 25-Jährigen von weniger als drei Prozent gab es in 38 Arbeitsmarktregionen. In Ostdeutschland lag die Jugendarbeitslosenquote in den Arbeitsmarktregionen Sonneberg, Suhl, Meiningen, Eichsfeld, Eisenach, Jena und Pößneck bei höchstens sechs Prozent (siehe hellgrüne Flächen in Karte 5).

Hohe Jugendarbeitslosenquoten von mehr als neun Prozent gab es nur in 37 Arbeitsmarktregionen und damit in 20 Regionen weniger als bei der Arbeitslosenquote insgesamt. Anders als bei der Arbeitslosenquote insgesamt und der Frauenarbeitslosenquote lag die höchste Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen in Westdeutschland nun mit elf Prozent in der Arbeitsmarktregion Mönchengladbach, gefolgt von Gelsenkirchen, Wuppertal, Bremerhaven, Heide, Essen, Duisburg, Osterode und Dortmund mit Jugendarbeitslosenquoten von über neun Prozent. Mit über elf Prozent gab es die höchsten Arbeitslosenquoten der 15- bis unter 25-Jährigen in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Prenzlau, Berlin, Nordvorpommern, Stendal, Mansfeld-Südharz, Finsterwalde, Mecklenburgische Seenplatte, Burgenlandkreis, Südvorpommern, Eberswalde, Leipzig, Dessau-Roßlau und Cottbus.

Die **Jugendarbeitslosenquote**, die im Gegensatz zu der bisher beschriebenen Arbeitslosenquote, **für alle Jahre von 2007 bis 2011**¹³ nur **bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen** betrachtet werden kann, konnte in diesem Zeitraum in immerhin 13 Arbeitsmarktregionen mindestens halbiert werden. Hierzu zählen die

¹² Die Bezugsgröße 2011 ist gegenüber der Bezugsgröße 2010 um 79.400 (+0,2 Prozent) gestiegen. Ein Teil des Anstiegs (+47.000 Personen, +0,1 Prozent) ist auf die erstmalige Berücksichtigung von Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante bei zugelassenen kommunalen Trägern zurückzuführen. Auf die Arbeitslosenquote insgesamt hatte dies keinen Einfluss, wohl aber auf verschiedenen Personengruppen, wie Ausländer, Ältere und Jüngere (für Informationen zu regionalen Auswirkungen siehe: Bundesagentur für Arbeit 2011a).

¹³ Auch an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass sich im Jahr 2011 die Bezugsgröße geändert hat und ein entsprechender Einfluss auf die Jugendarbeitslosenquote nicht auszuschließen ist.

westdeutschen Regionen Bamberg, Neumarkt, Göttingen, Westerstede, Weißenburg-Gunzenhausen, Coburg, Ansbach, Bad-Tölz, Tuttlingen, Schwandorf, Lichtenfels und Bad Reichenhall, sowie die ostdeutsche Arbeitsmarktregion Sonneberg. In vielen ostdeutschen Arbeitsmarktregionen konnten hohe Jugendarbeitslosenquoten (bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen) von über 15 Prozent im Jahr 2007 bis zum Jahr 2011 um rund fünf Prozentpunkte deutlich gesenkt werden. Mit fast zehn Prozentpunkten sank die Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen von 2007 bis 2011 am stärksten in der Arbeitsmarktregion Neuruppin auf 10,3 Prozent. In der Arbeitsmarktregion Berlin, welche ebenfalls zu den Regionen mit einer vormals sehr hohen Arbeitslosigkeit gehört, ging die Jugendarbeitslosenquote hingegen nur um 2,5 Prozentpunkte auf 13,9 Prozent zurück. Unterdurchschnittliche Entwicklungen lassen sich anhand der orangen Flächen in Karte 6 erkennen. Einen Anstieg der Jugendarbeitslosenquote gab es lediglich in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Viersen und Friedrichshafen mit 8,3 bzw. 3,7 Prozent. Niedrige Rückgänge bei der Entwicklung der Arbeitslosenquote bei den 15- bis unter 25-Jährigen zwischen 3,4 und 9,8 Prozent gab es in den Arbeitsmarktregionen Krefeld, Perleberg, Duisburg, Baden-Baden, Itzehoe, Bochum, Düren, Wittenberg, Köln und Wuppertal (orange Flächen in Karte 6).

Tabelle 8

Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 absolut

(Prozentuale Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2007	2008	2009	2010	2011
Westdeutschland	260.000 (-25,1 %)	216.000 (-16,9 %)	255.000 (+18,0 %)	223.000 (-12,5 %)	191.000 (-14,6 %)
Ostdeutschland	143.000 (-19,4 %)	122.000 (-14,2 %)	121.000 (-1,4 %)	102.000 (-15,4 %)	88.000 (-13,6 %)
Deutschland	403.000 (-23,2 %)	339.000 (-15,9 %)	376.000 (+11,0 %)	325.000 (-13,4 %)	279.000 (-14,3 %)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf; Datenstand: Januar 2012; eigene Berechnung; Zahlen gerundet.

Tabelle 9
Jugendarbeitslosenquoten* im Jahresdurchschnitt von 2008 bis 2011 und im Vierjahresdurchschnitt 2008 bis 2011 in Prozent

(Veränderung der Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr in Prozentpunkten in Klammern)

	2008	2009	2010	2011	4-Jahres-Durchschnitt 2008 bis 2011
Westdeutschland	5,6 %	6,6 % (+1,0)	5,8 % (-0,8)	5,0 % (-0,8)	5,8 %
Ostdeutschland	12,4 %	12,6 % (+0,2)	11,1 % (-1,5)	10,1 % (-1,0)	11,6 %
Deutschland	7,0 %	7,8 % (+0,8)	6,8 % (-1,0)	5,9 % (-0,9)	6,9 %

* bezogen auf alle Erwerbspersonen zwischen 15 und 25 Jahren

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf; Datenstand: Januar 2012; eigene Berechnung.

Tabelle 10
Jugendarbeitslosenquoten* im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 und im Vierjahresdurchschnitt 2008 bis 2011 in Prozent

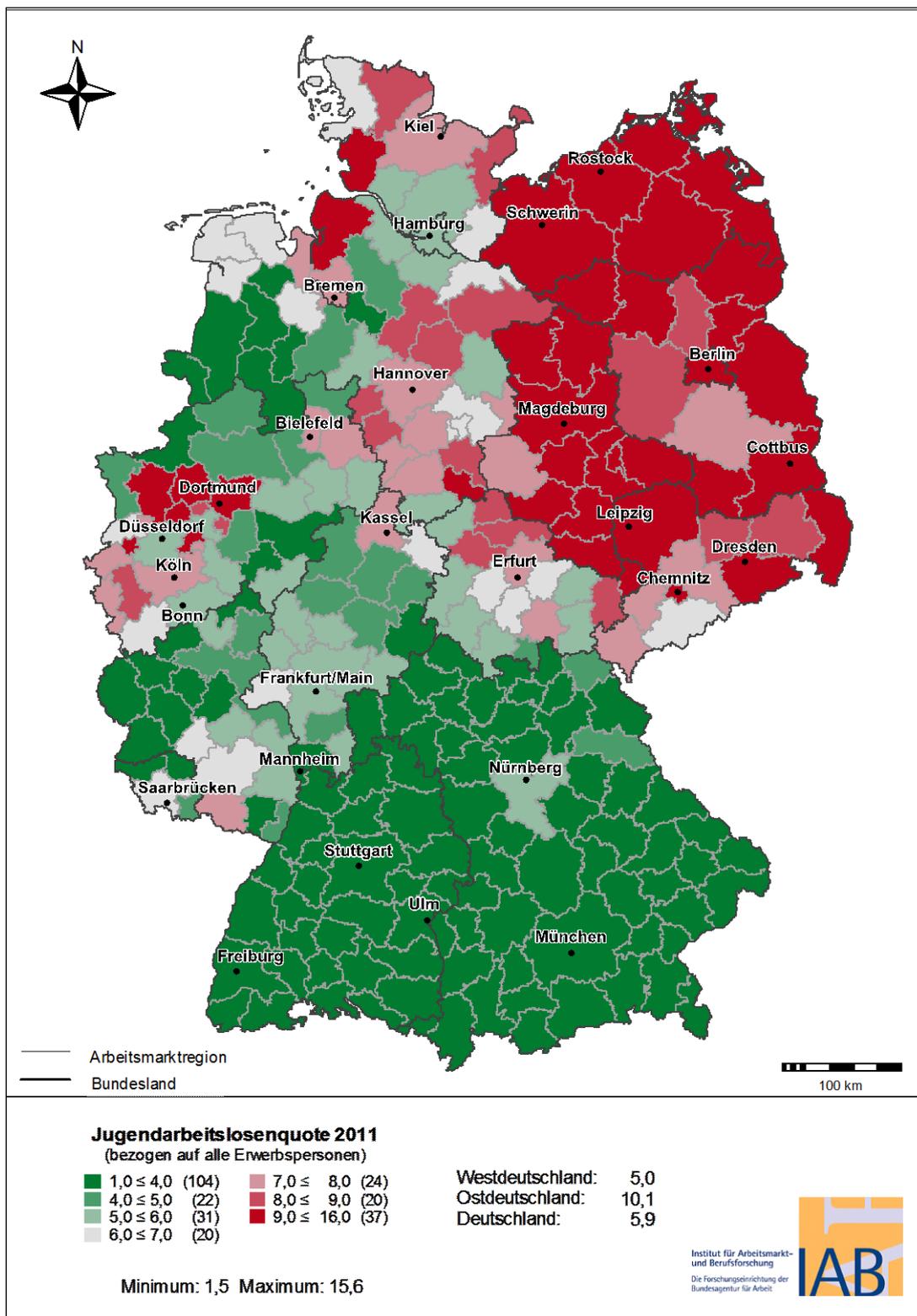
(Veränderung der Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr in Prozentpunkten in Klammern)

	2007	2008	2009	2010	2011	4-Jahres-Durchschnitt 2008 bis 2011
Westdeutschland	6,9 %	5,8 % (-2,3)	6,7 % (-1,1)	5,9 % (+0,9)	5,1 % (-0,8)	5,9 %
Ostdeutschland	14,3 %	12,7 % (-2,9)	12,9 % (-1,7)	11,3 % (+0,2)	10,3 % (-1,6)	13,0 %
Deutschland	8,4 %	7,2 % (-1,6)	8,0 % (-1,3)	6,9 % (+0,8)	6,0 % (-1,1)	7,0 %

* bezogen auf abhängig Erwerbspersonen zwischen 15 und 25 Jahren

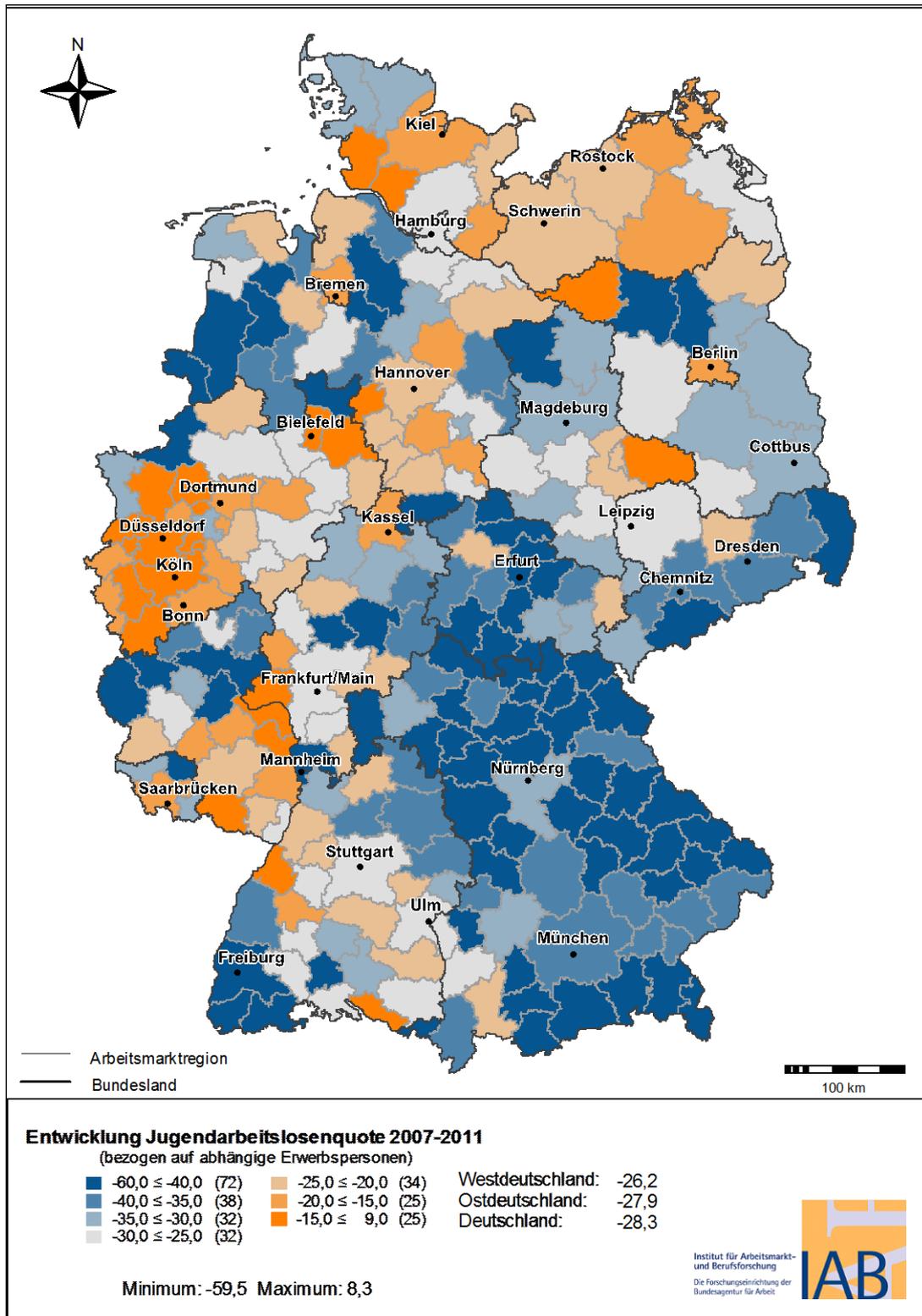
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf; Datenstand: Januar 2012; eigene Berechnung.

Karte 5
Jugendarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2011 in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslose nach ausgewählten Merkmalen und nach Kreisen, Bezugsgrößen nach Ländern und Kreisen - fiktiver Gebietsstand 31.12.2011, Januar 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 6
Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 2007
bis 2011 in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslose nach ausgewählten Merkmalen und nach Kreisen, Bezugsgrößen nach Ländern und Kreisen - fiktiver Gebietsstand 31.12.2011, Januar 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

2.1.4 Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit

Langzeitarbeitslosigkeit stellt eine besonders verfestigte Form struktureller Arbeitslosigkeit dar und ist aus wirtschafts- und sozialpolitischer Sichtweise als eine der problematischsten Formen der Arbeitslosigkeit zu werten (Beckert 2007: 466). Dabei wird eine Person nach § 18 SGB III dann als langzeitarbeitslos gezählt, wenn sie länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet ist.¹⁴ Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto schwieriger wird es für die betroffene Person, wieder eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, da das Fachwissen mit zunehmender Ferne vom Arbeitsmarkt veraltet. Die Chancen auf eine Wiederbeschäftigung sind bei kurzzeitiger Arbeitslosigkeit immerhin viermal so hoch wie bei Langzeitarbeitslosigkeit (Klinger/Rothe 2010: 632). Besonders betroffen sind zudem meist Personen, deren Einstellungschancen aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen oder formal geringer Qualifizierung ohnehin niedriger sind. Auch ist der Anteil von Nichtdeutschen unter den Langzeitarbeitslosen hoch (Klinger/Rothe 2010: 632).

2.1.4.1 Entwicklung der Zahl der Langzeitarbeitslosen von 2007 bis 2011

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist von 1,722 Mio. im **Jahresdurchschnitt 2007** um 671.000 Personen auf insgesamt **1,052 Mio. Langzeitarbeitslose im Jahr 2011** gesunken, wovon 729.000 in Westdeutschland und 323.000 in Ostdeutschland gezählt wurden (vgl. Tabelle 11). Der Rückgang von 2007 bis 2011 betrug bundesweit -39 Prozent und fiel in Ostdeutschland mit -45 Prozent deutlich stärker aus als in Westdeutschland mit -36 Prozent. Lediglich im Jahr 2010 gab es in Westdeutschland einen Anstieg bei der Zahl der Langzeitarbeitslosen um 2,2 Prozent, welcher auf den wirtschaftlichen Abschwung in 2009 zurückzuführen ist. Wie man auch in Tabelle 11 erkennen kann, sank bundesweit die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahr 2008 mit 23,1 Prozent noch weitaus stärker als in den folgenden Jahren mit 14,3 Prozent in 2009 und nur noch 0,5 Prozent in 2010. In 2011 ging die Zahl der Langzeitarbeitslosen dann mit der konjunkturellen Belebung auf dem Arbeitsmarkt wieder etwas stärker zurück, und zwar um 6,9 Prozent. In Ostdeutschland fiel der Rückgang wie in den beiden vorangegangenen Jahren stärker aus als in Westdeutschland.

Auch bei der regionalen Betrachtung zeigt sich, dass die Rückgänge bei der Zahl der Langzeitarbeitslosen in allen Regionen West- und Ostdeutschlands stattfanden, regional aber unterschiedlich hoch ausfielen (siehe Karte 7). Arbeitsmarktregionen, in denen es entweder im Jahr 2007 und/oder im Jahr 2011 keine plausiblen Datenlieferungen von den zugelassenen kommunalen Trägern gegeben hat, sind in der

¹⁴ Ebenfalls als langzeitarbeitslos zählen Personen, bei denen eine unschädliche Unterbrechung der Arbeitslosigkeit, z. B. bei Teilnahme an einer Maßnahme zur beruflichen Eingliederung unter sechs Wochen, vorliegt (Bundesagentur für Arbeit 2012a: 6).

Karte schraffiert dargestellt.¹⁵ In diesen Regionen muss beachtet werden, dass die Entwicklung über- bzw. unterschätzt wird. Mit Rückgängen von etwa 59 bis 75 Prozent sank die Zahl der Langzeitarbeitslosen in den dunkelblau eingefärbten Arbeitsmarktregionen Sonneberg, Neumarkt, Cham, Lichtenfels, Bad Neustadt/Saale, Kronach, Nordhausen und Sondershausen, Hof, Coburg, Suhl, Schwandorf und Arnstadt¹⁶ am stärksten. Den höchsten Rückgang gab es mit 74,6 Prozent in Sonneberg. Die geringsten Rückgänge¹⁷ verzeichneten dagegen die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Biberach (-4,7 Prozent), Erbach (-8,5 Prozent), Viersen (-11,8 Prozent) und Olpe (-18,9 Prozent).

Tabelle 11
Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2007	2008	2009	2010	2011
Westdeutschland	1.135.000	864.000 (-23,9 %)	759.000 (-12,2 %)	776.000 (+2,2 %)	729.000 (-6,0 %)
Ostdeutschland	588.000	460.000 (-21,7 %)	376.000 (-18,3 %)	354.000 (-5,8 %)	323.000 (-8,9 %)
Deutschland	1.722.000	1.324.000 (-23,1 %)	1.135.000 (-14,3 %)	1.130.000 (-0,5 %)	1.052.000 (-6,9 %)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit nach Dauer, Datenstand: Januar 2012; eigene Berechnung; Zahlen gerundet; Differenzen zur Summe sind rundungsbedingt.

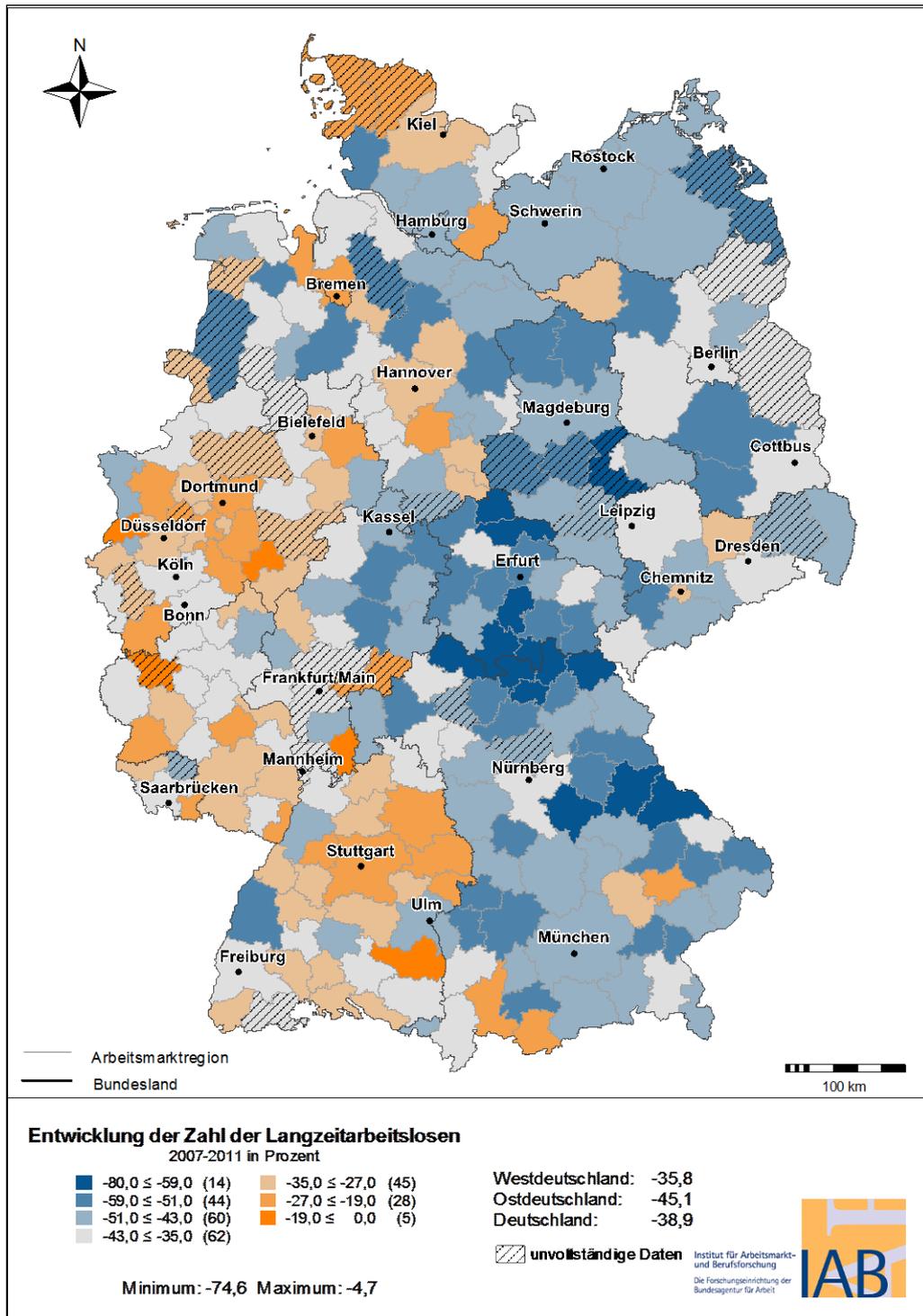
¹⁵ Ebenso sind in den mitgelieferten Tabellen die Regionen und jeweiligen Jahre, in denen geschätzte bzw. unvollständige Datenlieferungen zur Langzeitarbeitslosigkeit vorlagen, farblich hervorgehoben.

¹⁶ In Anhalt-Bitterfeld betrug der Rückgang zwar auch mehr als 60 Prozent, jedoch waren die Zahlen im Jahr 2011 nicht vollständig und daher die Zahl der Langzeitarbeitslosen womöglich untererfasst. In Karte 7 ist diese Region durch eine Schraffur gekennzeichnet.

¹⁷ Einen niedrigen Rückgang von 13,3 Prozent gab es auch in der Arbeitsmarktregion Daun, allerdings erfolgte im Jahr 2007 von einem zugelassenen kommunalen Träger keine vollständige Meldung zur Zahl der Arbeitslosen, so dass es dort in diesem Jahr vermutlich mehr Langzeitarbeitslose gegeben hat und so der tatsächliche prozentuale Rückgang bis 2011 möglicherweise höher ausgefallen ist.

Karte 7

Entwicklung der Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit nach Dauer und nach Kreisen – fiktiver Gebietsstand 31.12.2011, Januar 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

2.1.4.2 Entwicklung des Anteils der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen von 2007 bis 2011

Rückläufig war nicht nur die Zahl der Langzeitarbeitslosen, sondern auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen bezogen auf die Zahl der Arbeitslosen insgesamt. Im Jahr 2007 war noch nahezu jeder zweite Arbeitslose seit mehr als zwölf Monaten arbeits-

los gemeldet. Im Jahr 2011 war es dagegen nur noch rund jeder dritte Arbeitslose¹⁸ (vgl. Tabelle 12). Die Anteile unterscheiden sich nur geringfügig zwischen West- und Ostdeutschland. Nachdem der Anteil der Langzeitarbeitslosen im Jahr 2007 - noch als Folge der Einführung des SGB II - einen Höchststand erreichte, sank der Anteil in den zwei folgenden Jahren, erst um -5,3 Prozentpunkte und im Krisenjahr 2009 nochmals um -7,4 Prozentpunkte. Das lässt sich damit erklären, dass gerade in Jahren des konjunkturellen Abschwungs viele Menschen neu arbeitslos werden und daher die Zahl der Arbeitslosen im Nenner steigt (vgl. Tabelle 1). Als sich die Konjunktur in 2010 wieder erholte, stieg der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen wieder an. Dies hängt damit zusammen, dass im Aufschwung einerseits weniger Personen arbeitslos werden und andererseits Langzeitarbeitslose weniger vom Aufschwung profitieren, d. h. der Nenner sank bei nahezu unverändertem Zähler. Im darauffolgenden Jahr 2011 sank der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Ostdeutschland – im Gegensatz zu Westdeutschland – bereits wieder leicht, so dass er in Westdeutschland (36 Prozent) höher lag als in Ostdeutschland (34 Prozent).

Tabelle 12
Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011

(Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Prozentpunkten in Klammern)

	2007	2008	2009	2010	2011
Westdeutschland	46,1 %	40,5 % (-5,6)	32,8 % (-7,6)	34,8 % (+2,00)	36,0 % (+1,2)
Ostdeutschland	45,9 %	41,1 % (-4,8)	34,2 % (-6,9)	35,1 % (+0,9)	34,3 % (-0,8)
Deutschland	46,0 %	40,7 % (-5,3)	33,3 % (-7,4)	34,9 % (+1,6)	35,4 % (+0,5)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit nach Dauer; Datenstand: Januar 2012; eigene Berechnung; Zahlen gerundet.

Um den deutlichen Rückgang beim Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen regional möglichst anschaulich darstellen zu können, wurde für die beiden nachfolgenden Karten (Karte 8 für das Jahr 2007 und Karte 9 für das Jahr 2011) die gleiche Skalierung verwendet. Alle Arbeitsmarktregionen, in denen der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen größer als ein Drittel war, wurden in Rottönen dargestellt, alle Regionen mit Werten darunter in Grüntönen. Aufgrund des starken Rückgangs der Anteilswerte von 2007 bis 2011 wurde als mittlere Kategorie

¹⁸ Insbesondere der hohe Anteil an Langzeitarbeitslosen im Jahr 2007 gegenüber früheren Veröffentlichungen zur Langzeitarbeitslosigkeit lässt sich mit der nun vollständigen und verbesserten Datengrundlage erklären, die rückwirkend alle Jahre ab 2007 betrifft. Das bedeutet nicht, dass es jetzt mehr Langzeitarbeitslose gibt, sondern dass ergänzend zu den früher nur mit den IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit erfassten und ausgewiesenen Langzeitarbeitslosen nun auch die Langzeitarbeitslosen in den Jobcentern der kommunalen Träger mitgezählt werden können. Nähere Informationen hierzu sind im Anhang in Abschnitt 5.3 zu finden.

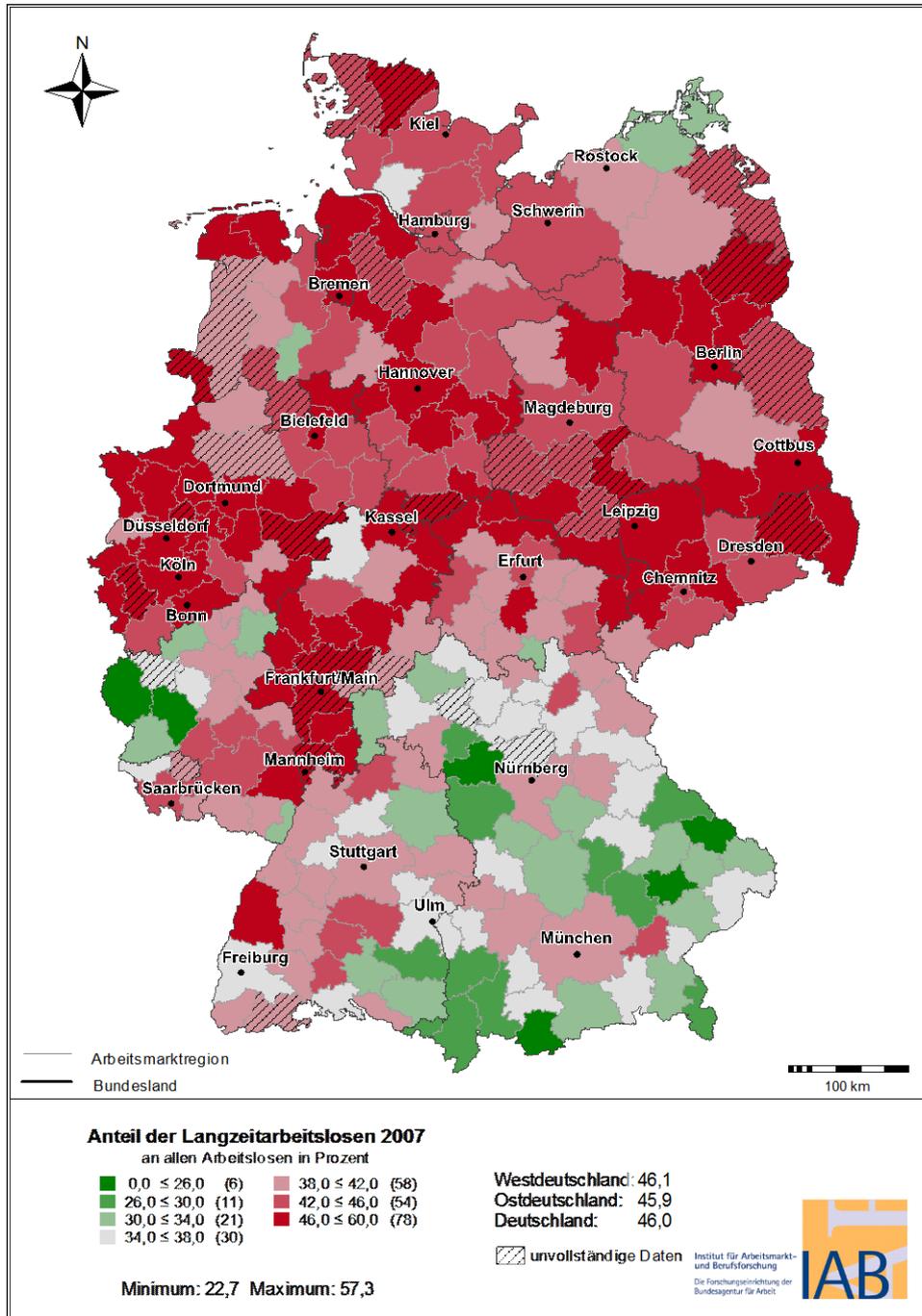
der bundesdeutsche Durchschnittswert des Jahres 2011 von 35,4 Prozent gewählt. In Karte 8 erkennt man an den rot eingefärbten Flächen, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Jahr 2007 in 78 Arbeitsmarktregionen mehr als 46 Prozent - dem Mittelwert des Jahres 2007 - betrug. In weiteren 149 Arbeitsmarktregionen war mehr als jeder dritte Arbeitslose von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Die hohen Anteilswerte finden sich fast ausschließlich in der Nordhälfte Deutschlands. Unterdurchschnittliche Betroffenheit von Langzeitarbeitslosigkeit kann man in bayerischen Regionen sowie in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg feststellen. Optisch stechen ebenfalls die Arbeitsmarktregion Nordvorpommern in Mecklenburg-Vorpommern und die Arbeitsmarktregion Vechta in Niedersachsen mit deutlich niedrigeren Anteilen von 32,1 bzw. 31,4 Prozent im Vergleich zu den umliegenden Regionen hervor. Die geringsten Anteile von Langzeitarbeitslosen (höchstens 26 Prozent) weisen die Regionen Garmisch-Partenkirchen (22,7 Prozent), Regen-Zwiesel (25,2 Prozent), Bitburg und Neustadt/Aisch (je 25,3 Prozent), Bernkastel-Wittlich (25,8 Prozent) und Dingolfing (26,0 Prozent) auf (siehe dunkelgrün eingefärbte Flächen in Karte 8).

Im Jahr 2011 stellte sich die Langzeitarbeitslosigkeit regional deutlich günstiger dar, wie man in Karte 9 erkennt. In 141 Arbeitsmarktregionen war weniger als jeder dritte Arbeitslose als langzeitarbeitslos geführt, was im Jahr 2007 gerade einmal für 30 Regionen zutraf. Auf der anderen Seite verringerte sich die Zahl der Arbeitsmarktregionen, in denen der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen über 38 Prozent lag, von 190 auf nur noch 52. Dennoch waren auch im Jahr 2011 noch viele Regionen im Ruhrgebiet überdurchschnittlich stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, wie die dunkelrot eingefärbten Flächen in Karte 9 zeigen. Den höchsten Anteil von Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen weist aber die Arbeitsmarktregion Erbach mit einem Wert von 55,2 Prozent auf. Weitere Regionen mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit außerhalb des Ruhrgebiets waren Oranienburg (44,9 Prozent), Gießen (44,5 Prozent), Aachen (43,4 Prozent), Mansfeld-Südharz (42,7 Prozent) und Heinsberg (42,2 Prozent).

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen ging von 2007 bis 2011 bundesweit um 10,6 Prozentpunkte zurück, wobei der Rückgang in Ostdeutschland mit 11,6 Prozentpunkten etwas höher ausfiel als in Westdeutschland, wo er 10,1 Prozentpunkte betrug. Die stärksten Rückgänge beim Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen von mehr als 18 Prozentpunkten gab es in den Arbeitsmarktregionen Göttingen, Offenburg, Südvorpommern, Mönchengladbach, Nordhausen, Neuruppin und Heide (siehe dunkelblaue Flächen in Karte 10). In Göttingen und Südvorpommern lag der prozentuale Rückgang vermutlich noch höher, da im Jahr 2007 die Zahl der Langzeitarbeitslosen wahrscheinlich unterschätzt wurde (in diesem Jahr konnten nur Zahlen zur Arbeitslosigkeit und ihrer Dauer aus dem IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit berücksichtigt werden, nicht jedoch die Zahlen der Jobcenter bzw. kommunalen Träger). Gestiegen ist der Anteil lediglich in zwei Arbeitsmarktregionen, und zwar in Biberach um 2,0 Prozentpunkte auf 28,8 Prozent und in Erbach um 1,6 Prozentpunkte auf 55,2 Prozent. Geringfügige

Rückgänge um weniger als drei Prozentpunkte gab es in den Arbeitsmarktregionen Dingolfing, Homburg/Saar, Garmisch-Partenkirchen, Schwäbisch-Hall, Regen-Zwiesel und Olpe¹⁹ (siehe orange eingefärbte Flächen in Karte 10).

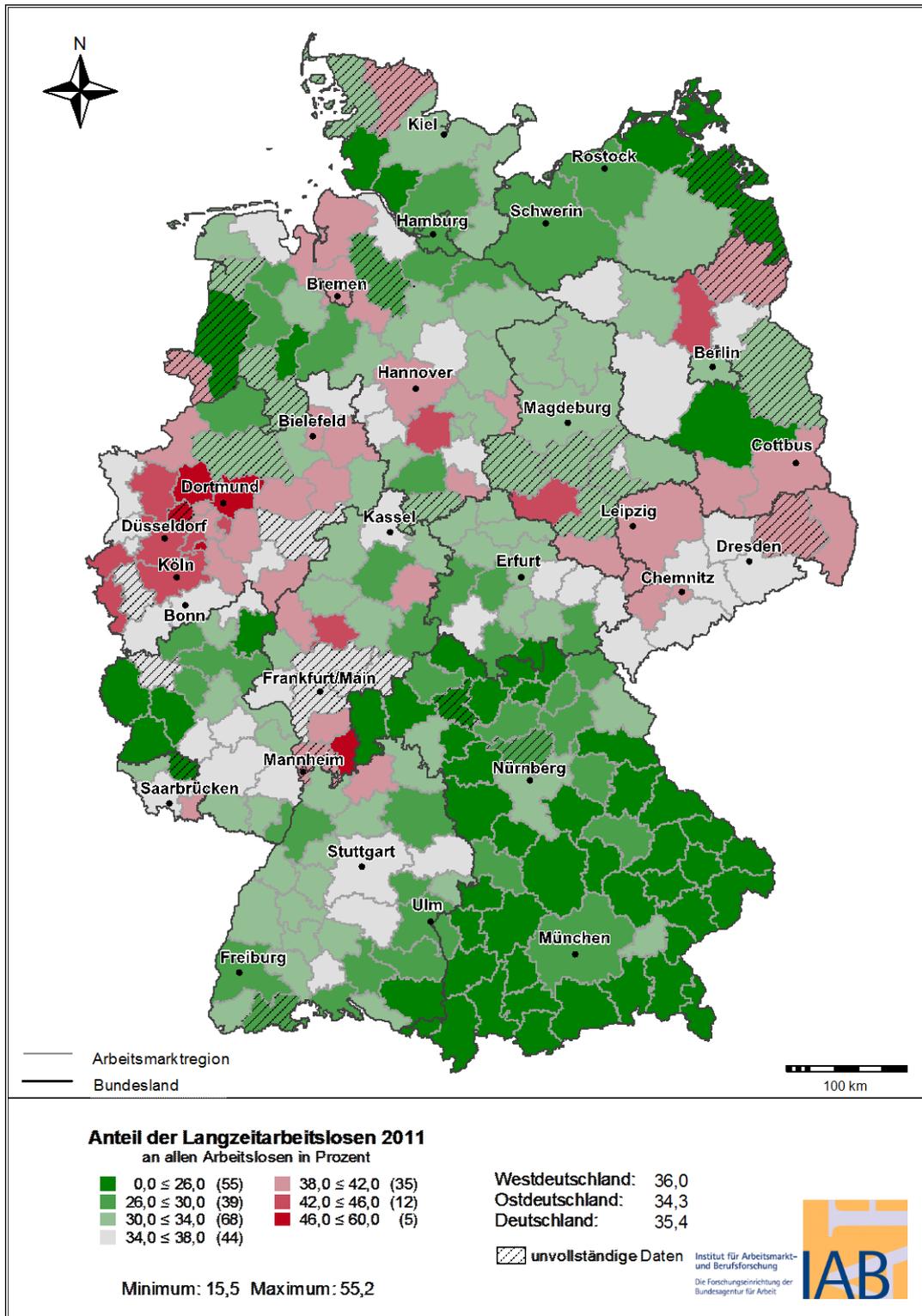
Karte 8
Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2007 in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit nach Dauer und nach Kreisen – fiktiver Gebietsstand 31.12.2011; Januar 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

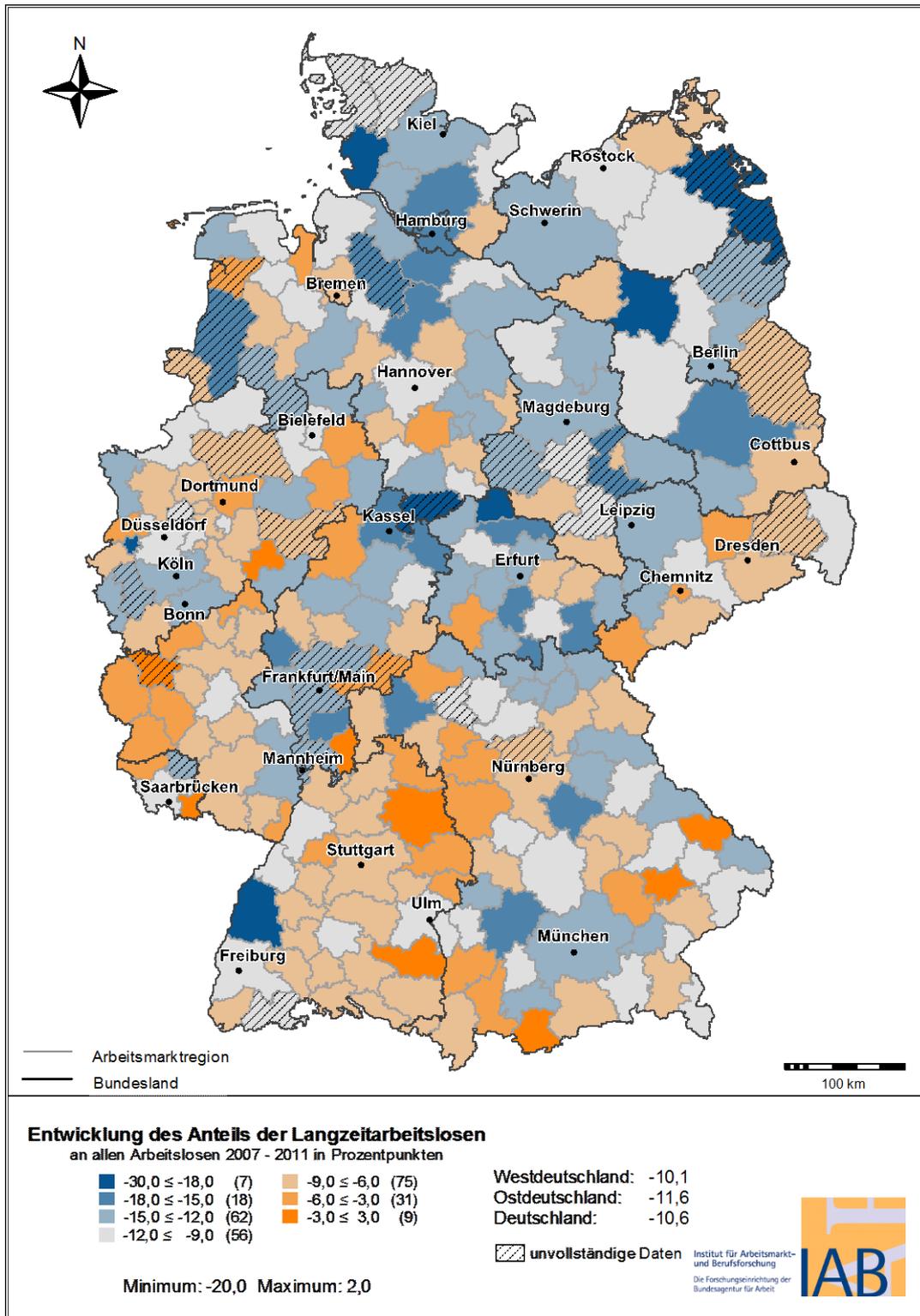
¹⁹ Auch in der Arbeitsmarktregion Daun betrug der Rückgang des Anteils der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen nur -0,1 Prozentpunkte. Da jedoch im Jahr 2007 die Meldung der Zahl der Arbeitslosen von dem zugelassenen kommunalen Träger nicht vollständig war, ist davon auszugehen, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen 2007 dort tatsächlich höher lag und somit der Rückgang bis 2011 stärker ausfiel.

Karte 9
Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt
2011 in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit nach Dauer und nach Kreisen – fiktiver Gebietsstand 31.12.2011; Januar 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 10
Entwicklung des Anteils der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im
Jahresdurchschnitt von 2007 bis 2011 in Prozentpunkten



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit nach Dauer und nach Kreisen – fiktiver Gebietsstand 31.12.2011, Januar 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

2.1.4.3 Unterschied zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitleistungsbezug

Die vorangegangene Betrachtung bezieht sich nur auf Personen, die mindestens zwölf Monate arbeitslos gemeldet waren. Bei einer Unterbrechung der Arbeitslosigkeit durch beispielsweise die Teilnahme an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik²⁰ oder einer kurzfristigen Beschäftigung beginnt die Dauer der Arbeitslosigkeit in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit wieder erneut zu zählen. Um zusätzlich das regionale Ausmaß der Hilfebedürftigkeit festzustellen und ein flächendeckendes Bild von einer möglichen Verfestigung regionaler Problemlagen abzubilden, kann der Langzeitleistungsbezug im SGB II als Indikator herangezogen werden. In einer Sonderauswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit wurde der regionale Anteil der erwerbsfähigen Leistungsbezieher mit einer Verweildauer von mindestens 50 Monaten an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern im SGB II (bei einer maximalen Unterbrechung des Bezuges von 31 Tagen) ermittelt.²¹ Dies waren im Juni 2011 immerhin 2,15 Mio. Personen (im Vergleich zu den 1,05 Mio. Langzeitarbeitslosen), wobei aber berücksichtigt werden muss, dass **Langzeitleistungsbezug** im SGB II **nicht** mit **Langzeitarbeitslosigkeit** gleichgesetzt werden kann. Leistungsbezieher im SGB II sind überwiegend Personen in Bedarfsgemeinschaften, die über längere Zeiträume durchgehend oder wiederholt bedürftig sind. Häufig finden Statuswechsel zwischen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit statt, ohne dass der Leistungsbezug beendet wird. Darüber hinaus zeigen Analysen des IAB zu Durchschnittsbeständen und Dynamik im Leistungsbezug, dass der Anteil arbeitsloser Leistungsbezieher im erwerbsfähigen Alter mit vier Prozent dauerhaft (durchgehend von 2005 bis 2010) ausgesprochen gering ausfällt (Rudolph 2012). Hohe Anteile im Langzeitleistungsbezug lassen sich besonders in strukturschwachen Regionen erkennen, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg (vgl. Karte 11).

²⁰ Diese „schädliche“ Unterbrechung der Arbeitslosigkeitsdauer aufgrund der Teilnahme an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist nicht zu verwechseln mit einer „unschädlichen“ Unterbrechung wegen der Teilnahme an einer Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (unter 6 Wochen) (Bundesagentur für Arbeit 2012a: 6).

²¹ IAB-Hintergrundinformation „Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitleistungsbezug im regionalen Kontext“ für die Pressekonferenz der Bundesagentur für Arbeit am 2. Mai 2012.

Karte 11

Anteil der Langzeitleistungsbezieher mit mindestens 50 Monaten Leistungsbezug an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern im Juni 2011 in Prozent



Quelle: Sonderauswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand: Oktober 2011; Berechnung und Darstellung des IAB.

2.2 Beschäftigungsgrad am Arbeitsort

Der Beschäftigungsgrad am Arbeitsort setzt die Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort ins Verhältnis zur Erwerbsbevölkerung. Damit wird abgebildet, wie viele Arbeitsplätze eine Region zur Verfügung stellt, unabhängig davon, ob diese Arbeitsplätze von den Einwohnern derselben Region oder von Einpendlern aufgesucht werden. Da bei diesem Indikator die Zahl der Beschäftigten im Zähler am Arbeitsort und die Bevölkerung im Nenner am Wohnort gemessen werden, hängt der so berechnete Beschäftigungsgrad sehr stark vom Gebietszuschnitt der zugrundeliegenden regio-

nalen Einheit ab. Die Region sollte möglichst funktional abgegrenzt sein, d. h. innerhalb der Region sollten starke Pendlerverflechtungen bestehen, zu anderen Regionen aber nur geringe Verflechtungen (van der Laan/Schalke 2001: 205; Bongaerts/Cörvers/Hensen 2009: 2). Ist dies nicht der Fall, wie beispielsweise bei Stadtregionen, in denen viele Beschäftigte im Umland wohnen, aber in die Stadt zum Arbeiten pendeln, so schlägt sich der Einpendlerüberschuss aus dem Umland in einem hohen Wert für die regionale Arbeitsplatzversorgung nieder, der sogar über 100 Prozent betragen kann. Bei starken Auspendlerströmen fällt der Beschäftigungsgrad am Arbeitsort geringer aus. Der Vorteil dieses Indikators ist, dass er ein scharfes Bild über die unterschiedliche Arbeitsplatzausstattung in starken und in schwachen Regionen vermittelt.

Der Beschäftigungsgrad am Arbeitsort wird nachfolgend in zwei Varianten berechnet. Zuerst wird die Zahl der Beschäftigten am Stichtag 30.06. ins Verhältnis zur Erwerbsbevölkerung gesetzt. Dieser Indikator kann bis zum aktuellen Rand berechnet werden, da er auf der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag basiert. Nachteil bei dieser Stichtagsbetrachtung ist hingegen, dass damit kurze Beschäftigungsverhältnisse untererfasst werden. Anschließend folgt die Untersuchung des Beschäftigungsgrades im Volumen, bei dem ein Quotient aus allen Beschäftigungsverhältnissen, die innerhalb eines Jahres bestanden haben, und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter berechnet wird.²² Dieser Indikator hat den Vorteil, dass er alle Beschäftigungsverhältnisse, d. h. auch kurzfristige und Saisonbeschäftigungen, beinhaltet. Jedoch ist er nicht so aktuell wie der Indikator am Stichtag verfügbar, sondern ist erst mit einem gewissen Zeitverzug verfügbar, d. h. erst wenn alle Jahresmeldungen zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung vorliegen. Da die Entwicklung der Beschäftigungsgrade sowohl von der Entwicklung der Beschäftigung als auch der Erwerbsbevölkerung beeinflusst wird, werden diese beiden Größen jeweils vorab separat untersucht.

2.2.1 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Arbeitsort von 2007 bis 2011

In diesem Abschnitt wird die Entwicklung der Beschäftigung sowohl insgesamt als auch auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen über den Zeitraum von 2007 bis 2011 anhand der Beschäftigtendaten zum 30.06. betrachtet. Daran anschließend folgt in Abschnitt 2.2.1.2 die Analyse der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, der Nenner-Komponente des Beschäftigungsgrades. Diese Zahl lag zum Zeitpunkt der Berichtserstellung bis zum 31. Dezember 2010 auf regionaler Ebene vor. Der Betrachtungszeitraum umfasst daher nur die Jahre 2007 bis 2010. Die Untersuchung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Arbeitsort folgt in Abschnitt 2.2.1.3. Dabei wird eingangs erst ein Überblick über den gesamten Zeitraum von 2007 bis 2011 gegeben und anschließend der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Jahren sowie seine jährliche Veränderung beschrieben.

²² Die Berechnung der beiden Beschäftigungsgrade wird im methodischen Anhang in Abschnitt 5.4 ausführlich erläutert.

2.2.1.1 Entwicklung der Beschäftigung am Arbeitsort zum Stichtag 30.06.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist von 2007 bis 2011 (jeweils zum 30.06.) um 1,526 Mio. auf 28,381 Mio. angestiegen. Diese positive Entwicklung fiel in Westdeutschland mit 5,8 Prozent etwas höher aus als in Ostdeutschland mit 5,4 Prozent. Betrachtet man jedoch die Entwicklung der Beschäftigung zwischen den einzelnen Jahren, so erkennt man, dass es nicht in allen Jahren positive Zuwächse gab. Die gute konjunkturelle Lage im Jahr 2008 ließ die Beschäftigung zwar zunächst um 2,2 Prozent ansteigen, jedoch sank im darauffolgenden Jahr 2009 die Zahl der Beschäftigten dann leicht um 0,3 Prozent. In den beiden folgenden Jahren 2010 und 2011 erholte sich die Wirtschaft wieder und die Beschäftigung wuchs erneut um 1,2 Prozent und 2,4 Prozent. In den wirtschaftlich starken Jahren 2008 und 2011 fielen die prozentualen Beschäftigungszuwächse in Westdeutschland stärker aus als in Ostdeutschland. Dafür blieb die Beschäftigung im Jahr 2009 in Ostdeutschland nahezu unverändert, während sie in Westdeutschland um 0,3 Prozent sank. Im Jahr 2010 stieg die Beschäftigung in Westdeutschland wieder an, jedoch lag der prozentuale Anstieg mit 1,1 Prozent noch unter dem in Ostdeutschland mit 1,5 Prozent. Dies änderte sich jedoch im darauffolgenden Jahr. Bis Mitte des Jahres 2011 wuchs die Zahl der Beschäftigten in Westdeutschland um 2,6 Prozent und damit stärker als in Ostdeutschland, wo der Zuwachs 1,8 Prozent betrug (vgl. Tabelle 13).

Auch wenn die Beschäftigung in Deutschland insgesamt über den gesamten Zeitraum von 2007 bis 2011 angestiegen ist, gab es in einigen Regionen Beschäftigungsrückgänge. Betroffen waren davon Arbeitsmarktregionen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Der stärkste Beschäftigungsrückgang fand in der Arbeitsmarktregion Osterode mit -5,1 Prozent statt. Ebenfalls gesunken ist die Beschäftigung in Suhl, Gera, Sondershausen, Remscheid, Salzgitter, Kronach und Bochum, zu erkennen an den orange eingefärbten Flächen in Karte 12. Deutliche Zuwächse von mehr als zehn Prozent bei der Beschäftigung gab es dagegen in den dunkelblau eingefärbten Arbeitsmarktregionen in Karte 12. Hier nimmt Vechta mit 16,1 Prozent den höchsten Wert an, gefolgt von Wolfsburg, Ingolstadt, Lingen, Emden, Nordhorn, Oldenburg, Cloppenburg, Landsberg, Alzey-Worms, Arnstadt, Donauwörth-Nördlingen, Leer, Erlangen, Hersfeld und Heinsberg.

Tabelle 13

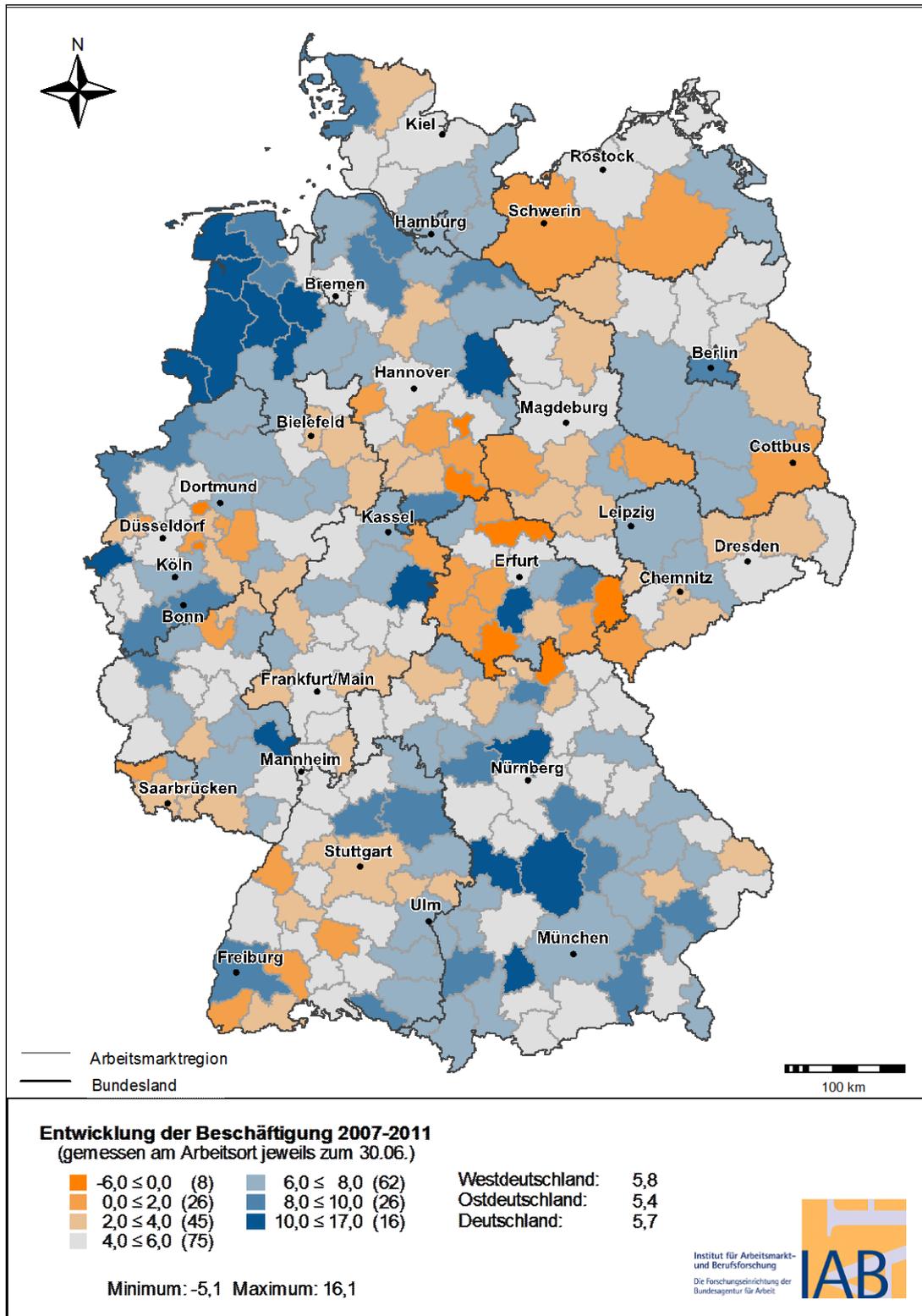
Zahl der Beschäftigten zum 30.06. am Arbeitsort von 2007 bis 2011

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	30.06.2007	30.06.2008	30.06.2009	30.06.2010	30.06.2011
Westdeutschland	21.737.000	22.239.000	22.164.000	22.414.000	22.989.000
		(+2,3 %)	(-0,3 %)	(+1,1 %)	(+2,6 %)
Ostdeutschland	5.117.000	5.219.000	5.216.000	5.297.000	5.392.000
		(+2,0 %)	(+/-0,0 %)	(+1,5 %)	(+1,8 %)
Deutschland	26.855.000	27.458.000	27.380.000	27.710.000	28.381.000
		(+2,2 %)	(-0,3 %)	(+1,2 %)	(+2,4 %)

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung; Zahlen gerundet.

Karte 12
Entwicklung der Beschäftigung zum 30.06. am Arbeitsort von 2007 bis 2011 in Prozent



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung und Darstellung.

2.2.1.2 Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren war von 2007 bis 2009 bundesweit konstant rückläufig (vgl. Tabelle 14). Sie sank in diesem

Zeitraum um 539.000 Personen auf 53,878 Mio. Personen. Dieser Rückgang von 1,0 Prozent fiel etwas stärker aus als bei der Gesamtbevölkerung mit 0,5 Prozent.²³ Das Phänomen einer schrumpfenden Bevölkerung und Erwerbsbevölkerung spiegelt neben der Alterung der Gesellschaft die Problematik des demographischen Wandels wider. Erst im Jahr 2010 konnte wieder ein leichter Anstieg bei der Erwerbsbevölkerung verzeichnet werden, was vermutlich auf einen positiven Wanderungssaldo im Jahr 2010 zurückzuführen ist.²⁴ So stieg die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter im Vergleich zum Vorjahr um 88.000 Personen an, was einem Zuwachs von 0,2 Prozent entspricht.

Betrachtet man West- und Ostdeutschland separat, unterscheiden sich die Entwicklungen in den beiden Landeshälften deutlich. Für Westdeutschland kann man demnach festhalten, dass die Zahl der erwerbsfähigen Personen trotz geringer jährlicher Schwankungen im Jahr 2010 wieder annähernd das Niveau von 2007 erreicht hat. In den Jahren 2008 und 2009 ging die Zahl zunächst um je 0,2 Prozent zurück, stieg 2010 dann aber um 0,4 Prozent an, so dass die Bevölkerungszahl mit 43,213 Mio. Personen nur um 9.000 Personen niedriger lag als 2007. Ostdeutschland dagegen hat noch immer mit einem starken Abwanderungsproblem zu kämpfen sowie mit den Auswirkungen des starken Geburtenrückgangs nach der deutschen Wiedervereinigung. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter ging mit jährlichen Schrumpfungsraten um bis zu 1,7 Prozent (im Jahr 2008) zurück. Vergleicht man die Erwerbsbevölkerung in Ostdeutschland im Jahr 2010 mit der des Jahres 2007, ergibt sich ein Minus von 432.000 Personen bzw. 3,9 Prozent.

Tabelle 14

Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zum 31.12. von 2007 bis 2010

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
Westdeutschland	43.232.000	43.138.000 (-0,2 %)	43.048.000 (-0,2 %)	43.213.000 (+0,4 %)
Ostdeutschland	11.185.000	10.997.000 (-1,7 %)	10.830.000 (-1,5 %)	10.753.000 (-0,7 %)
Deutschland	54.417.000	54.134.000 (-0,5 %)	53.878.000 (-0,5 %)	53.966.000 (+0,2 %)

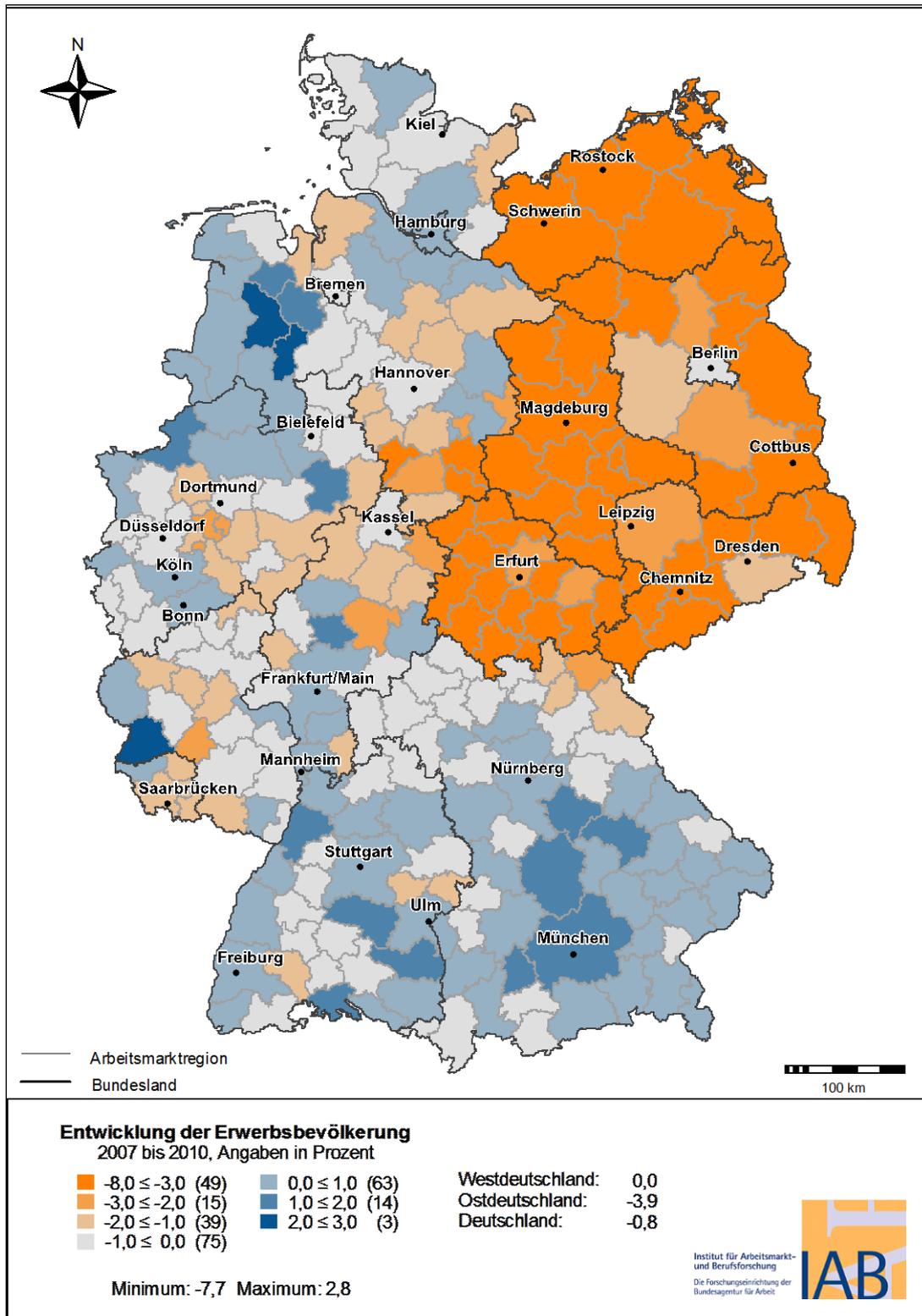
Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland; eigene Berechnung; Zahlen gerundet.

²³ Quelle für die Bevölkerungszahlen (insgesamt und im erwerbsfähigen Alter) ist das Statistische Bundesamt Deutschland.

²⁴ In den Jahren 2008 und 2009 war noch ein negativer Gesamtwanderungssaldo zu verzeichnen. Im Jahr 2010 dagegen konnte ein Plus von ca. 127.000 Zuwanderern festgestellt werden (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012: 17 f.).

Wie anhand der Werte für Ostdeutschland zu erwarten war, findet sich im Zeitraum von 2007 bis 2010 in keiner der 54 ostdeutschen Arbeitsmarktregionen eine positive Entwicklung bei der Zahl der Erwerbspersonen (vgl. Karte 13). Dies bedeutet, dass bei einem direkten Vergleich der beiden Jahre in allen Arbeitsmarktregionen die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter abgenommen hat. Mit Abstand am geringsten fiel diese Reduktion in Berlin aus, da hier die Zahl um lediglich -0,4 Prozent zurückging. Danach folgen die Arbeitsmarktregionen Dresden (-1,8 Prozent) und Potsdam-Brandenburg (-2,0 Prozent). Den stärksten Rückgang stellt man in Dessau-Roßlau (-7,5 Prozent), Altenburg (-7,6 Prozent) und Mansfeld-Südharz (-7,7 Prozent) fest. In 29 weiteren ostdeutschen Arbeitsmarktregionen ging die Erwerbsbevölkerung um mehr als fünf Prozent zurück. In Westdeutschland dagegen finden sich 80 Arbeitsmarktregionen, welche für diesen Zeitraum einen Zuwachs der Erwerbsbevölkerung verzeichnen konnten. Dabei sind mit Werten von über zwei Prozent die Regionen Cloppenburg (+2,8 Prozent), Vechta (+2,2 Prozent) und Trier (+2,1 Prozent) Spitzenreiter. In den verbleibenden 124 westdeutschen Arbeitsmarktregionen ging die erwerbsfähige Bevölkerung zurück, wobei jedoch der stärkste prozentuale Rückgang in Westdeutschland nur halb so hoch ausfiel wie in Ostdeutschland. Den größten Verlust von 2007 bis 2010 musste die Arbeitsmarktregion Osterode mit -3,9 Prozent verkraften.

Karte 13
Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zum 31.12. von 2007 bis 2010 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

2.2.1.3 Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Arbeitsort

Der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Arbeitsort hat sich zwischen 2007 bis 2011 positiv entwickelt. Waren im Jahr 2007 bundesweit 49,3 Prozent aller Personen zwischen 15 und unter 65 Jahren in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, so stieg dieser Anteil auf 52,6 Prozent im Jahr 2011 an. Dies ist zum einen auf die Zunahme der Beschäftigung und zum anderen auf die schrumpfende Erwerbsbevölkerung zurückzuführen. In Ostdeutschland lag der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Arbeitsort in allen Jahren unter dem westdeutschen Wert. Obwohl der Abstand zwischen den Beschäftigungsgraden in West- und Ostdeutschland im Laufe der Zeit gesunken ist, hat die Arbeitsplatzversorgung in den neuen Bundesländern bis 2011 noch nicht das westdeutsche Niveau erreicht. Lag der Beschäftigungsgrad am Arbeitsort im Jahr 2007 in Ostdeutschland bei 45,4 Prozent und in Westdeutschland bei 50,3 Prozent, stieg er bis zum Jahr 2011 in Ostdeutschland auf 50,1 Prozent und in Westdeutschland auf 53,2 Prozent an. Die Differenz hat sich in diesem Fünfjahreszeitraum von knapp 4,9 Prozentpunkten auf 3,1 Prozentpunkte verringert. Wenngleich sich die Arbeitsplatzausstattung in Ostdeutschland verbessert hat, zeigt dieses Ergebnis, dass in Ostdeutschland immer noch ein Arbeitsplatzdefizit besteht, welches für viele Arbeitnehmer das Pendeln über große Distanzen zu den Jobs in Westdeutschland notwendig macht.

In Karte 14 für das Jahr 2011 erkennt man weiterhin anhand der dunkelgrünen Flächen sehr deutlich, dass insbesondere die Ballungsräume um die großen Städte die höchsten Beschäftigungsgrade „Stichtag“ am Arbeitsort von mehr als 61 Prozent aufweisen und somit viele Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Wo dies im Jahr 2007 aber in insgesamt nur zehn Arbeitsmarktregionen der Fall war, konnte man dies im Jahr 2011 in neun weiteren Regionen beobachten. Mit Beschäftigungsgraden über 70 Prozent sind hier insbesondere die Regionen Wolfsburg, Dingolfing und Chemnitz zu erwähnen. Auch im Bereich von Beschäftigungsgraden zwischen 57 und unter 61 Prozent zeigt sich die positive Entwicklung. Die Zahl der Arbeitsmarktregionen in diesem Bereich erhöhte sich von 2007 bis 2011 von elf auf 24 (vgl. Karte A34 mit Karte A30 im Kartenanhang). Unter diesen 24 Arbeitsmarktregionen sind jedoch lediglich zwei ostdeutsche Regionen: Dresden und Jena. Am niedrigsten fällt der Beschäftigungsgrad - wie schon im Jahr 2007 - in den Arbeitsmarktregionen Helmstedt, Heinsberg und Ratzeburg aus. In insgesamt 25 Arbeitsmarktregionen lag der Wert im Jahr 2011 unter 41 Prozent, wie man an den dunkelroten Flächen in Karte 14 erkennt.

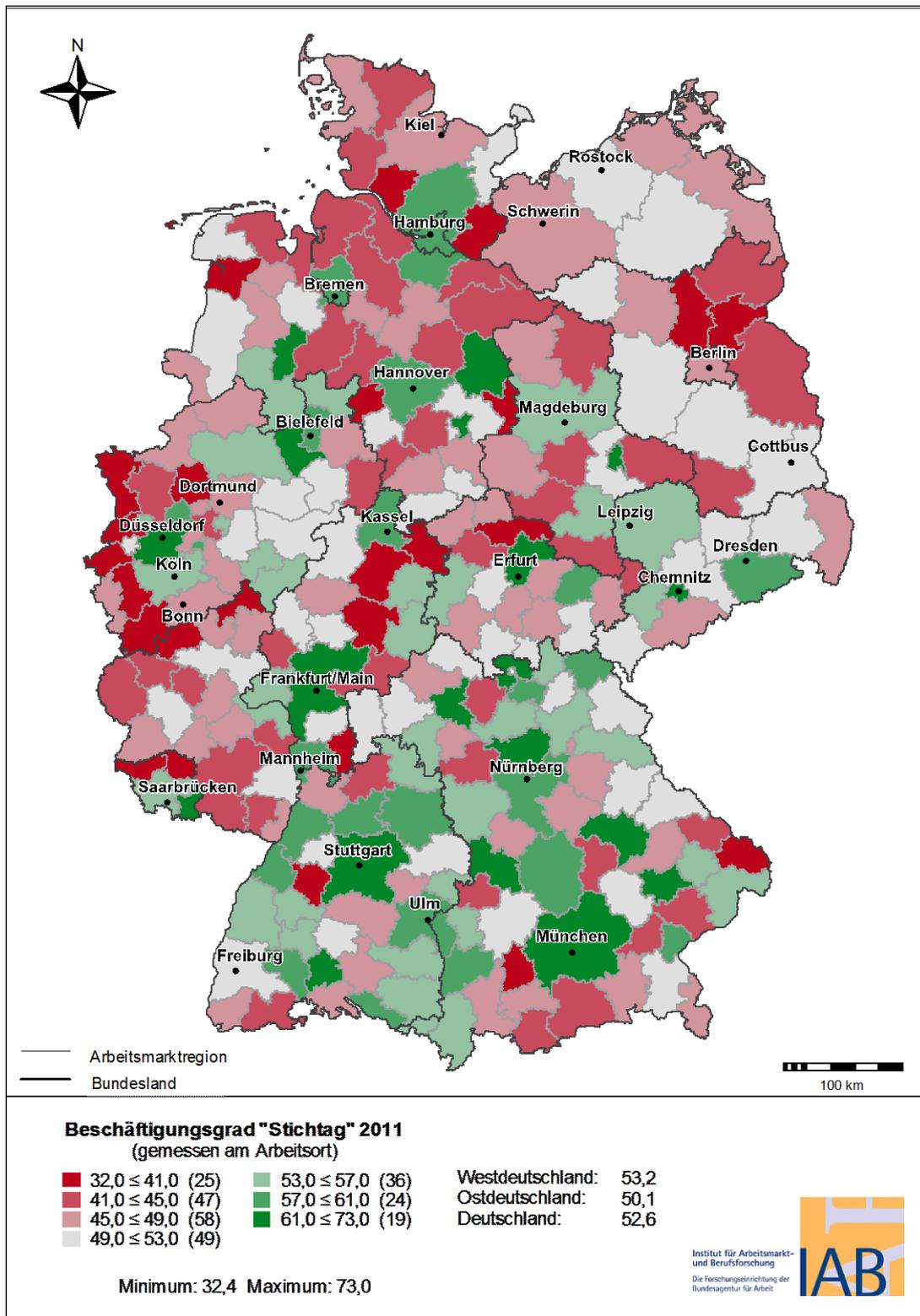
Die besten Entwicklungen hinsichtlich des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Arbeitsort mit Steigerungen von mehr als sechs Prozentpunkten finden sich in den elf Arbeitsmarktregionen Wolfsburg, Jena, Arnstadt, Anhalt-Bitterfeld, Vechta und Mittelsachsen sowie Sonneberg, Zwickau, Hersfeld, Dessau-Roßlau und Görlitz (dargestellt als dunkelblaue Flächen in Karte 14). Auffällig ist dabei, dass lediglich die Regionen Wolfsburg, Vechta und Hersfeld in Westdeutschland liegen. Nur in der Arbeitsmarktregion Osterode liegt ein leichter Rückgang um 0,4 Prozentpunkte vor und in den Regionen Lörrach, Krefeld, Merzig, Bochum und Kronach sowie Balingen, Waldshut, Neuwied und Freyung blieb der Zuwachs von 2007 bis 2011 unter einem Prozentpunkt.

Tabelle 15
Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Arbeitsort von 2007 bis 2011
 (Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Prozentpunkten in Klammern)

	2007	2008	2009	2010	2011
Westdeutschland	50,3 %	51,5 % (+1,2)	51,4 % (-0,1)	52,0 % (+0,5)	53,2 % (+1,2)
Ostdeutschland	45,4 %	47,1 % (+1,7)	47,8 % (+0,7)	49,1 % (+1,3)	50,1 % (+1,1)
Deutschland	49,3 %	50,6 % (+1,3)	50,7 % (+0,1)	51,4 % (+0,7)	52,6 % (+1,2)

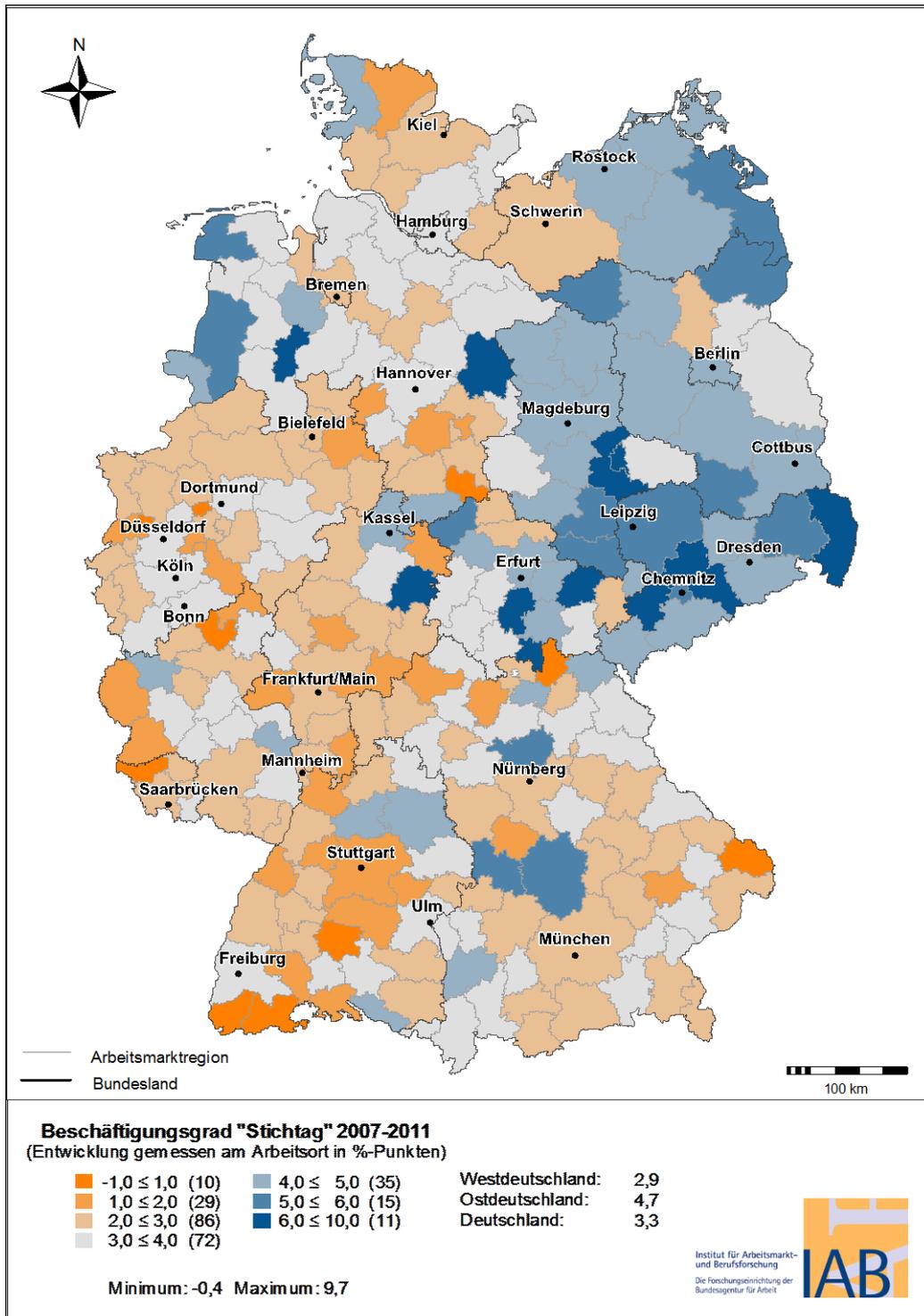
Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung.

Karte 14
Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Arbeitsort 2011 in Prozent



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 15
Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ zum 30.06. am Arbeitsort von 2007 bis 2011 in Prozentpunkten



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

2.2.2 Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Arbeitsort von 2007 bis 2009

Der Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Arbeitsort berechnet sich aus dem Verhältnis vom Beschäftigungsvolumen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren. Das Beschäftigungsvolumen stellt die summierte Dauer

aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Tagen dar, die innerhalb eines Jahres bestanden haben, und ist damit vollständiger als die Erfassung an einem Stichtag. Aufgrund des Meldeverfahrens lag das Beschäftigungsvolumen zum Berechnungszeitpunkt nur bis zum Jahr 2009 vor, so dass nachfolgend nur der Zeitraum von 2007 bis 2009 betrachtet wird.²⁵ Zunächst folgt die Beschreibung der Entwicklung des Beschäftigungsvolumens am Arbeitsort. Danach wird der Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Arbeitsort sowohl für die einzelnen Jahre als auch über den gesamten Zeitraum von 2007 bis 2009 regional untersucht.

2.2.2.1 Entwicklung des Beschäftigungsvolumens am Arbeitsort

Das Beschäftigungsvolumen am Arbeitsort hat sowohl in Gesamtdeutschland als auch in West- und Ostdeutschland vom Jahr 2007 bis zum Jahr 2009 um 1,4 Prozent zugenommen. Dabei fällt auf, dass der prozentuale Anstieg des Beschäftigungsvolumens in Westdeutschland nur im Jahr 2008 höher war als in Ostdeutschland. Im Krisenjahr 2009 sank das Beschäftigungsvolumen dafür in Westdeutschland in stärkerem Umfang als in Ostdeutschland (-0,7 Prozent im Vergleich zu -0,5 Prozent) (vgl. Tabelle 16). Auf regionaler Ebene kann man feststellen, dass es im Zeitraum von 2007 bis 2009 bei insgesamt 65 Arbeitsmarktregionen einen Rückgang des Beschäftigungsvolumens gab. Betroffen von der negativen Entwicklung waren 20 ostdeutsche und 45 westdeutsche Arbeitsmarktregionen. In den restlichen 193 Arbeitsmarktregionen stieg das Beschäftigungsvolumen, wobei die fünf Arbeitsmarktregionen Wolfsburg (+5,7 Prozent), Vechta (+5,6 Prozent), Ingolstadt (+5,5 Prozent), Arnstadt (+5,4 Prozent) und Lingen (+5,3 Prozent) die stärksten Zuwächse verzeichnen konnten. Am meisten verloren haben die Arbeitsmarktregion Osterode (-4,2 Prozent) und Dingolfing (-5,6 Prozent). Betrachtet man die Veränderungen von Jahr zu Jahr, zeigt sich, dass von den 65 Arbeitsmarktregionen, deren Beschäftigungsvolumen von 2007 bis 2009 gesunken ist, lediglich elf schon im Vergleich der Jahre 2007 und 2008 einen Rückgang aufwiesen. Daraus lässt sich folgern, dass es insbesondere die Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 war, welche hier ihre Spuren hinterlassen hat.

Tabelle 16
Beschäftigungsvolumen am Arbeitsort (Jahressumme) von 2007 bis 2009

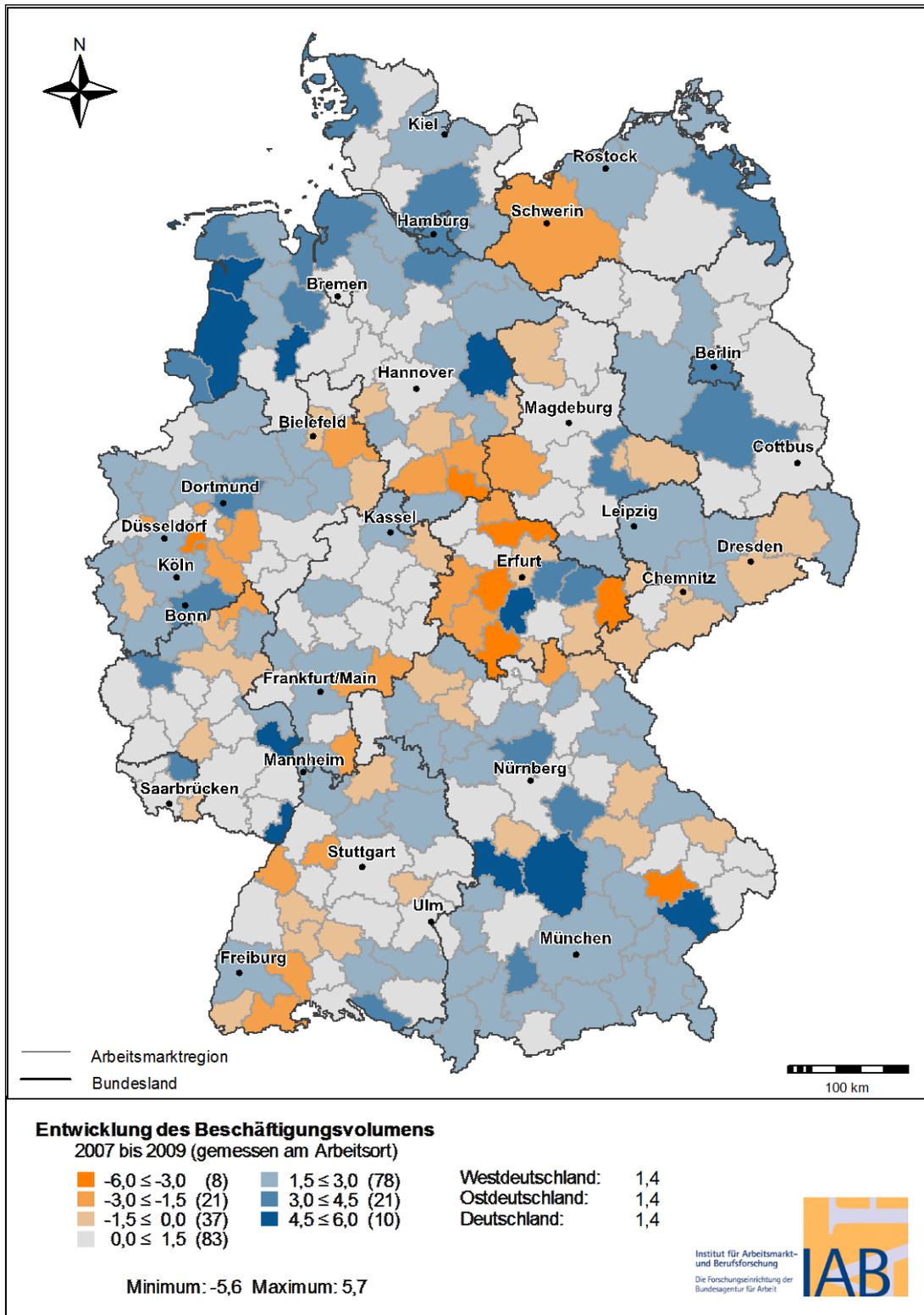
(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2007	2008	2009
Westdeutschland	7.788.737.000 (+2,7 %)	7.955.107.000 (+2,1 %)	7.895.719.000 (-0,8 %)
Ostdeutschland	1.826.394.000 (+2,9 %)	1.861.578.000 (+1,9 %)	1.852.613.000 (-0,5 %)
Deutschland	9.615.531.000 (+2,7 %)	9.817.152.000 (+2,1 %)	9.748.953.000 (-0,7 %)

Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011; eigene Berechnung.

²⁵ Zur Erläuterung wird auf die Beschreibung der Datengrundlage in Abschnitt 5.4 im methodischen Anhang verwiesen.

Karte 16
Entwicklung des Beschäftigungsvolumens am Arbeitsort (Jahressumme) von 2007 bis 2009 in Prozent



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011; eigene Berechnung und Darstellung.

2.2.2.2 Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Volumen“ am Arbeitsort

Wie aus einem Vergleich zwischen Tabelle 17 und Tabelle 15 hervorgeht, waren die Werte des Beschäftigungsgrades „Volumen“ in allen Jahren niedriger als beim Beschäftigungsgrad „Stichtag“. Um die Werte des Beschäftigungsgrades am Stichtag mit denen im Volumen vergleichen zu können, wurde das Beschäftigungsvolumen nach Division durch die Zahl der Bevölkerung zusätzlich noch durch 365 geteilt und so auf einen Wertebereich zwischen 0 und 1 normiert. Der Beschäftigungsgrad „Volumen“ lag im Jahr 2007 bei 48,3 Prozent, nahm dann im Jahr 2008 um 1,2 Prozentpunkte zu und verringerte sich im Folgejahr wieder leicht um 0,1 Prozentpunkte. Beim Beschäftigungsgrad „Stichtag“ dagegen konnte im Jahr 2009 eine Steigerung festgestellt werden. Analog zu den bisherigen Ergebnissen lagen die westdeutschen Werte in den betrachteten Jahren mit einer Differenz von 3,7 bis 5,0 Prozentpunkten über den Werten Ostdeutschlands.

Im Einzelnen zeigt sich anhand der Tabelle 17, dass sich der ostdeutsche Beschäftigungsgrad mit 1,6 Prozentpunkten im Jahr 2008 stärker erhöht hat als in Westdeutschland, wo nur eine Zunahme von 1,1 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr festgestellt werden konnte. Trotz dieses schwächeren Anstiegs lag der Beschäftigungsgrad in Westdeutschland im Jahr 2008 mit 50,5 Prozent weiterhin über dem ostdeutschen Wert (46,0 Prozent). Der Einfluss der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 auf die westdeutschen Arbeitsmärkte wird auch bei der Betrachtung des Beschäftigungsgrades „Volumen“ sichtbar, da es nur in Westdeutschland zu einer Verringerung des Beschäftigungsgrades um 0,3 Prozentpunkte kam. In Ostdeutschland verbesserte sich das Arbeitsplatzangebot für die Erwerbsbevölkerung um 0,5 Prozentpunkte, auch wenn das Beschäftigungsvolumen in Ostdeutschland ebenfalls im Jahr 2009 gesunken ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Erwerbsbevölkerung in Ostdeutschland in weitaus stärkerem Umfang (um -1,5 Prozent) gesunken ist als das Beschäftigungsvolumen (-0,5 Prozent) (vgl. Tabelle 14 und Tabelle 16).

Betrachtet man die regionale Ebene der Arbeitsmarktregionen, zeigen sich im Jahr 2009 deutlich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Vergleich zum Vorjahr ist in 141 Arbeitsmarktregionen der Beschäftigungsgrad gesunken. Dass unter diesen Regionen lediglich neun ostdeutsche waren, zeigt einmal mehr, dass die Krise vorrangig westdeutsche Regionen getroffen hat. Der stärkste Rückgang von -2,1 Prozentpunkten fand in der Arbeitsmarktregion Dingolfing statt. Demgegenüber konnten insbesondere die drei ostdeutschen Regionen Arnstadt, Görlitz und Meißen ihre Beschäftigungsgrade deutlich steigern.

Führt man einen Vergleich über den gesamten Beobachtungszeitraum durch und betrachtet die Entwicklung des Beschäftigungsgrades von 2007 bis 2009, so kann man Folgendes feststellen: Die größten Gewinner waren die zwei ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Anhalt-Bitterfeld und Arnstadt (je +4,1 Prozentpunkte) sowie die westdeutsche Arbeitsmarktregion Wolfsburg (+3,7 Prozentpunkte). Die schlechteste Entwicklung dagegen weist Dingolfing auf, da hier ein Rückgang des Beschäftigungsgrades um 2,8 Prozentpunkte (von 69,9 auf 67,1 Prozent) erfolgte. Trotz dieses Verlustes stellt die Region Dingolfing im bundesweiten Vergleich in allen drei Jahren die Region mit dem höchsten Beschäftigungsgrad dar. Weitere 27 Arbeitsmarktregionen mussten ebenfalls einen Rückgang des Beschäftigungsgrades von 2007 bis 2009 hinnehmen (vgl. dunkelorange Flächen in Karte 18). Ein weiterer erwähnenswerter Aspekt ist, dass die Zahl der ostdeutschen Arbeitsmarktregionen mit einem Beschäftigungsgrad oberhalb des Bundesdurchschnitts in allen drei Jahren sehr gering war (siehe für das Jahr 2009 Karte 17). Dies waren von den 54 ostdeutschen Arbeitsmarktregionen 2007 nur vier, 2008 sieben und 2009 acht Regionen (siehe grüne Flächen in den Karten A37 bis A 39 im Kartenanhang). Alle verbleibenden ostdeutschen Regionen konnten maximal einen bundesdurchschnittlichen Beschäftigungsgrad erreichen.

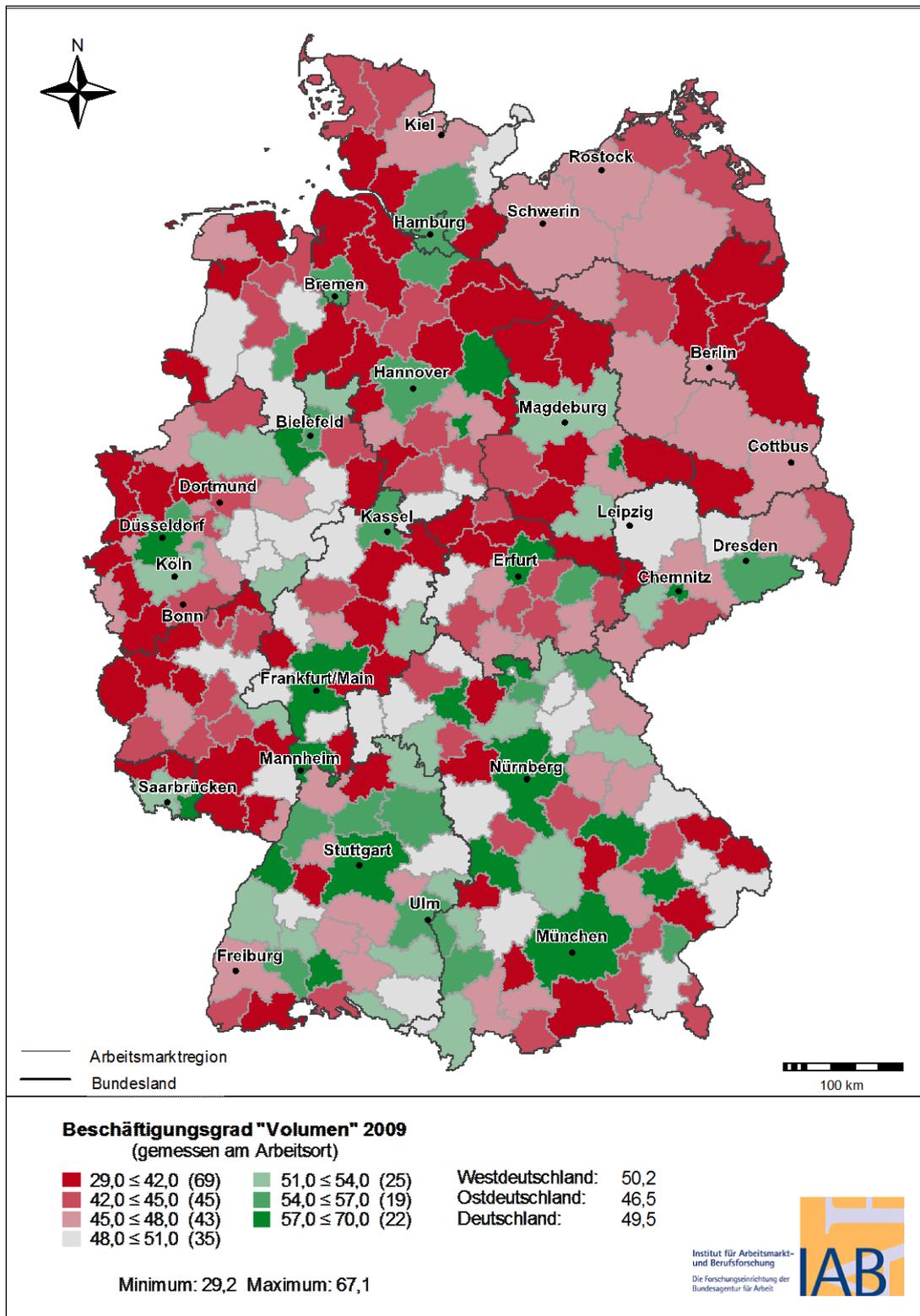
Tabelle 17
Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Arbeitsort von 2007 bis 2009

(Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Prozentpunkten in Klammern)

	2007	2008	2009
Westdeutschland	49,4 %	50,5 % (+1,1)	50,2 % (-0,3)
Ostdeutschland	44,4 %	46,0 % (+1,6)	46,5 % (+0,5)
Deutschland	48,3 %	49,6 % (+1,2)	49,5 % (-0,1)

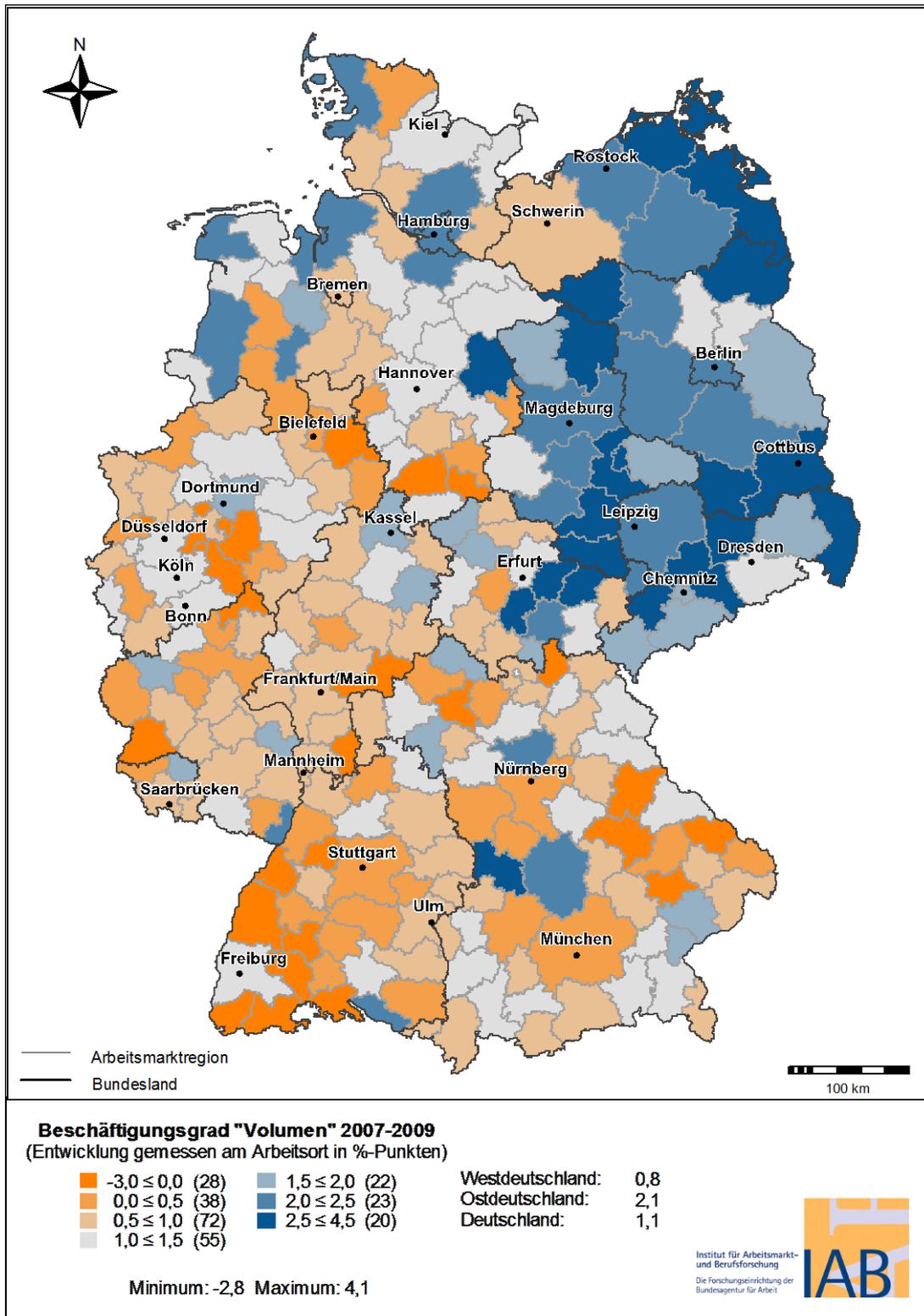
Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung

Karte 17
Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Arbeitsort 2009 in Prozent



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 18
Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Volumen“ am Arbeitsort von 2007 bis 2009 in Prozentpunkten



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

2.3 Beschäftigungsgrad am Wohnort

Regionale Beschäftigungsunterschiede können auch durch den Indikator des Beschäftigungsgrades am Wohnort dargestellt werden. Dieser Indikator beschreibt die

Arbeitsplatzversorgung der Wohnbevölkerung einer Region. Der Beschäftigungsgrad am Wohnort gibt Aufschluss darüber, welcher Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einer Region einer Beschäftigung nachgeht, ob in derselben oder in einer anderen Region. Auch hier werden, wie bereits beim Beschäftigungsgrad am Arbeitsort, zwei Varianten des Beschäftigungsgrades unterschieden. Die erste Variante Beschäftigungsgrad am „Stichtag“ beruht auf den Beschäftigtenzahlen zum Stichtag 30.06. und die zweite Variante Beschäftigungsgrad „Volumen“ umfasst die Summe aller Beschäftigungsverhältnisse, das Beschäftigungsvolumen.²⁶ Bei der Betrachtung beider Varianten des Beschäftigungsgrades können die jeweiligen Schwächen des einen Indikators durch den jeweils anderen Indikator ausgeglichen werden. Der Beschäftigungsgrad am Stichtag ermöglicht eine Berücksichtigung von Pendlereinflüssen, wohingegen der Beschäftigungsgrad „Volumen“ die systematische Untererfassung kurzfristiger Beschäftigungsverhältnisse verhindert. Da diese beiden Beschäftigungsgrade sowohl von der Entwicklung der Beschäftigten (im Zähler) und der Erwerbsbevölkerung (im Nenner) beeinflusst werden, wird zu Beginn jeweils die Entwicklung der Beschäftigung untersucht. Für die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird auf Abschnitt 2.2.1.2 verwiesen.

2.3.1 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort von 2007 bis 2011

Der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort definiert den Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einer Region, der sich am 30.06. eines Jahres tatsächlich in einem Arbeitsverhältnis befindet. Damit werden Rückschlüsse über die Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung innerhalb eines Gebietes ermöglicht. Jedoch ist, bedingt durch die Datenstruktur, keine Unterscheidung zur regionalen Lage des Arbeitsplatzes durchführbar. Es bleibt demnach unbestimmt, ob sich der Arbeitsplatz innerhalb oder außerhalb der betrachteten Region befindet. Liegt ein hohes Maß an Pendlerverflechtungen vor, wirkt sich diese fehlende Differenzierung merkbar auf die Ergebnisse aus. Denn ein hoher Anteil an Fernpendlern führt zu einer Überbewertung der Arbeitsplatzversorgung in einer Region und ein hoher Anteil an Grenzpendlern täuscht eine schlechtere Arbeitsplatzversorgung vor. Diese Nachteile des Indikators können aber durch Herausrechnung der Fernpendler und Einbeziehung von Grenzpendlern zum Teil korrigiert werden (siehe Abschnitte 2.3.2 und 2.3.3).

2.3.1.1 Entwicklung der Beschäftigung am Wohnort zum Stichtag 30.06.

Im Gegensatz zur Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort werden bei der Betrachtung der Beschäftigten am Wohnort nur Personen erfasst, die innerhalb des Bundesgebietes wohnen und arbeiten. Personen, die in Deutschland wohnen, aber im Ausland arbeiten, werden hingegen nicht in der Beschäftigungsstatistik erfasst. Anders ist es bei Personen, die in Deutschland arbeiten, ihren Wohnsitz aber außerhalb

²⁶ Die Berechnung der beiden Varianten wird ausführlich im methodischen Anhang in Abschnitt 5.4 beschrieben.

Deutschlands haben. Diese Beschäftigten sind in der Beschäftigungsstatistik enthalten, was wiederum dazu führt, dass die Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort größer ist als die Zahl der Beschäftigten am Wohnort, d. h. die Zahl der Auspendler scheint kleiner zu sein als die Zahl der Einpendler. Dies muss bei den folgenden Ausführungen beachtet werden.

Die Zahl der Beschäftigten am Wohnort ist im Beobachtungszeitraum von 2007 bis 2011 bundesweit um 1,532 Mio. auf 28,271 Mio. Personen gestiegen, was einer Zuwachsrate von 5,7 Prozent entspricht. Mit Ausnahme des Jahres 2009 sind in allen Jahren deutliche Zuwächse im Wertebereich zwischen 1,2 und 2,4 Prozent zu verzeichnen (vgl. Tabelle 18). Lediglich im Jahr 2009 ist ein leichter Rückgang um 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr feststellbar, was sich auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurückführen lässt. Jedoch hat sich die Beschäftigung bereits im Jahr 2010 wieder erholt und mit insgesamt 27,600 Mio. in Deutschland wohnenden Beschäftigten gab es 257.000 mehr Beschäftigte als noch im Vorkrisenjahr.

Identische Entwicklungen zeigen sich bei einer differenzierten Betrachtung zwischen Ost- und Westdeutschland. Jedoch fiel der Zuwachs von 2007 bis 2011 in Ostdeutschland weniger stark aus als in Westdeutschland. So stieg die Zahl der Beschäftigten am Wohnort in Westdeutschland um insgesamt 6,0 Prozent (+1,270 Mio. Beschäftigte) und in Ostdeutschland lediglich um 4,8 Prozent (+262.000 Beschäftigte). Der stärkste Zuwachs fand in Westdeutschland im Jahr 2011 mit 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr statt. In Ostdeutschland wuchs die Beschäftigung mit 2,1 Prozent am stärksten im Jahr 2008. In beiden Teilen Deutschlands schlägt sich das Krisenjahr 2009 hingegen mit einem Rückgang von 0,3 Prozent bei den in Deutschland wohnenden Beschäftigten nieder, was absolut einem Rückgang von 62.000 Beschäftigten im Westen und 17.000 Beschäftigten im Osten entspricht.

Tabelle 18
Zahl der Beschäftigten zum 30.06. am Wohnort von 2007 bis 2011

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

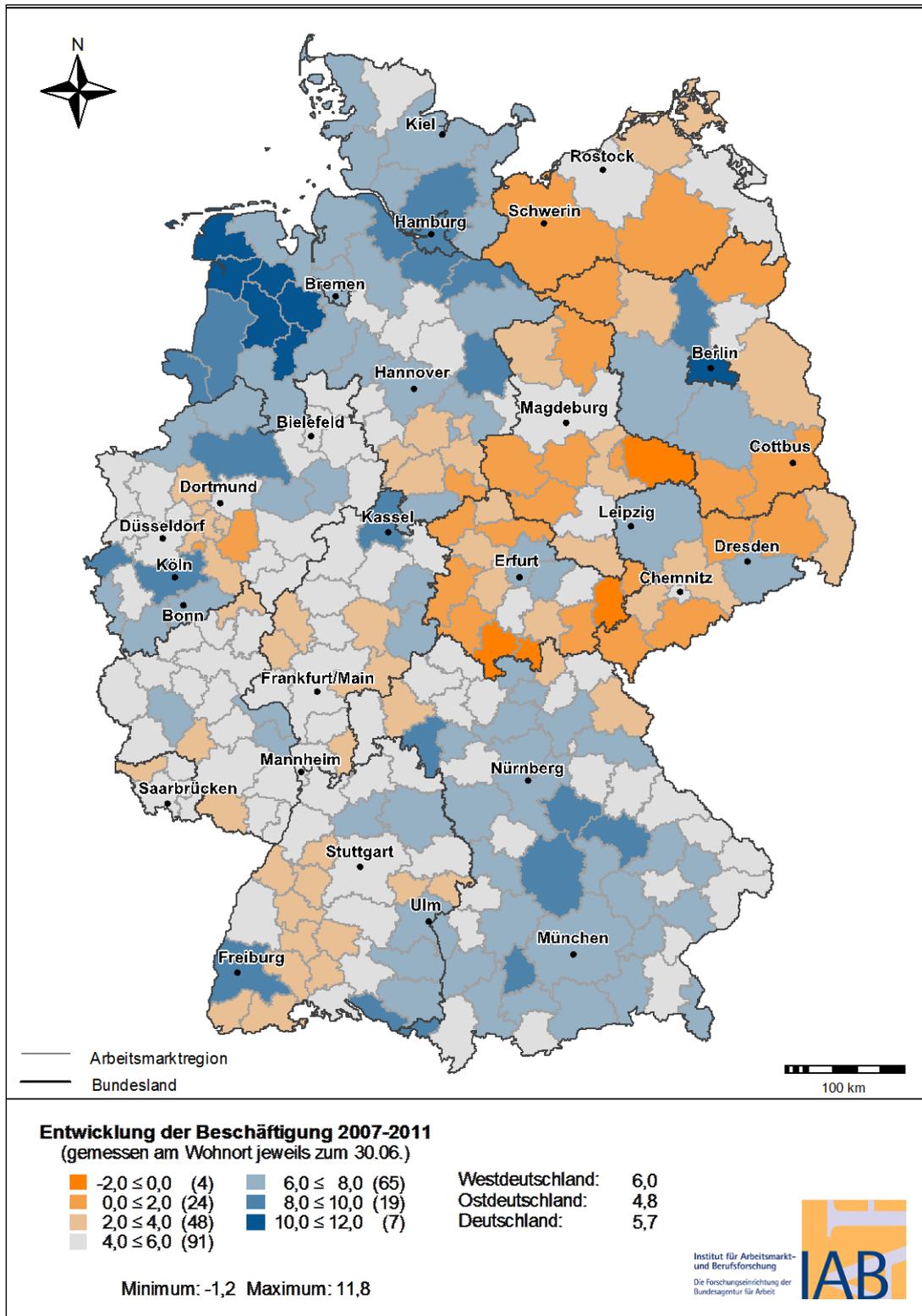
	30.06.2007	30.06.2008	30.06.2009	30.06.2010	30.06.2011
Westdeutschland	21.324.000	21.814.000 (+2,3 %)	21.752.000 (-0,3 %)	22.017.000 (+1,2 %)	22.594.000 (+2,6 %)
Ostdeutschland	5.415.000	5.529.000 (+2,1 %)	5.512.000 (-0,3 %)	5.582.000 (+1,3 %)	5.677.000 (+1,7 %)
Deutschland	26.739.000	27.343.000 (+2,3 %)	27.263.000 (-0,3 %)	27.600.000 (+1,2 %)	28.271.000 (+2,4 %)

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung; Zahlen gerundet.

Auf regionaler Ebene weisen von 2007 bis 2011 sieben Arbeitsmarktregionen die höchsten Anstiege zwischen 10,0 und 11,8 Prozent auf (vgl. dunkelblaue Flächen in

Karte 19). Dies sind Berlin (+10,1 Prozent) sowie die sechs niedersächsischen Regionen Emden (+10,0 Prozent), Leer (+10,6 Prozent), Westerstede (+10,9 Prozent), Oldenburg (+11,2 Prozent), Vechta (+11,5 Prozent) und Cloppenburg (+11,8 Prozent). Einen Rückgang dagegen kann man bundesweit in den drei thüringischen Arbeitsmarktregionen Suhl und Sonneberg (je -0,5 Prozent) sowie Gera (-0,2 Prozent) finden. Am stärksten jedoch ist mit einem Rückgang von 1,2 Prozent die Arbeitsmarktregion Wittenberg in Sachsen-Anhalt betroffen. Mit einer Steigerung von 8,2 Prozent ist Oranienburg die Arbeitsmarktregion in Ostdeutschland, die nach Berlin den zweithöchsten Anstieg in der Beschäftigtenzahl gemessen am Wohnort aufweist. Dabei bleibt jedoch der Zuwachs deutlich hinter den Steigerungen der sieben besten westdeutschen Arbeitsmarktregionen zurück.

Karte 19
Entwicklung der Beschäftigung zum 30.06. am Wohnort von 2007 bis 2011 in Prozent



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung und Darstellung.

2.3.1.2 Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Wohnort

Der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ entwickelte sich auf gesamtdeutscher Ebene seit dem Jahr 2007 positiv. Bereits von 2006 auf 2007 stieg der Anteil der an ihrem Wohnort erfassten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Personen im erwerbsfähigen Alter auf 49,1 Prozent (Schwengler et al. 2009: 73). Vier Jahre später war der Anteil mit 52,4 Prozent um mehr als drei Prozentpunkte gewachsen. Der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort lag im Jahr 2007 in Westdeutschland mit 49,3 Prozent zwar 1,3 Prozentpunkte über dem Wert in Ostdeutschland, jedoch fiel die Differenz bei weitem nicht so stark aus wie beim Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Arbeitsort, wo sie immerhin 4,9 Prozentpunkte betrug (vgl. Tabelle 15). Interessant ist bei der Entwicklung der Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland. Lag der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort im Jahr 2007 in Ostdeutschland noch unter dem Wert von Westdeutschland, drehte sich das Verhältnis im Jahr 2009. So fiel in diesem Jahr - bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise - die Steigerung des Beschäftigungsgrades in Ostdeutschland mit +0,7 Prozentpunkten deutlich geringer aus als in den Vorjahren und war in Westdeutschland sogar negativ (-0,04 Prozentpunkte). Während 2008 noch eine bundesweite Steigerung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Wohnort von 1,3 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden konnte, fiel der Anstieg im Jahr 2009 mit +0,1 Prozentpunkten deutlich geringer aus. Damit waren 50,5 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2009 in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und erstmals seit der Berechnung dieses Indikators im Rahmen von Gutachten für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erreichte der ostdeutsche Beschäftigungsgrad die gleiche Höhe wie der westdeutsche Beschäftigungsgrad. Diese Entwicklung ist auf die stärker rückläufige Erwerbsbevölkerung in Ostdeutschland zurückzuführen (vgl. Tabelle 14). Seit diesem Zeitpunkt ist der Versorgungsgrad der Bevölkerung mit Arbeitsplätzen - egal, wo sich diese befinden - in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Im Jahr 2011 fiel die Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung in Ostdeutschland mit 52,8 Prozent sogar um 0,5 Prozentpunkte höher aus als in Westdeutschland, obwohl die Zuwachsrate von 1,1 Prozentpunkten in Ostdeutschland zum einzigen Mal im Analysezeitraum unter der in Westdeutschland lag.

Im Jahr 2011 waren somit in 145 Arbeitsmarktregionen mehr als 53 Prozent aller erwerbsfähigen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (siehe grüne Flächen in Karte 20). Dabei weist Dingolfing in Westdeutschland mit 59,9 Prozent den höchsten Beschäftigungsgrad auf. Ebenfalls über 59 Prozent liegen Salzwedel, Tuttlingen und Lohr am Main. Die niedrigsten Werte beim Beschäftigungsgrad gab es in Westdeutschland in den grenznahen Arbeitsmarktregionen Trier (42,4 Prozent), Bitburg (43,9 Prozent), Waldshut (44,2 Prozent), und Aachen (44,8 Prozent). Dies dürfte durch einen erhöhten Grad an Grenzpendlern verursacht werden, die zwar in Deutschland leben, jedoch im angrenzenden Ausland arbeiten. Da diese in den Daten keine Berücksichtigung erfahren, wird der tatsächliche Beschäftigungsgrad un-

tererfasst. In Ostdeutschland weisen Sonneberg (61,5 Prozent), Eisenach (60,6 Prozent) und Suhl (60,2 Prozent) die höchsten und Berlin (44,2 Prozent), Südvorpommern und Prenzlau (je 49,8 Prozent) die niedrigsten Beschäftigungsgrade auf.

Bei der Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Wohnort von 2007 bis 2011 sieht man, dass ausnahmslos alle Arbeitsmarktregionen ihren Beschäftigungsgrad steigern konnten (vgl. Karte 21). Zudem ist die absolute Zahl der Arbeitsmarktregionen mit einem Beschäftigungsgrad von mehr als 53 Prozent von 2007 bis 2011 von 46 auf insgesamt 145 angestiegen (vgl. Karte A42 und Karte A46 im Kartenanhang). Den schwächsten relativen Anstieg von 1,2 Prozent findet man in der Arbeitsmarktregion Trier, wohingegen der stärkste Anstieg in der Region Anhalt-Bitterfeld (+6,1 Prozent) verzeichnet werden konnte.

Tabelle 19
Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Wohnort von 2007 bis 2011

(Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Prozentpunkten in Klammern.)

	2007	2008	2009	2010	2011
Westdeutschland	49,3 % (+1,0)	50,5 % (+1,2)	50,5 % (-0,0)	51,1 % (+0,6)	52,3 % (+1,2)
Ostdeutschland	48,0 % (+1,7)	49,9 % (+1,8)	50,5 % (+0,7)	51,7 % (+1,2)	52,8 % (+1,1)
Deutschland	49,1 % (+1,2)	50,4 % (+1,3)	50,5 % (+0,1)	51,2 % (+0,7)	52,4 % (+1,2)

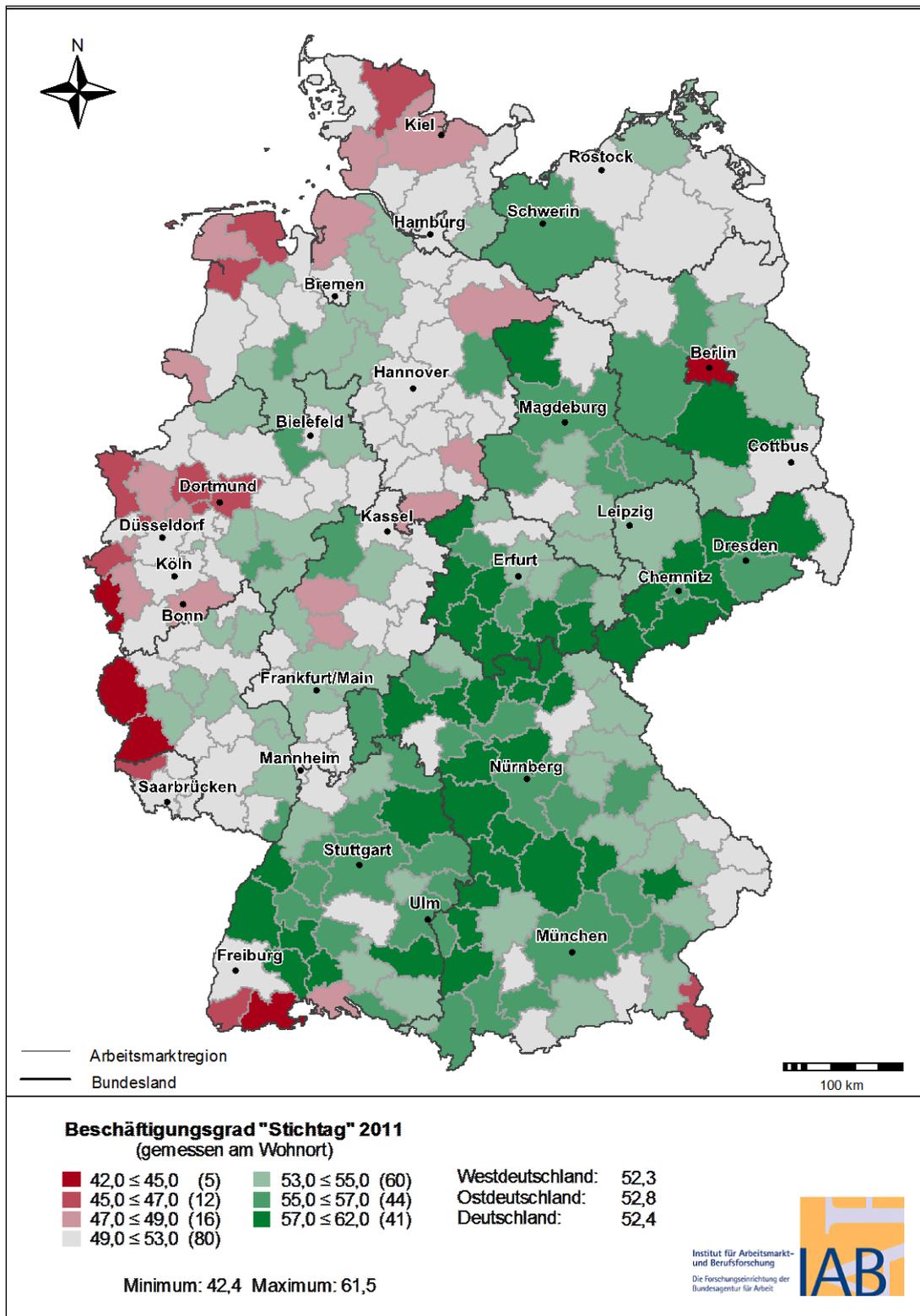
Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung.

Vergleicht man den Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort in Tabelle 19 mit dem Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Arbeitsort in Tabelle 15, so lassen sich folgende Ergebnisse festhalten: Beim Beschäftigungsgrad am Arbeitsort liegen die Werte in Ostdeutschland in allen Jahren unter denen in Westdeutschland. Das heißt, dass Ostdeutschland nach wie vor weniger Arbeitsplätze für seine Bevölkerung zur Verfügung stellt als Westdeutschland, auch wenn sich diese Differenz im betrachteten Zeitraum von 4,9 Prozentpunkten auf 3,1 Prozentpunkte leicht verringert hat. Dafür hat sich der Versorgungsgrad der erwerbsfähigen ostdeutschen Bevölkerung mit Arbeitsplätzen von 2007 bis 2011 verbessert und liegt seit 2009 sogar über dem Versorgungsgrad in Westdeutschland. Dies lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Ostdeutschland deutlich stärker abgenommen hat als im Westen Deutschlands, was unter anderem durch den starken Einbruch bei den Geburten nach der deutschen Wiedervereinigung bedingt ist (Schmitt 2012: 21). Des Weiteren trägt auch die verstärkte Abwanderung von ostdeutschen Arbeitskräften nach Westdeutschland zu diesem Ergebnis

bei (Buch/Hamann/Niebuhr 2010: 45 f.). Bestes Beispiel hierfür ist die Arbeitsmarktregion Sonneberg. In dieser kam es bei etwa gleichbleibender Beschäftigtenzahl im Beobachtungszeitraum zu einem Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung um etwas mehr als sechs Prozent. Demzufolge ist der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort um 4,0 Prozentpunkte angestiegen.

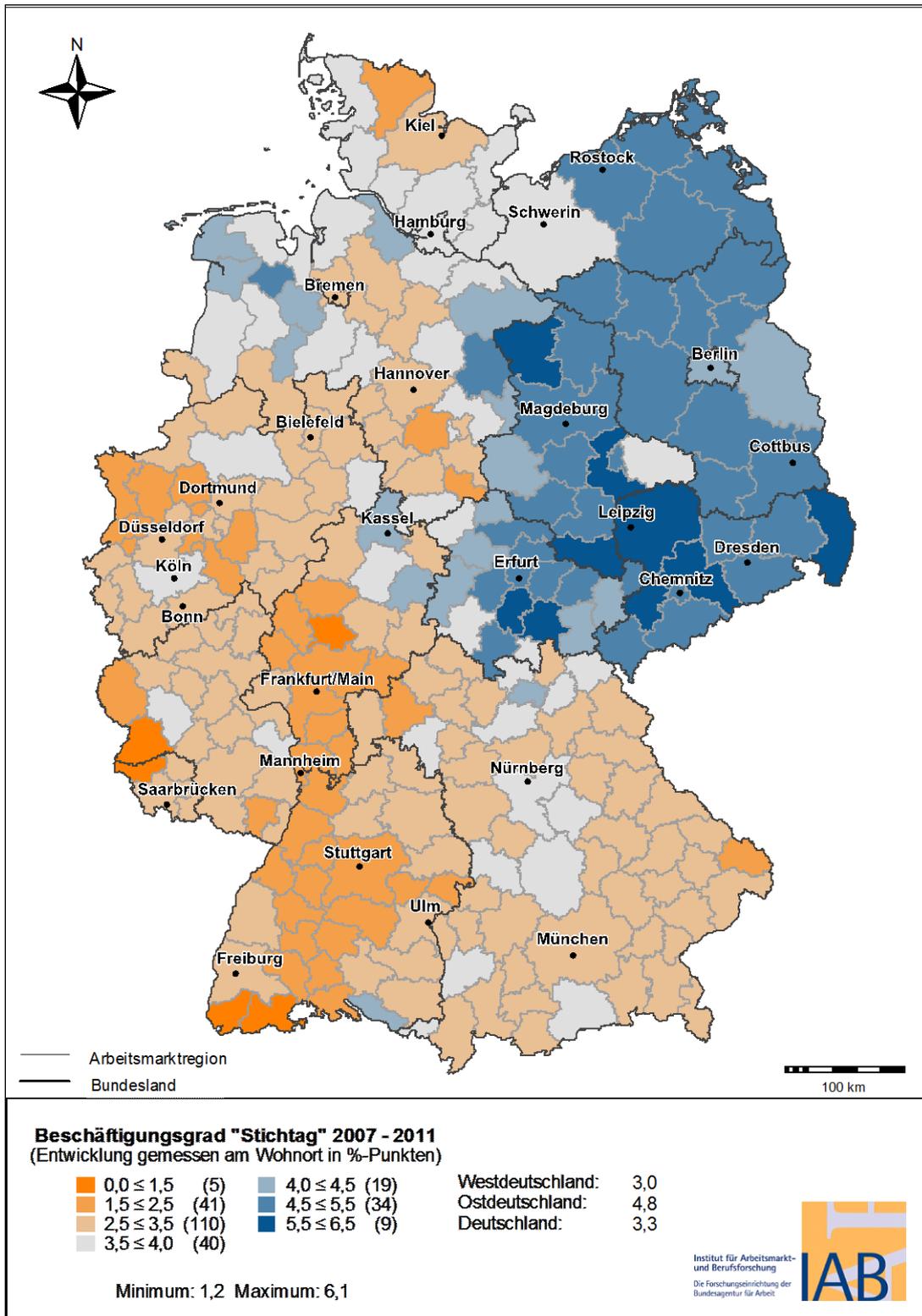
Führt man abschließend einen Vergleich der beiden Beschäftigungsgrade „Stichtag“ am Wohn- und am Arbeitsort für das Jahr 2011 durch, so zeigt sich, dass der Beschäftigungsgrad am Wohnort bei 179 Arbeitsmarktregionen über dem Beschäftigungsgrad am Arbeitsort lag. Unter diesen Regionen betrug die Differenz bei insgesamt 48 Arbeitsmarktregionen mehr als zehn Prozentpunkte und bei neun Regionen war sie sogar größer als 15 Prozentpunkte. Hierbei handelt es sich um die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Neustadt/Aisch, Haßfurt, Calw, Ahrweiler, Ratzeburg und Helmstedt sowie um die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Sondershausen, Eberswalde und Oranienburg. Die größte Differenz von 20,5 Prozentpunkten wies Helmstedt auf. Demgegenüber fiel der Beschäftigungsgrad am Arbeitsort bei 79 Arbeitsmarktregionen höher aus als der Beschäftigungsgrad am Wohnort. Die höchsten Differenzen von über 16 Prozentpunkten gab es in den Regionen Wolfsburg, Chemnitz und Salzgitter. In den Arbeitsmarktregionen Homburg/Saar, Erfurt, Dingolfing, Düsseldorf und Frankfurt/Main betrug die Differenz mehr als zehn Prozentpunkte.

Karte 20
Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Wohnort 2011 in Prozent



Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 21
Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ zum 30.06. am Wohnort von 2007 bis 2011 in Prozentpunkten



Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

2.3.2 Einfluss von Grenzpendlern von 2007 bis 2011

Die bisherige Berechnung des Beschäftigungsgrades am Wohnort basierte allein auf den Angaben aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. In dieser Datenquelle werden nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit einem Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland erfasst, jedoch nicht solche Personen, die in Deutschland wohnen und im Ausland arbeiten. Folglich wird die Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung in den grenznahen Arbeitsmarktregionen schlechter dargestellt als sie in der Realität ist. Arbeiten viele Deutsche aus den Grenzregionen im Ausland – ist also der Auspendleranteil hoch – bildet die deutsche Arbeitsmarktregion gewissermaßen nur einen Teil des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes ab.

Nachfolgend werden das methodische Vorgehen sowie die Datengrundlage beschrieben und es wird erläutert, warum die Zahl der Grenzpendler bei der Berechnung des Beschäftigungsgrades am Wohnort berücksichtigt, also zu den in der Beschäftigungsstatistik erfassten Beschäftigten hinzuaddiert werden sollte. Es folgen die Betrachtung der Entwicklung der Grenzpendlerzahlen sowie der Vergleich des Beschäftigungsgrades am Wohnort ohne und mit Grenzpendlern.

2.3.2.1 Datengrundlage und methodisches Vorgehen

Bei der letzten Neuabgrenzung des deutschen Regionalfördergebietes von 2007 bis 2013 war es aufgrund der fehlenden regionalen Verfügbarkeit von geeigneten Daten noch nicht möglich, Auslandspendler bei der Berechnung des Beschäftigungsgrades zu berücksichtigen (Schwengler/Haag/Binder 2006: 33 ff.). Ab dem Jahr 2007 gibt es aber auf Grund einer verbesserten und hinreichend gesicherten Datenlage Grenzpendlerinformationen aus der Bezugsgröße zur Berechnung der Arbeitslosenquote von der Bundesagentur für Arbeit, die zum überwiegenden Teil in geeigneter regionaler Gliederung vorliegen.²⁷ Daten zu Grenzpendlern wurden auf Gemeindeebene von der luxemburgischen Sozialversicherungsaufsicht und für die Landkreise Konstanz, Lörrach und Waldshut vom Amt für Statistik der Schweiz bereitgestellt. Weitere Zahlen zu den Grenzpendlern nach Dänemark, in die Niederlande, nach Belgien, Frankreich und Österreich stammen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des Statistischen Bundesamtes. Diese mussten aufgrund der fehlenden regionalen Zuordnung anschließend noch der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entsprechend auf die grenznahen Kreise verteilt werden (Bundesagentur für Arbeit 2008c: 2 f.). Für die beiden Länder Polen und Tschechien liegen keine Daten vor, die Pendlerströme in diese Länder werden aber von der Bundesagentur für Arbeit als gering eingestuft (Bundesagentur für Arbeit 2009b: 9). Die vorliegenden Grenzpendlerdaten werden von der Statistik der Bundesagentur

²⁷ Im Jahr 2007 lagen in der Bezugsgröße 2008 mehr als 70 Prozent der Grenzpendlerdaten bis auf Gemeindeebene tief regional gegliedert vor (Bundesagentur für Arbeit 2008c: 3). Dieser Anteil sank auf knapp 60 Prozent in der Bezugsgröße 2012 (Bundesagentur für Arbeit 2012b: 3).

für Arbeit ab der Bezugsgröße des Jahres 2008 bei der Berechnung der Arbeitslosenquoten mitberücksichtigt²⁸ und sollen auch als Datenbasis für die Korrektur des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Wohnort dienen.

Somit liegen für die Jahre 2007 bis 2011 Grenzpendlerzahlen in geeigneter Weise auf Kreis- bzw. Gemeindeebene vor und können in der Berechnung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Wohnort berücksichtigt werden. Dazu wird bei der Berechnung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Wohnort zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten noch die Zahl der Grenzpendler hinzuaddiert, während der Nenner unverändert bleibt:

$$\text{Beschäftigungsgrad}_{\text{ am WO "Stichtag"}} = \frac{\text{sv Beschäftigte am WO} + \text{Grenzpendler}}{\text{Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter}} \quad (1)$$

Die Arbeitsplatzversorgung der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter kann so auch in grenznahen Arbeitsmarktregionen mit einem hohen Anteil an auspendelnden Personen nahezu vollständig dargestellt werden.

2.3.2.2 Entwicklung der Grenzpendlerzahl

Die tatsächliche Arbeitsplatzversorgung am Wohnort ist in den grenznahen Arbeitsmarktregionen als potenziell untererfasst zu betrachten. Insbesondere für die Arbeitsmarktregionen Bitburg, Lörrach, Trier und Waldshut liegt diese Vermutung nahe. In Karte 20, die den Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort im Jahr 2011 ohne Berücksichtigung der Grenzpendler darstellt, fallen diese grenznahen Arbeitsmarktregionen durch ihre niedrige Beschäftigungsgrade auf, ohne gleichzeitig überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten aufzuweisen.

Für die Jahre 2007 bis 2011 liegen Grenzpendlerdaten für 58 westdeutsche Stadt- und Landkreise vor, was 45 Arbeitsmarktregionen entspricht. Diese Zahlen sind für die einzelnen Länder der nachfolgenden Tabelle 20 zu entnehmen. Im gesamten Zeitraum von 2007 bis 2011 ist die Zahl der Grenzpendler um 45.300 Personen gestiegen, was einem Gesamtzuwachs von über 45 Prozent entspricht. Ob dieser Anstieg auf eine bessere Datenlieferung oder auf einen zunehmenden Anteil in Deutschland lebender, aber im Ausland beschäftigter Personen zurückzuführen ist, kann jedoch nicht geklärt werden. Der besonders starke Anstieg der absoluten Grenzpendlerzahlen von 2007 auf 2008 ist nach Angaben der VGR allerdings vorrangig auf Pendler nach Österreich zurückzuführen, da im Jahr 2008 deutlich mehr Grenzpendler nach Österreich angegeben wurden (Bundesagentur für Arbeit 2009c: 3).

²⁸ Die Bezugsgrößen 2008 basiert zum größten Teil auf Zahlen des Vorjahres, d. h. des Jahres 2007 (Bundesagentur für Arbeit 2008c: 2). Siehe hierzu auch weitere Informationen zu der Komponente „Grenzpendler“ in der Bezugsgröße im Abschnitt 5.2 des Anhangs.

Tabelle 20**Entwicklung der Grenzpendlerzahlen von 2007 bis 2011**

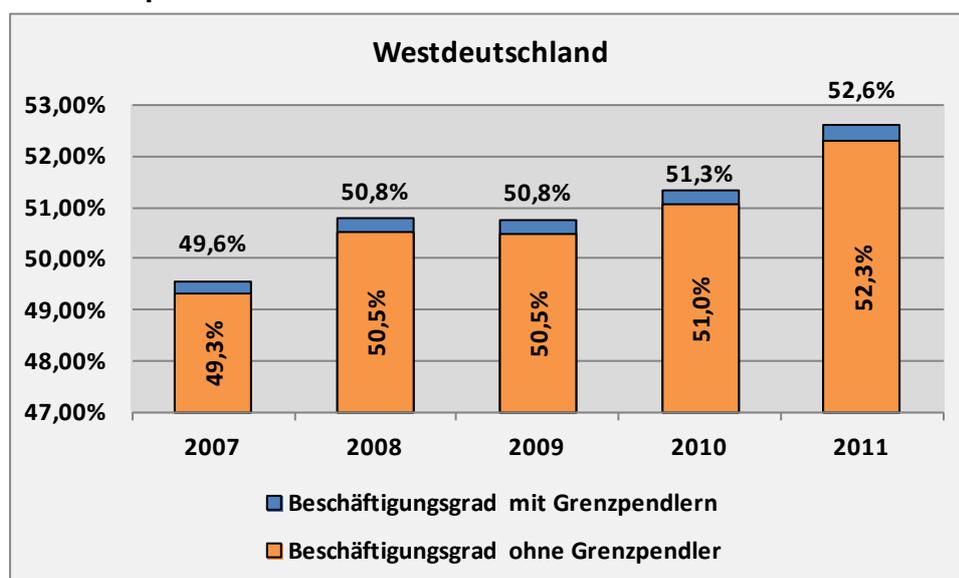
(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

<u>Grenzpendler</u>	2007	2008	2009	2010	2011
nach Luxemburg	29.200	32.400 (+10,9 %)	33.100 (+2,0 %)	34.100 (+3,3 %)	34.300 (+0,6 %)
in die Schweiz aus den Landkreisen Konstanz, Lörrach und Waldshut	41.800	41.100 (-1,6 %)	43.800 (+6,5 %)	46.100 (+5,2 %)	48.600 (+5,5 %)
nach Dänemark, Niederlande, Belgi- en, Frankreich, Österreich und in die Schweiz (ohne o. g. Landkreise)	27.500	43.000 (+56,4 %)	46.400 (+7,9 %)	48.200 (+3,9 %)	60.900 (+26,2 %)
<u>gesamt</u>	98.500	116.600 (+18,3 %)	123.300 (+5,8 %)	128.500 (+4,2 %)	143.900 (+12,0 %)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2008c, 2009c, 2010b, 2011b, 2012b); Zahlen gerundet; Differenzen zur Summe sind rundungsbedingt.

2.3.2.3 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ mit Grenzpendlern

Mit der Berücksichtigung der Grenzpendler erhöht sich der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ in Deutschland für das Jahr 2007 geringfügig um 0,18 Prozentpunkte. Parallel zur gestiegenen Gesamtzahl auspendelnder Arbeitnehmer ergibt sich für die folgenden Jahre eine leichte Vergrößerung dieses Differenzwertes auf 0,27 Prozentpunkte im Jahr 2011. Da keine Daten zu Grenzpendlern nach Polen und Tschechien vorliegen, verändert sich der Beschäftigungsgrad in Ostdeutschland nicht, in Westdeutschland nimmt er aber im Jahr 2007 um 0,23 Prozentpunkte zu und steigt von durchschnittlich 49,33 auf 49,56 Prozent. Auch für die Jahre 2008 bis 2011 ergeben sich dabei Änderungen im Beschäftigungsgrad. Die größte Differenz zeigt sich im Jahr 2011 mit 0,33 Prozentpunkten (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2**Unterschiede zwischen den Beschäftigungsgraden nach Berücksichtigung der Grenzpendler**

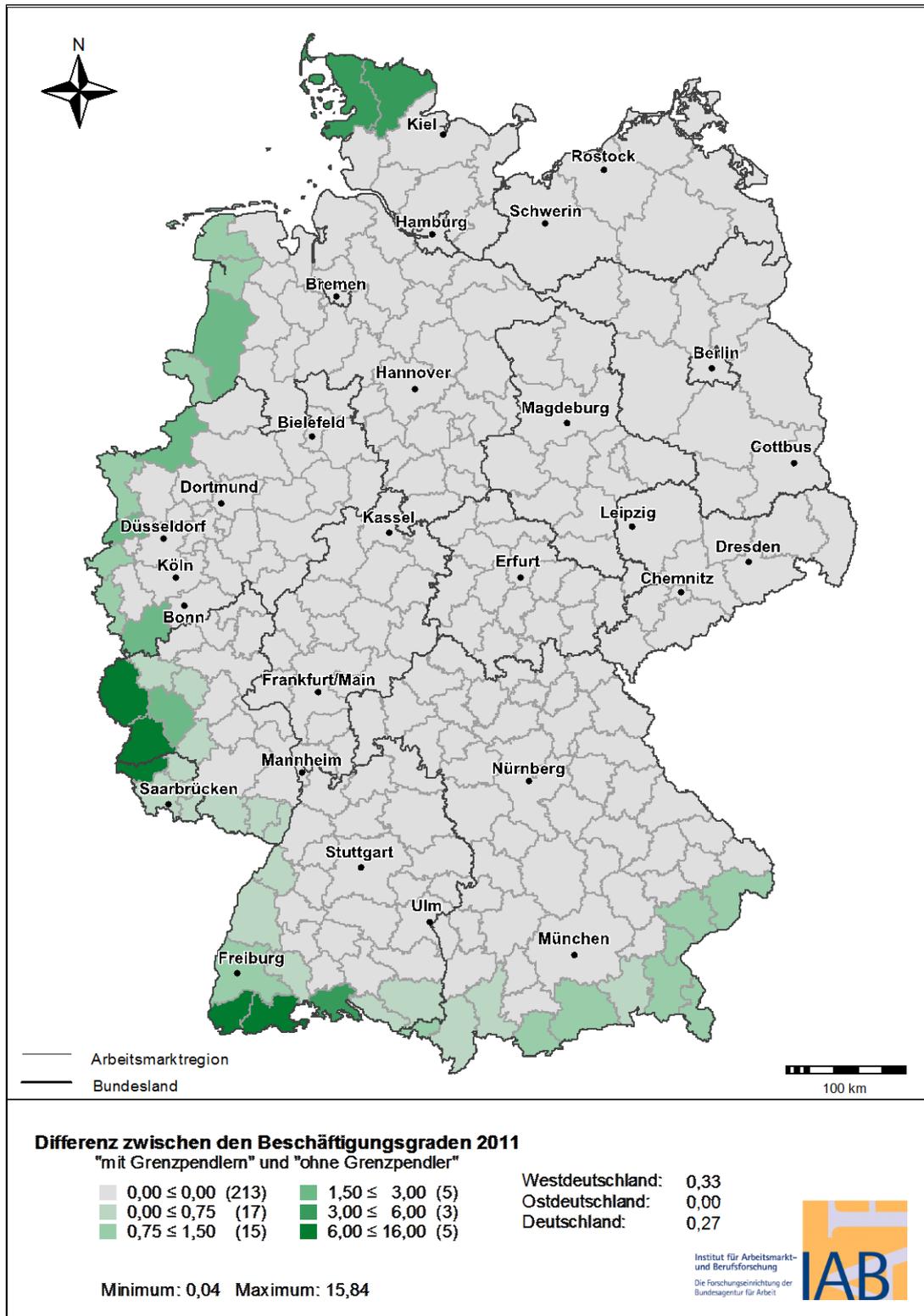
Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung; Zahlen gerundet.

Wo sich jedoch die Änderungen im westdeutschen Durchschnitt verhältnismäßig moderat darstellen, ergeben sich auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen teilweise erhebliche Korrekturen im Beschäftigungsgrad. Werden nämlich Grenzpendler berücksichtigt, nimmt insbesondere in Arbeitsmarktregionen, die an der Grenze zur Schweiz und zu Luxemburg liegen, der Beschäftigungsgrad stark zu, da viele Deutsche dorthin zur Arbeit pendeln. Die folgenden Ausführungen beschränken sich dabei auf das Jahr 2011, sind aber als exemplarisch für die vorherigen Jahre zu betrachten.

Aufgrund der vorhandenen und nun einbezogenen regionalen Grenzpendlerdaten finden sich die mit Abstand stärksten Korrekturen in den vier Arbeitsmarktregionen Lörrach (+15,8 Prozentpunkte), Waldshut (+14,5 Prozentpunkte), sowie Bitburg (+11,5 Prozentpunkte) und Trier (+10,6 Prozentpunkte). Danach folgen mit Unterschieden von etwa zwei bis sieben Prozentpunkten die Regionen Bernkastel-Wittlich, Konstanz und Merzig. Ebenso sind die drei Arbeitsmarktregionen Euskirchen, Flensburg und Husum mit in diesen Wertebereich zu zählen.²⁹ Gleichzeitig findet sich ein weiterer Sprung in der Zulieferung der Grenzpendlerdaten in der Arbeitsmarktregion Aachen (vgl. Karte 22). In den an Luxemburg und die Schweiz angrenzenden Arbeitsmarktregionen ist die Arbeitsplatzversorgung der Wohnbevölkerung somit deutlich besser als bei Nichtberücksichtigung der Grenzpendler suggeriert wird. Insbesondere die Regionen Lörrach und Trier sind an dieser Stelle zu betonen. So erhöht sich bei Berücksichtigung der Grenzpendler der Beschäftigungsgrad der Region Lörrach auf über 60 Prozent, womit sie im bundesweiten Vergleich die beste Arbeitsplatzversorgung hat. Obwohl nicht ganz so hohe Steigerungen vorliegen, war Trier dennoch bei den Auswertungen, welche Grenzpendler nicht berücksichtigten, im bundesweiten Vergleich stets am unteren Ende anzutreffen. Mit Einbeziehung der Grenzpendler in die Berechnung des Beschäftigungsgrades erhöht sich die Arbeitsplatzversorgung am Wohnort in Trier in den Jahren 2007 bis 2011 um rund zehn Prozentpunkte, was dazu führt, dass Trier mit einem Beschäftigungsgrad von über 50 Prozent nun im deutschen Durchschnitt liegt. In den Regionen an der Grenze zu Österreich, Dänemark und Frankreich dagegen verbessern sich die Werte nur geringfügig um maximal 1,6 Prozentpunkte (vgl. hierzu Karte A49 und Karte A50 im Kartenanhang).

²⁹ Bei diesen drei Regionen gab es im letzten Beobachtungsjahr einen deutlicher Sprung in der Zulieferung der Grenzpendlerdaten, so dass sie nur im Jahr 2011 im Spitzenfeld anzutreffen sind. In den Jahren davor lagen sie eher im Mittelfeld.

Karte 22
Unterschiede zwischen den Beschäftigungsgraden nach Berücksichtigung
der Grenzpendler in Prozentpunkten



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

Wie man deutlich in Karte 20 erkennt, ist die Arbeitsplatzversorgung der erwerbsfähigen Bevölkerung in Berlin sehr niedrig. Dies hängt nicht wie bei den anderen Regionen mit nicht berücksichtigten Grenzpendlern zusammen, sondern lässt sich

dadurch erklären, dass Berlin unter allen Bundesländern den höchsten Anteil an erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufweist. Dieser liegt auch weit über dem Anteil in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen (Bogai/Wiethölter 2009: 31 f.). Aus diesem Grund ist der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Berlin so gering.

2.3.3 Einfluss von Fernpendlern von 2007 bis 2011

Als **Fernpendler** sind Personen definiert, die weite Wegestrecken von ihrem Wohnort zu ihrer Arbeitsstätte zurücklegen. Ab welcher Entfernung man von Fernpendlern spricht, wird zumeist nicht über räumliche Distanzen, sondern anhand der Pendelzeiten festgelegt. Überschreitet die tägliche Pendelzeit eine bestimmte Grenze, wird das Vorhandensein eines Zweitwohnsitzes in räumlicher Nähe zum Arbeitsplatz wahrscheinlicher, und es ist davon auszugehen, dass nicht mehr täglich, sondern beispielsweise nur noch wöchentlich gependelt wird (Gräbe/Ott 2003: 3 f.). Bei solchen Fernpendlern sinkt folglich die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen an ihrem Erstwohnsitz und das Arbeitsplatzangebot am Wohnort dieser Personen wird bei der bisherigen Berechnung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ als zu gut dargestellt.

Nach einer kurzen Beschreibung der Datengrundlage und der verwendeten Methode wird beschrieben, wie sich die Zahl der Fernpendler im betrachteten Zeitraum regional entwickelt hat und wie sich die Anteile der Fernpendler an allen Beschäftigten in den Regionen unterscheiden. Daran anschließend werden die Fernpendler aus dem Beschäftigungsgrad heraus gerechnet und die regionalen Ergebnisse mit Fernpendlern und ohne Fernpendler für die einzelnen Jahre miteinander verglichen.

2.3.3.1 Datengrundlage und methodisches Vorgehen

In dem Gutachten „Aktualisierung von Regionalindikatoren für die deutschen Arbeitsmarktregionen“ aus dem Jahr 2009 wurden als Fernpendler alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit mit Pendelzeiten von mehr als 45 und mehr als 60 Minuten für einen einfachen Arbeitsweg untersucht und miteinander verglichen (Schwengler et al. 2009: 84 ff.). Aus den Ergebnissen sowie auf Grund des gestiegenen Pendelverhaltens ergab sich die Empfehlung, Pendelzeiten von 60 Minuten für eine einfache Wegstrecke der Festlegung von Fernpendlern zugrunde zu legen. In Anlehnung an Limmer (2005: 100), welcher ebenfalls eine 60-minütige Pendelzeit zur Definition von Fernpendlern verwendet, soll diese Größe als Grundlage im vorliegenden Gutachten dienen.

Nachfolgend werden für die Berechnung des Beschäftigungsgrades am Wohnort alle Fernpendler, deren Fahrzeit für die einfache Pendelstrecke mehr als 60 Minuten beträgt, von der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten abgezogen. Die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung im Nenner bleibt unverändert, wie die folgende Formel zeigt:

$$\text{Beschäftigungsgrad}_{\text{ am_WO "Stichtag" }^{FP}} = \frac{\text{sv Beschäftigte am WO - Fernpendler}}{\text{Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter}} \quad (2)$$

Durch die Verkleinerung des Zählers reduziert sich der Beschäftigungsgrad. Die sich daraus ergebenden Veränderungen im Beschäftigungsgrad nehmen einen Wertebereich von bis zu 4,9 Prozentpunkten ein.

Die Ermittlung der Fernpendler wurde von STASA vorgenommen. Eine ausführliche Erläuterung der zugrundeliegenden Methodik findet sich in Kapitel 5.5.

2.3.3.2 Entwicklung der Fernpendlerzahl

Bevor die Betrachtung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ am Wohnort mit Korrektur um die Fernpendlerzahlen erfolgt, wird zunächst die Entwicklung der Fernpendler und im nächsten Abschnitt die Entwicklung der Anteile der Fernpendler an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten untersucht. Dabei fällt zunächst auf, dass im Laufe der Jahre 2007 bis 2011 die absolute Zahl der Fernpendler in Deutschland um 11,0 Prozent (+89.900 Personen) zugenommen hat (siehe Tabelle 21), was auf eine gesteigerte Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer schließen lässt. Dieser Zuwachs ist insbesondere durch den starken Anstieg der Fernpendler von 2007 auf 2008 bedingt, da hier ein Zuwachs von 6,2 Prozent (+51.000 Personen) vorlag. In den Jahren 2009 und 2010 dagegen fiel der Anstieg nicht mehr ganz so hoch aus und lag nur noch bei etwas mehr als einem Prozent. Erst im Jahr 2011 mit dem erneuten konjunkturellen Aufschwung stieg im Vergleich zum Vorjahr die prozentuale Zuwachsrate mit 2,0 Prozent (+18.100 Personen) wieder erkennbar an (siehe Tabelle 21).

Bei einer Differenzierung zwischen den Entwicklungen in West- und Ostdeutschland wird jedoch ein unterschiedliches Bild offensichtlich. So stieg die Zahl der Fernpendler in Westdeutschland mit 14,5 Prozent (+77.000 Personen) von 2007 bis 2011 deutlich stärker an als in Ostdeutschland mit nur 4,5 Prozent (+13.000 Personen). In Westdeutschland wuchs die Zahl der Fernpendler in allen Jahren. Am stärksten schlug dabei das Jahr 2008 mit einer Steigerung von 6,7 Prozent (+35.700 Personen) zu Buche. In den darauffolgenden Jahren fiel der Anstieg mit Werten zwischen +2,0 und +2,7 Prozent wesentlich geringer aus. Für Ostdeutschland war die Entwicklung der Fernpendlerzahlen über den Gesamtzeitraum nicht einheitlich. So ging die Zahl der Fernpendler im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Prozent (-4.200 Personen) zurück. Im Jahr 2010 folgte dann ein weiterer Rückgang um 0,5 Prozent (-1.600 Personen). In den Jahren 2008 und 2011 dagegen ist die Zahl der ostdeutschen Fernpendler um 5,3 Prozent (+15.400 Personen) bzw. 1,2 Prozent (+3.500 Personen) angestiegen.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen fällt auf, dass in 45 Arbeitsmarktregionen die Zahl der Fernpendler von 2007 bis 2011

gesunken ist (vgl. dunkelorange Flächen in Karte 23). Davon lag mit 33 Arbeitsmarktreionen der überwiegende Teil in Ostdeutschland und nur zwölf Regionen lagen in Westdeutschland. In Westdeutschland waren die deutlichsten Rückgänge in den Arbeitsmarktreionen Siegen (-6,4 Prozent), Eschwege (-7,9 Prozent), St. Wendel (-8,9 Prozent) und Haßfurt (-10,0 Prozent) zu beobachten.³⁰ Bei den verbleibenden acht Arbeitsmarktreionen gab es Rückgänge von -0,4 Prozent (Idar-Oberstein) bis zu -4,9 Prozent (Dingolfing). In den anderen westdeutschen Arbeitsmarktreionen stieg die Zahl der Fernpendler jedoch. Die geringsten Anstiege von unter drei Prozent finden sich in den Arbeitsmarktreionen Marktredwitz (+0,1 Prozent), Bayreuth (+0,3 Prozent), Osterode (+0,8 Prozent) sowie Simmern (+1,1 Prozent), Kleve (+1,2 Prozent), Lüdenscheid und Eggenfelden/Pfarrkirchen (je +2,4 Prozent). Insgesamt 16 Regionen verzeichneten dagegen einen Anstieg der Zahl der Fernpendler von mindestens 25 Prozent (vgl. dunkelblaue Flächen in Karte 23). Die vier Regionen Regensburg, Nienburg, Biberach und Balingen fallen dabei mit Steigerungen von 30,9 Prozent (Regensburg) bis 44,3 Prozent (Balingen) besonders stark ins Gewicht.

In Ostdeutschland ist die Zahl der Fernpendler von 2007 bis 2011 in insgesamt 33 Arbeitsmarktreionen zurückgegangen. Dabei sind es die Regionen Anhalt-Bitterfeld (-11,9 Prozent), Finsterwalde (-13,1 Prozent), Wittenberg (-14,3 Prozent) und Dessau-Roßlau (-17,3 Prozent), bei denen der Rückgang mit mindestens zehn Prozent am stärksten ausgefallen ist. In 21 ostdeutschen Arbeitsmarktreionen dagegen ist die Zahl der Fernpendler in diesem Zeitraum angestiegen. Hierbei rangieren 14 Regionen in einem Wertebereich von bis zu maximal zehn Prozent. Die sieben Regionen Dresden (10,1 Prozent), Luckenwalde (11,1 Prozent), Eberswalde (11,9 Prozent), Potsdam-Brandenburg (13,5 Prozent) sowie Oranienburg (15,8 Prozent), Berlin (19,8 Prozent) und Gotha (20,0 Prozent) dagegen bilden mit ihren Zuwachsraten das ostdeutsche Spitzenfeld, bleiben aber mit diesen Werten weit hinter den Maximalwerten Westdeutschlands zurück.

³⁰ Betrachtet man für diese vier Arbeitsmarktreionen die Entwicklung der absoluten Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahlen, so zeigt sich, dass in allen vier Regionen die Zahl der Beschäftigten angestiegen und die Zahl der Bevölkerung mit Ausnahme von Haßfurt gesunken ist. Dies hat zur Folge, dass sich die Versorgung der Erwerbsbevölkerung mit Arbeitsplätzen in diesen Regionen verbessert und nun weniger Personen über weite Strecken zu ihren Arbeitsplätzen pendeln.

Tabelle 21**Entwicklung der Fernpendlerzahlen von 2007 bis 2011**

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	30.06.2007	30.06.2008	30.06.2009	30.06.2010	30.06.2011
Westdeutschland	529.300	564.900 (+6,7 %)	580.000 (+2,7 %)	591.600 (+2,00 %)	606.300 (+2,5 %)
Ostdeutschland	290.100	305.400 (+5,3 %)	301.200 (-1,4 %)	299.600 (-0,5 %)	303.100 (+1,2 %)
Deutschland	819.400	870.400 (+6,2 %)	881.200 (+1,2 %)	891.200 (+1,1 %)	909.300 (+2,0 %)

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnung: STASA; Zahlen gerundet; Differenzen zur Summe sind rundungsbedingt.

2.3.3.3 Entwicklung des Anteils der Fernpendler an allen Beschäftigten

Obwohl die Anzahl an Fernpendlern gestiegen ist, hat sich deren Anteil an allen Beschäftigten kaum verändert, da im gleichen Zeitraum auch die Zahl der Beschäftigten gestiegen ist. Wie man gut anhand der Tabelle 22 erkennen kann, lag dieser Anteil auf Bundesebene in den einzelnen Jahren bei jeweils knapp über drei Prozent. Bedingt durch die starken Pendlerströme von Ost- nach Westdeutschland (Haas/Hamann 2008: 1 f.) fiel der ostdeutsche Anteil an Fernpendlern mit Werten im Bereich von 5,3 bis 5,5 Prozent in allen Jahren etwa doppelt so hoch aus wie der westdeutsche Anteil, der zwischen 2,5 und 2,7 Prozent lag. Dabei zeigt sich, dass in Ostdeutschland der Anteil zunächst von 5,4 Prozent im Jahr 2007 auf 5,5 Prozent im Jahr 2008 angestiegen ist. Danach setzte jedoch ein leichter Rückgang ein, der 2011 in einem Wert von 5,3 Prozent resultierte, womit schließlich ein im Vergleich zu 2007 um 0,1 Prozentpunkte geringerer Wert erreicht war. In Westdeutschland dagegen ist der Wert von 2,5 Prozent in 2007 bis zum Jahr 2009 auf 2,7 Prozent angestiegen und bis zum Jahr 2011 auf dem gleichen Niveau geblieben, d. h. es gab einen Anstieg um 0,2 Prozentpunkte im Zeitraum von 2007 bis 2011.

Der Anteil der Fernpendler an allen Beschäftigten ist im Zeitraum von 2007 bis 2011 lediglich in 32 westdeutschen Arbeitsmarktregionen gesunken (vgl. Karte 24). Dabei lagen die stärksten Rückgänge in den Arbeitsmarktregionen Haßfurt und Eschwege (je -0,4 Prozentpunkte). Von den verbleibenden 30 Arbeitsmarktregionen unterschritten 20 Regionen die Marke von -0,1 Prozentpunkten nicht. Einen geringen Zuwachs des Fernpendleranteils von weniger als 0,1 Prozentpunkten gab es in 46 Arbeitsmarktregionen und in 117 Regionen lagen die Zuwächse zwischen 0,1 und 0,5 Prozentpunkten. Die stärksten Anstiege finden sich in den Regionen Lüneburg, Regensburg, Helmstedt und Burghausen (je +0,5 Prozentpunkte) sowie in Bad Tölz, Nienburg, Hamburg, Holzminden (je +0,6 Prozentpunkte) und Balingen (+0,7 Prozentpunkte).

In Ostdeutschland ist der Anteil der Fernpendler an allen Beschäftigten dagegen von 2007 bis 2011 in 39 Arbeitsmarktregionen zurückgegangen. Diese Entwicklung zeigte sich mit Rückgängen von -0,7 bis -1,0 Prozentpunkten in den Arbeitsmarktregionen Südvorpommern, Mansfeld-Südharz und Finsterwalde am stärksten. Die Anstiege in den restlichen 15 Arbeitsmarktregionen fallen mit Höchstwerten von 0,7 Prozentpunkten nicht wesentlich verschieden zu den Anstiegen in Westdeutschland aus. Die beiden Regionen Gotha und Berlin bilden mit Zuwächsen von 0,7 bzw. 0,5 Prozentpunkten das ostdeutsche Spitzenfeld.

Tabelle 22

Anteil der Fernpendler an allen Beschäftigten von 2007 bis 2011

(Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Prozentpunkten in Klammern)

	30.06.2007	30.06.2008	30.06.2009	30.06.2010	30.06.2011
Westdeutschland	2,5 %	2,6 % (+0,1)	2,7 % (+0,1)	2,7 % (+0,0)	2,7 % (+0,0)
Ostdeutschland	5,4 %	5,5 % (+0,2)	5,5 % (-0,1)	5,4 % (-0,1)	5,3 % (+0,0)
Deutschland	3,1 %	3,2 % (+0,1)	3,2 % (+0,0)	3,2 % (+0,0)	3,2 % (+0,0)

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnung: STASA; Zahlen gerundet.

Regionale Fernpendleranteile im Jahr 2011

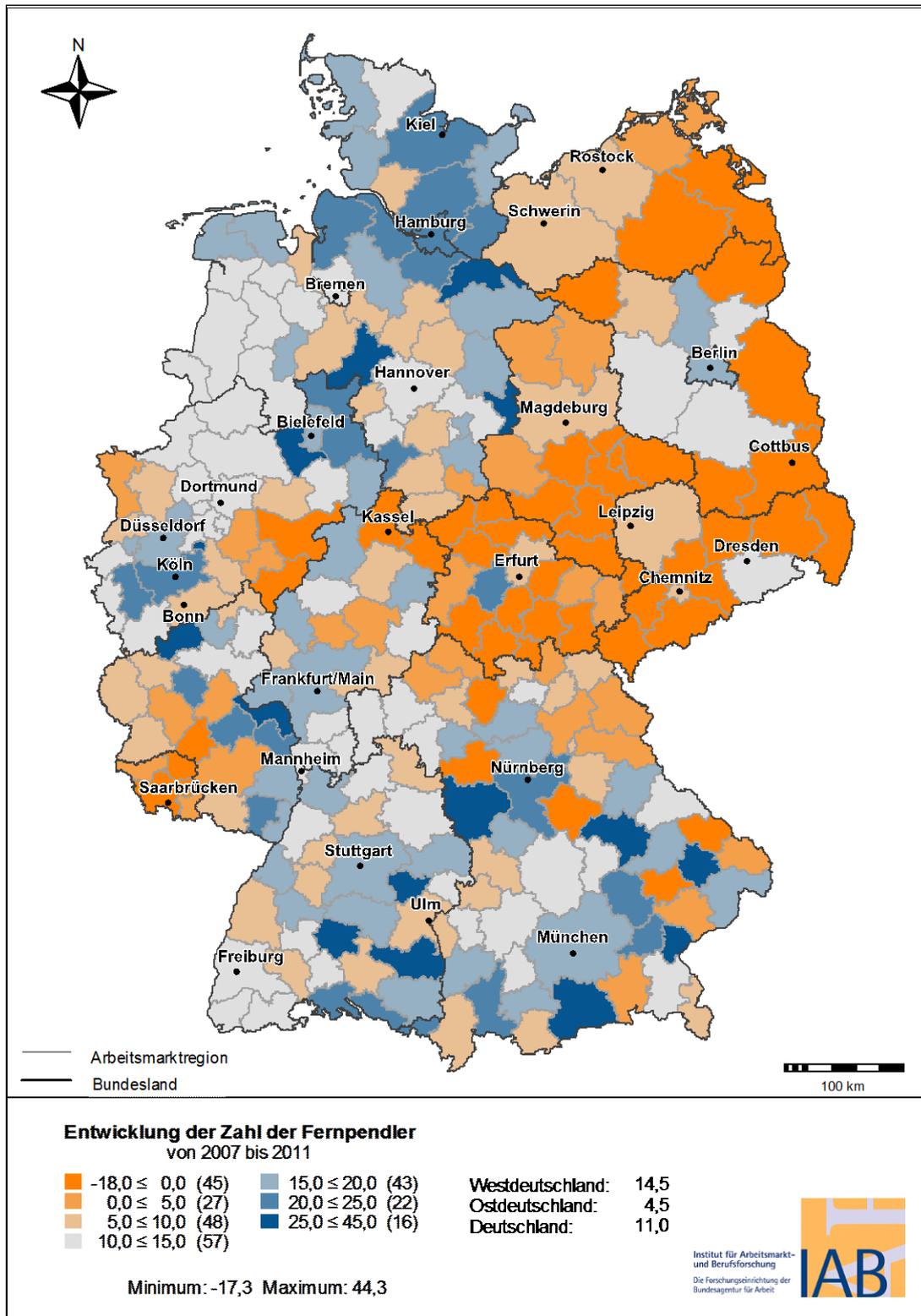
Betrachtet man die Fernpendleranteile im Jahr 2011 auf der regionalen Ebene, so zeigt sich in Karte 25 sehr deutlich, dass in Ostdeutschland weitaus mehr Beschäftigte eine Fahrzeit von über 60 Minuten auf sich nehmen müssen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen, als in Westdeutschland.

Im Jahr 2011 waren es ausschließlich **westdeutsche Arbeitsmarktregionen** (und mit insgesamt 113 Regionen mehr als die Hälfte der westdeutschen Regionen), welche mit maximal 2,5 Prozent die geringsten Anteile an Fernpendlern aufwiesen. Die acht Regionen mit den niedrigsten Fernpendleranteilen von bis zu maximal 1,5 Prozent sind Siegen, Lüdenscheid, Vechta, Hagen, Dingolfing, Remscheid, Donauwörth-Nördlingen und Olpe. Die höchsten Fernpendleranteile von 3,5 bis 5,5 Prozent finden sich in Westdeutschland in einigen Teilen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins sowie in den Arbeitsmarktregionen Hamburg, Würzburg, Lörrach, München, Landsberg, Freyung und Hof.

In **Ostdeutschland** zeigt sich ein vollkommen anderes Bild. Dort ist das Pendeln über weite Strecken zum Arbeitsplatz weitaus verbreiteter, wie man in Karte 25 an der Zahl der rot eingefärbten Arbeitsmarktregionen deutlich erkennt. In 40 der insgesamt 54 ostdeutschen Arbeitsmarktregionen pendeln mehr als 4,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten länger als 60 Minuten zu ihrem Arbeitsplatz in eine andere Arbeitsmarktregion, wobei der Anteil der Fernpendler in den Regionen Burgenlandkreis, Süd- und Nordvorpommern, Mansfeld-Südharz, Sondershausen und Stendal mit 7,0 bis 9,3 Prozent am höchsten lag. Auffällig in der

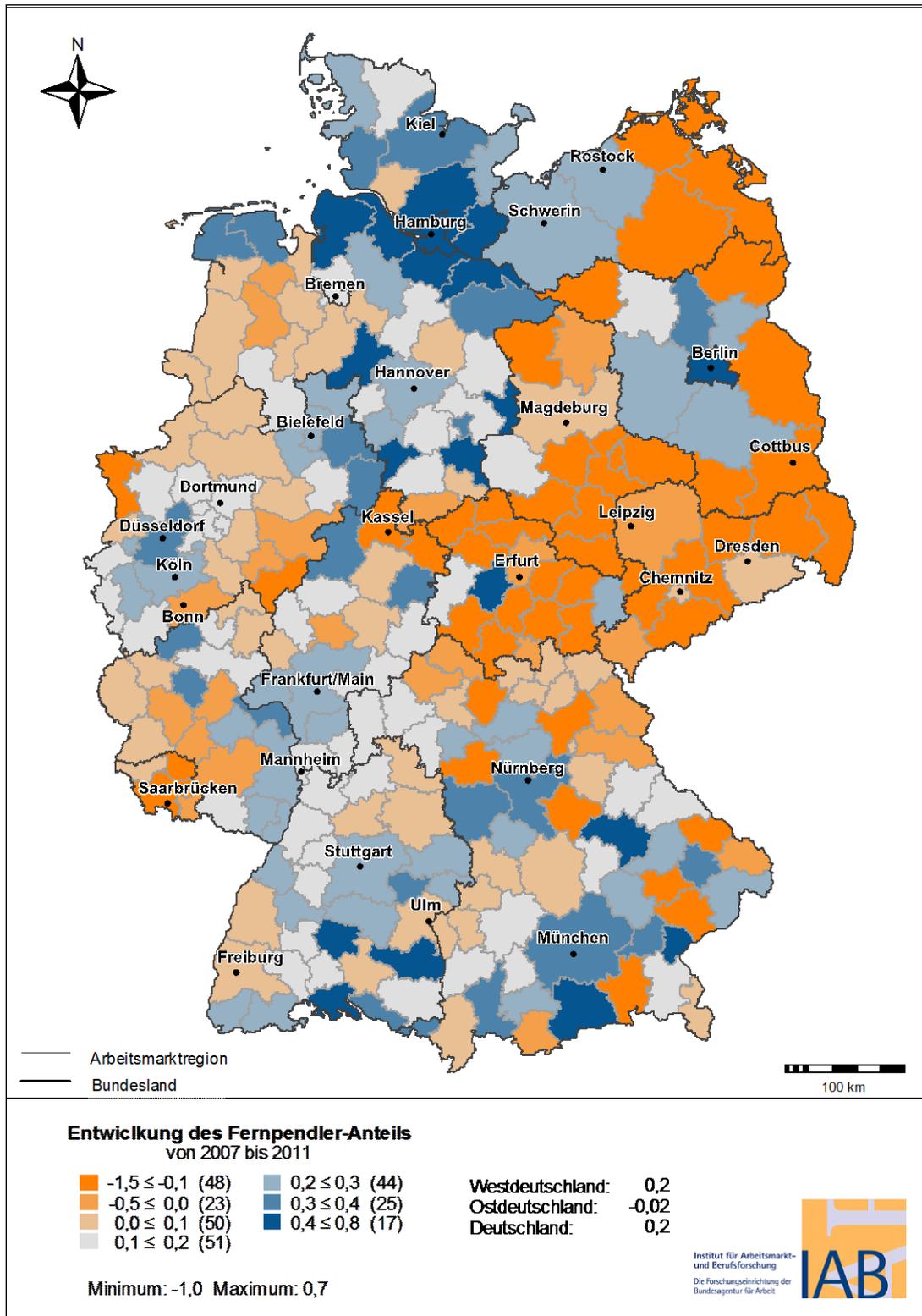
Karte sind die zwei Arbeitsmarktregionen Dessau-Roßlau und Sonneberg, welche im Vergleich zum Bundeswert einen unterdurchschnittlichen Fernpendleranteil aufweisen und in denen deutlich weniger Beschäftigte (weniger als 3,0 Prozent) über weite Strecken pendeln als im restlichen Ostdeutschland.

Karte 23
Entwicklung der Zahl der Fernpendler zum 30.06. von 2007 bis 2011



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnung: STASA, eigene Darstellung.

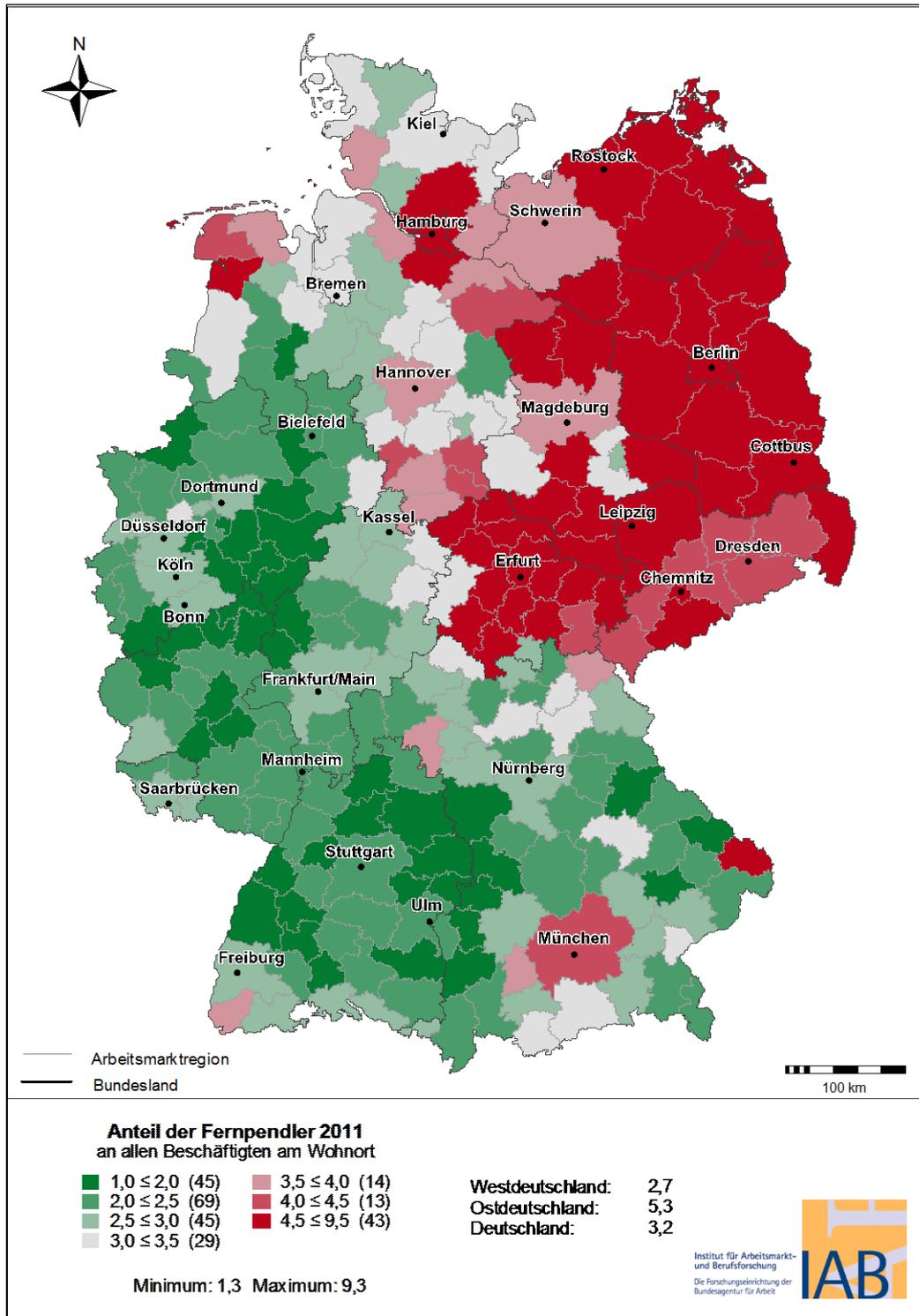
Karte 24
Entwicklung des Fernpendleranteils an allen Beschäftigten zum 30.06. am Wohnort von 2007 bis 2011



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnung: STASA, eigene Darstellung.

Karte 25

Anteil der Fernpendler an allen Beschäftigten zum 30.06. im Jahr 2011



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnung: STASA, eigene Darstellung.

2.3.3.4 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ ohne Fernpendler

Nachdem nun die Entwicklung der Fernpendlerzahlen erläutert wurde, wird in diesem Abschnitt der Unterschied zwischen dem Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort vor und nach der Herausrechnung der Fernpendler beschrieben. Dabei zeigt sich in Tabelle 23, dass sich der Beschäftigungsgrad nach der Bereinigung analog zu den über die Jahre angestiegenen Fernpendlerzahlen reduzierte. So ver-

ringert sich der Beschäftigungsgrad im Jahr 2007 bei Berücksichtigung der Fernpendler von 49,1 Prozent auf 47,6 Prozent, was einer Korrektur um 1,5 Prozentpunkte entspricht. Im Jahr 2011 verkleinerte sich der Wert dagegen von 52,4 Prozent auf 50,7 Prozent und somit um 1,7 Prozentpunkte. Die Korrekturwerte für Westdeutschland unterscheiden sich dabei nur geringfügig von denen, welche auf der Bundesebene zu beobachten sind. So reduziert sich der Beschäftigungsgrad nach der Fernpendlerkorrektur in Westdeutschland im Jahr 2007 um 1,2 Prozentpunkte. Dieser Korrekturwert steigt in den darauffolgenden Jahren kontinuierlich an und findet mit 1,4 Prozentpunkten in 2011 sein bisheriges Maximum. Eine vergleichbare Entwicklung zeigt sich in Ostdeutschland, wo der Beschäftigungsgrad im Jahr 2007 nach Abzug der Fernpendler um 2,6 Prozentpunkte und im Jahr 2011 um 2,8 Prozentpunkte nach unten korrigiert wurde. Es ist zu erkennen, dass mit dem etwa doppelt so hohen ostdeutschen Fernpendleranteil auch eine etwa doppelt so starke Verkleinerung des Beschäftigungsgrades einhergeht.

Tabelle 23

Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. mit Fernpendlern und ohne Fernpendler von 2007 bis 2011

(Angabe der Differenz in Prozentpunkten)

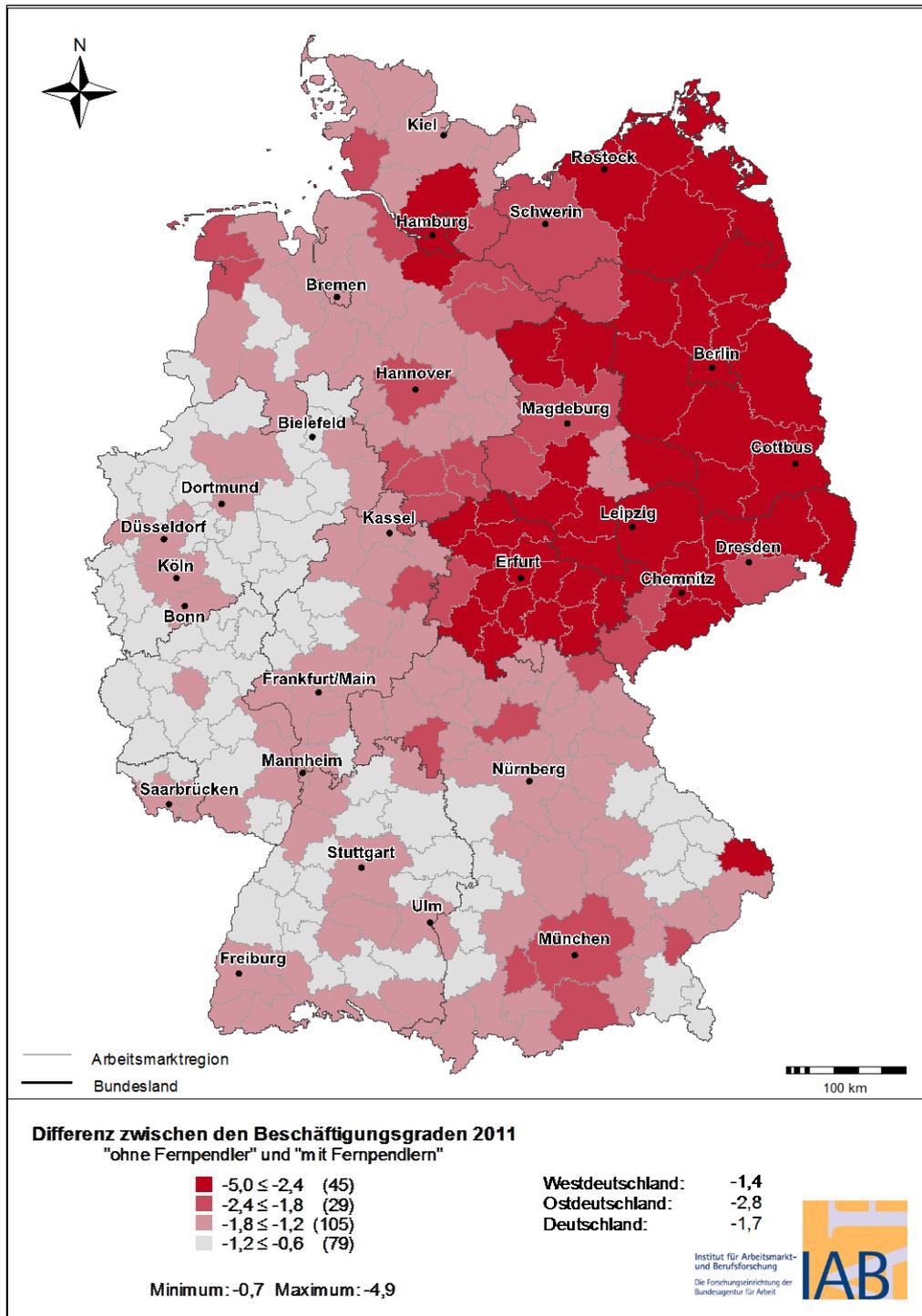
		2007	2008	2009	2010	2011
Westdeutschland	mit Fernpendlern	49,3 %	50,5 %	50,5 %	51,0 %	52,3 %
	ohne Fernpendler	48,1 %	49,2 %	49,1 %	49,7 %	50,9 %
	Differenz	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4
Ostdeutschland	mit Fernpendlern	48,0 %	49,8 %	50,5 %	51,7 %	52,8 %
	ohne Fernpendler	45,5 %	47,1 %	47,7 %	49,0 %	50,0 %
	Differenz	2,6	2,8	2,8	2,8	2,8
Deutschland	mit Fernpendlern	49,1 %	50,4 %	50,5 %	51,2 %	52,4 %
	ohne Fernpendler	47,6 %	48,8 %	48,9 %	49,5 %	50,7 %
	Differenz	1,5	1,6	1,6	1,7	1,7

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung.

Dieses Bild bleibt auch dann weitgehend erhalten, wenn man die Betrachtungen auf der Ebene der westdeutschen Arbeitsmarktregionen für das Jahr 2011 durchführt (vgl. Karte 26). Von den insgesamt 204 westdeutschen Arbeitsmarktregionen wurde in 144 Regionen der Beschäftigungsgrad nach Berücksichtigung der Fernpendler um maximal 1,5 Prozentpunkte nach unten korrigiert. In weiteren 48 Regionen reduzierte sich der Beschäftigungsgrad um höchstens zwei Prozentpunkte und lediglich zwölfmal finden sich Reduktionen des Beschäftigungsgrades von mehr als zwei Prozentpunkten. Die stärksten Korrekturen gab es mit -2,4 und -2,7 Prozentpunkten in Hamburg und Freyung. Für Ostdeutschland dagegen findet man den geringsten Korrekturwert mit -1,5 Prozentpunkten in der Arbeitsmarktregion Dessau-Roßlau, einem Wert, der für Westdeutschland eher im Mittelfeld zu verorten ist. Daneben reduziert sich der Beschäftigungsgrad nach Abzug der Fernpendler lediglich in den drei Regionen Anhalt-Bitterfeld, Sonneberg und Harz um weniger als zwei Prozentpunkte. In insgesamt 46 ostdeutschen Arbeitsmarktregionen sank der Beschäftigungsgrad durch die Korrektur sogar um bis zu vier Prozentpunkte und damit weit-

aus stärker als in den westdeutschen Regionen. Mit Korrekturen von mehr als vier Prozentpunkten bilden die vier Arbeitsmarktreionen Nordvorpommern (-4,2 Prozentpunkte), Mansfeld-Südharz (-4,5 Prozentpunkte), Sondershausen (-4,8 Prozentpunkte) und Stendal (-4,9 Prozentpunkte) das Spitzenfeld der ostdeutschen Arbeitsmarktreionen. Diese Regionen zählten auch zu den Regionen mit dem höchsten Anteil an Fernpendlern, wie in Abschnitt 2.3.3.3 gezeigt wurde.

Karte 26
Unterschiede zwischen den Beschäftigungsgraden 2011 nach Berücksichtigung der Fernpendler in Prozentpunkten



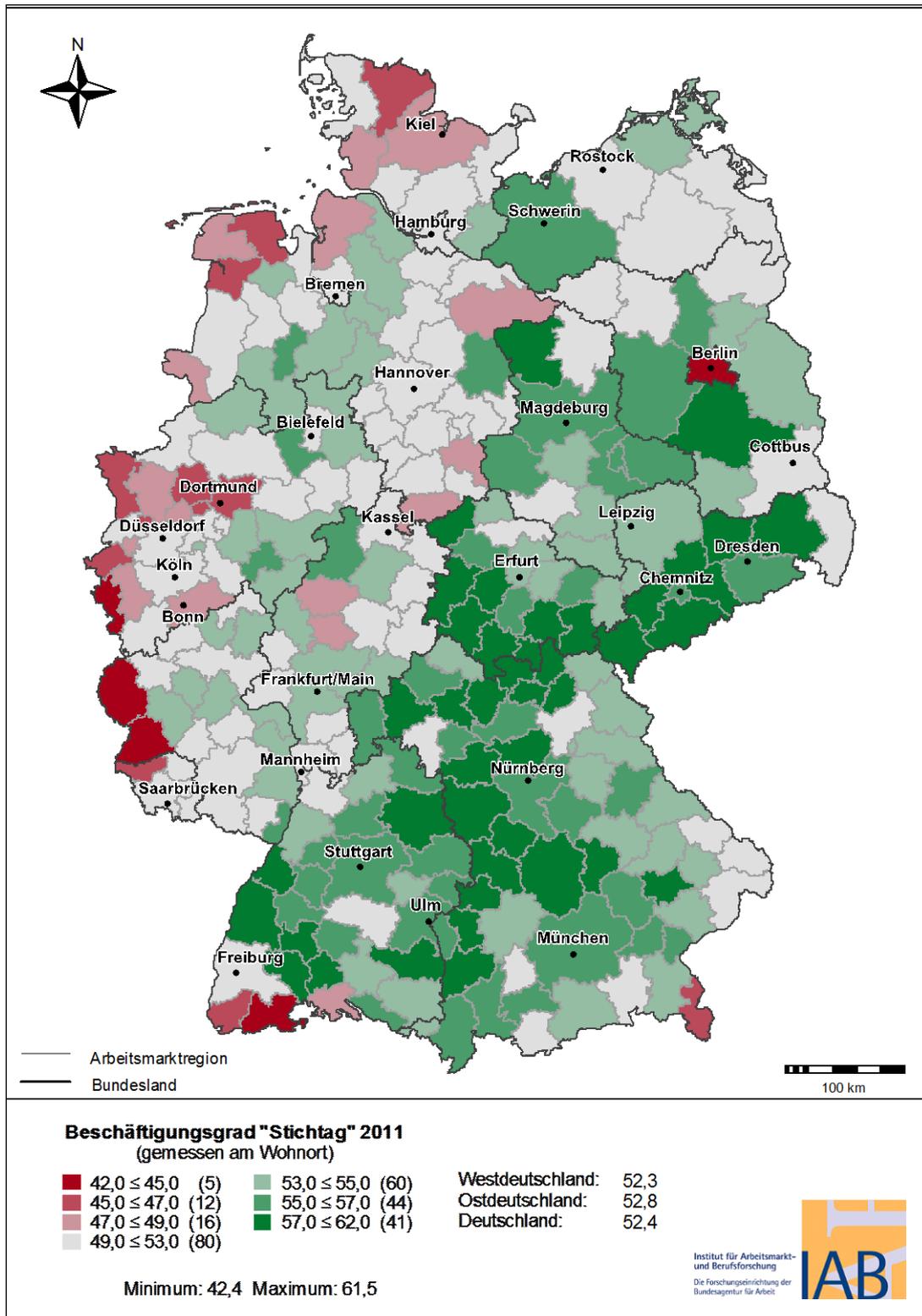
Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

2.3.4 Korrigierter Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort von 2007 bis 2011

Nachdem nun die Einflüsse der Grenz- und Fernpendler einzeln für sich diskutiert wurden, werden in diesem Abschnitt beide Ergebnisse zusammengeführt und der um beide verzerrenden Elemente bereinigte Beschäftigungsgrad am Wohnort dargestellt. Da für Ostdeutschland keine Grenzpendlerdaten vorlagen, sind die Ergebnisse für das gesamte ostdeutsche Bundesgebiet und die entsprechenden Arbeitsmarktregionen identisch mit den Ergebnissen, die bereits bei den Fernpendlern diskutiert wurden. Diese belaufen sich im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 auf Korrekturen um 2,7 Prozentpunkte. Für Westdeutschland bewirkt die gleichzeitige Korrektur um die Einflüsse der Grenz- und Fernpendler, dass sich der korrigierte Beschäftigungsgrad im Vergleich zum nicht korrigierten Beschäftigungsgrad in den Jahren 2007 bis 2011 im Schnitt um etwa 1,0 Prozentpunkte verringert hat. Regional unterscheiden sich die Beschäftigungsgrade vor und nach der Korrektur im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 in einer Spannbreite zwischen -4,8 und +13,1 Prozentpunkten. Für Deutschland ergibt sich für die Jahre 2007 bis 2011 beim Vergleich der Beschäftigungsgrade vor und nach der Berücksichtigung der Grenz- und Fernpendler eine durchschnittliche Überschätzung um 1,4 Prozentpunkte.

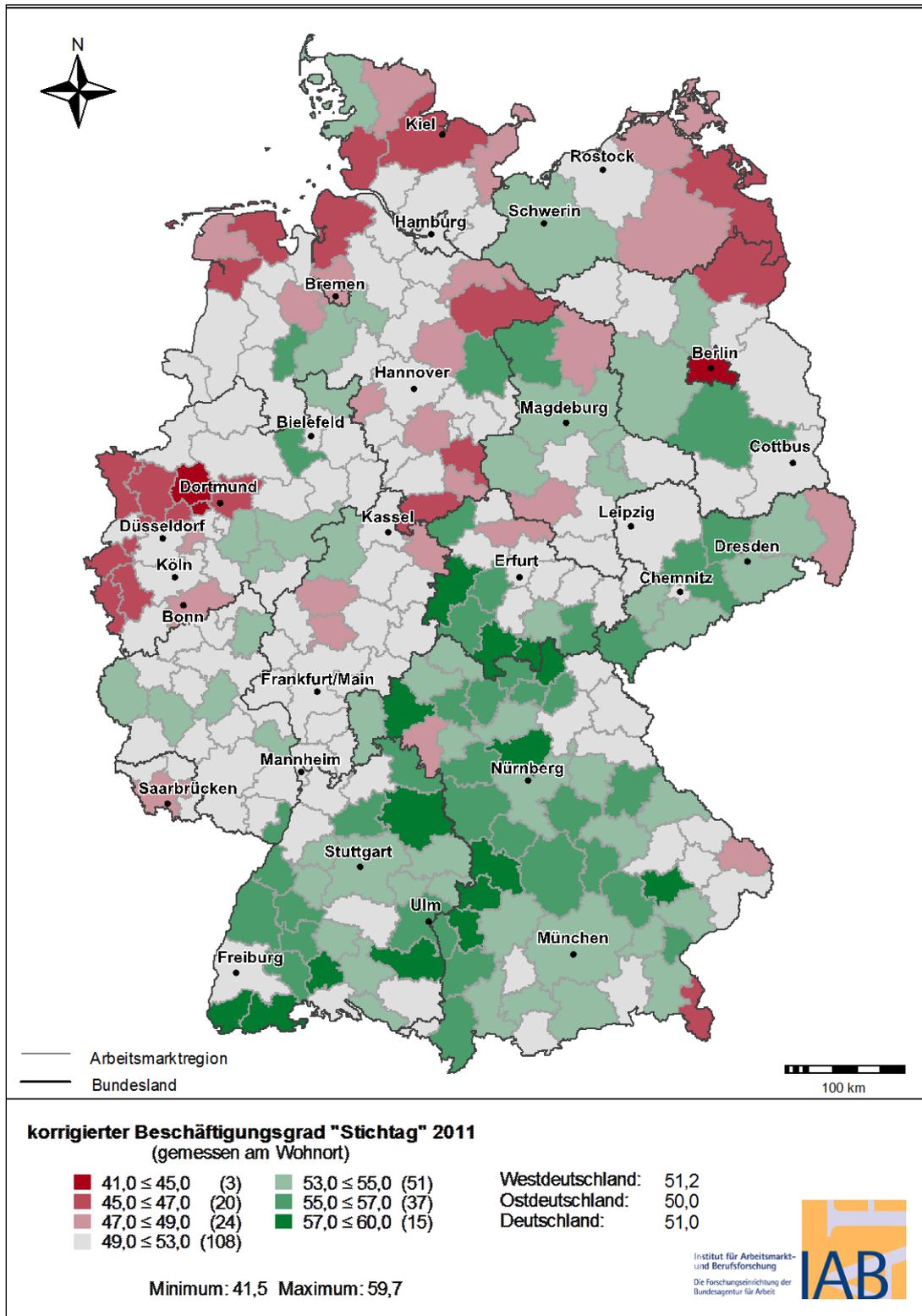
Die Korrektur des Beschäftigungsgrades wird deutlich stärker von der Berücksichtigung der Fernpendler als von der Herausrechnung der Grenzpendler beeinflusst, was zum großen Teil auf den unterschiedlichen Umfang dieser beiden Pendlergrößen zurückzuführen ist. Dies wird auch bei einer Betrachtung der Ergebnisse auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen ersichtlich, da hier in lediglich 16 der insgesamt 45 Arbeitsmarktregionen, für welche Grenzpendlerdaten verfügbar waren, eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades festgestellt werden kann. In den übrigen 29 Arbeitsmarktregionen überwiegt der Anteil der Fernpendler und nivelliert somit den positiven Einfluss der Grenzpendler, so dass letztlich der korrigierte Beschäftigungsgrad niedriger ist als der nicht korrigierte.

Karte 27
Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Wohnort 2011 vor Berücksichtigung von Grenz- und Fernpendlern



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 28
Beschäftigungsgrad „Stichtag“ zum 30.06. am Wohnort 2011 nach Berücksichtigung von Grenz- und Fernpendlern



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamts Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

2.3.5 Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort von 2007 bis 2009

Nachdem der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort behandelt wurde, soll eine Beschreibung der zweiten Indikatorvariablen, des Beschäftigungsgrades „Volumen“, erfolgen. Das Beschäftigungsvolumen zur Berechnung dieses Indikators umfasst, wie bereits in Abschnitt 2.2.2 beschrieben, die Dauer aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Tagen, hier jedoch gemessen am Wohnort. Dividiert man das Beschäftigungsvolumen am Wohnort durch die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Region, erhält man den Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den Werten des Beschäftigungsgrades am Stichtag, wird dieser Wert anschließend noch durch 365 dividiert. Im Gegensatz zum Beschäftigungsgrad am Stichtag ist es bei diesem Indikator nicht möglich, Grenz- und Fernpendlerkorrekturen durchzuführen. Auf Grund der Datenverfügbarkeit zum Berechnungszeitpunkt kann der Beschäftigungsgrad „Volumen“ nur bis zum Jahr 2009 präsentiert werden.³¹

2.3.5.1 Entwicklung des Beschäftigungsvolumens am Wohnort

Analog zur Vorgehensweise bei der Darstellung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ wird vor der Analyse des eigentlichen Indikators zuerst die Entwicklung des Beschäftigungsvolumens dargestellt. Das Beschäftigungsvolumen gemessen am Wohnort hat in Deutschland vom Jahr 2007 auf das Jahr 2009 um 1,4 Prozent zugenommen. In Westdeutschland lag der Zuwachs von 1,4 Prozent leicht über dem Anstieg in Ostdeutschland von 1,3 Prozent. Dabei fällt auf, dass im Jahr 2009, dem Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise, das Beschäftigungsvolumen im Vergleich zum Vorjahr sowohl insgesamt als auch in West- und Ostdeutschland leicht um 0,7 Prozent gesunken ist (vgl. Tabelle 24).

Tabelle 24

Beschäftigungsvolumen am Wohnort (Jahressumme) von 2007 bis 2009

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern.)

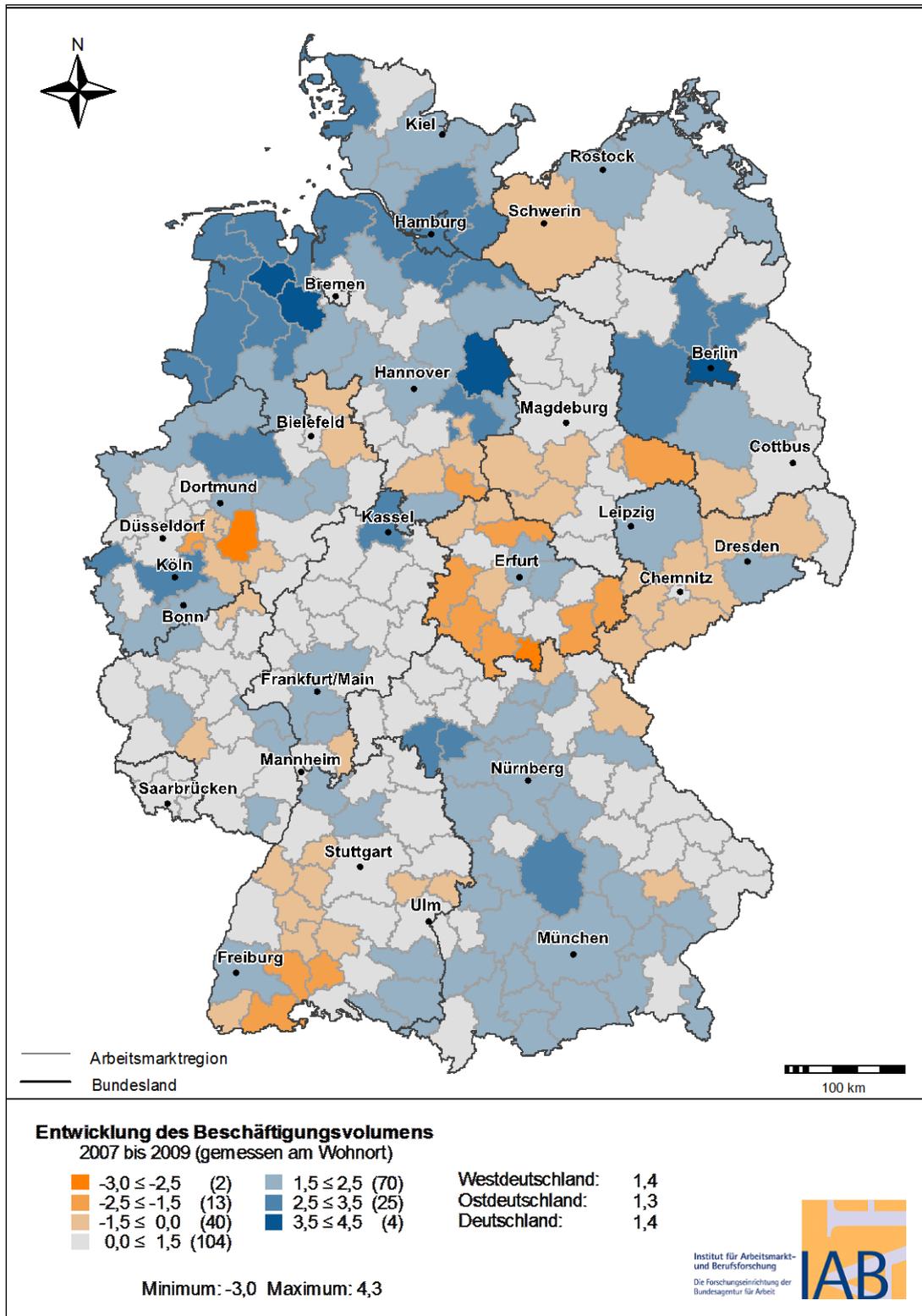
	2007	2008	2009
Westdeutschland	7.643.970.000	7.806.605.000 (+2,1 %)	7.752.219.000 (-0,7 %)
Ostdeutschland	1.930.135.000	1.968.674.000 (+2,0 %)	1.955.482.000 (-0,7 %)
Deutschland	9.576.232.000	9.777.911.000 (+2,1 %)	9.710.741.000 (-0,7 %)

Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011. Zahlen gerundet.

³¹ Als Erläuterung siehe hierzu die Beschreibung der Datengrundlage in Abschnitt 5.6 im methodischen Anhang.

Wie aus Karte 29 hervorgeht, ist die regionale Entwicklung des Beschäftigungsvolumens für den Zeitraum von 2007 bis 2009 in den meisten Regionen positiv verlaufen. So konnten insgesamt 202 der 258 Arbeitsmarktregionen ihr Beschäftigungsvolumen steigern. Dabei zählten Berlin, Oldenburg, Westerstede und Wolfsburg zu den größten Gewinnern, da hier Steigerungen von mehr als 3,5 Prozent vorlagen. Den stärksten Zuwachs gab es mit über vier Prozent in Berlin. In den übrigen 55 Arbeitsmarktregionen ist das Beschäftigungsvolumen hingegen von 2007 bis 2009 gesunken. Dabei sind Sonneberg (-2,8 Prozent) und Lüdenscheid (-3,0 Prozent) die größten Verlierer. Ein genauer Blick in die Daten offenbart, dass lediglich in der Arbeitsmarktregion Waldshut das Beschäftigungsvolumen beim Vergleich der beiden Jahre 2007 und 2008 rückläufig war. Alle anderen Regionen wiesen hier noch positive Entwicklungen auf. Der Rückgang setzte somit erst mit dem Jahr 2009 ein. Daher ist davon auszugehen, dass es sich bei den 55 betroffenen Regionen vorrangig um solche handelt, die besonders stark von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen waren. Die Region Lüdenscheid hat die stärksten Verluste hinnehmen müssen, da das Beschäftigungsvolumen in dieser Arbeitsmarktregion von 2008 auf 2009 um mehr als vier Prozent geschrumpft ist. Sonneberg rangiert bei einem Rückgang um 3,4 Prozent mit deutlichem Abstand zu Lüdenscheid auf dem vorletzten Platz. Daneben waren weitere Arbeitsmarktregionen in Thüringen und auch Regionen in Baden-Württemberg überdurchschnittlich stark betroffen.

Karte 29
Entwicklung des Beschäftigungsvolumens am Wohnort (Jahressumme) von 2007 bis 2009 in Prozent



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011; eigene Berechnung und Darstellung.

2.3.5.2 Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Volumen“ am Wohnort

Der Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort lag im Jahr 2007 bei 48,1 Prozent, nahm im Jahr 2008 um 1,2 Prozentpunkte auf 49,4 Prozent zu, verringerte sich im Folgejahr aber wieder um 0,1 Prozentpunkte. Diese Entwicklung zeichnet sich in ähnlicher Stärke auch in Westdeutschland ab. So erhöhte sich der Beschäftigungsgrad in Westdeutschland im Jahr 2008 auf 49,5 Prozent (+1,1 Prozentpunkte) und nahm im Krisenjahr leicht um 0,2 Prozentpunkte ab. In Ostdeutschland fiel der prozentuale Anstieg im Jahr 2008 mit 1,7 Prozentpunkten stärker aus als die Steigerung im Westdurchschnitt. Im Gegensatz zur Entwicklung in Westdeutschland gab es im Jahr 2009 dann in Ostdeutschland eine weitere Steigerung um 0,5 Prozentpunkte. Dennoch blieben die Beschäftigungsgrade in Ostdeutschland in den Jahren 2008 und 2009 mit 48,6 und 49,1 Prozent unter den Werten in Westdeutschland (vgl. Tabelle 25).

Tabelle 25

Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort von 2007 bis 2009

(Veränderung in Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr in Klammern.)

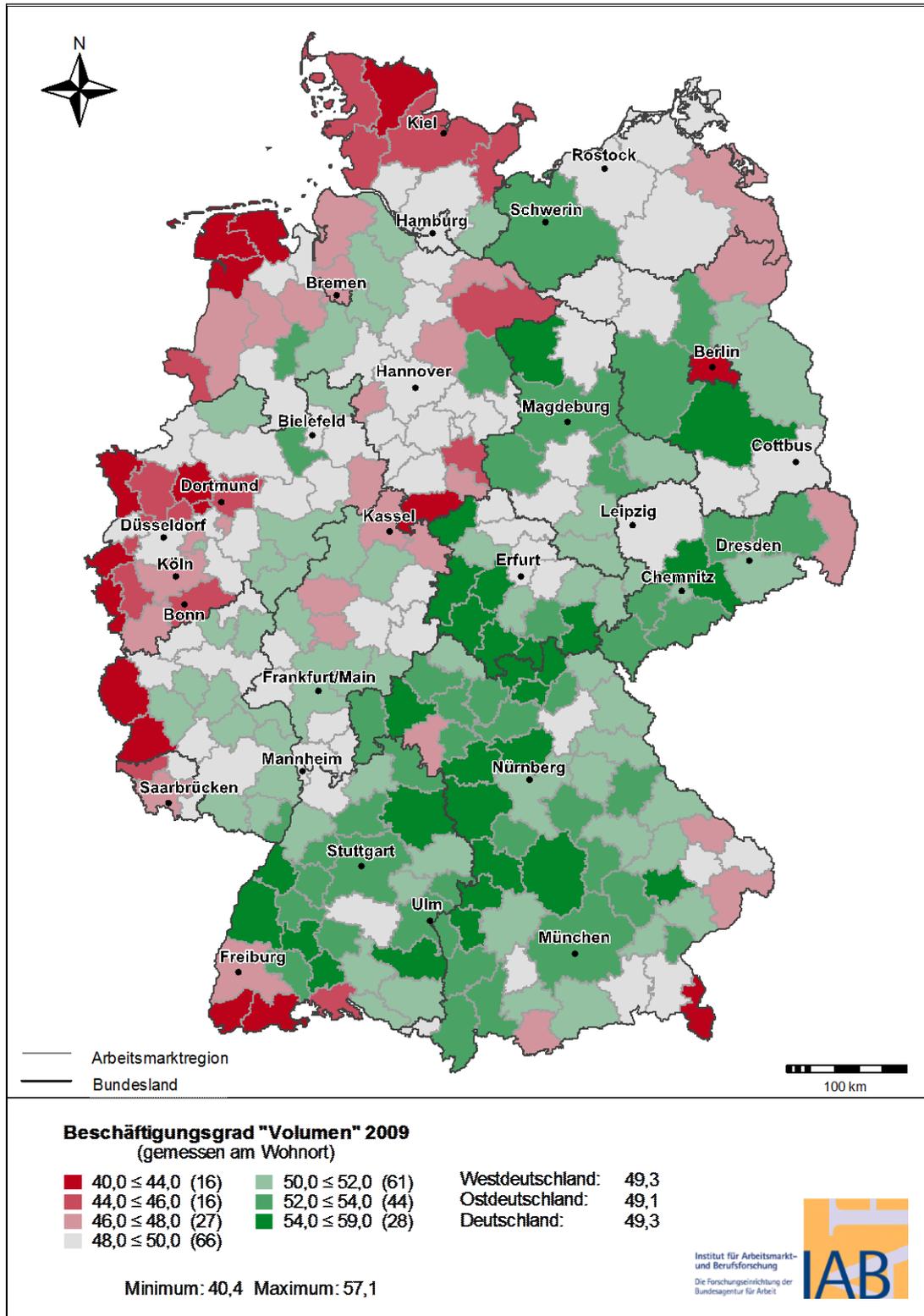
	2007	2008	2009
Westdeutschland	48,5 %	49,5 % (+1,1)	49,3 % (-0,2)
Ostdeutschland	46,9 %	48,6 % (+1,7)	49,1 % (+0,5)
Deutschland	48,1 %	49,4 % (+1,2)	49,3 % (-0,1)

Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung.

Anhand der nachfolgenden Karte 30, in der die Werte des Beschäftigungsgrades „Volumen“ in den Arbeitsmarktregionen für das Jahr 2009 dargestellt sind, erkennt man erneut, dass gerade Bayern und Baden-Württemberg im Jahr 2009 besonders hohe Beschäftigungsgrade aufweisen. Aber auch im Bundesland Thüringen weisen Regionen an den Grenzen zu Bayern und Hessen sehr hohe Werte auf. Vermutlich ist dies auf die starken Pendlerverflechtungen von Thüringen nach Westdeutschland zurückzuführen (Dietrich/Fritzsche 2010: 14 ff.). Das nördliche und westliche Bundesgebiet dagegen fällt mit unterdurchschnittlichen Werten ins Auge. Es muss aber bei dieser Darstellung erwähnt werden, dass Grenzpendler nicht berücksichtigt werden können. Dies hat einen teilweise stark verzerrenden Einfluss auf die Höhe des Beschäftigungsgrades in den westlichen Grenzregionen zur Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden. Demzufolge zeichnet sich auch beim Beschäftigungsgrad „Volumen“ ein Süd-Nord-Gefälle ab. Insgesamt ähnelt sich die Rangfolge der Arbeitsmarktregionen beim Beschäftigungsgrad „Volumen“ und beim Beschäftigungsgrad „Stichtag“ sehr stark. So befinden sich auch beim Beschäftigungsgrad „Volumen“ die Arbeitsmarktregionen Sonneberg, Eisenach, Tuttlingen Dingolfing und Lohr am Main im Spitzenfeld. Schlusslichter sind Trier, Berlin,

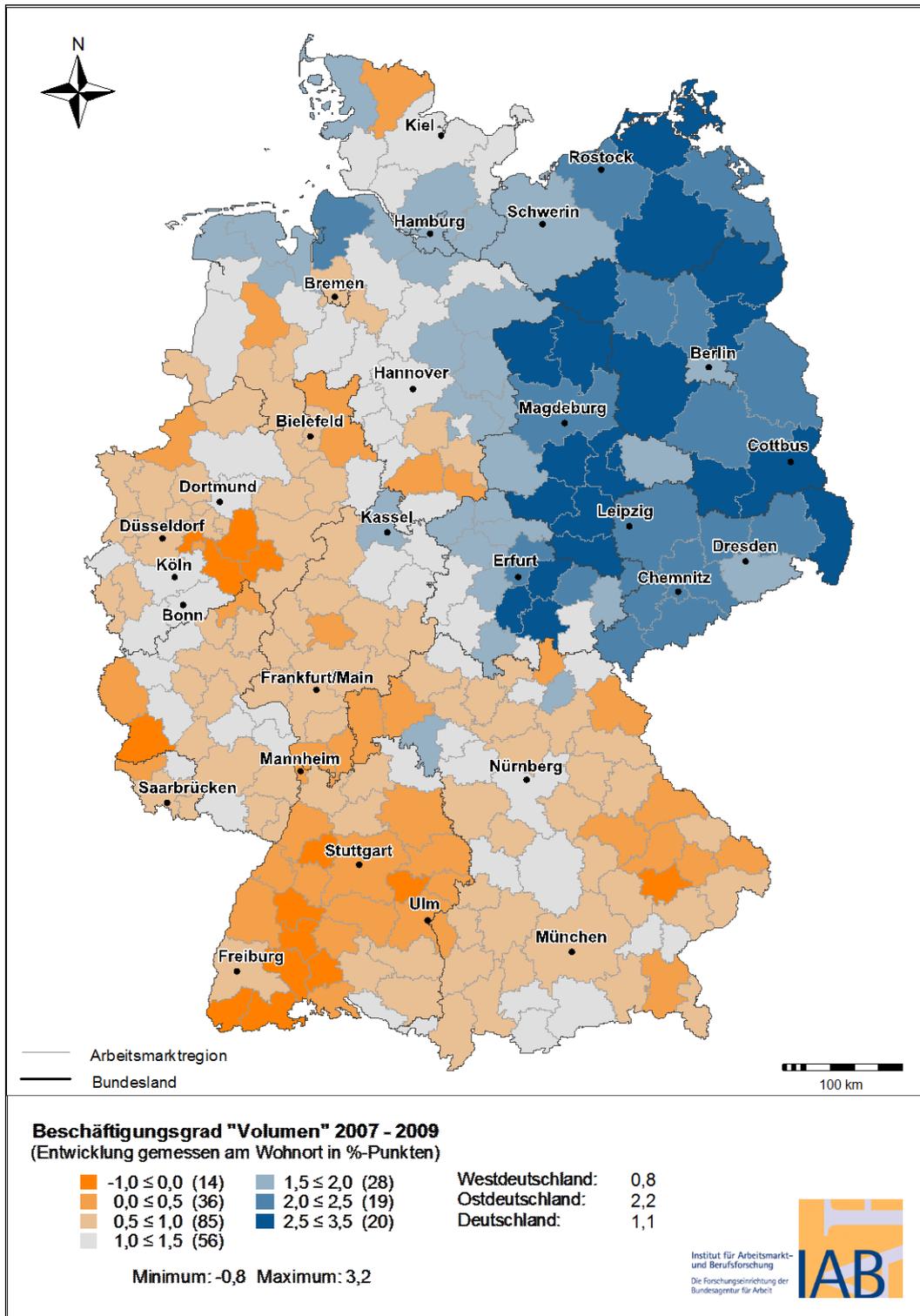
Aachen, Waldshut und Bitburg. Ebenfalls ähnlich ist die Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Volumen“ im Vergleich zum stichtagsbezogenen Indikator. Denn die Entwicklung des Beschäftigungsgrades verlief in der Mehrzahl der ostdeutschen Arbeitsmarktregionen von 2007 bis 2009 äußerst positiv (vgl. Karte 31).

Karte 30
Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort 2009 in Prozent



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 31
Entwicklung des Beschäftigungsgrades „Volumen“ am Wohnort von 2007 bis 2009 in Prozentpunkten



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

3 Einkommensindikatoren

Neben der Arbeitslosenquote bildet das Einkommen einen zentralen Indikator bei der Abgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Aus diesem Grund sieht der Gutachtenauftrag die

Berechnung verschiedener Einkommensindikatoren vor, welche das in den Regionen erwirtschaftete Einkommen adäquat abbilden sollen.

Im ersten Abschnitt wird das Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung untersucht. Dabei wird zunächst gemäß Gutachtauftrag die **Bruttolohn- und Gehaltssumme** für die Jahre **2005 bis 2009** in den 258 Arbeitsmarktregionen beschrieben. Auf Wunsch des Auftraggebers, sobald verfügbar noch aktuellere Zahlen zu verwenden, wurde dieser Indikator nachträglich ebenso für das Jahr 2010 berechnet und ergänzend auch die Entwicklung von **2009 bis 2010** untersucht.³² Diese zwei Zeiträume (2005 - 2009 und 2009 - 2010) bieten zudem den Vorteil, die Einkommensentwicklung bis zum Krisenjahr 2009 und für den Zeitraum danach mit der konjunkturellen Erholung separat betrachten zu können.

Bevor daran anschließend die „**korrigierten**“ **Bruttojahreslöhne pro Beschäftigtem** anhand der Daten und Karten regional analysiert werden, werden die Entwicklung der Beschäftigung und des Einkommens in Regionen mit hoher Kurzarbeit sowie der Einfluss geringfügiger Beschäftigung auf die Bruttolohn- und Gehaltssumme eingehender betrachtet.

Der zweite Abschnitt widmet sich den Einkommen, die von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des Bundes und der Länder ermittelt und für Kreise ausgewiesen werden. Der erste Indikator ist das **Primäreinkommen**, in welchem weitere Einkommen, z. B. die von Selbständigen und aus Vermögen, enthalten sind, so dass sich die Einkommenssituation einer Region vollständiger darstellen lässt. Das Primäreinkommen wird auf die Zahl der Einwohner bezogen. Der zweite Einkommensindikator ist das **Bruttoinlandsprodukt**, das zum einen pro Erwerbstätigem und zum anderen pro Einwohner untersucht wird. Dieser Indikator wurde in den vergangenen Neuabgrenzungen der Fördergebiete wiederholt als möglicher Indikator diskutiert, zumal ihn die Europäische Kommission auch als Auswahlkriterium für die Abgrenzung der nationalen Fördergebiete zu Grunde legt (Europäische Kommission 1988, 1998, 2006).

3.1 Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

In diesem Abschnitt werden zuerst die Zahl der insgesamt in einem Jahr Beschäftigten³³ und die Bruttolohn- und Gehaltssumme sowie deren Entwicklung von 2005 bis 2009 untersucht. Anschließend werden diese Indikatoren ergänzend auch für den

³² Die Einkommensdaten für das Jahr 2010 lagen erst Anfang September 2012 vor, so dass dieser Ergänzungsauftrag innerhalb der Projektlaufzeit nur für die Entwicklung von 2009 bis 2010 möglich war.

³³ Die Zahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einem Jahreszeitraum und ihre Entwicklung werden hier beim Einkommen untersucht, da diese Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten den Nenner zur Berechnung des Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem bildet und einen gesamten Jahreszeitraum umfasst. Sie unterscheidet sich von der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Stichtag 30.06., die bei den Arbeitsmarktindikatoren in Abschnitt 2.2.1.1 beschrieben wurde.

Zeitraum von 2009 bis 2010 analysiert. Ebenso erfolgt eine genauere Betrachtung der Entwicklung von Einkommen und Beschäftigung in Regionen mit einer hohen Kurzarbeit im Krisenjahr 2009 und des Einflusses geringfügiger Beschäftigung auf die Bruttolohn- und Gehaltssumme. Als Datengrundlage für diese Analysen dienen die Arbeitgebermeldungen zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Diese Jahresmeldungen für alle Beschäftigten sowie die an sie gezahlten Bruttoentgelte werden im Jahreszeiträume der Bundesagentur für Arbeit erfasst und im IAB in der Beschäftigten-Historik (BeH) aufbereitet.³⁴ Da diese Einkommen aufgrund des Meldeverfahrens nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze der Renten- und Arbeitslosenversicherung erhoben werden, wird eine Korrektur der Bruttolohn- und Gehaltssumme durch Zuschätzung der nicht erfassten Einkommen oberhalb dieser Grenze durchgeführt. Nur so können insbesondere die Einkommen in Hochlohnregionen hinreichend berücksichtigt werden, was zu einem höheren Durchschnittslohn in diesen Regionen führt. Ein weiterer Abschnitt richtet daher den Fokus auf die Korrektur der Einkommen oberhalb der jeweils gültigen Beitragsbemessungsgrenze und stellt die Ergebnisse des korrigierten Bruttojahreslohnes dar. Dieses zur Korrektur angewandte Verfahren wurde von STASA durchgeführt und ist in Abschnitt 5.7 im methodischen Anhang beschrieben. Die Ergebnisse für den korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem werden regional und in ihrer Entwicklung von 2005 bis 2009 sowie für die beiden Jahre 2009 und 2010 dargestellt.

3.1.1 Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2005 bis 2009

Wie bei der Betrachtung des Beschäftigungsgrades werden zunächst die einzelnen Komponenten, aus denen sich der Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem berechnet, beschrieben. Hierbei handelt es sich um die Höhe der insgesamt erzielten Bruttolohn- und Gehaltssumme sowie um die Zahl der Personen³⁵, für welche ein Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gemeldet wurde.

3.1.1.1 Entwicklung der Beschäftigung im Jahreszeitraum

Die Zahl der Personen, die ein Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bezogen haben, ist von 2005 bis 2009 in Deutschland um 1,368 Mio. Personen auf 29,970 Mio. Beschäftigte angestiegen, was einem Zuwachs von 4,8 Prozent entspricht.³⁶ Es fällt auf, dass dieser Zuwachs in Westdeutschland mit 5,2 Prozent (+1,193 Mio. Personen) stärker ausfiel als in Ostdeutschland, wo er nur 3,1 Prozent (+177.000 Personen) betrug. Auch bei dieser Entwicklung ist der Einfluss des Krisenjahres 2009 feststellbar, da der Zuwachs nur 2009 im Vergleich zum Vorjahr negativ war. Dieser Rückgang betrug auf Bundesebene 0,26 Prozent und

³⁴ Eine genaue Beschreibung der Datengrundlage ist im Anhang in Abschnitt 5.6 zu finden.

³⁵ vgl. hierzu Fußnote 33.

³⁶ Bei den hier beschriebenen Beschäftigtenzahlen handelt es sich um die Summe aller Personen, die innerhalb eines Jahres beschäftigt waren. Im Gegensatz hierzu bezog sich die Entwicklung der Beschäftigung am Arbeitsort in Abschnitt 2.2.1.1 auf den Vergleich der Zahl der Beschäftigten zum Stichtag 30. Juni.

fiel in Westdeutschland mit 0,28 Prozent um 0,09 Prozentpunkte stärker aus als in Ostdeutschland.

Auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen kann man in Ostdeutschland für den Zeitraum 2005 bis 2009 in 22 Regionen einen Beschäftigungsrückgang feststellen. Von diesen schnitt die Arbeitsmarktregion Sondershausen mit einem Rückgang von 4,2 Prozent mit Abstand am schlechtesten ab. Weitere negative Entwicklungen im Wertebereich von -2,2 bis -2,9 Prozent finden sich in den Arbeitsmarktregionen Finsterwalde, Wittenberg, Gera, Mansfeld-Südharz Meiningen sowie in der Mecklenburgischen Seenplatte und im Erzgebirgskreis. Zuwächse lagen dagegen in insgesamt 32 Arbeitsmarktregionen vor, unter denen Potsdam-Brandenburg und Anhalt-Bitterfeld mit Anstiegen um mehr als acht Prozent und Luckenwalde und Arnstadt mit Anstiegen um mehr als zehn Prozent zu nennen sind. Hier sticht insbesondere das Bundesland Brandenburg mit einer überdurchschnittlich positiven Entwicklung hervor (vgl. blaue Flächen in Karte 32).

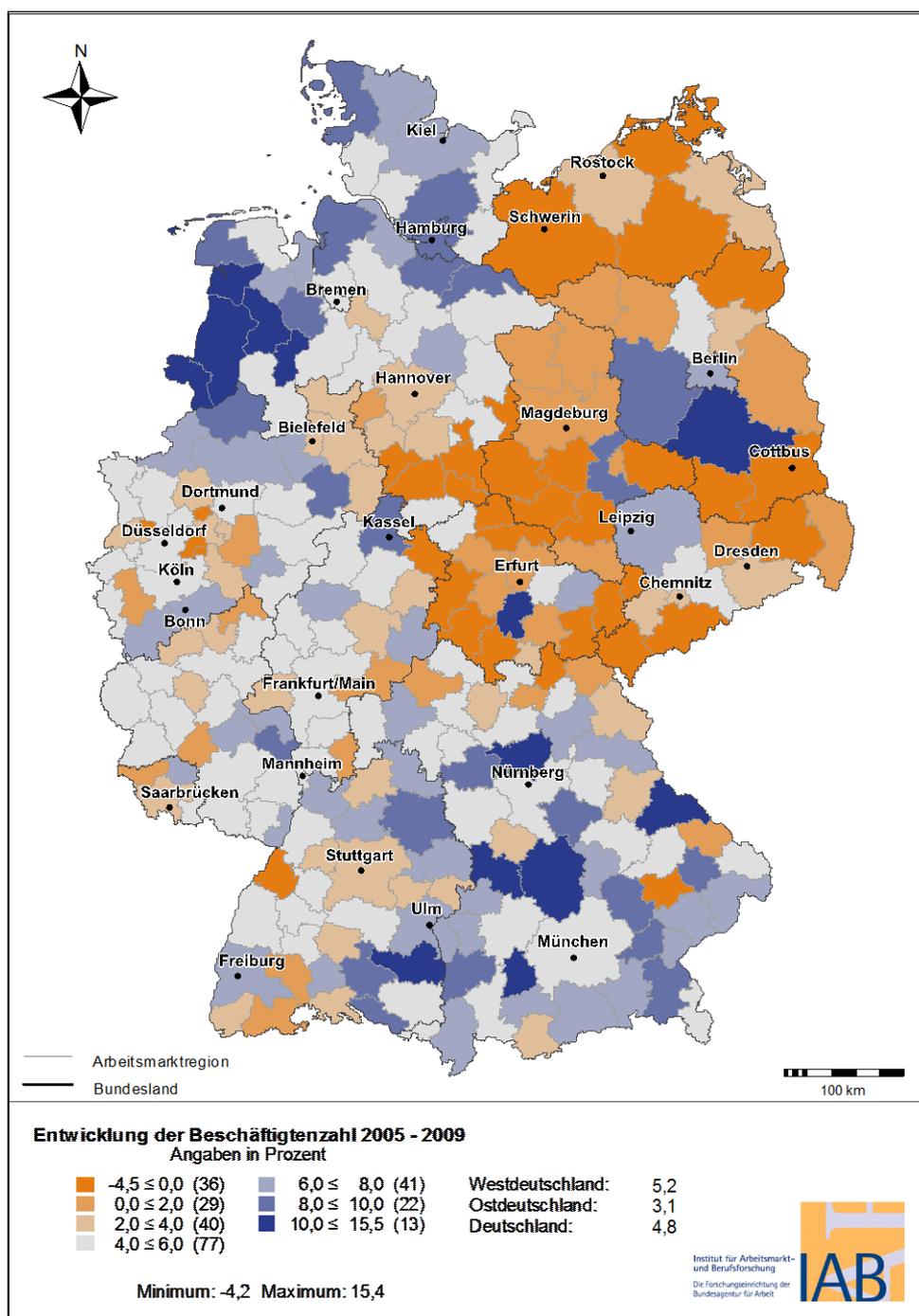
In Westdeutschland ist für den Zeitraum 2005 bis 2009 die Entwicklung positiver verlaufen, da hier in lediglich 14 Arbeitsmarktregionen ein Rückgang vorlag (vgl. dunkelorange Flächen in Karte 32). Nur die Region Wuppertal wies einen Rückgang von mehr als zwei Prozent auf und die Regionen Dingolfing, Helmstedt, Bochum, Salzgitter und Remscheid verschlechterten sich um mehr als ein Prozent. Von den 190 Arbeitsmarktregionen, in denen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2005 bis 2009 anstieg, wiesen insbesondere die niedersächsischen Regionen Leer und Lingen sowie Cloppenburg, Nordhorn und Vechta einen Zuwachs von mehr als 15,0 bzw. 10,0 Prozent auf. Ebenfalls um mehr als zehn Prozent konnten die Regionen Landsberg, Biberach, Donauwörth-Nördlingen, Cham, Ingolstadt und Erlangen ihre Beschäftigung steigern (dunkelblaue Flächen in Karte 32).

Entwicklung bis zum Jahr 2010

Wirft man einen Blick auf die Entwicklungen von 2009 und 2010, so zeigt sich, dass sich die Beschäftigungssituation rasch wieder erholte. So hat sich in Deutschland die Zahl der Beschäftigten um 351.000 Personen bzw. 1,2 Prozent erhöht. Dabei entfällt mit einem Zuwachs von 300.000 Personen bzw. 1,2 Prozent der größte Teil auf Westdeutschland, wohingegen der Zuwachs in Ostdeutschland mit +0,9 Prozent und +51.000 Personen prozentual leicht hinter dem Westen zurückblieb. Dennoch sind auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen nicht nur ausschließlich positive Entwicklungen zu verzeichnen und in 14 ostdeutschen und 17 westdeutschen Arbeitsmarktregionen ging die Zahl der Beschäftigten von 2009 bis 2010 um bis zu 2,5 Prozent zurück. An dieser Stelle sind für Westdeutschland die drei Regionen Osterode, Lohr am Main und Freyung und für Ostdeutschland Sondershausen und Meißen zu nennen, welche Rückgänge von mehr als einem Prozent (West) bzw. zwei Prozent (Ost) hatten. Dennoch sind in Westdeutschland auch deutliche Steigerungen festzustellen, wie es an den beiden Arbeitsmarktregionen Hersfeld (+4,9 Prozent) und Garmisch-Partenkirchen (+6,1 Prozent) deutlich wird. Weiteren

25 westdeutschen Regionen gelangen Beschäftigungszuwächse von mehr als 2,5 Prozent. Einen vergleichbaren Wert findet man in Ostdeutschland allerdings nur in der Arbeitsmarkregion Sonneberg, in der sich die Zahl der Beschäftigten um vier Prozent erhöhte. Ebenso fällt auf, dass die Mehrheit der Regionen, welche im Krisenjahr Beschäftigtenrückgänge von mehr als zwei Prozent aufwiesen, die Zahl der Beschäftigten im Jahr 2010 wieder steigern konnte, wobei jedoch mit Ausnahme der Arbeitsmarkregion Dingolfing die Rückgänge nicht vollständig kompensiert werden konnten.

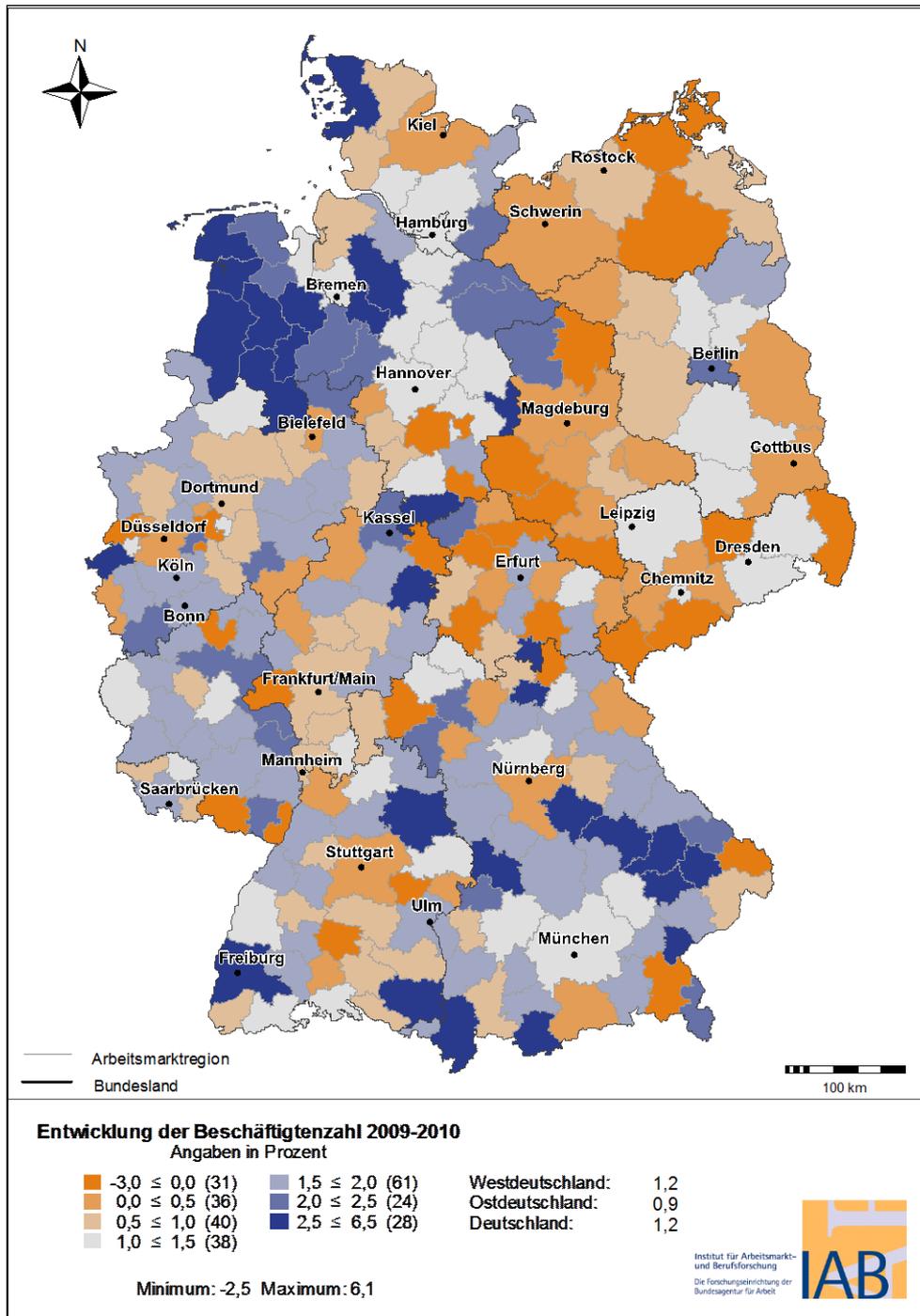
Karte 32
Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Entgeltangabe (Jahressumme) von 2005 bis 2009 in Prozent



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (Beh) V8.06, Nürnberg 2011; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 33

Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Entgeltangabe (Jahressumme) von 2009 bis 2010 in Prozent



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011 & V9.00, Nürnberg 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

3.1.1.2 Entwicklung der Brutto Lohn- und Gehaltssumme

Die Brutto Lohn- und Gehaltssumme ist über den gesamten Zeitraum von 2005 bis 2009 um +9,4 Prozent gestiegen, wobei der Anstieg in Ostdeutschland mit +10,3 Prozent geringfügig über dem in Westdeutschland lag (+9,2 Prozent).³⁷ In der

³⁷ Diese Zahlen sind nicht inflationsbereinigt.

Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme spiegelt sich die Konjunktur der Jahre 2005 bis 2009 sehr anschaulich wider. Wie man gut in Tabelle 26 ablesen kann, verlief der Anstieg der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2005 bis 2006 mit 1,6 Prozent noch sehr verhalten. In den folgenden zwei Jahren des konjunkturellen Aufschwungs stiegen die Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr deutlich an. Von 2006 bis 2007 nahm die Bruttolohn- und Gehaltssumme um 3,6 Prozent und im Folgejahr noch einmal um 3,7 Prozent zu, wobei die Zunahme in Ostdeutschland prozentual geringfügig über der Entwicklung in Westdeutschland lag. Die Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 bremste den Anstieg dann jedoch erheblich und die Bruttolohn- und Gehaltssumme stieg von 2008 bis 2009 bundesweit gerade einmal um 0,3 Prozent. In Westdeutschland stagnierte sie mit 0,1 Prozent nahezu, während in Ostdeutschland noch ein prozentualer Zuwachs von 1,3 Prozent erzielt werden konnte.

Die Bruttolohn- und Gehaltssumme entwickelte sich im Zeitraum von 2005 bis 2009 in fast allen Regionen Deutschlands positiv. Lediglich in der Arbeitsmarktregion Dingolfing sowie in der Arbeitsmarktregion Remscheid sank sie um -3,9 bzw. -0,2 Prozent. Nur eine geringe Erhöhung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von höchstens vier Prozent gab es in den nordbayerischen Arbeitsmarktregionen Kronach, Lichtenfels und Hof, in den Ruhrgebietsregionen Bochum, Wuppertal, Lüdenscheid, Hagen sowie in Krefeld, Goslar, Helmstedt, Osterode, Holzminden, Eschwege und Erbach, aber auch in Baden-Baden und in der ostdeutschen Arbeitsmarktregion Gera (dunkelorange Flächen in Karte 34).

Betrachtet man die Jahre des Aufschwungs bis zum Jahr 2008 und die Zeit der Wirtschaftskrise von 2008 bis 2009 getrennt voneinander, so zeigt sich deutlich, dass sich die konjunkturelle Entwicklung regional unterschiedlich auswirkte. In Karte 35 erkennt man anhand der dunkelblau eingefärbten Flächen die Regionen, bei denen sich die gestiegene Arbeitskräftenachfrage in den Jahren 2005 bis 2008 am positivsten auf die Einkommensentwicklung auswirkte. Insbesondere waren dies Regionen in Süddeutschland, im südwestlichen Niedersachsen, aber auch einige wenige Arbeitsmarktregionen in Ostdeutschland wie Anhalt-Bitterfeld, Luckenwalde, Arnstadt und Jena. Am geringsten konnten die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Helmstedt, Goslar, Holzminden und Eschwege sowie Leverkusen und Bochum von der positiven Einkommensentwicklung profitieren. Sie sind als dunkelorange Flächen in Karte 35 dargestellt. In diesen Regionen erhöhte sich die Bruttolohn- und Gehaltssumme um weniger als vier Prozent.

Vergleicht man die soeben beschriebene Einkommensentwicklung in den Regionen mit der Entwicklung während der Finanz- und Wirtschaftskrise, d. h. von 2008 bis 2009, so erkennt man in Karte 36, dass viele Regionen in Baden-Württemberg besonders starke Rückgänge in der Bruttolohn- und Gehaltssumme zu beklagen hatten. Dies ist zum einen auf Beschäftigungsverluste zurückzuführen, aber auch auf eine gesunkene Arbeitszeit, die sich in der Entwicklung des Beschäftigungsvolumens erkennen lässt und einen Einfluss auf das Einkommen hatte. Eine negative

Einkommensentwicklung von mehr als vier Prozent gab es in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen – angeführt von Dingolfing mit -8,3 Prozent – Lüdenscheid, Hagen, Remscheid, Altenkirchen, Gummersbach, Pforzheim, Kronach und Osterode. In Ostdeutschland traf es die Arbeitsmarktregionen Gotha, Pößneck, Eisenach und Meiningen am stärksten (dunkelorange Flächen in Karte 36).

Entwicklung bis zum Jahr 2010

Auch wenn im Jahr 2010 die Bruttolohn- und Gehaltssumme wieder etwas stärker anstieg als noch im Jahr 2009, blieb diese Steigerung unter den Werten vor der Krise zurück. Dabei ergibt sich für Deutschland im Jahr 2010 im Vergleich zu 2009 ein Zuwachs um 2,6 Prozent. Besonders auffällig ist zudem, dass der Anstieg in Ostdeutschland mit +3,5 Prozent um einen Prozentpunkt höher ausfiel als in Westdeutschland mit 2,5 Prozent.

Es ist festzustellen, dass es im Jahr 2010 in keiner Arbeitsmarktregion einen Rückgang bei der Bruttolohn- und Gehaltssumme im Vergleich zum Vorjahr gegeben hat. Dementsprechend konnten auch – ähnlich wie bei der Beschäftigung – alle 15 Regionen, die im Krisenjahr 2009 noch einen Rückgang der Bruttolohn- und Gehaltssumme von mehr als drei Prozent zu verkraften hatten, eine positive Entwicklung aufweisen. Dabei gelang es jedoch nur den zwei Arbeitsmarktregionen Freudenstadt und Villingen-Schwenningen, die Rückgänge des Krisenjahres 2009 nahezu vollständig auszugleichen.

Von den fünf Regionen, welche 2010 eine Steigerung von maximal 0,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr aufwiesen, sind vier in Westdeutschland zu finden. Es handelt sich dabei um die Arbeitsmarktregionen Balingen, Lohr am Main, Osterode und Viersen sowie die ostdeutsche Arbeitsmarktregion Meißen. Weiter finden sich insgesamt 28 Regionen mit Anstiegen von mindestens 4,2 Prozent. An dieser Stelle sind von den 20 westdeutschen Regionen insbesondere Cloppenburg, Hersfeld, Garmisch-Partenkirchen, Vechta sowie Heinsberg und von den acht ostdeutschen Regionen Arnstadt und Sonneberg zu nennen, da diese ihre Bruttolohn- und Gehaltssumme um fünf oder mehr Prozent erhöhen konnten.

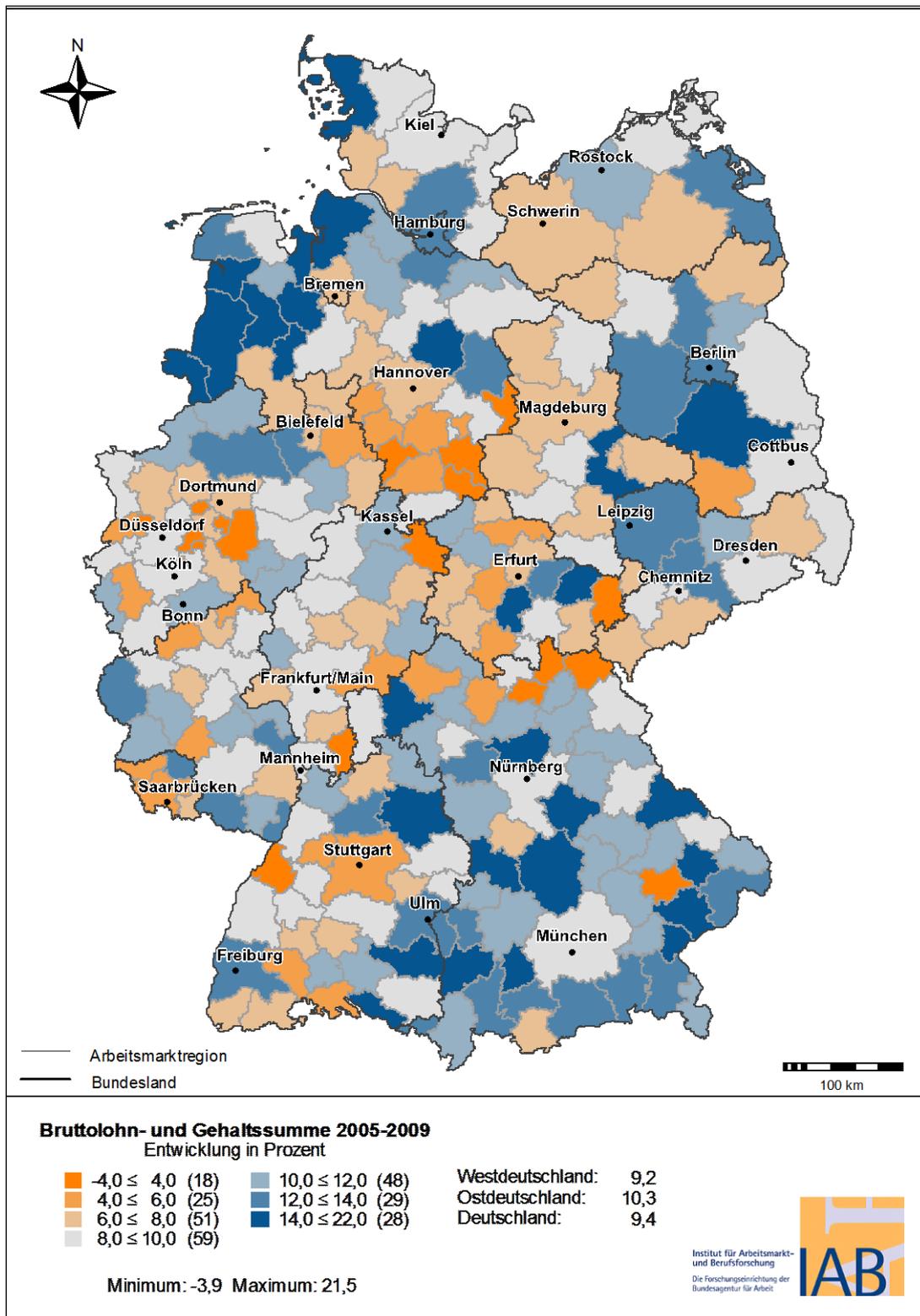
Tabelle 26
Bruttolohn- und Gehaltssumme am Arbeitsort (Jahressumme) von 2005 bis 2010 in Mio. Euro

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Westdeutschland	609.690	619.760 (+1,7 %)	641.580 (+3,5 %)	665.208 (+3,7 %)	665.760 (+0,1 %)	682.228 (+2,5 %)
Ostdeutschland	112.685	113.880 (+1,1 %)	118.221 (+3,8 %)	122.761 (+3,8 %)	124.312 (+1,3 %)	128.625 (+3,5 %)
Deutschland	722.455	733.688 (+1,6 %)	759.828 (+3,6 %)	788.000 (+3,7 %)	790.119 (+0,3 %)	810.871 (+2,6 %)

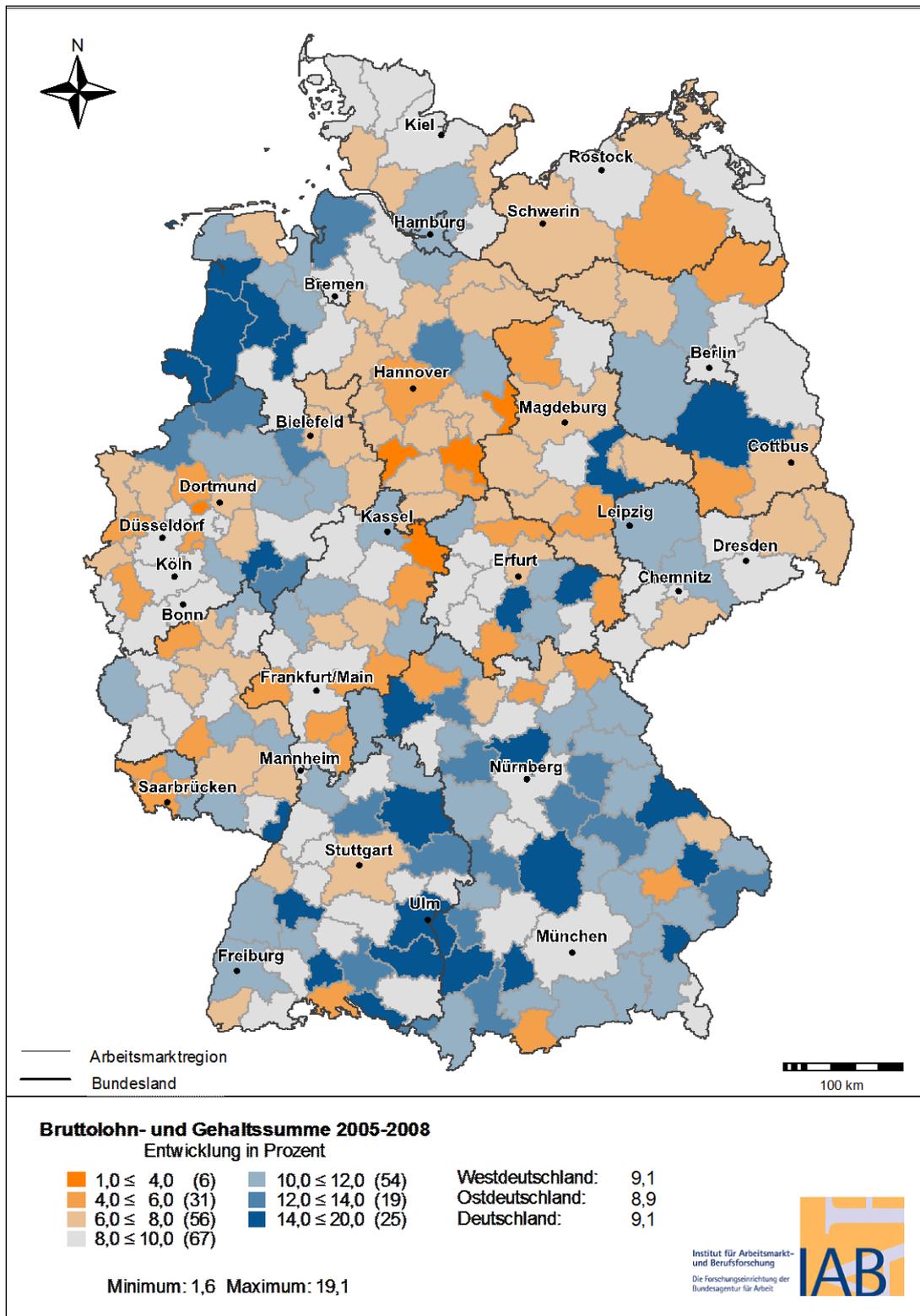
Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011 & V9.00, Nürnberg 2012; eigene Berechnung; Zahlen gerundet; Differenzen zur Summe sind rundungsbedingt.

Karte 34
Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2005 bis 2009 in Prozent



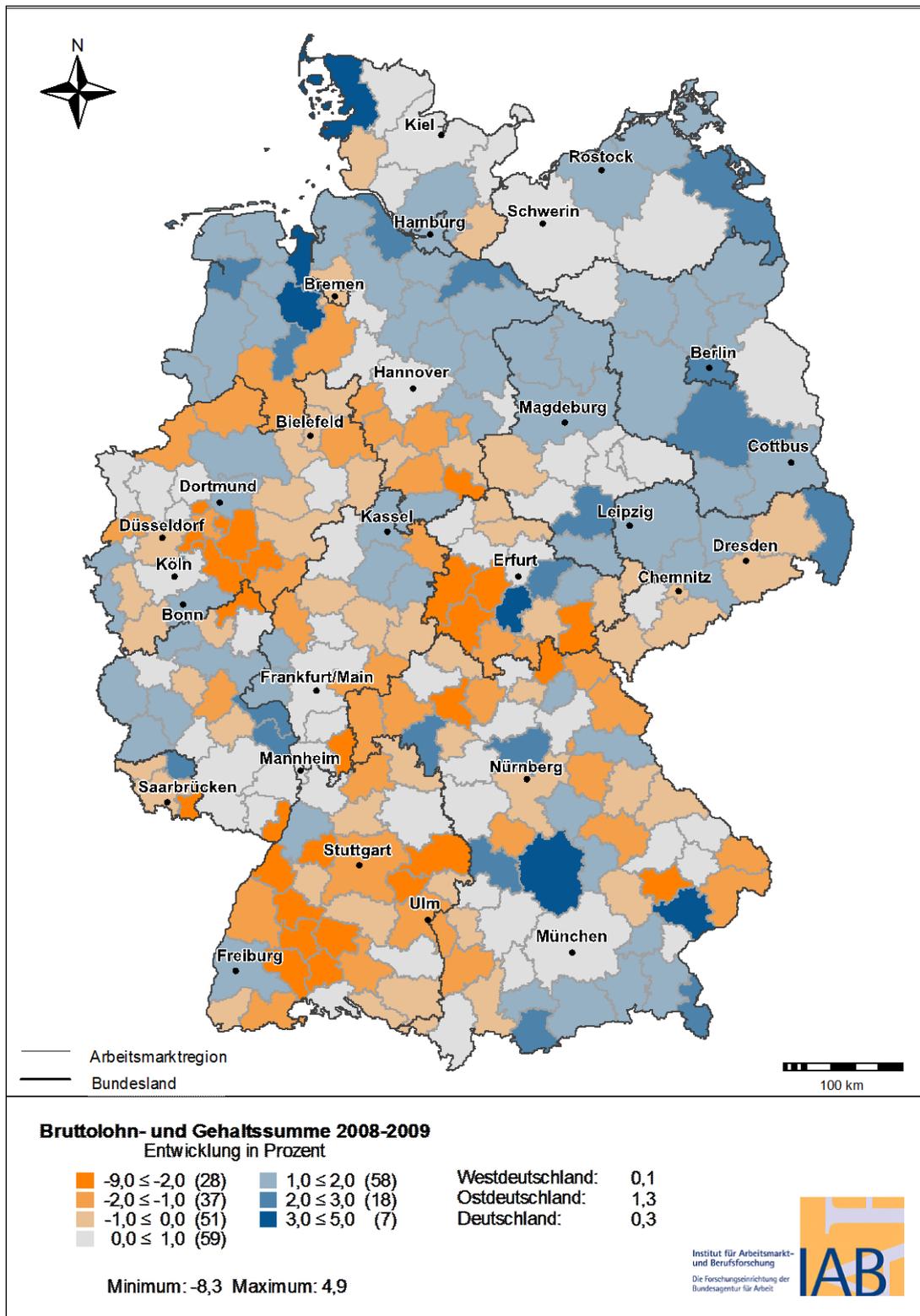
Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 35
Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2005 bis 2008 in Prozent



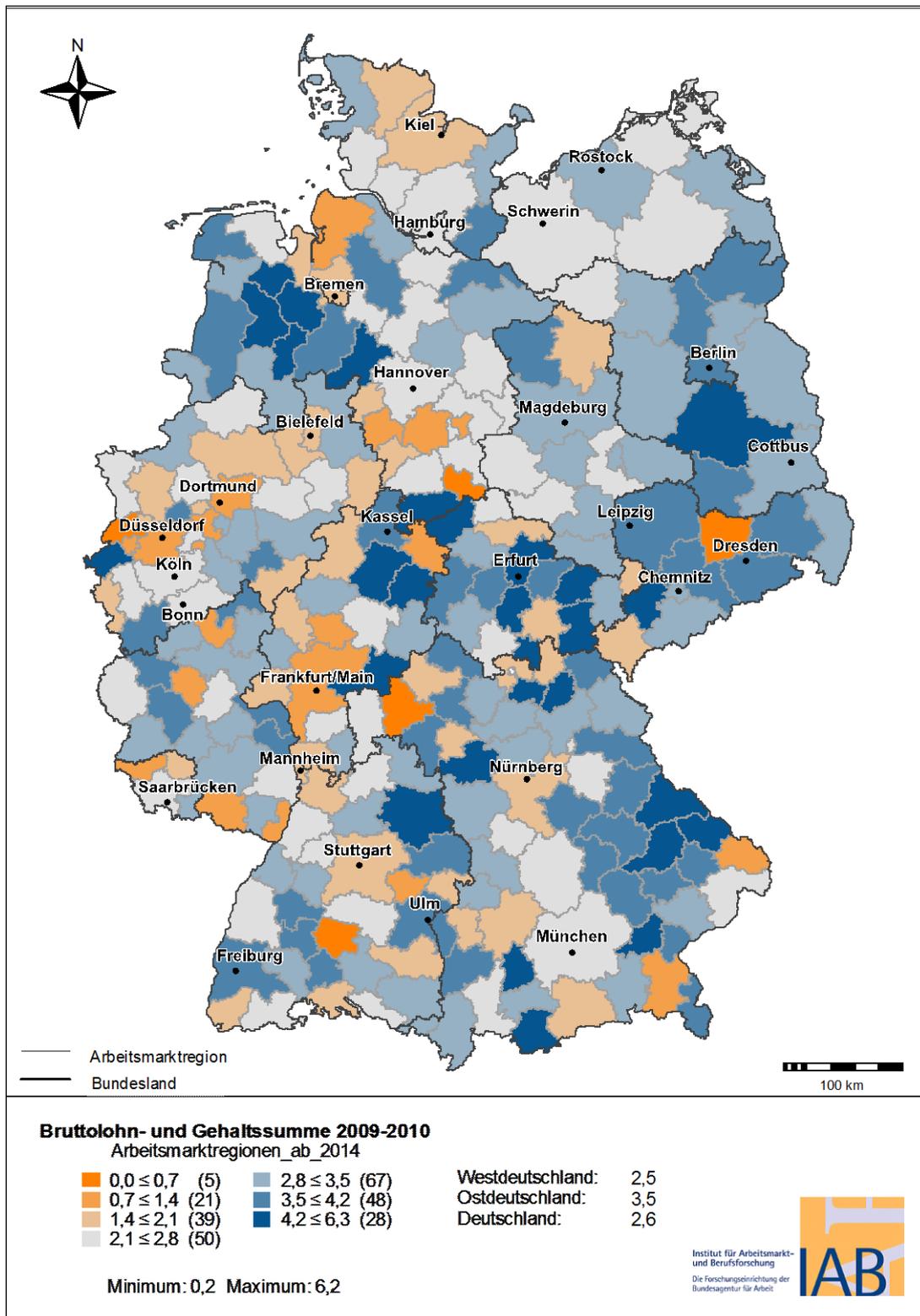
Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 36
Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2008 bis 2009 in Prozent



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 37
Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2009 bis 2010 in Prozent



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011 & V9.00, Nürnberg 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

3.1.1.3 Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen in Regionen mit hoher Kurzarbeit

Nachfolgend wird untersucht, wie sich die Beschäftigung und das Einkommen von 2008 bis 2009 in den Regionen entwickelt hat, die während der Finanz- und Wirtschaftskrise in besonders starkem Maße von Kurzarbeit betroffen waren. Wenn im Folgenden von Kurzarbeit gesprochen wird, so handelt es sich um die konjunkturelle Kurzarbeit nach § 170 SGB III, die als arbeitsmarktpolitisches Instrument gerade im Jahr 2009 in besonders starkem Umfang zur Anwendung kam. Damit sollten Entlassungen vermieden werden und der vorübergehende, erhebliche Arbeitsausfall abgedeckt werden.

Die Analyse bezieht sich – anders als die bisherigen Betrachtungen – auf die Kreisebene, da sich die zu untersuchenden Indikatoren alle auf den Arbeitsort beziehen und die Zusammenhänge dort stärker sichtbar werden. Die regionale Betroffenheit von Kurzarbeit wird durch die Kurzarbeiterquote abgebildet, die sich als Anteil der Beschäftigten in Kurzarbeit an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in derselben Region am 30. Juni 2009 berechnet. Die Zahl der Kurzarbeiter erreichte zwar im Mai 2009 ihren Höhepunkt, da aber die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für Kreise nur vierteljährlich erhoben und ausgewiesen wird, wurde dieser Zeitpunkt als geeigneter Vergleichsmonat ausgewählt.

Die Berechnungen basieren auf Kurzarbeiterzahlen aus dem neuen Statistikverfahren, das nicht mehr wie bisher auf den Angaben aus den Betriebsmeldungen basiert, sondern auf den durch die Betriebe eingereichten Abrechnungslisten über die tatsächlich realisierte Kurzarbeit. Diese Abrechnungslisten bilden die Inanspruchnahme von Kurzarbeit nach Ablauf von fünf Monaten Wartezeit vollständig ab. Mit dieser verbesserten Statistik wurden ab 30. September 2010 die Zahlen zur Kurzarbeit für den Zeitraum von Januar 2009 bis März 2010 rückwirkend revidiert und durch die Daten der neuen Kurzarbeiterstatistik ersetzt (Bundesagentur für Arbeit 2012c).

Wie bereits im letzten Abschnitt gezeigt wurde, ist die Beschäftigung in Deutschland von 2008 bis 2009 insgesamt leicht gesunken. Es gab aber in diesem Zeitraum in einigen Regionen auch Beschäftigungszuwächse. Ob es in Regionen mit einer hohen Kurzarbeit vorwiegend zu Beschäftigungsrückgängen gekommen ist, soll die nachfolgende Untersuchung zeigen.

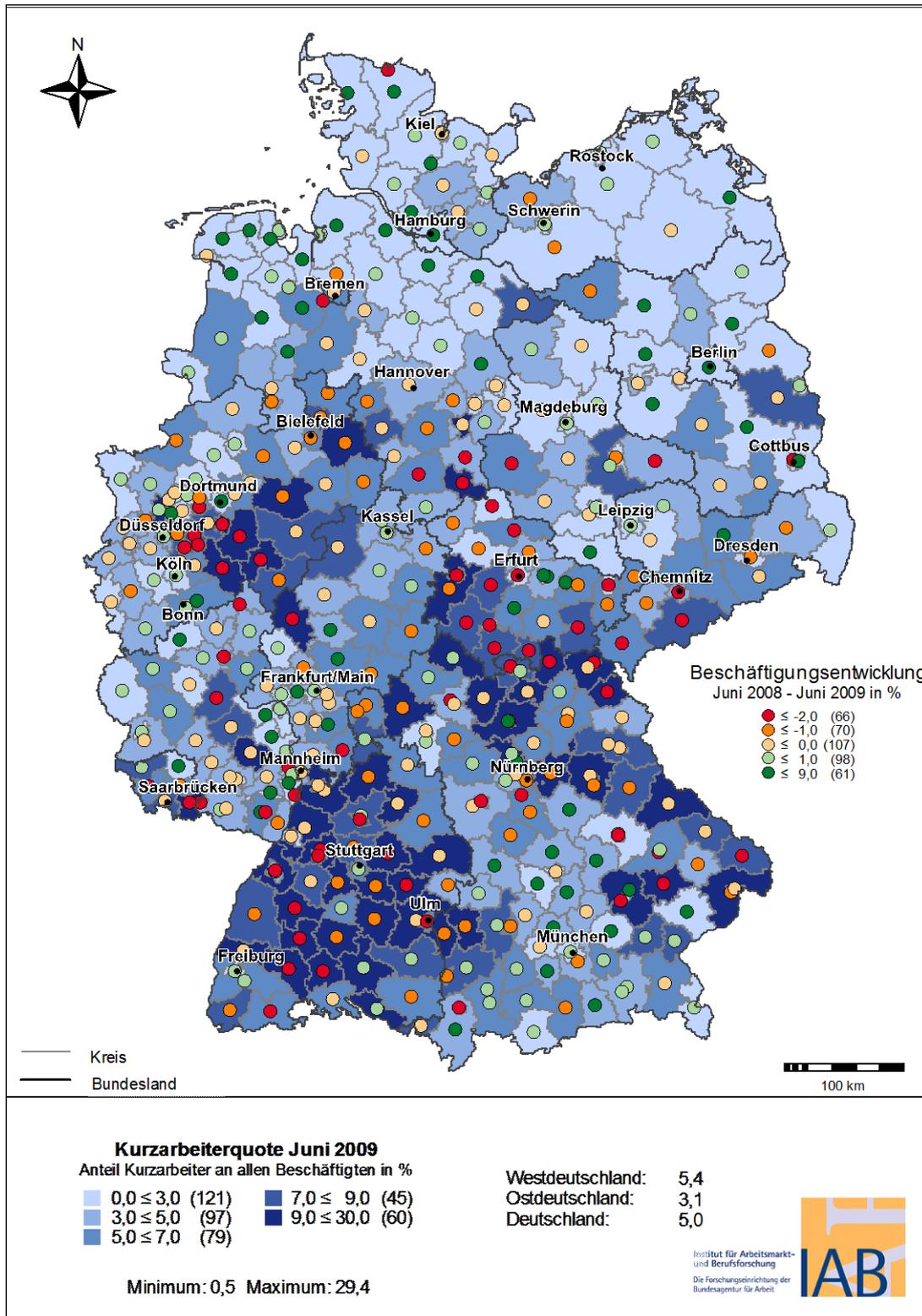
Anhand des Korrelationskoeffizienten lässt sich bestätigen, dass die Kurzarbeiterquote negativ mit der Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen korreliert ist.³⁸ Für die meisten Regionen mit einer hohen Kurzarbeiterquote im Juni 2009 trifft also die Aussage zu, dass Beschäftigung und Einkommen von 2008 bis 2009 gesunken sind. Dies bestätigt auch der Blick auf die beiden folgenden Karten. In beiden Karten sind die Stadt- und Landkreise je nach Höhe ihrer Kurzarbeiterquoten in unterschiedlichen Blautönen eingefärbt. Je dunkler die Einfärbung der Region, desto höher war der Anteil der Kurzarbeiter an allen Beschäftigten im Juni 2009 in diesem Stadt- bzw. Landkreis. Die farblich hervorgehobenen Symbole zeigen darüber hinaus an, ob die Beschäftigung bzw. die Lohnsumme von 2008 bis 2009 in dieser Region gestiegen (grüne Symbole) oder gesunken (rote Symbole) ist. Man erkennt sehr gut, dass die Beschäftigungsverluste bzw. Rückgänge der Bruttolohn- und Gehaltssumme vorwiegend in Regionen mit einer überdurchschnittlich hohen Kurzarbeiterquote in Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen und im Ruhrgebiet stattfanden. Regionen mit geringer Betroffenheit von Kurzarbeit verzeichneten hingegen Beschäftigungszuwächse von bis zu 8,3 Prozent und Lohnsummenanstiege bis zu 19,2 Prozent.

Die stärksten Beschäftigungsrückgänge von über zwei Prozent gab es in den Städten Eisenach, Remscheid, Schwabach, Schweinfurt sowie in den Landkreisen Enzkreis, Märkischer Kreis, Schwarzwald-Baar-Kreis, Rottweil, Oberbergischer Kreis, Kronach, Dingolfing-Landau, Freudenstadt, Tuttlingen, Rems-Murr-Kreis, Saarpfalz-Kreis, Göppingen und Wunsiedel. Dort waren die Beschäftigten überdurchschnittlich stark von Kurzarbeit betroffen, d. h. die Kurzarbeiterquote betrug über zehn Prozent. Trotz einer hohen Kurzarbeiterquote konnten hingegen die Landkreise Landshut, Rhön-Grabfeld, Erlangen-Höchstadt, Bodenseekreis sowie die Stadt Duisburg von 2008 bis 2009 einen Beschäftigungszuwachs verzeichnen.

Die meisten Regionen, in denen nur wenige Beschäftigte 2009 in Kurzarbeit waren, profitierten dagegen von einer positiven Entwicklung bei Beschäftigung und Einkommen. Einen Beschäftigungsrückgang von Juni 2008 bis Juni 2009 gab es lediglich in den Städten Gera, Cottbus, Erfurt, Flensburg, Darmstadt, Wolfsburg, Potsdam, Bottrop, Kiel und Emden sowie in den Landkreisen Märkisch-Oderland, Osterholz, Saalekreis, Uelzen, Mecklenburgische Seenplatte, Helmstedt und Ostholstein, wo die Kurzarbeiterquote höchstens zwei Prozent betrug. Unter diesen Regionen sank nur in den Städten Gera, Cottbus, Flensburg, Emden und dem Landkreis Osterholz das Einkommen im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr, in den übrigen zwölf Kreisen stieg es hingegen.

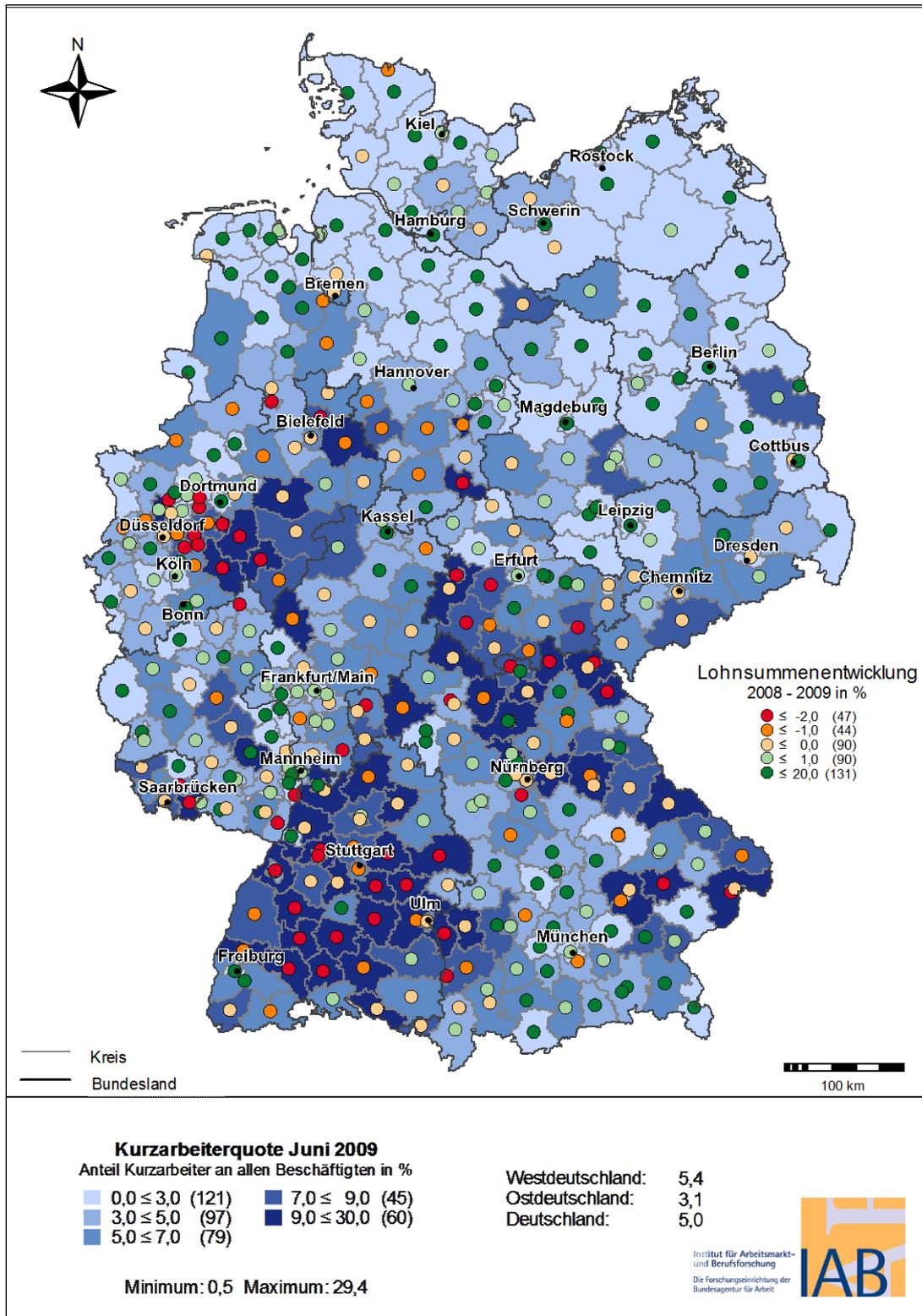
³⁸ Die Korrelation zwischen der Kurzarbeiterquote im Juni 2009 und der Beschäftigungsentwicklung von 2008 bis 2009 betrug -0,43 und zwischen der Kurzarbeiterquote und der Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme -0,6.

Karte 38
Kurzarbeiterquote im Juni 2009 und Beschäftigungsentwicklung von Juni 2008 bis Juni 2009



Quelle: Beschäftigungsstatistik und Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 39
**Kurzarbeiterquote im Juni 2009 und Entwicklung der Bruttolohn- und Gehalts-
 summe von 2008 bis 2009**



Quelle: Beschäftigungsstatistik und Statistik der Bundesagentur für Arbeit, IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011; eigene Berechnung und Darstellung.

3.1.1.4 Einfluss der geringfügigen Beschäftigung auf die Brutto-lohn- und Gehaltssumme

In Ergänzung zur allgemeinen Entwicklung von Einkommen und Beschäftigung aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wurde auf Wunsch des Auftraggebers noch die Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung und der daraus erzielten Bruttolohn- und Gehaltssumme über den Zeitraum von 2005 bis 2009 untersucht, was nachfolgend dargestellt wird. Nach einer kurzen methodischen Beschreibung der gesetzlichen Grundlagen für die geringfügige Beschäftigung werden die Ergebnisse präsentiert.

Allgemeine Beschreibung

Im Rahmen des Zweiten Gesetzes für Moderne Dienstleistungen der Hartz-Kommission trat zum 1. April 2003 eine Reform und Gesetzesänderung zur Regelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Kraft (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2002). Bei einer geringfügigen Beschäftigung wird laut § 8 Abs. 1 SGB IV nach geringfügig entlohnter Beschäftigung und kurzfristiger Beschäftigung unterschieden. Von einer kurzfristigen Beschäftigung spricht man dann, wenn die Dauer der Beschäftigung weniger als 50 Arbeitstage beträgt oder zwei Monate pro Kalenderjahr nicht überschreitet. Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt bei einem monatlichen Entgelt von maximal 400 Euro vor. Bis zu dieser Grenze müssen die Arbeitnehmer keine Abgaben zahlen, der Arbeitgeber entrichtet hingegen eine Pauschalabgabe von 25 Prozent an die Minijob-Zentrale in Essen, wovon elf Prozent an die Krankenkasse, zwölf Prozent an die Rentenversicherung und zwei Prozent Pauschalsteuer abgeführt werden. Für die so genannten „Minijobs“ (bis 400 Euro) in Privathaushalten fällt mit nur zwölf Prozent eine geringere Pauschalabgabe an, die sich folgendermaßen aufteilt: je fünf Prozent für die Kranken- und Rentenversicherung und zwei Prozent Pauschalsteuer. Wird neben einer Hauptbeschäftigung nur ein Minijob ausgeübt, so bleibt dieser für den Arbeitnehmer sozialversicherungsfrei. Für weitere Minijobs fallen dann jedoch Sozialversicherungsbeiträge an. Dies ist auch dann der Fall, wenn ohne Hauptbeschäftigung mehrere Minijobs ausgeübt werden und die Verdienste aller dieser Tätigkeiten die 400-Euro-Grenze überschreiten. Erfasst werden in der Statistik der geringfügig Beschäftigten nur solche, die eine oder mehrere geringfügige Beschäftigungen ausüben, die sich auch bei einer Zusammenrechnung in den Grenzen des § 8 Abs. 1 SGB IV bewegen.

Die Datenbasis für die nachfolgende Betrachtung bildet wie bei der Untersuchung der Bruttolohn- und Gehaltssumme das Jahreszeitraummaterial der Bundesagentur für Arbeit. Dieses erfasst seit 1999 zusätzlich zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten. Damit lässt sich ein direkter Bezug zwischen der Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme aus sozialversicherungspflichtiger und geringfügiger Beschäftigung herstellen.

Entwicklung der Zahl der geringfügig Beschäftigten

Die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten, der sogenannten Minijobber, ist im Jahreszeitraummaterial von 2005 bis 2009 bundesweit auf 9,664 Mio. Personen³⁹ bzw. um 7,9 Prozent gestiegen.⁴⁰ In Westdeutschland lag die Zahl im gesamten Jahr 2009 bei 8,309 Mio. und in Ostdeutschland bei 1,355 Mio. Personen. Der Anstieg fand vor allem in Westdeutschland statt. Hier betrug der prozentuale Zuwachs der geringfügigen Beschäftigung 8,4 Prozent und lag damit deutlich über dem in Ostdeutschland mit 5,2 Prozent. Dieser West-Ost-Unterschied spiegelt sich auch in der Karte 40 wider. Dennoch erkennt man sowohl in West- als in Ostdeutschland Regionen, die sich entgegengesetzt zu ihren Umlandregionen entwickelt haben. So sticht in Ostdeutschland insbesondere die Arbeitsmarktregion Potsdam-Brandenburg mit dem höchsten prozentualen Zuwachs in ganz Deutschland von 37,6 Prozent als dunkelblau eingefärbte Fläche deutlich hervor. Des Weiteren heben sich die Arbeitsmarktregion Südvorpommern (+14,1 Prozent) sowie Berlin (+11,8 Prozent) und Oranienburg (+11,6 Prozent) von den deutlich geringeren Zuwächsen bzw. sogar negativen Entwicklungen ihres jeweiligen Umlandes ab. Die stärksten Rückgänge bei der Zahl der geringfügig Beschäftigten von mehr als zehn Prozent gab es im betrachteten Zeitraum von 2005 bis 2009 in Sonneberg (-15,0 Prozent), Suhl (-13,1 Prozent) und Pößneck (-11,1 Prozent). Unter den 27 Regionen mit einer negativen Entwicklung gab es aber auch fünf westdeutsche Arbeitsmarktregionen: Salzgitter (-6,3 Prozent), Villingen-Schwenningen (-4,4 Prozent), Bad Kreuznach (-1,2 Prozent), Hof (-0,9 Prozent) und Haßfurt (-0,02 Prozent). Die höchsten Zuwächse verzeichneten hingegen die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Dingolfing (+34,2 Prozent), Leer (+27,4 Prozent) und Mühldorf (+21,1 Prozent). Weitere Arbeitsmarktregionen mit hohen Zuwächsen von über 15 Prozent waren Gießen, Lingen, Cham, Memmingen, Vechta, Marburg, Karlsruhe, Landsberg, Biberach und Darmstadt.

³⁹ Diese Zahl aus dem Jahreszeitraummaterial liegt deutlich über der am Stichtag 30.06.2011 ausgewiesenen Zahl von 7,387 Mio. Personen, wovon 4,894 Mio. Personen ausschließlich und 2,493 Mio. Personen im Nebenjob geringfügig entlohnt beschäftigt waren, da hier sämtliche Minijobs, die im Laufe eines Jahres bestanden haben, erfasst werden.

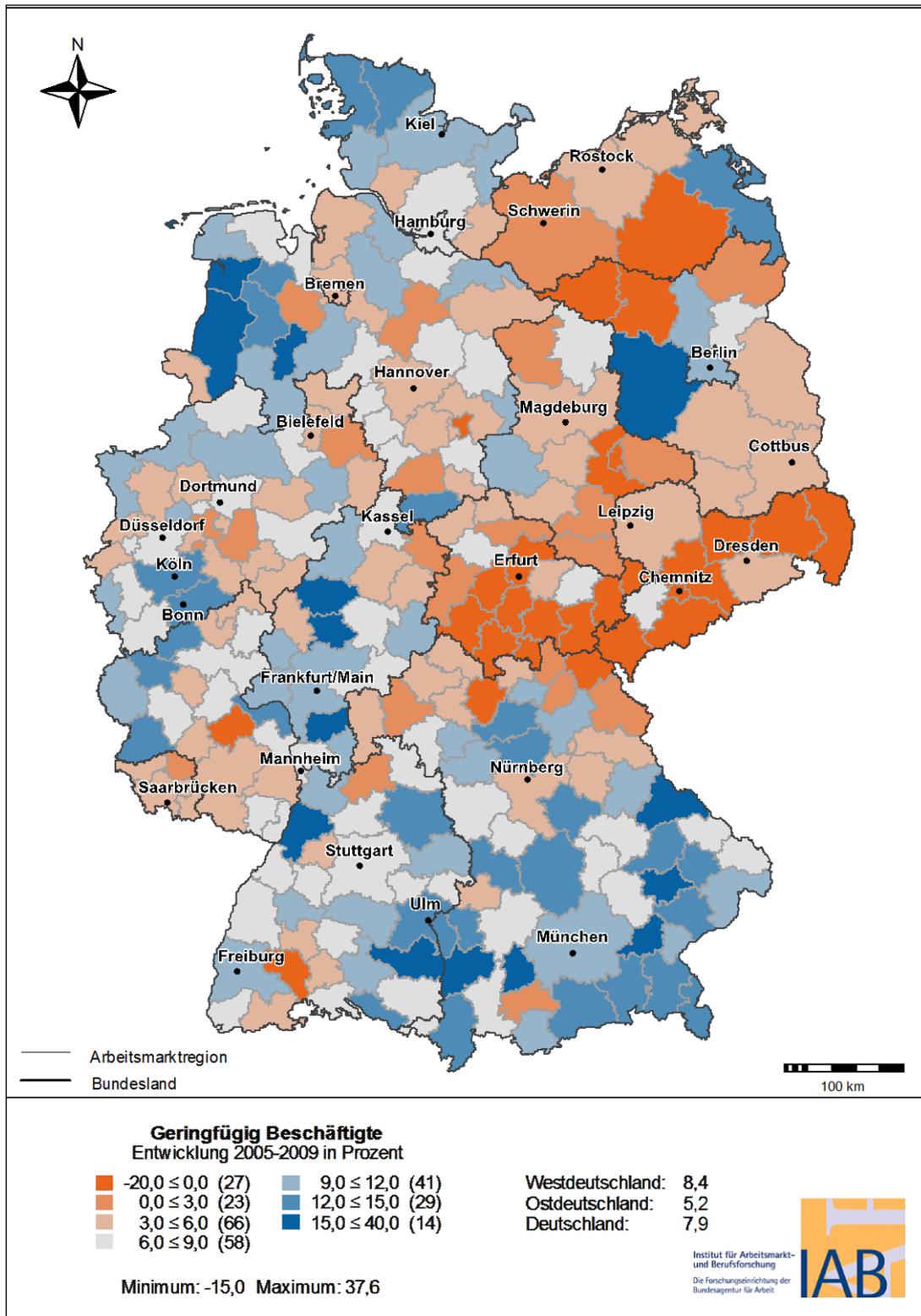
⁴⁰ Auch der Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen Arbeitnehmern hat sich in diesem Zeitraum erhöht, d. h. von 18,6 Prozent (Dezember 2005) bis auf 19,5 Prozent (Dezember 2009) (Minijob-Zentrale 2012: 9).

Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme aus geringfügiger Beschäftigung

Nicht nur die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist im betrachteten Zeitraum gestiegen, sondern auch die von ihnen erzielten Einkommen. Interessanterweise stieg die Bruttolohn- und Gehaltssumme der geringfügig Beschäftigten mit 10,8 Prozent deutschlandweit stärker als die Zahl der geringfügig Beschäftigten. Zudem fiel der prozentuale Zuwachs in Ostdeutschland mit 15,8 Prozent deutlich stärker aus als in Westdeutschland, wo er 10,2 Prozent betrug.

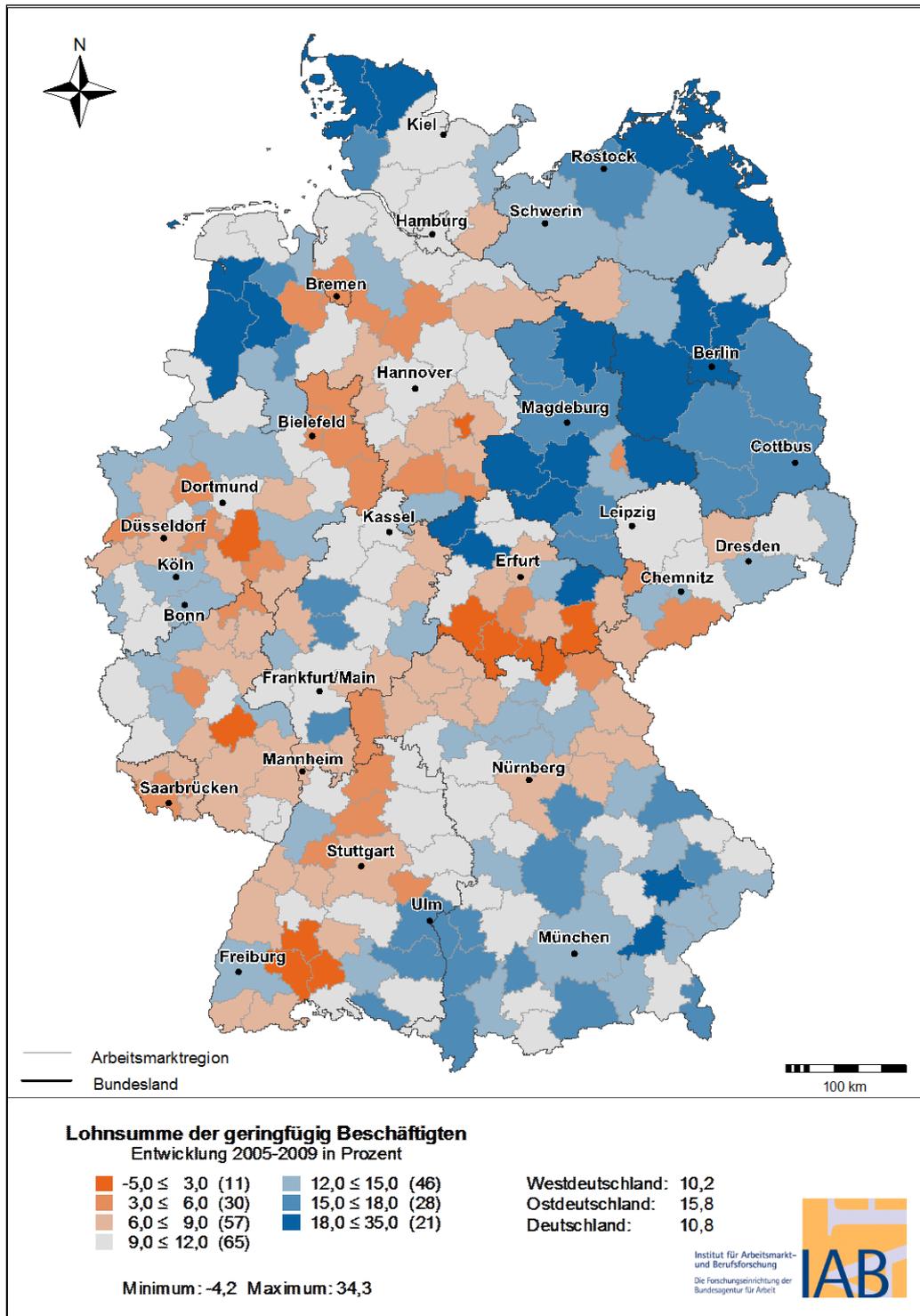
Auch wenn in immerhin 27 Arbeitsmarktregionen die Zahl der geringfügig Beschäftigten von 2005 bis 2009 gesunken ist, so bedeutet dies nicht, dass auch die von ihnen erwirtschaftete Bruttolohn- und Gehaltssumme in den Regionen gesunken ist, denn die Geringfügigkeitsgrenze von maximal 400 Euro wird nicht von jedem geringfügig Beschäftigten ausgeschöpft. Sinkt die Zahl der geringfügig Beschäftigten bei einem gleichzeitigen Anstieg des Durchschnittsverdienstes, so kann auch die insgesamt erzielte Bruttolohn- und Gehaltssumme aus geringfügiger Beschäftigung steigen. Tatsächlich sank die Bruttolohn- und Gehaltssumme aus geringfügiger Beschäftigung lediglich in den Arbeitsmarktregionen Salzgitter (-4,2 Prozent), Sonneberg (-4,1 Prozent), Villingen-Schwenningen (-2,1 Prozent) und Suhl (-1,1 Prozent). Diese sind ebenso wie die geringen Zuwächse von unter drei Prozent in Lüdenscheid, Bad Kreuznach, Rottweil, Kronach, Tuttlingen, Pößneck und Meiningen anhand der dunkelorange eingefärbten Flächen in Karte 41 zu erkennen. Am stärksten stieg die Bruttolohn- und Gehaltssumme der geringfügig Beschäftigten in Potsdam-Brandenburg (+34,3 Prozent), Leer (+30,6 Prozent), Südvorpommern (+27,3 Prozent) und Dingolfing (+25,2 Prozent). Ebenfalls hohe Anstiege von mehr als 18 Prozent gab es in Lingen, Oranienburg, Harz, Eichsfeld, Berlin, Eberswalde und Husum, Jena, Salzlandkreis, Mansfeld-Südharz, Mühlendorf, Cloppenburg, Nordvorpommern, Flensburg, Stendal, Wittenberg und Mühlhausen (blau eingefärbte Flächen in Karte 41).

Karte 40
Entwicklung der Zahl der geringfügig Beschäftigten (Jahressumme) von 2005 bis 2009 in Prozent



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BEH) V8.06, Nürnberg 2011; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 41
Entwicklung der Brutto-lohn- und Gehaltssumme der geringfügig Beschäftigten
von 2005 bis 2009 in Prozent



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BEH) V8.06, Nürnberg 2011; eigene Berechnung und Darstellung.

3.1.2 Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem von 2005 bis 2009

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse des durchschnittlichen Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem für die 258 Arbeitsmarktregionen dargestellt. Er berechnet sich aus der gesamten in einer Region ausgezahlten Brutto-lohn- und Gehaltssumme dividiert durch die Zahl aller in derselben Region arbeitenden sozialversiche-

rungspflichtig Beschäftigten, die ein Entgelt in diesem Jahr erhalten haben. Ruhende bzw. unterbrochene, aber noch bestehende Beschäftigungsverhältnisse, wie z. B. bei Personen im Mutterschutz, im Wehr- oder Zivildienst oder bei über 6-wöchiger Krankheit und dem Ende der Lohnfortzahlung, sind hier nicht enthalten.

Die sozialversicherungspflichtigen Einkommen werden nur bis zur jeweils gültigen Beitragsbemessungsgrenze⁴¹ erfasst, d. h. bei regionalen Auswertungen wird insbesondere in Hochlohnregionen die von den Beschäftigten tatsächlich bezogene Bruttolohn- und Gehaltssumme bzw. der Durchschnittslohn als zu gering ausgewiesen. Dieses Problem kann mit einer Zuschätzung der nicht erfassten Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze behoben werden. Die nachfolgenden Ergebnisse stammen aus dem Korrekturverfahren vom Steinbeis-Transferzentrum Angewandte Systemanalyse (STASA), auf das bereits in früheren Arbeiten zurückgegriffen wurde. Eine kurze Beschreibung des Verfahrens ist Abschnitt 5.7 des Anhangs zu entnehmen. Für eine detaillierte Beschreibung wird auf die ausführliche Veröffentlichung verwiesen (Binder/Schwengler 2006).

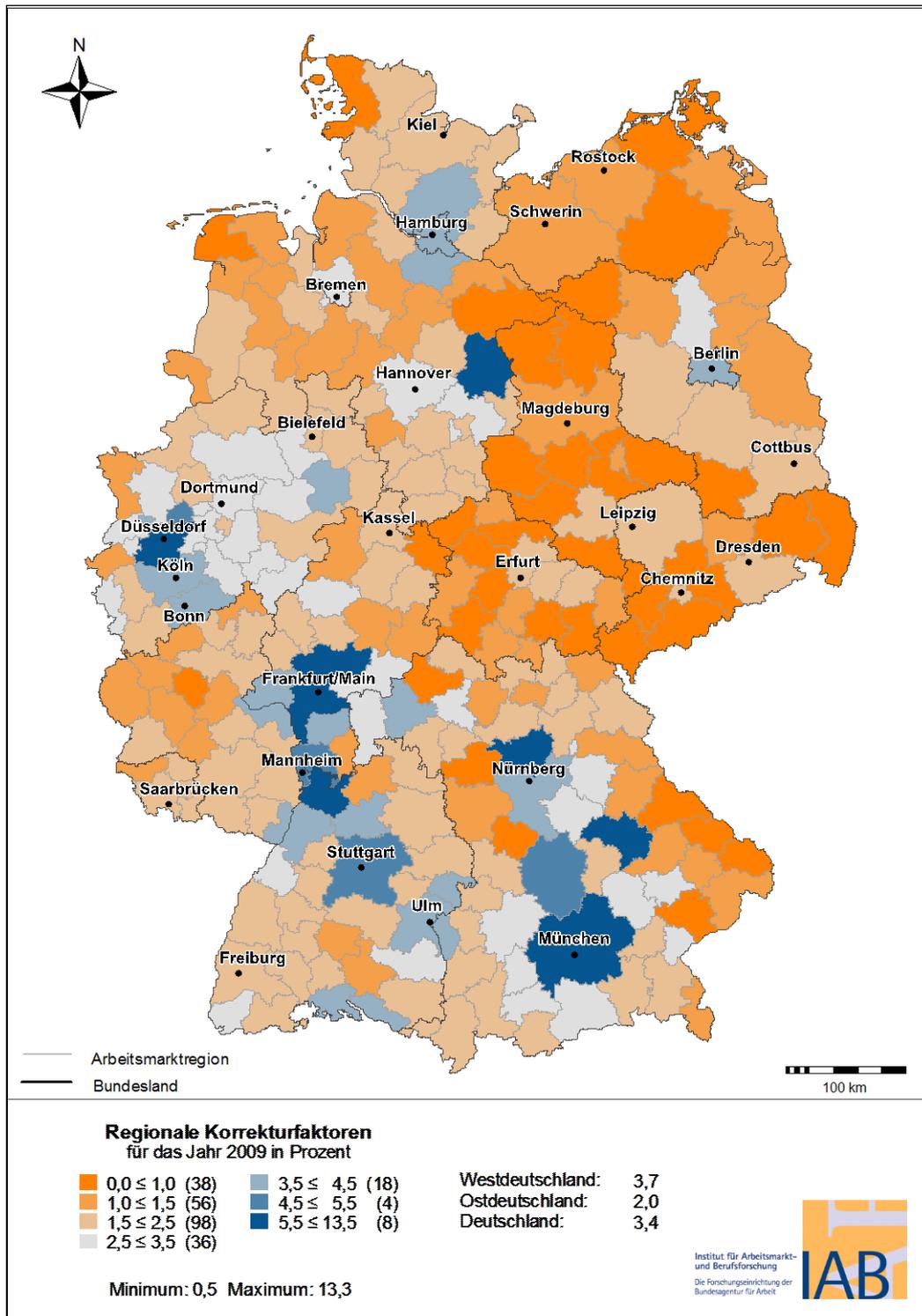
Die Korrektur der Bruttolohn- und Gehaltssumme um die nicht erfassten Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze führte in Deutschland in den Jahren 2005 bis 2009 zu einer Erhöhung der gemessenen Bruttolohn- und Gehaltssumme um rund drei Prozent, was auch zu einem Anstieg bei den regionalen Durchschnittslöhnen führte. Die korrigierten Bruttojahreslöhne pro Beschäftigtem lagen im Jahr 2005 um 700 Euro und in den Jahren 2006 bis 2009 um 900 Euro über den gemessenen Einkommen. Da die stärksten Lohnkorrekturen in westdeutschen Regionen stattfanden, erhöhte sich dort auch die Bruttolohn- und Gehaltssumme um +3,5 Prozent und der regionale Durchschnittslohn mit rund 1.000 Euro stärker als in Ostdeutschland (+2,0 Prozent bzw. +400 Euro).

Trotz des auch im Jahr 2009 weiterhin bestehenden Einkommensgefälles zwischen west- und ostdeutschen Regionen gab es auch in Ostdeutschland Regionen, in denen Einkommen über der rund 10.000 Euro niedrigeren ostdeutschen Beitragsbemessungsgrenze erzielt wurden. Die maximale Korrektur gab es – wie bereits in früheren Jahren – in Erlangen. Im Jahr 2009 erhöhte sich die Bruttolohn- und Gehaltssumme durch die Korrektur für die Stadt Erlangen um 18,6 Prozent bzw. für die Arbeitsmarktregion Erlangen um 13,3 Prozent. Weitere hohe Lohnkorrekturen betrafen die Arbeitsmarktregionen München (+8,0 Prozent), Frankfurt/Main (+6,8 Prozent), Heidelberg (+6,7 Prozent), Wolfsburg (+6,6 Prozent), Düsseldorf (+6,1 Prozent), Leverkusen (+5,8 Prozent) und Regensburg (5,7 Prozent). In diesen Hochlohnregionen wird die tatsächlich gezahlte Bruttolohn- und Gehaltssumme um fünf bis 15 Prozent untererfasst. Aufgrund der niedrigeren Beitragsbemessungsgrenze in Ostdeutschland ergeben sich auch für die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Berlin (+3,9 Prozent), Oranienburg (+2,8 Prozent), Luckenwalde (+2,3 Prozent) und Dres-

⁴¹ Die jeweils gültigen Beitragsbemessungsgrenzen in West- und Ostdeutschland für die Jahre 2005 bis 2010 sind im Anhang B in Abschnitt 5.7 in Tabelle 35 aufgeführt.

den (+2,1 Prozent) Lohnkorrekturen von über zwei Prozent. Insgesamt 38 Arbeitsmarktreionen sind von der Lohnkorrektur im Jahr 2009 nahezu nicht betroffen, denn hier unterscheidet sich die gemessene von der korrigierten Bruttolohn- und Gehaltssumme um maximal ein Prozent. Dies sind insbesondere Regionen in Ostdeutschland (siehe dunkelorange eingefärbte Arbeitsmarktreionen in Karte 42).

Karte 42
Regionale Korrektur der Bruttolohn- und Gehaltssumme 2009 in Prozent



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (Beh) V8.06, Nürnberg 2011; Berechnung: STASA, eigene Darstellung.

Entwicklung bis zum Jahr 2010

Bezieht man sich nun auf das Jahr 2010, so ergibt sich im Vergleich zum Jahr 2009 nach der Korrektur eine Erhöhung der Durchschnittslöhne, die um etwa weitere 100 Euro über den in den Vorjahren gemessenen Korrekturen rangieren. Demnach liegt nun der korrigierte Durchschnittslohn in Deutschland etwa 1.000 Euro über dem gemessenen Lohn. Für West- und Ostdeutschland ergeben sich Werte von 1.100 bzw. 500 Euro. Dies entspricht in Westdeutschland einem Korrekturfaktor von 3,9 Prozent, in Ostdeutschland von 2,3 Prozent und auf der Bundesebene liegt er bei 3,6 Prozent.

Auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen ergeben sich jedoch im direkten Vergleich der beiden Jahre 2009 und 2010 keine besonderen Entwicklungen, so dass sowohl in West- als auch in Ostdeutschland für die gleichen Regionen wie bereits in den Jahren zuvor besonders hohe Korrekturfaktoren festgestellt wurden.

Anteil der Beschäftigten mit Bruttojahreslöhnen über der Beitragsbemessungsgrenze im Jahr 2005

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im Jahr 2005 einen Bruttojahreslohn über der Beitragsbemessungsgrenze bezogen haben, ist in Karte 43 für alle Arbeitsmarktregionen dargestellt. In den westdeutschen Arbeitsmarktregionen bezogen zwischen 1,1 Prozent und 13,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ein Einkommen über der zu dem Zeitpunkt gültigen Beitragsbemessungsgrenze von 62.400 Euro. Zwischen den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen sind die regionalen Unterschiede bei einer im Jahr 2005 um 9.600 Euro niedrigeren Beitragsbemessungsgrenze deutlich geringer. Sie liegen hier lediglich zwischen 1,0 Prozent und 7,8 Prozent.

Vier Regionen führen die Rangliste der Hochlohnregionen mit den höchsten Beschäftigtenanteilen von über zehn Prozent in Westdeutschland an. Diese sind Erlangen (13,3 Prozent), München (12,6 Prozent), Frankfurt am Main (12,1 Prozent) und Leverkusen (11,0 Prozent). Es folgen die Arbeitsmarktregionen Stuttgart, Düsseldorf, Friedrichshafen, Essen, Heidelberg, Köln, Mannheim, Darmstadt, Wiesbaden und Wolfsburg, in denen mehr als sieben Prozent der Beschäftigten im Jahr 2005 ein Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze bezogen hat (siehe dunkelgrüne Flächen in Karte 43). Weniger als 1,5 Prozent aller Beschäftigten in den Arbeitsmarktregionen Freyung, Husum, Regen-Zwiesel, Neustadt/Aisch, Cham, Uelzen, Cochem, Eggenfelden/Pfarrkirchen und Bad Kissingen überschritten diese Grenze bei ihrem Einkommen.

In Ostdeutschland fallen vor allem drei Arbeitsmarktregionen auf, in denen im Jahr 2005 der Anteil der Beschäftigten mit einem Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze über dem ostdeutschen Durchschnitt von 3,6 Prozent lag. Dieses waren Berlin (7,8 Prozent), Dresden (4,8 Prozent) und Jena (4,0 Prozent). Es folgen mit Anteilen über drei Prozent die Arbeitsmarktregionen Leipzig, Oranienburg, Chemnitz, Luckenwalde, Erfurt, Potsdam-Brandenburg und Halle. Die wenigsten

Hochlohnbezieher (weniger als 1,2 Prozent aller Beschäftigten) gab es dagegen in den Arbeitsmarktregionen Eichsfeld, Finsterwalde, Pößneck, Mansfeld-Südharz, Erzgebirgskreis, Meiningen, Perleberg und Sonneberg.

Anteil der Beschäftigten mit Bruttojahreslöhnen über der Beitragsbemessungsgrenze im Jahr 2009

Im Zeitraum von 2005 auf 2009 ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einem Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze in Deutschland von 5,2 Prozent auf 5,8 Prozent gestiegen. In Westdeutschland gab es einen Anstieg von 5,6 auf 6,2 Prozent und in Ostdeutschland von 3,6 auf 4,0 Prozent.⁴² Regional schwankte der Anteil in Westdeutschland zwischen 1,3 und 14,6 Prozent und in Ostdeutschland bei einer um rund 10.000 Euro niedrigeren Beitragsbemessungsgrenze zwischen 1,2 und 8,2 Prozent in den Jahren 2005 bis 2009.

Auch im Jahr 2009 wiesen die vier Arbeitsmarktregionen Erlangen (14,6 Prozent), Leverkusen (13,4 Prozent), München (13,2 Prozent) und Frankfurt am Main (13,1 Prozent) die höchsten Beschäftigtenanteile mit Löhnen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze auf. Weitere Regionen mit überdurchschnittlich vielen Hochlohnbeziehern waren die Arbeitsmarktregionen Düsseldorf, Stuttgart, Wolfsburg, Ingolstadt, Friedrichshafen, Heidelberg, Essen, Mannheim, Wiesbaden und Köln mit Beschäftigtenanteilen von über acht Prozent (vgl. dunkelgrüne Flächen in Karte 44). Auf der anderen Seite bezogen in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Freyung, Husum, Regen-Zwiesel, Uelzen, Cochem, Eschwege, Neustadt/Aisch und Bad Kissingen weniger als 1,6 Prozent der Beschäftigten ein Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze.

In Ostdeutschland hat sich die Zahl der Arbeitsmarktregionen, in denen mehr als vier Prozent aller Beschäftigten und damit mehr als im ostdeutschen Durchschnitt ein hohes Einkommen bezogen haben, von drei (im Jahr 2005) auf fünf (in 2009) erhöht. Neben Berlin (8,2 Prozent), Dresden und Jena (je 4,9 Prozent) waren dies Leipzig (4,1 Prozent) und Oranienburg (4,0 Prozent). Die gestiegenen Einkommen führten auch dazu, dass in 2009 nur noch in den drei Arbeitsmarktregionen Mansfeld-Südharz, Pößneck und Eichsfeld der Anteil der Beschäftigten mit Einkommen jenseits der Beitragsbemessungsgrenze unter 1,2 Prozent lag, statt wie noch 2005 in acht Arbeitsmarktregionen.

In Karte 44 werden die regionalen Disparitäten zwischen den Ballungsräumen und den eher ländlich geprägten Regionen besonders deutlich. Insbesondere zwischen den benachbarten Arbeitsmarktregionen Erlangen (14,6 Prozent) und Neustadt/Aisch (1,6 Prozent), Berlin (8,2 Prozent) und Eberswalde (2,1 Prozent), Wolfs-

⁴² Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich in diesem Zeitraum die Beitragsbemessungsgrenze in Westdeutschland um 3,8 Prozent auf 64.800 Euro und in Ostdeutschland um 3,4 Prozent auf 54.600 Euro erhöht hat.

burg (10,2 Prozent) und Uelzen (1,5 Prozent) bzw. Salzwedel (1,7 Prozent) treten diese Unterschiede deutlich hervor.

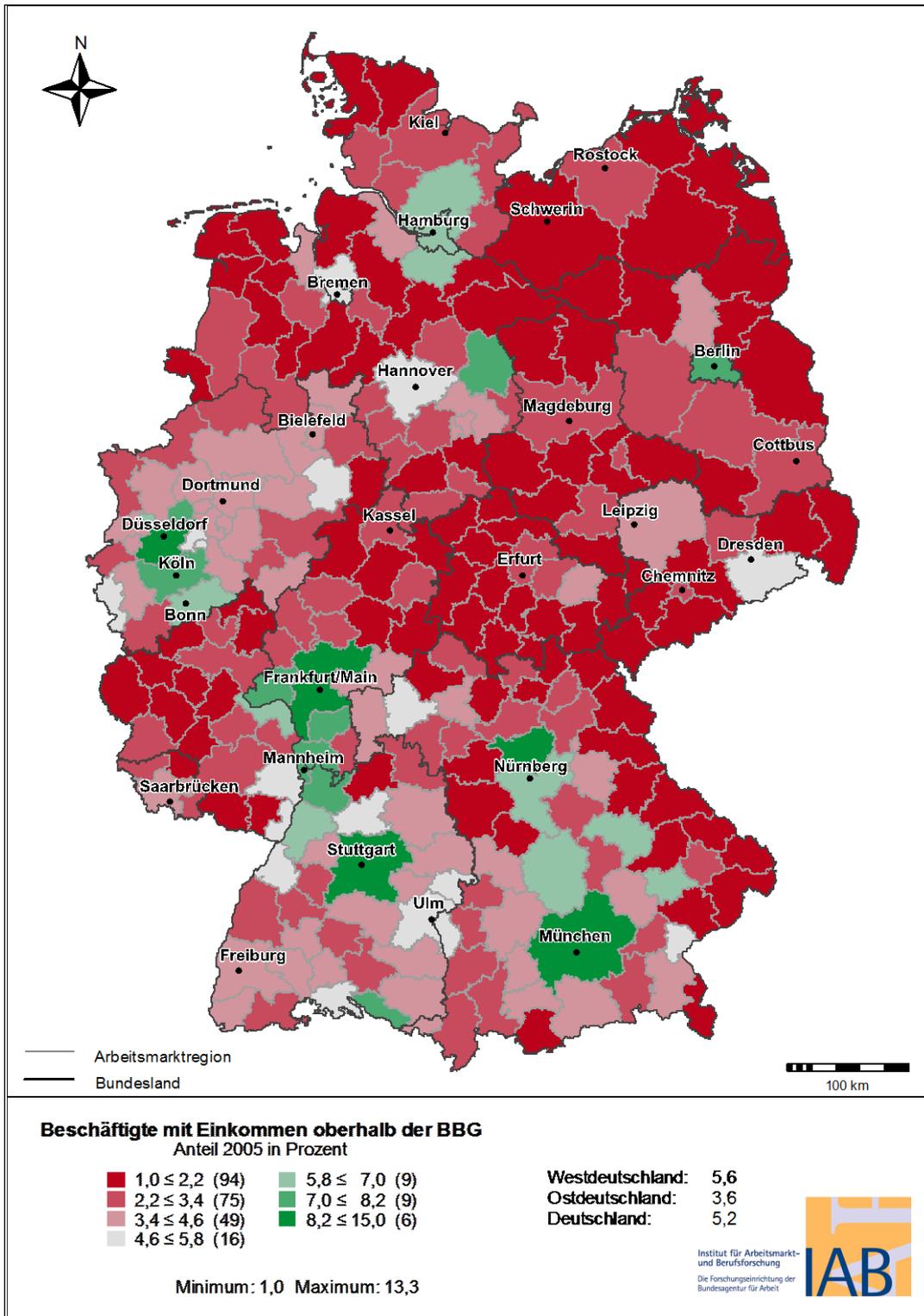
Vergleicht man die Jahre 2005 und 2009 miteinander, so lässt sich der größte Zuwachs des Anteils sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit einem Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Ingolstadt, Wolfsburg, Leverkusen, Heidenheim, Lindau, Ludwigshafen, Burghausen, Biberach, Heilbronn, Erlangen, Weilheim, Friedrichshafen, Mannheim, Heidelberg, Ulm, Lörrach, Frankfurt am Main, Wiesbaden und Nordenham feststellen. Lediglich in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Dingolfing und Eschwege gab es zwischen 2005 und 2009 einen Rückgang des Anteils. Den größten Rückgang von gut einem Prozent gab es in Dingolfing, während der Anteil in Eschwege lediglich um 0,1 Prozentpunkte sank. In allen ostdeutschen Arbeitsmarktregionen stieg der Anteil der Beschäftigten mit Einkommen über der ostdeutschen Beitragsbemessungsgrenze. Den größten Zuwachs von 1,2 Prozentpunkten konnten Cottbus und Anhalt-Bitterfeld mit 0,7 Prozentpunkten verbuchen. Alle anderen Arbeitsmarktregionen verzeichneten Zuwächse zwischen 0,1 bis 0,6 Prozentpunkten.

Entwicklung bis zum Jahr 2010

Die Entwicklungen, welche sich bereits von 2005 bis 2009 ergeben haben, setzten sich auch im Jahr 2010 fort, so dass der Anteil der Beschäftigten mit Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze trotz einer Erhöhung um 1.200 Euro leicht gesteigert werden konnte. Somit erzielten im Jahr 2010 in Deutschland 5,9 Prozent der Beschäftigten ein Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze, wobei noch immer der Anteil in Westdeutschland mit 6,3 Prozent um zwei Prozentpunkte über dem Anteil in Ostdeutschland lag.

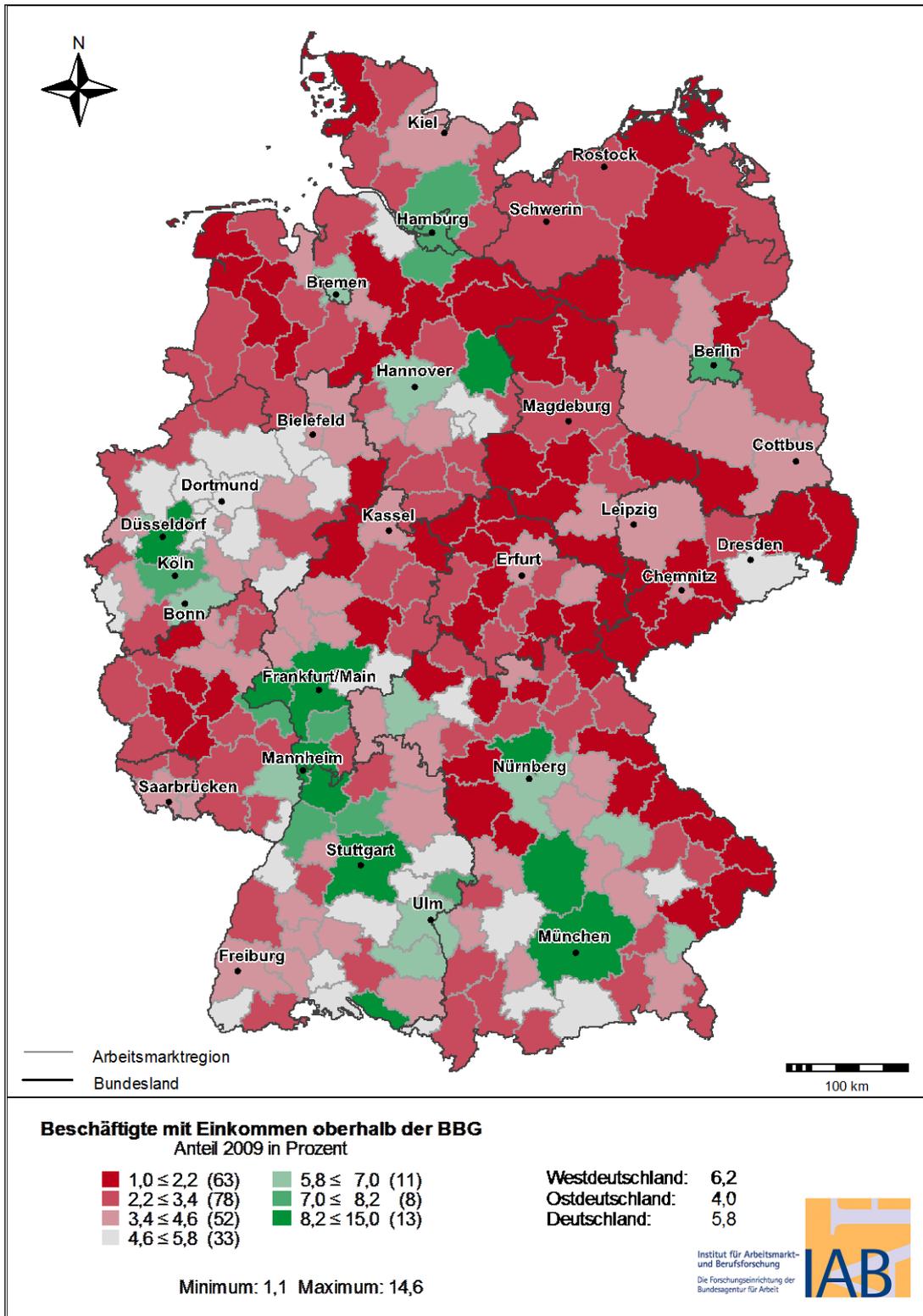
Obwohl sich für die einzelnen Arbeitsmarktregionen 2010 keine wesentlichen Änderungen in den regionalen Verteilungen ergeben, sind dennoch die Regionen Jena und Aalen positiv zu erwähnen, da dort der Anteil im Vergleich zum Vorjahr mit 0,9 bzw. 1,6 Prozentpunkten überdurchschnittlich gestiegen ist.

Karte 43
Anteil der Beschäftigten mit Bruttojahreslöhnen über der Beitragsbemessungsgrenze 2005



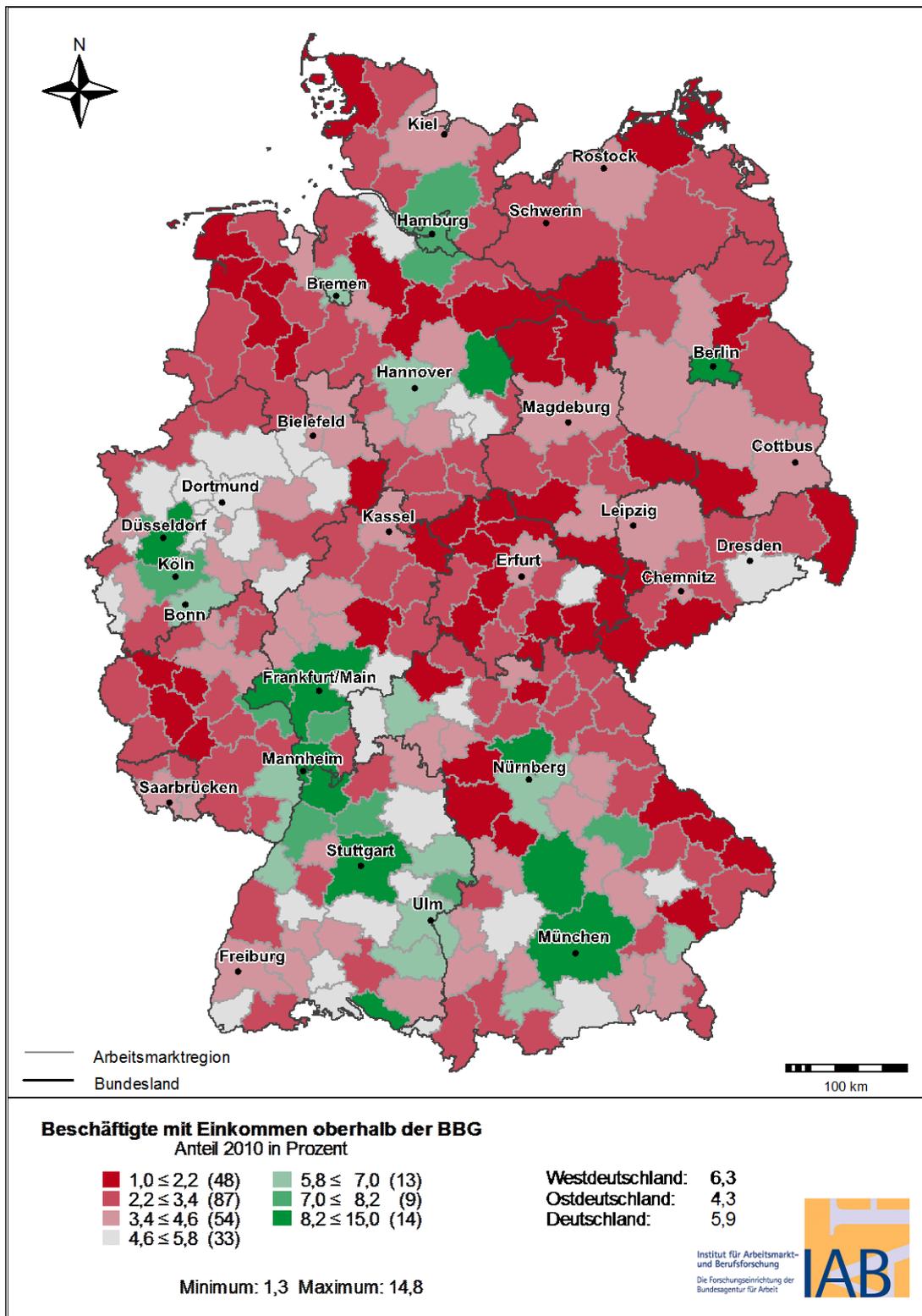
Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011; Berechnung: STASA, eigene Darstellung.

Karte 44
Anteil der Beschäftigten mit Bruttojahreslöhnen über der Beitragsbemessungsgrenze 2009



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011; Berechnung: STASA, eigene Darstellung.

Karte 45
Anteil der Beschäftigten mit Bruttojahreslöhnen über der Beitragsbemessungsgrenze 2010



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V9.00, Nürnberg 2012; Berechnung: STASA, eigene Darstellung.

3.1.2.1 Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem im Jahr 2005

Die korrigierten Bruttojahreslöhne pro Beschäftigtem in Deutschland ähneln in ihrer regionalen Verteilung erwartungsgemäß den gemessenen Bruttojahreslöhnen pro Beschäftigtem. Dass die Korrekturen vor allem die Arbeitsmarktregionen mit einem hohen gemessenen Durchschnittslohn betreffen, erkennt man an den dunkelgrün eingefärbten Regionen in der Karte 46. Zu den fünf Arbeitsmarktregionen Leverkusen, Frankfurt/Main, Dingolfing, München und Stuttgart, die im Jahr 2005 bereits die höchsten gemessenen durchschnittlichen Bruttojahreslöhne pro Beschäftigtem von über 31.000 Euro verbuchen konnten, kamen durch die Lohnkorrektur die drei weiteren Regionen Wolfsburg, Düsseldorf und Erlangen hinzu. Besonders stark wirkte sich die Lohnkorrektur in Erlangen aus, da diese Arbeitsmarktregion mit 13,3 Prozent auch den höchsten Anteil der Beschäftigten mit einem Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze im Jahr 2005 aufweisen konnte. In der Rangfolge der Regionen mit den höchsten Durchschnittslöhnen steht Erlangen nach der Lohnkorrektur auf Platz vier, immerhin eine deutliche Verbesserung um fünf Rangplätze im Vergleich zum gemessenen Lohn. Auch München mit dem zweithöchsten Beschäftigtenanteil oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze (12,6 Prozent) verbessert sich von Platz vier auf drei, wohingegen Frankfurt/Main unverändert den zweiten Platz einnimmt. Weitere hohe regionale Durchschnittslöhne zwischen 29.000 Euro und 31.000 Euro gab es nach der Lohnkorrektur in zwölf Arbeitsmarktregionen.

Die höchsten korrigierten Durchschnittslöhne in Ostdeutschland gab es 2005 in Berlin, Dresden, Jena, Chemnitz, Erfurt, Potsdam-Brandenburg und Leipzig, die auch bereits beim gemessenen Durchschnittslohn über dem ostdeutschen Durchschnittswert lagen. Diese Arbeitsmarktregionen erkennt man in Karte 46 anhand der hellrot eingefärbten Flächen, die aber gleichzeitig deutlich machen, dass diese Einkommen weiterhin noch unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegen. Die niedrigsten Durchschnittslöhne von unter 21.000 Euro findet man in Westdeutschland in den Arbeitsmarktregionen Husum, Regen-Zwiesel, Freyung, Cochem, Uelzen und Leer (in dunkelrot).

3.1.2.2 Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem im Jahr 2009

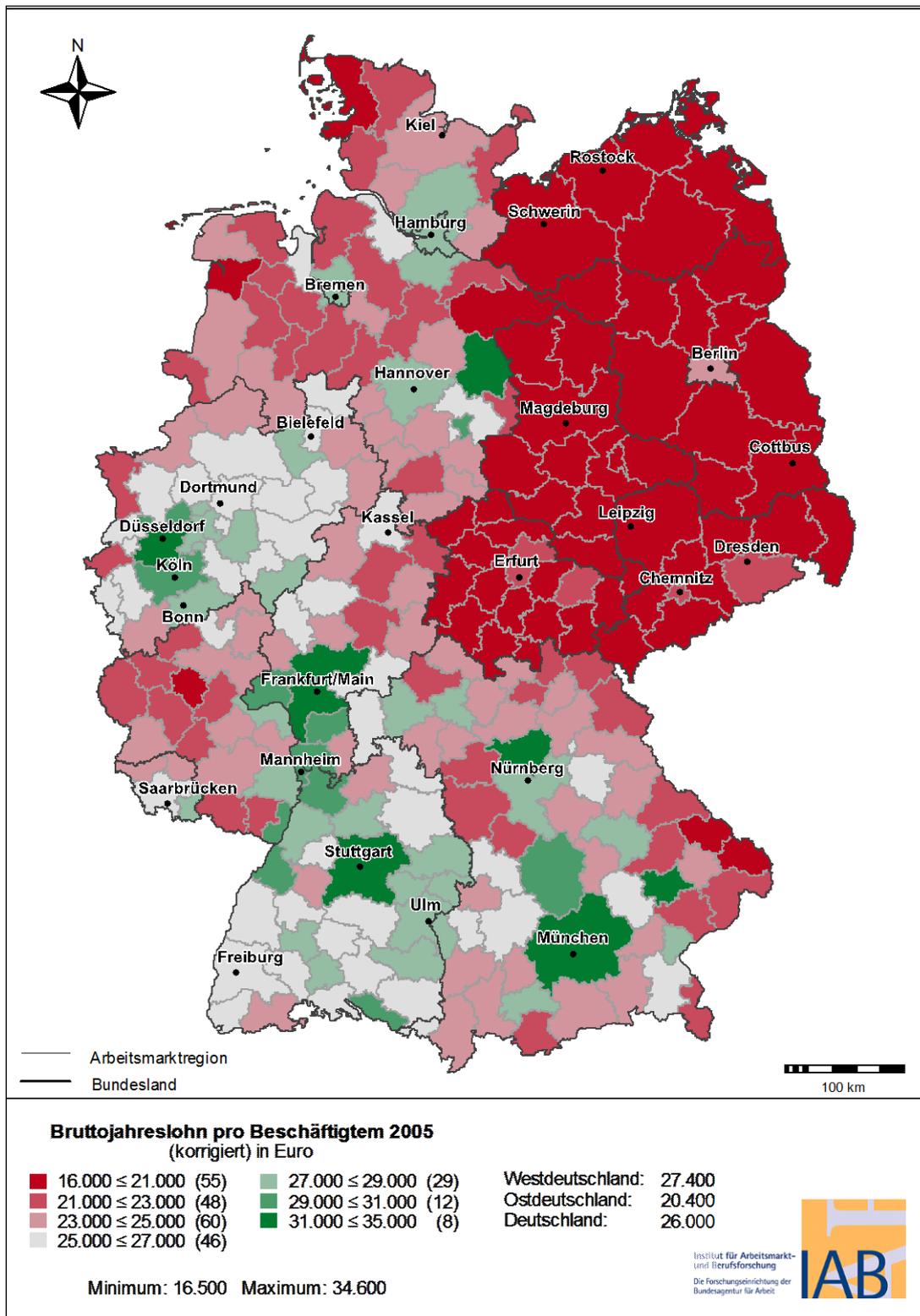
Wie im Jahr 2005 schlägt sich die Lohnkorrektur auch im Jahr 2009 am stärksten in den Hochlohnregionen nieder. Die höchsten korrigierten Bruttojahreslöhne pro Beschäftigtem verzeichneten mit geringer Veränderung in der Reihenfolge gegenüber dem Jahr 2005 wieder die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Leverkusen, Erlangen, Frankfurt/Main, Wolfsburg und München. Weitere hohe Durchschnittslöhne von über 31.000 Euro gab es in Stuttgart, Düsseldorf, Salzgitter, Ingolstadt, Dingolfing, Germersheim, Friedrichshafen, Heidelberg, Burghausen und Mannheim, zu erkennen an den dunkelgrün eingefärbten Flächen in Karte 47.

Auf Platz zwei rangiert nun die Arbeitsmarktregion Erlangen, die aufgrund der meisten Gutverdiener (14,6 Prozent aller Beschäftigten bezogen 2009 ein Einkommen oberhalb der westdeutschen Beitragsbemessungsgrenze⁴³ von 64.800 Euro) von Rangplatz sieben beim gemessenen Lohn nach der Korrektur nun auf Rangplatz zwei und gegenüber dem Jahr 2005 um weitere zwei Rangplätze nach vorne rückte. Damit verdrängte Erlangen die Arbeitsmarktregion Frankfurt/Main auf den dritten Rangplatz. Platz vier belegt die Arbeitsmarktregion Wolfsburg (um drei Rangplätze aufgestiegen) und Rangplatz fünf belegt die Arbeitsmarktregion München gegenüber Rangplatz drei im Jahr 2005.

Die niedrigsten korrigierten Bruttojahreslöhne pro Beschäftigtem erkennt man anhand der dunkelrot eingefärbten Flächen in Karte 47 in Ostdeutschland. In Westdeutschland gab es nach der Lohnkorrektur im Jahr 2009 keine Arbeitsmarktregion mehr, in der das Durchschnittseinkommen unter 21.000 Euro lag. Die niedrigsten regionalen Einkommen in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Freyung, Husum, Cochem, Uelzen, Regen-Zwiesel, Leer, Cloppenburg und Eschwege lagen bei maximal 22.200 Euro und damit noch unter den höchsten Durchschnittslöhnen der ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Halle, Chemnitz, Jena, Dresden und Berlin.

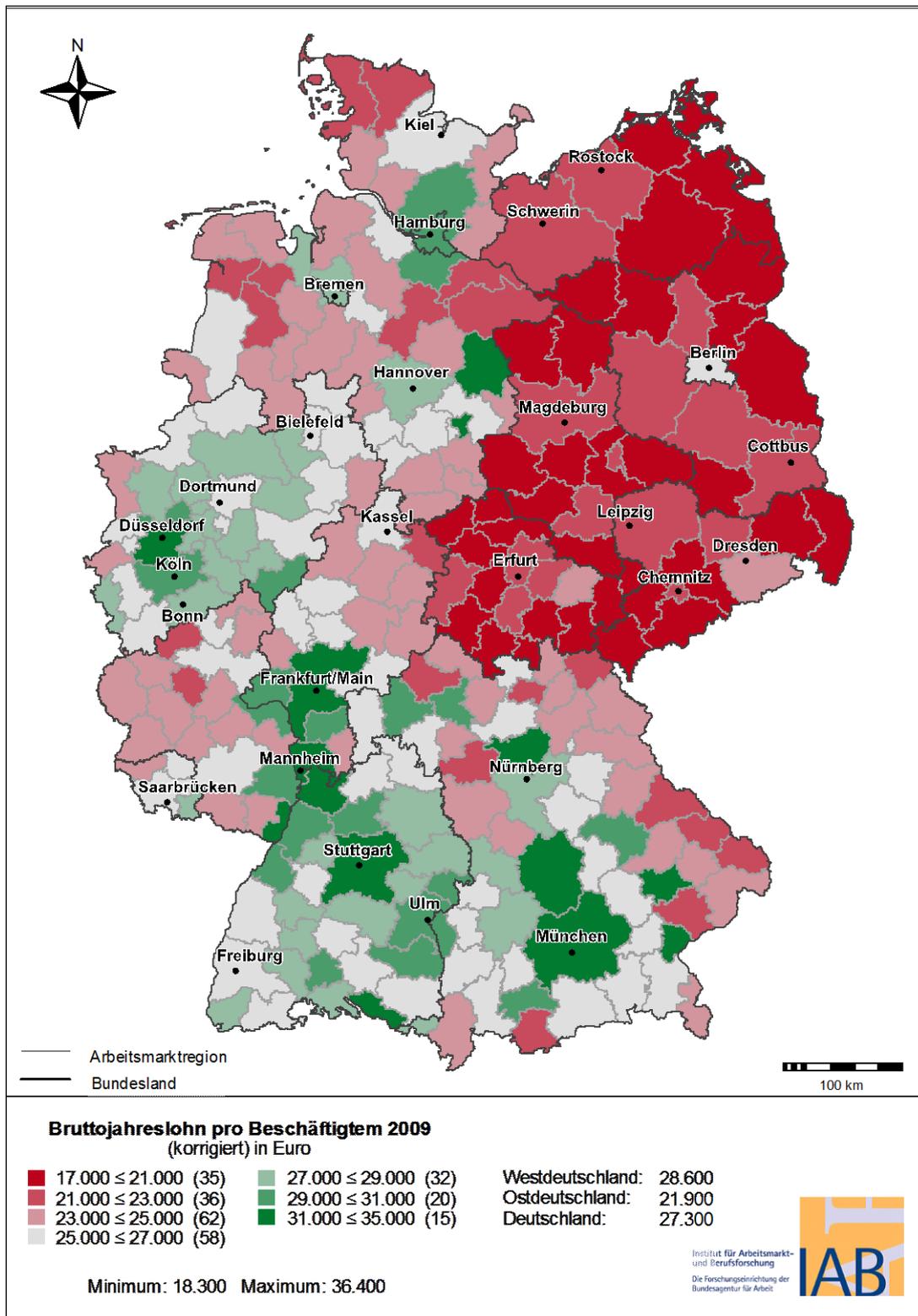
⁴³ Die jeweils gültigen Beitragsbemessungsgrenzen für West- und Ostdeutschland sind für die Jahre 2005 bis 2010 im Anhang in Abschnitt 5.7 in Tabelle 35 aufgeführt.

Karte 46
Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2005



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011; Berechnung und Darstellung: STASA.

Karte 47
Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2009



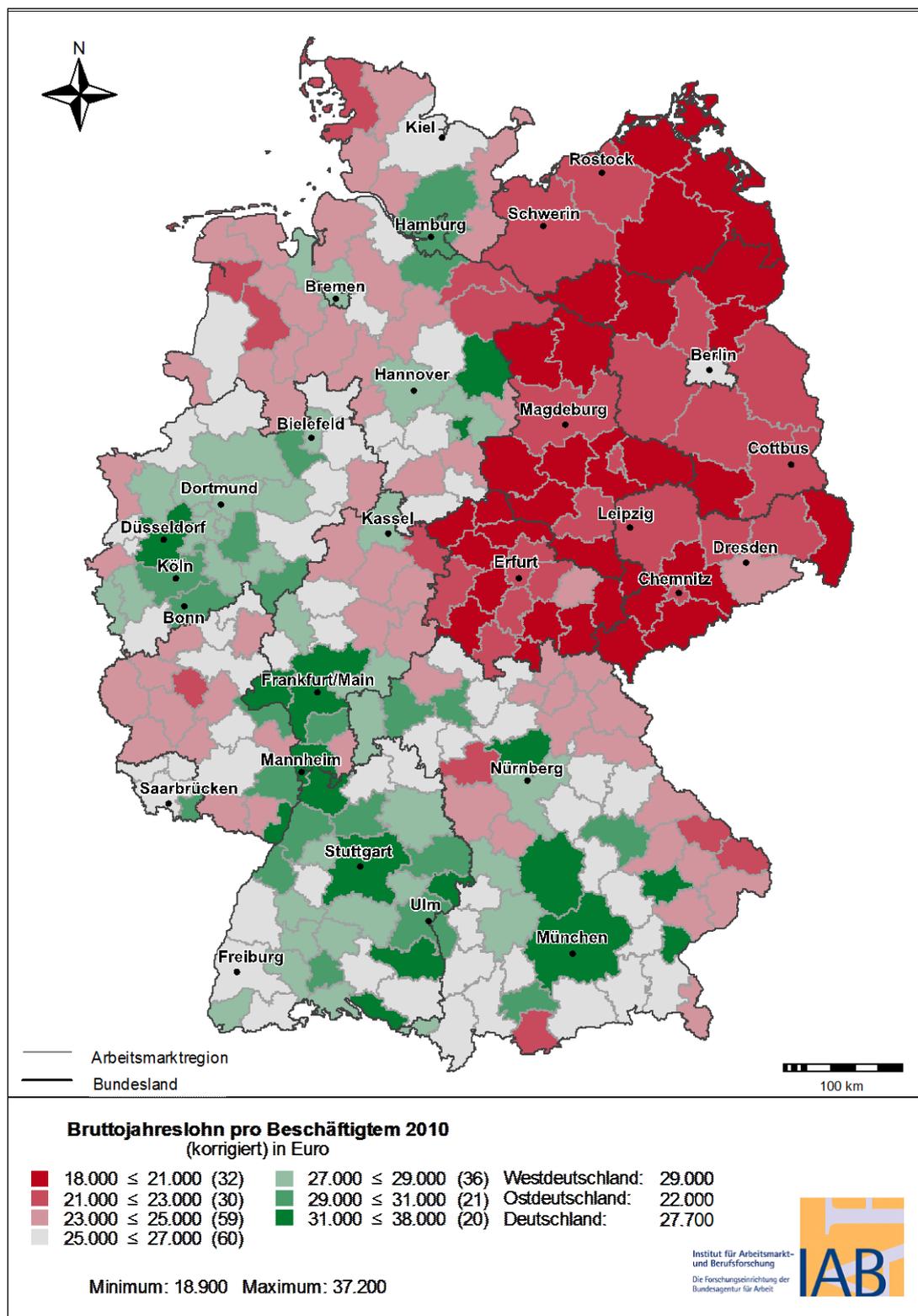
Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011; Berechnung und Darstellung: STASA.

Entwicklung bis zum Jahr 2010

Wie bereits bei den Anteilen der Beschäftigten mit Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze ergeben sich auch für den korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem im Jahr 2010 keine grundlegenden Änderungen. Es fällt jedoch auf,

dass die Region Frankfurt/Main im Jahr 2010 trotz einer positiven Entwicklung auf den fünften Rangplatz hinter Wolfsburg und München zurückgefallen ist und es den beiden Regionen Wiesbaden und Heidenheim gelungen ist, ihr korrigiertes Durchschnittseinkommen auf über 31.000 Euro zu steigern.

Karte 48
Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V9.00, Nürnberg 2012; Berechnung und Darstellung: STASA.

3.1.2.3 Entwicklung des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem von 2005 bis 2009

Die regionalen Lohnkorrekturen haben den Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem in Westdeutschland um rund 1.000 Euro und in Ostdeutschland um gut 400 Euro erhöht.

Der durchschnittliche korrigierte Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem ist im Zeitraum von 2005 bis 2009 um 4,7 Prozent gestiegen. Wie beim gemessenen Lohn fiel der Zuwachs auch beim korrigierten Lohn in Ostdeutschland mit +7,0 Prozent stärker aus als in Westdeutschland (+4,2 Prozent).

Betrachtet man die einzelnen Jahre getrennt voneinander, so lässt sich für den Zeitraum von 2005 bis 2008 ein zunehmender Anstieg der jährlichen Zuwachsraten feststellen. Bundesweit stieg der korrigierte Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem von 2005 auf 2006 um 1,0 Prozent. Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs am Arbeitsmarkt zwischen 2006 und 2007 nahm er dann um 1,2 Prozent und im Folgejahr sogar um 2,0 Prozent zu. Dabei fiel die Zunahme in Ostdeutschland stets etwas stärker aus als in Westdeutschland. Im Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 war der Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren dann mit +0,5 Prozent deutlich geringer. In Westdeutschland stagnierte er mit +0,3 Prozent nahezu, während in Ostdeutschland ein prozentualer Zuwachs von +1,2 Prozent erzielt werden konnte. Die konjunkturelle Belebung im folgenden Jahr 2010 führte wieder zu deutlich höheren Wachstumsraten beim korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem. In Ostdeutschland fielen sie mit +2,9 Prozent so hoch aus wie im Jahr 2008 und in Westdeutschland lagen sie mit +1,4 Prozent nur geringfügig unter dem Zuwachs des Jahres 2008 mit +1,8 Prozent.

Tabelle 27

Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem am Arbeitsort von 2005 bis 2010 in Euro

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Westdeutschland	27.400	27.600 (+0,9 %)	28.000 (+1,1 %)	28.500 (+1,8 %)	28.600 (+0,3 %)	29.000 (+1,4 %)
Ostdeutschland	20.400	20.700 (+1,1 %)	21.000 (+1,7 %)	21.600 (+2,9 %)	21.900 (+1,2 %)	22.500 (+2,9 %)
Deutschland	26.000	26.300 (+1,0 %)	26.600 (+1,2 %)	27.100 (+2,0 %)	27.300 (+0,5 %)	27.700 (+1,7 %)

Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (Beh) V8.06, Nürnberg 2011 & V9.00, Nürnberg 2012, Berechnung: STASA.

Betrachtet man die Entwicklung des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem über den Zeitraum von 2005 bis 2009 auf regionaler Ebene (vgl. Karte 49), so gehören insbesondere die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen mit Zuwächsen zwi-

schen vier und zehn Prozent zu den Lohn-Gewinnern. Die Arbeitsmarktregionen Salzlandkreis, Mansfeld-Südharz, Cottbus, Nordvorpommern und Mühlhausen zeigen dabei in Ostdeutschland die beste Entwicklung bei den durchschnittlichen Bruttojahreslöhnen mit Anstiegen von zehn oder mehr Prozent.

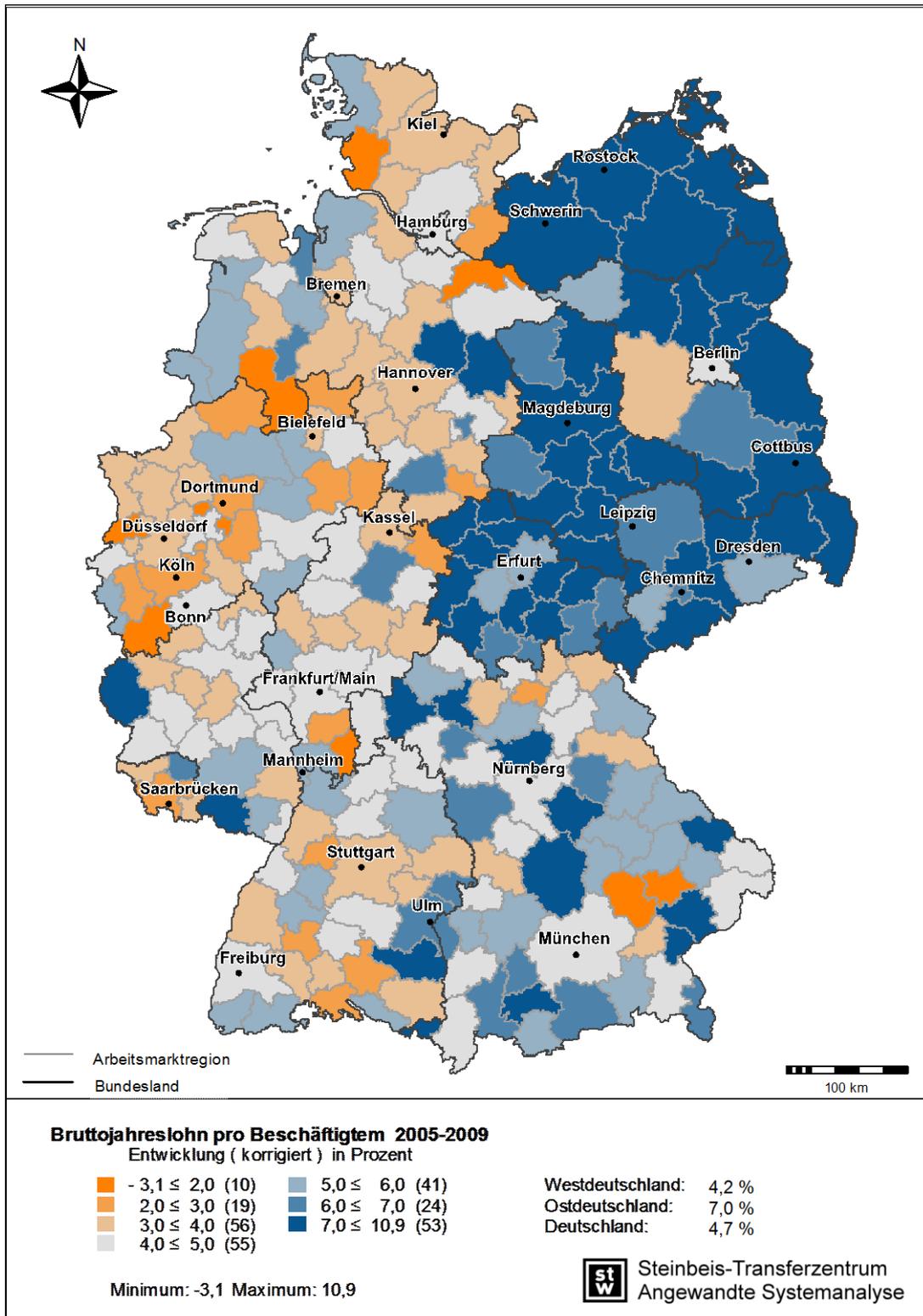
Der korrigierte Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem verbesserte sich aber auch in einigen westdeutschen Arbeitsmarktregionen. Mit Zuwächsen von über sieben Prozent stiegen sie in Wolfsburg, Ingolstadt, Lohr am Main, Burghausen, Weilheim, Lindau, Celle, Biberach, Pirmasens, Erlangen, Bitburg, Schweinfurt, Neumarkt, Eggenfelden/Pfarrkirchen sowie Regen-Zwiesel weit überdurchschnittlich (vgl. dunkelblaue Flächen in Karte 50). Geringe Anstiege des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem von unter zwei Prozent gab es hingegen in Erbach, Bochum, Landshut, Hagen, Heide, Viersen, Euskirchen, Lüneburg und Osnabrück. Lediglich in der Arbeitsmarktregion Dingolfing sank der korrigierte regionale Durchschnittslohn um 3,1 Prozent (vgl. dunkelorange Flächen in Karte 50).

Entwicklung bis zum Jahr 2010

Auch im Jahr 2010 erhöhte die Lohnkorrektur das Einkommen im Vergleich zum gemessenen Lohn um 3,6 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das korrigierte Durchschnittseinkommen 2010 um rund 400 Euro. Für den Ost-West-Vergleich ergibt sich, dass die Steigerung in Ostdeutschland, stärker ausfällt als in Westdeutschland. Somit konnte in Westdeutschland ein Plus von 400 Euro und in Ostdeutschland eine Erhöhung von 600 Euro im Vergleich zum Jahr 2009 festgestellt werden.

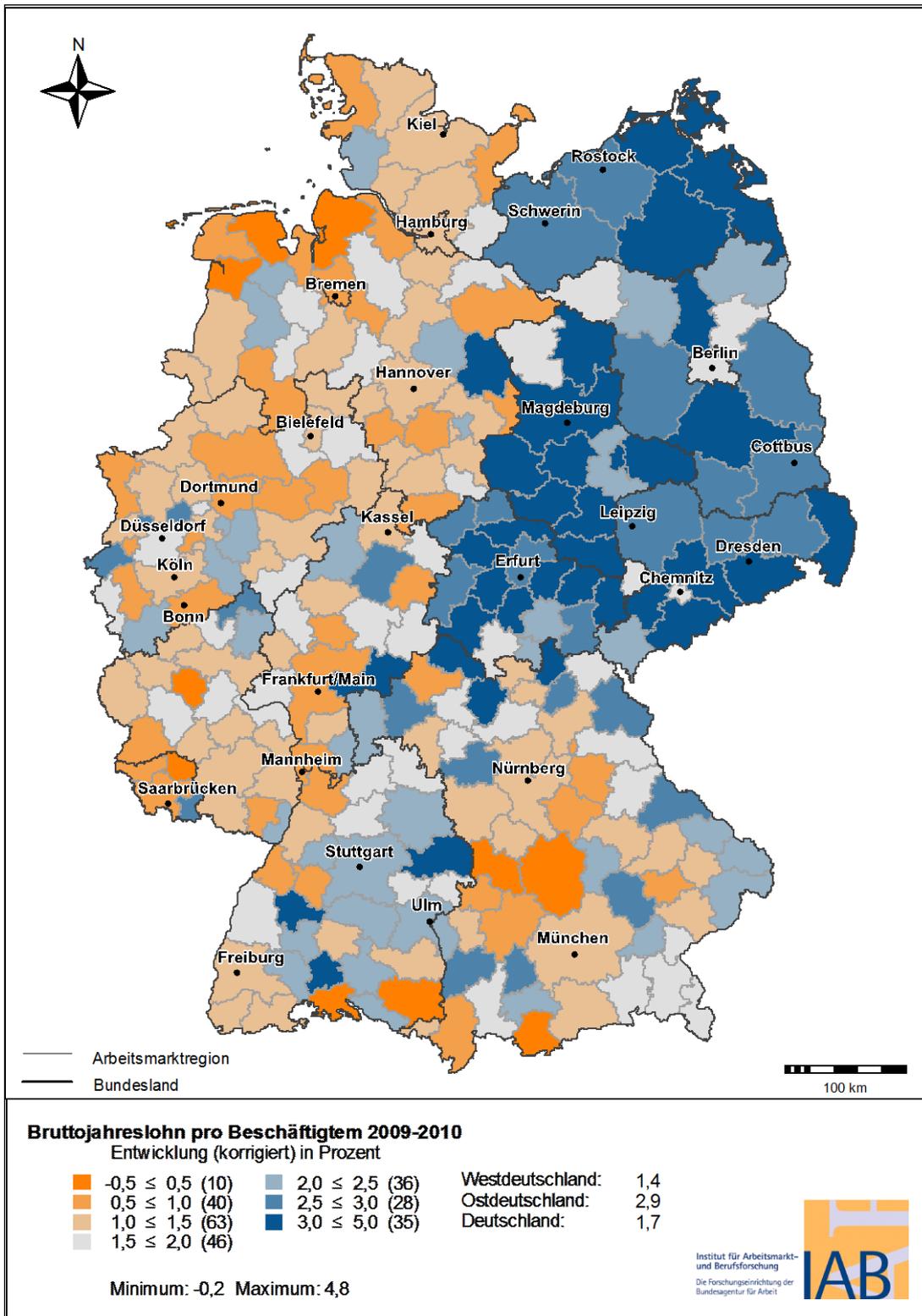
Dieser Unterschied wird auch auf der regionalen Ebene ersichtlich, und insbesondere in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen gab es überdurchschnittliche Anstiege beim korrigierten Durchschnittslohn. Lediglich in der Arbeitsmarktregion Garmisch-Partenkirchen sank der korrigierte Bruttojahreslohn von 2009 bis 2010 um -0,2 Prozent. Ebenso auffällig ist die Entwicklung der besten westdeutschen Arbeitsmarktregionen, da hier die Region Kulmbach, die vor der Korrektur noch zu den besten drei zu zählen war, nun mit einem Anstieg von 2,9 Prozent erst auf Position 13 anzutreffen ist. Dagegen haben nach der Korrektur neben Haßfurt und Tuttingen auch die Regionen Aalen und Freudenstadt die höchsten Zuwächse von 2009 bis 2010. In Ostdeutschland bleibt sowohl für die besten als auch für die schlechtesten Entwicklungen das vorherige Bild erhalten, so dass auch nach der Korrektur die beiden Regionen Altenburg und Chemnitz an letzter und die Regionen Sondershausen, Erzgebirgskreis, Zwickau und der Burgenlandkreis an den vordersten Positionen stehen.

Karte 49
Entwicklung des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem von 2005 bis 2009



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (Beh) V8.06, Nürnberg 2011; Berechnung und Darstellung: STASA.

Karte 50
Entwicklung des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem von 2009 bis 2010



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011 & V9.00, Nürnberg 2012; Berechnung und Darstellung: STASA.

3.2 Primäreinkommen und Bruttoinlandsprodukt

Dieser Abschnitt widmet sich dem Primäreinkommen sowie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Diese Einkommensindikatoren werden aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) gewonnen und vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht. Die Regionalisierung erfolgt vom Arbeitskreis „**Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder**“. Dieses Gremium umfasst alle Statistischen Ämter der Bundesländer, das Statistische Bundesamt sowie als Repräsentant des Deutschen Städtetages das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main. Ausgehend von den nationalen Ergebnissen des Statistischen Bundesamts, die das wirtschaftliche Geschehen in Deutschland möglichst umfassend abbilden, werden die regionalen Ergebnisse unterhalb der Länderebene von den jeweiligen Statistischen Landesämtern berechnet. Sofern bereits regionale Ergebnisse vorliegen, werden diese mit der **Bottom-Up-Methode** auf die jeweils nächst höhere regionale Ebene aggregiert, wobei die Summe aller regionalen Werte dem nationalen Wert entsprechen muss. Da jedoch viele Größen nur auf der Bundesebene erhoben werden, müssen diese mit der **Top-Down-Methode** auf die regionalen Ebenen herunter gebrochen werden. Dies erfolgt in der Regel über geeignete Schlüsselgrößen, die aber oftmals zu verschiedenen Zeitpunkten vorliegen. Zudem kommt es alle fünf Jahre zu Revisionen der VGR, um Änderungen bei Klassifikationen, Konzepten, Datenquellen und Berechnungsmethoden zu berücksichtigen (Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2011: 4 ff.). Die letzte Revision erfolgte im Jahr 2011⁴⁴ (Räth/Braakmann 2011: 825).

3.2.1 Entwicklung der Einwohner- und Erwerbstätigenzahlen von 2005 bis 2009

Wie auch bei der Bruttolohnsumme je Beschäftigtem erfolgt vor der Betrachtung der Indikatoren zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem und je Einwohner sowie zum Primäreinkommen je Einwohner die Analyse der Teilkomponenten, auf deren Grundlage die Berechnung erfolgen wird. Dabei sei die Beschreibung der Entwicklung der Einwohner- und Erwerbstätigenzahlen vorangestellt, wohingegen die Beschreibung des Bruttoinlandsproduktes und des Primäreinkommens erst im entsprechenden Unterabschnitt dieses Kapitels erfolgt. Obwohl bereits zuvor für die Berechnung der Arbeitslosigkeit die Zahl der Erwerbstätigen und für die Berechnung des Beschäftigungsgrades die Zahl der Einwohner beschrieben wurde, bedarf es an dieser Stelle einer erneuten Ausführung, da die hier betrachteten Daten aus einer anderen Datenquelle, der VGR, stammen und für den Jahresdurchschnitt anstatt für einen Stichtag ausgewiesen werden.

⁴⁴ Mit dieser Revision der VGR gehen deutliche Verschiebungen zwischen dem Leistungsstand der einzelnen Bundesländer einher, welche sich auf Länderebene zwischen -6,5 Prozent und +6,9 Prozent bewegen. Hierbei mussten insbesondere die neuen Bundesländer Abwärtskorrekturen zwischen -6,5 Prozent und -2,5 Prozent hinnehmen (Ludwig 2012). Da allerdings die revidierten Zahlen bislang vorläufig nur auf Länderebene zur Verfügung stehen, beziehen sich alle nachfolgenden Werte auf die nicht revidierten Zahlen der VGR.

3.2.1.1 Entwicklung der Einwohnerzahl

Die Zahl der Einwohner hat sich in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 2005 bis 2009 um fast 600.000 Personen verringert, was einem Rückgang von 0,7 Prozent entspricht. Dabei fällt auf, dass Ostdeutschland mit einem Minus von 2,2 Prozent (-367.000 Personen) wesentlich stärker von dem Bevölkerungsrückgang betroffen war als Westdeutschland. Hier lag lediglich ein Rückgang von 0,3 Prozent bzw. -222.000 Personen vor. Ursächlich hierfür sind der demographische Wandel und die noch immer stark ausgeprägte Ost-West-Wanderung.

Demzufolge überrascht es nicht, dass in beinahe 90 Prozent der ostdeutschen Arbeitsmarktregionen die Bevölkerungszahl gesunken ist (orangefarbene und graue Flächen in Karte 51). Gleichermäßen waren es die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Finsterwalde, Mansfeld-Südharz, Sondershausen, Salzlandkreis und Perleberg sowie Anhalt-Bitterfeld und Prenzlau, in denen mit Bevölkerungsrückgängen von bis zu 6,9 Prozent die bundesweit höchsten Werte vorzufinden sind. Aber es sind auch positive Entwicklungen zu verzeichnen (blaue Flächen in Karte 51), wobei auffällig ist, dass diese lediglich in Berlin und seinem Umland (Arbeitsmarktregionen Luckenwalde, Eberswalde, Potsdam-Brandenburg und Oranienburg) sowie in Dresden zu finden sind. Die Werte liegen dabei für Berlin und Umgebung bei +0,1 bis +1,7 Prozent und Dresden verzeichnet mit +2,0 Prozent den größten Einwohnerzuwachs.

Auch wenn die stärksten Bevölkerungsrückgänge in Westdeutschland bei Werten zwischen -4,0 und -4,7 Prozent⁴⁵ liegen und nicht ganz so hoch ausfallen wie in Ostdeutschland, so ist auch im Westen mit 151 von 204 die Mehrzahl aller Arbeitsmarktregionen durch eine negative Entwicklung gekennzeichnet. Besonders positiv hat sich dagegen die Bevölkerungszahl mit einem Zuwachs von vier Prozent in der Arbeitsmarktregion München entwickelt. Steigerungen von +2,0 bis +2,6 Prozent konnten zudem die drei Arbeitsmarktregionen Landsberg, Mainz und Trier verzeichnen, Hamburg und Vechta blieben mit je +1,9 Prozent Zuwachs nur knapp dahinter.

3.2.1.2 Entwicklung der Erwerbstätigenzahl

Für die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen aus den Zahlen der VGR ergibt sich für den Zeitraum der Jahre 2005 bis 2009 sowohl auf der Bundesebene als auch für West- und Ostdeutschland jeweils ein Zuwachs von +3,7 Prozent (vgl. Karte 52).

Dabei ist dennoch in 21 ostdeutschen Arbeitsmarktregionen ein Rückgang zu beobachten wobei die drei Regionen Nordhausen, Meiningen und Suhl mit -2,3 bis -3,0 Prozent den größten Verlust an Erwerbstätigen aufwiesen (vgl. dunkelorange Flächen in Karte 52). Deutliche Anstiege bei der Zahl der Erwerbstätigen von min-

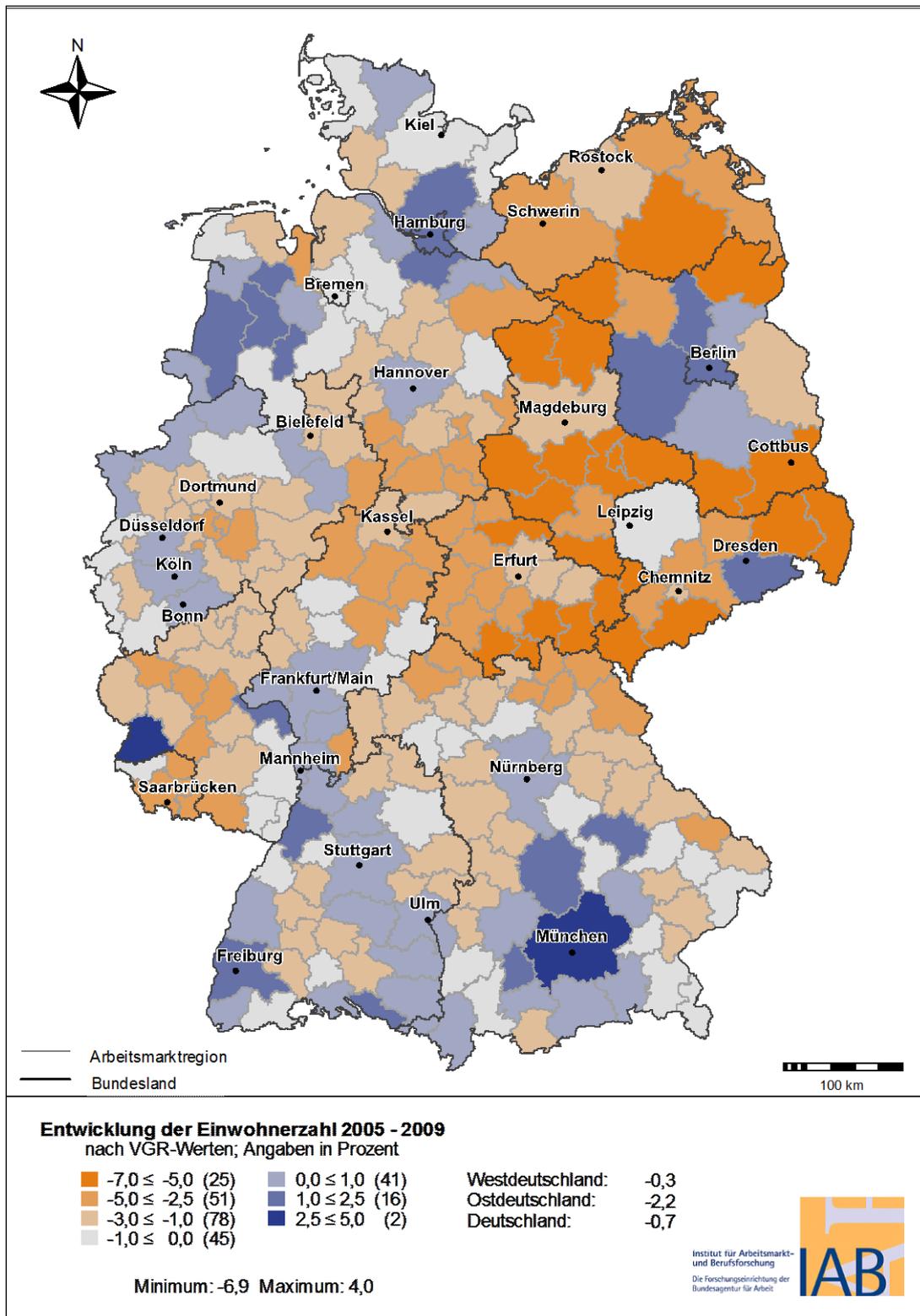
⁴⁵ Hierbei handelt es sich um die Arbeitsmarktregionen Salzgitter, Hof, Marktredwitz, Osterode, Goslar, Eschwege und Holzminden.

destens acht Prozent finden sich erneut in Berlin und den brandenburgischen Arbeitsmarktregionen Luckenwalde und Potsdam-Brandenburg sowie in den anderen ostdeutschen Regionen Arnstadt und Südvorpommern. Zuwächse von fünf bis unter acht Prozent gab es in Rostock, Anhalt-Bitterfeld, Salzlandkreis sowie Oranienburg und Jena.

In Westdeutschland ist lediglich in 22 Arbeitsmarktregionen die Zahl der Erwerbstätigen zurückgegangen, wobei die deutlichsten Rückgänge mit mehr als zwei Prozent in den Regionen Osterode, Remscheid, Kronach, Salzgitter, Goslar und Eschwege anzutreffen sind (vgl. dunkelorange Flächen in Karte 52). In 182 Arbeitsmarktregionen ist die Zahl der Erwerbstätigen von 2005 bis 2009 angestiegen. Dabei zählen die sieben Regionen Deggendorf, Nordhorn, Ingolstadt, Erlangen und Cham sowie Friedrichshafen und Cloppenburg zu den Regionen, die ihre Beschäftigtenzahl um acht bis unter zehn Prozent steigern konnten. Die Arbeitsmarktregionen Zeven, Vechta und Lingen konnten sogar Steigerungen von mehr als zehn Prozent erreichen und die Region Leer verzeichnet mit einem Zuwachs von 14,8 Prozent das beste Ergebnis.

Karte 51

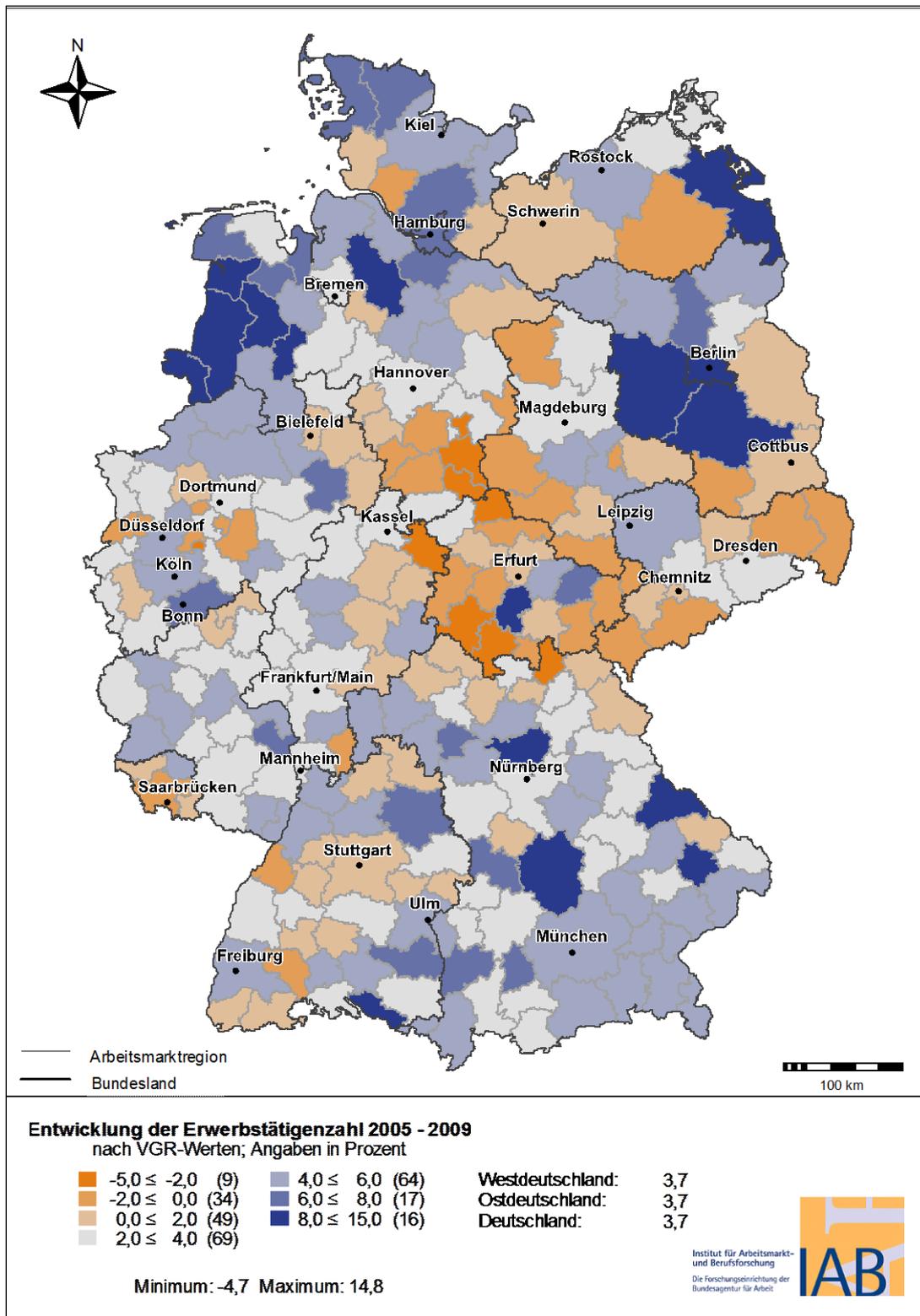
Entwicklung der Einwohnerzahl (Jahresdurchschnitt) von 2005 bis 2009



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 52

Entwicklung der Erwerbstätigenzahl (Jahresdurchschnitt) von 2005 bis 2009



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung.

3.2.2 Primäreinkommen von 2005 bis 2009

3.2.2.1 Allgemeine Beschreibung

Das Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) umfasst die Primäreinkommen der privaten Haushalte, der Kapitalgesellschaften und des Staates und lässt sich aus dem um den Saldo der Primäreinkommen mit der übrigen Welt ergänzten BIP berechnen. Für die Regionalisierung des Primäreinkommens wird hingegen nur das Primäreinkommen der privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) herangezogen. Dieses enthält alle Einkommen aus unselbständiger und selbständiger Tätigkeit sowie aus empfangenem und geleistetem Vermögen, wie z. B. Zinsen, Gewinne und Pachten, und wird von den VGR der Länder alle drei Jahre in der Einkommensstatistik ausgewiesen. Es wird aus verschiedenen Datenquellen gewonnen und setzt sich zu 70 Prozent aus dem am Arbeitsort erfassten Arbeitnehmerentgelt aus der Einkommensentstehungsrechnung zusammen, das an private Haushalte fließt. Zu dem Arbeitnehmerentgelt addiert sich der Saldo der Pendlereinkommen, der wiederum aus einer Schätzung von der Zahl der Pendler und der Durchschnittseinkommen stammt. Für alle anderen Komponenten⁴⁶ liegen keine originären Daten der privaten Haushalte auf regionaler Ebene vor, so dass die Berechnung mit der Top-Down-Methode über verschiedene Schlüsselgrößen von der Bundesebene über die Länderebene zur Kreisebene erfolgt (Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2011: 46 ff., 88 ff.). Da das Primäreinkommen am Wohnort ausgewiesen und zumeist auf die Zahl der Haushalte bzw. Einwohner bezogen wird, zeigt es zwar den Wohlstand einer Region an, lässt aber keine Bewertung der Wirtschaftskraft einer Region (am Arbeitsort) zu.

3.2.2.2 Umrechnung auf den aktuellen Gebietsstand

Das Primäreinkommen lag zum Zeitpunkt der Berichtserstellung regionalisiert bis zum Jahr 2009 vor, so dass eine Umrechnung auf den Gebietsstand nach der Kreisgebietsreform 2011 in Mecklenburg-Vorpommern notwendig wurde. Da zudem in den Berechnungen der VGR die Zahl der Einwohner im Jahresdurchschnitt⁴⁷ verwendet wurde, musste nicht nur das Primäreinkommen, sondern auch die Bevölkerungszahl für die betroffenen Landkreise umgerechnet werden.⁴⁸ Betroffen waren von der Umrechnung lediglich die zwei neuen Landkreise „Mecklenburgische Seenplatte“ und „Vorpommern-Greifswald“, da sich diese mit der Kreisgrenze des früheren Landkreises „Demmin“ überschneiden. Die Umrechnung des Primäreinkommens erfolgte anhand der Verteilung der Bruttolohn- und Gehaltssumme aus dem Jahreszeitraumaterial. Dieses nimmt den größten Anteil am Primäreinkommen ein und liegt gemeinschaftlich für den alten und neuen Gebietsstand vor. Zuerst wurde

⁴⁶ Siehe hierzu: Tabelle 36 in Abschnitt 5.8.

⁴⁷ Siehe Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2011: 70).

⁴⁸ Die Umrechnung erfolgte mit den Bevölkerungszahlen zum 31.12., die vom Statistischen Bundesamt regional bis auf Gemeindeebene vorliegen.

die Bruttolohn- und Gehaltssumme aus allen Kreisen des alten Gebietszuschnitts, die komplett in den zwei neuen Kreisen „Mecklenburgische Seenplatte“ und „Vorpommern-Greifswald“ enthalten sind, aufsummiert. Anschließend wurde die Differenz aus dieser Summe und der Lohnsumme in den beiden neu abgegrenzten Kreisen ermittelt. Aus dieser Differenz ließen sich die prozentualen Anteile berechnen, die von dem alten Kreis „Demmin“ auf die neuen Kreise „Mecklenburgische Seenplatte“ bzw. „Vorpommern-Greifswald“ entfielen. Dieses Vorgehen wurde für jedes Jahr separat durchgeführt, so dass das Primäreinkommen entsprechend der so ermittelten Anteile auf die neuen Kreise umgerechnet werden konnte.

3.2.2.3 Primäreinkommen pro Einwohner

Das Primäreinkommen ist von 2005 bis 2009 insgesamt um 8,6 Prozent gewachsen, wobei der prozentuale Einkommenszuwachs in Ostdeutschland mit 9,5 Prozent etwas stärker war als mit 8,4 Prozent in Westdeutschland. Dies ist allein auf das Krisenjahr 2009 zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr sank das Primäreinkommen um 2,5 Prozent. In Westdeutschland betrug der Rückgang -2,8 Prozent und fiel somit deutlich stärker aus als in Ostdeutschland (-1,2 Prozent).

Bezieht man das Primäreinkommen auf die Zahl der Einwohner, so zeigt sich, dass sich das Primäreinkommen pro Einwohner ab dem Jahr 2005 von 20.000 Euro bundesweit kontinuierlich auf 22.400 Euro im Jahr 2008 gesteigert hat, was einem Anstieg von 11,9 Prozent entspricht (vgl. Tabelle 28). Erst im Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise ist erstmals wieder ein Rückgang auf 21.900 Euro bzw. um 2,3 Prozent zu verzeichnen. Über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg, d. h. von 2005 bis 2009, ist somit das Primäreinkommen pro Einwohner um 9,4 Prozent gestiegen. Vergleicht man diese Entwicklung zwischen West- und Ostdeutschland, so sticht zunächst das deutlich unterschiedliche Niveau zwischen dem west- und ostdeutschen Primäreinkommen pro Einwohner ins Auge. So lag das ostdeutsche Primäreinkommen pro Einwohner im Zeitraum von 2005 bis 2009 zwischen 7.100 und 7.800 Euro unter dem der westdeutschen Einwohner. Dabei hat sich aber das durchschnittliche ostdeutsche Primäreinkommen im gesamten Zeitraum mit einem Zuwachs von 12,0 Prozent besser entwickelt als das westdeutsche, bei welchem nur ein Zuwachs von 8,8 Prozent zu verzeichnen war. Der Unterschied fällt hier zwischen West- und Ostdeutschland prozentual stärker aus als bei der Entwicklung des Primäreinkommens insgesamt, da in Ostdeutschland die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 2,2 Prozent zurückgegangen ist, während der Rückgang in Westdeutschland nur bei 0,3 Prozent lag. Eine Tendenz, die ebenfalls beim jährlichen Zuwachs (mit Ausnahme des Krisenjahres 2009) festgestellt werden kann. Da sich die Krise im Wesentlichen nur auf Westdeutschland auswirkte, ging das Primäreinkommen pro Einwohner in diesem Jahr in Westdeutschland mit -2,5 Prozent deutlich stärker zurück als in Ostdeutschland (-0,7 Prozent).

Tabelle 28
Primäreinkommen pro Einwohner von 2005 bis 2009

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008	2009
Westdeutschland	21.500	22.300 (+3,7 %)	23.000 (+3,2 %)	24.000 (+4,4 %)	23.400 (-2,5 %)
Ostdeutschland	14.400	14.900 (+3,7 %)	15.500 (+3,8 %)	16.200 (+4,7 %)	16.100 (-0,7 %)
Deutschland	20.000	20.800 (+3,7 %)	21.500 (+3,3 %)	22.400 (+4,5 %)	21.900 (-2,3 %)

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung; Zahlen gerundet.

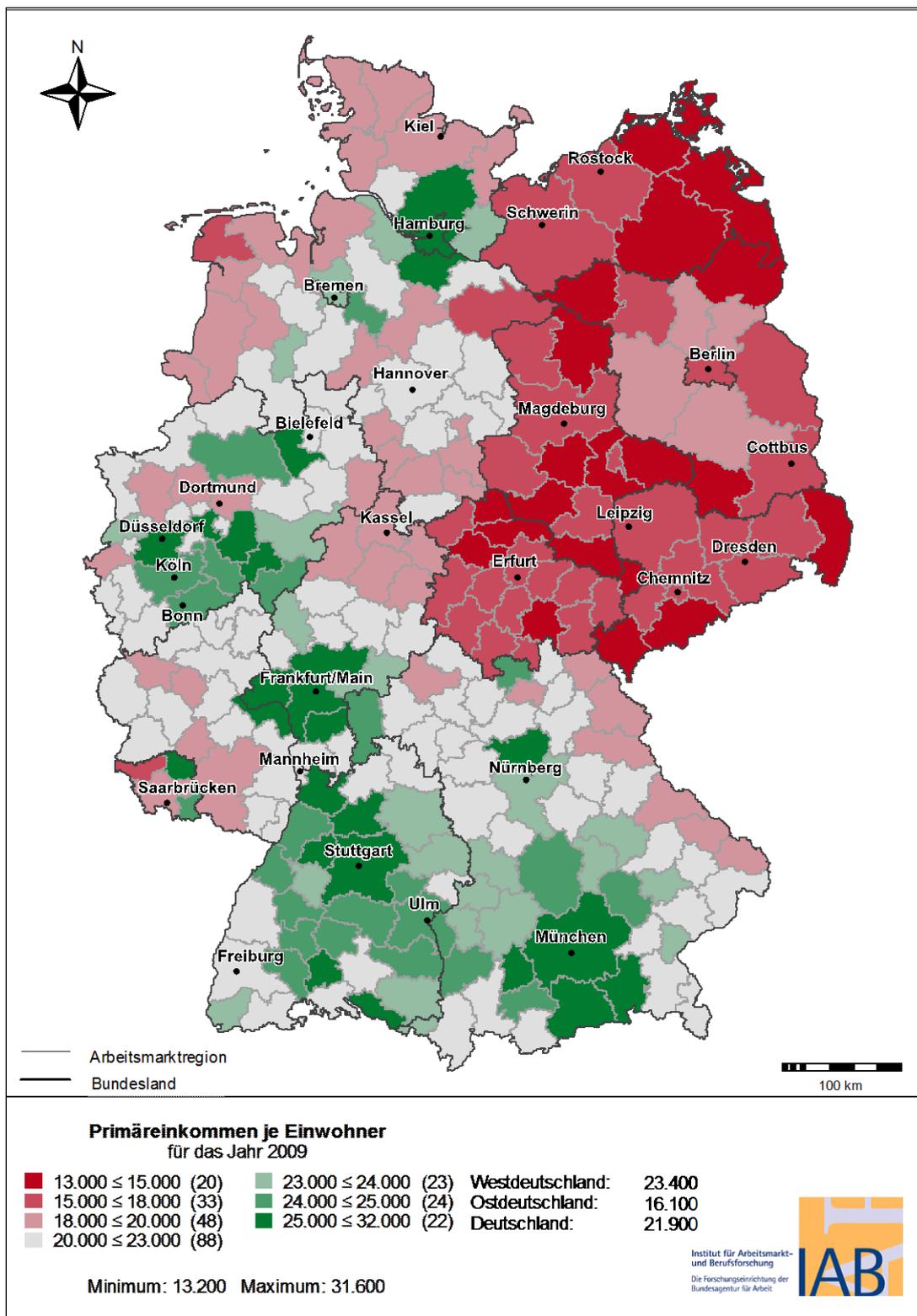
Auch auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen wird das starke West-Ost-Gefälle mit einem wesentlich geringeren Primäreinkommen pro Einwohner im Osten deutlich sichtbar. Von den 53 Arbeitsmarktregionen, die im Jahr 2009 ein Primäreinkommen pro Einwohner von unter 18.000 Euro aufwiesen, lagen mit Ausnahme der Arbeitsmarktregionen Uelzen, Emden und Merzig alle in Ostdeutschland (vgl. rote Flächen in Karte 53). Die niedrigsten Durchschnittswerte von unter 14.000 Euro fanden sich in den Arbeitsmarktregionen Görlitz, Sondershausen, Südvorpommern, Mansfeld-Südharz, Altenburg und Salzlandkreis. Die höchsten Primäreinkommen pro Einwohner von über 27.000 Euro gab es im Jahr 2009 in München, St. Wendel, Olpe, Bad Tölz, Heilbronn, Hamburg, Düsseldorf, Erlangen, Frankfurt/Main und Stuttgart, wobei München mit über 31.000 Euro den höchsten Wert aufwies. In Ostdeutschland konnten die an Berlin angrenzenden Arbeitsmarktregionen Potsdam-Brandenburg, Luckenwalde, Oranienburg und Eberswalde die höchsten Primäreinkommen pro Einwohner erzielen, welche jedoch alle mit maximal 19.300 Euro noch deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnittswert von 21.900 Euro lagen.

Betrachtet man die Entwicklung des Primäreinkommens pro Einwohner von 2005 bis 2009, so ist für Westdeutschland festzustellen, dass es lediglich in den zwei Arbeitsmarktregionen Celle und Merzig gesunken ist. Während der Rückgang in Merzig mit 0,3 Prozent ausschließlich auf die Entwicklung im Krisenjahr 2009 zurückgeht, verhält es sich bei Celle mit einem Minus von 3,7 Prozent anders. Zwar ist hier ebenfalls im Jahr 2009 ein Rückgang feststellbar, wesentlich stärker schlägt allerdings der Einbruch des Primäreinkommens im Jahr 2007 zu Buche. In diesem Jahr ging es dort um fast elf Prozent zurück. Neben diesen zwei Sonderfällen finden sich die niedrigsten Anstiege in den Arbeitsmarktregionen Olpe (+3,9 Prozent), Aachen (+4,1 Prozent) sowie Konstanz, Bielefeld, Freiburg (je +4,3 Prozent) und Mönchengladbach (+4,4 Prozent) (vgl. dunkelorange Flächen in Karte 54). Die stärksten Anstiege beim Primäreinkommen pro Einwohner um 15 und mehr Prozent finden sich

in Westdeutschland bei den drei Arbeitsmarktregionen Coburg (+15,4 Prozent), Leer (+16,5 Prozent) und Lingen (+16,8 Prozent) (vgl. dunkelblaue Flächen in Karte 54).

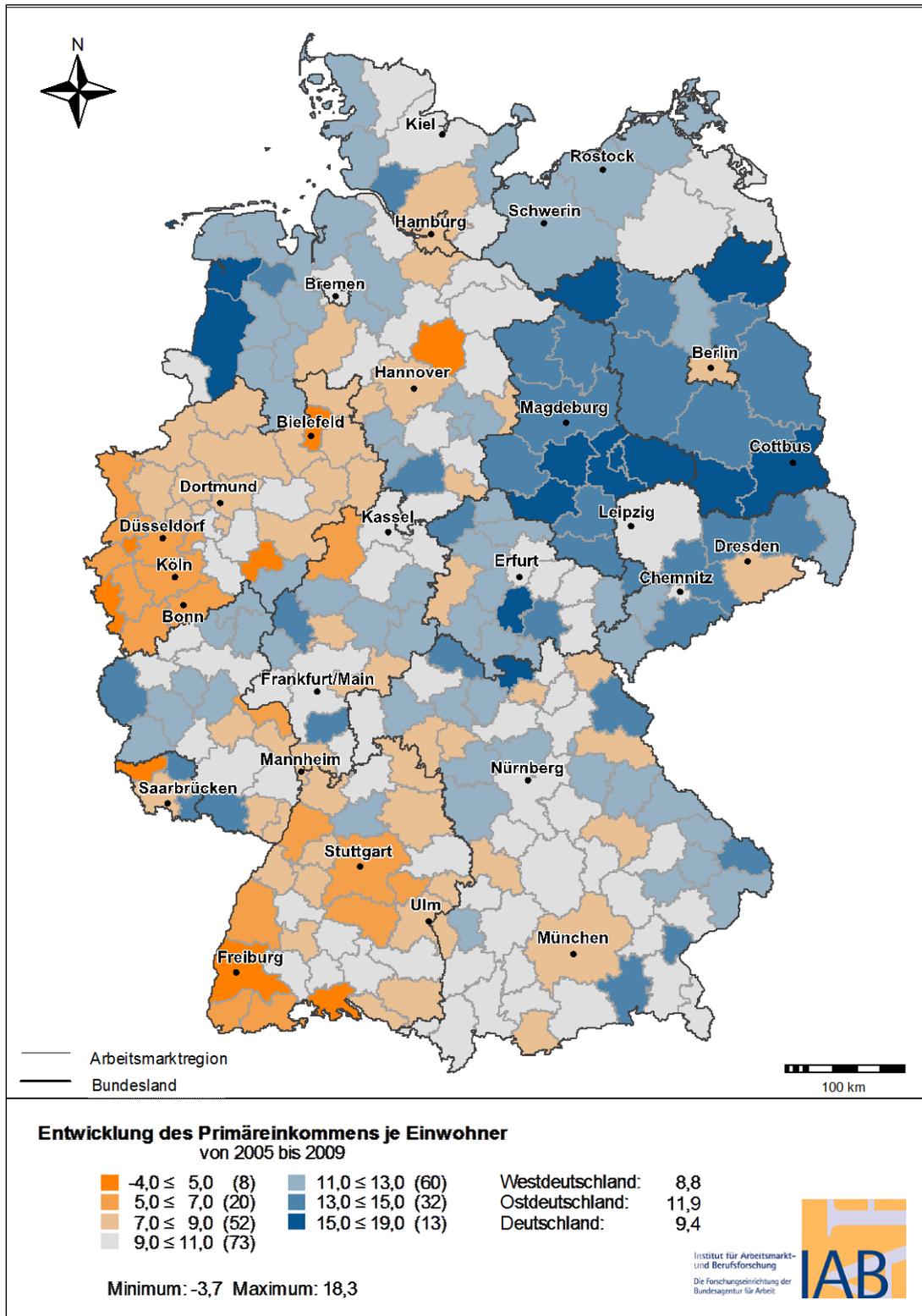
In Ostdeutschland gab es keine einzige Arbeitsmarktregion mit einem Rückgang beim Primäreinkommen pro Einwohner, was noch einmal zeigt, dass es sich in Ostdeutschland grundsätzlich besser entwickelt hat als in Westdeutschland. Auch lagen die geringsten Zuwächse in Ostdeutschland weit über denen in westdeutschen Arbeitsmarktregionen. Dresden verbuchte prozentual den niedrigsten Anstieg von 7,7 Prozent, gefolgt von Eisenach (+8,4 Prozent), Berlin (+8,7 Prozent), Erfurt (+9,5 Prozent), Weimar (+9,7 Prozent) sowie Jena und der Mecklenburgischen Seenplatte (je +9,9 Prozent). Wo zudem in Westdeutschland nur drei Regionen im Zeitraum von 2005 bis 2009 einen Anstieg beim durchschnittlichen Primäreinkommen pro Einwohner um mindestens 15 Prozent erreichen konnten, waren es in Ostdeutschland mit den Arbeitsmarktregionen Wittenberg (+15,0 Prozent), Mansfeld-Südharz (+15,1 Prozent), Dessau-Roßlau (+15,8 Prozent), Salzlandkreis (+16,0 Prozent), Prenzlau (+16,1 Prozent), Cottbus (+16,2 Prozent), Perleberg (+16,7 Prozent), Finsterwalde (+17,1 Prozent), Arnstadt (+17,9 Prozent) und Anhalt-Bitterfeld (+18,3 Prozent) insgesamt zehn Regionen (vgl. dunkelblaue Flächen in Karte 54).

Karte 53
Primäreinkommen pro Einwohner 2009 in Euro



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 54
Entwicklung des Primäreinkommens pro Einwohner von 2005 bis 2009 in Prozent



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung.

3.2.3 Bruttoinlandsprodukt von 2005 bis 2009

3.2.3.1 Allgemeine Beschreibung

Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) sowie die Bruttowertschöpfung (BWS) geben die Wirtschaftsleistung bzw. die erwirtschafteten Einkommen eines Landes oder einer Region innerhalb eines bestimmten Zeitraums wieder. Das BIP wird von den VGR des Bundes und der Länder aus der Entstehungsrechnung nach dem Inlandskonzept⁴⁹ erstellt (Statistisches Bundesamt 2007: 30, 47). Es berechnet sich aus der von allen Wirtschaftsbereichen aufaddierten Bruttowertschöpfung, d. h. der Summe aller von Inländern und Ausländern in einem Land bzw. einer Region produzierten Güter und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen, ergänzt um die Gütersteuern und vermindert um die Gütersubventionen. Diese Größe ist ein zentraler Indikator einer Volkswirtschaft, der in Deutschland vierteljährlich und jährlich für die laufende Wirtschaftsbeobachtung und -analyse im Inland und im Vergleich zum Ausland verwendet wird. Zudem zieht auch die Europäische Kommission das BIP (neben der Arbeitslosenquote) als Indikator zur Bewertung der Förderbedürftigkeit von strukturschwachen Regionen heran (Europäische Kommission 1988, 1998, 2006).

Trotz der weit verbreiteten Verwendung weist das BIP auch einige Schwächen auf, die im Jahr 2009 von der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und der Europäischen Kommission wieder aufgegriffen und ausführlich diskutiert wurden. Die Kritik bezog sich insbesondere auf die **fehlende Berücksichtigung von nichtmateriellen Indikatoren**, um auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung adäquat darstellen zu können. Empfohlen wurde, weitere sozioökonomische und ökologische Indikatoren sowie die vom Staat zur Verfügung gestellten öffentlichen Güter in die Berechnung mit einzubeziehen, um so auch die Lebensqualität hinreichend abbilden zu können (Braakmann 2010: 609). Das „European Statistical System Committee“ griff diese Diskussion auf und gründete die EU-übergreifende Kooperation „Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development“. Ihre Aufgabe bestand darin, aus den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und den Ergebnissen der „GDP and Beyond“-Kommission einen Ansatz zu entwickeln, der zukünftig zu einer angemesseneren Wohlstandsmessung führen soll. Die Ergebnisse wurden im November 2011 in ihrem Endbericht veröffentlicht (European Statistical System 2011) und die Empfehlungen unter drei Kernaufgabengebieten zusammengefasst:

- Messung von Einkommen, Konsum und Wohlstand auf der Haushaltsebene,
- mehrdimensionale und umfassende Messung der Lebensqualität und
- aktuelle und zukünftige umweltverträgliche Nutzung von Ressourcen.

⁴⁹ Das Inlandskonzept bezieht sich auf die im Inland erbrachte Wirtschaftsleistung. Im Gegensatz dazu umfasst das Inländerkonzept die Wirtschaftsleistung aller Inländer (Institutionen und Personen), egal ob diese im Inland oder im Ausland erbracht wurde.

Es ist vorgesehen, die erarbeiteten Ergebnisse, sowohl verschiedenen Interessengruppen auf europäischer und nationaler Ebene, d. h. Regierungen und Wissenschaftlern, für die weitere Diskussion zur Verfügung zu stellen. Hieraus sollen zukünftig geeignete und innerhalb der Europäischen Union vergleichbare Indikatoren erarbeitet werden.

Zieht man das BIP für regionale Analysen heran, so zeigen sich weitere Probleme. Wie bereits in Abschnitt 3.2 kurz angedeutet, ist das Ziel der VGR die umfassende Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Leistung in Deutschland. Regionalisierungen erfolgen im Fall fehlender kleinräumiger Daten über **Schlüsselgrößen** bzw. Stichprobenerhebungen. Dieses Vorgehen gewährleistet, dass die Bundeseckwerte getroffen werden und alle Ergebnisse konsistent sind, es impliziert aber auch **regional ungenaue Schätzungen**. Auch wird der Saldo aus Gütersteuern minus Gütersubventionen „*proportional im Verhältnis zur Bruttowertschöpfung auf die Länder verteilt*“ (Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2011: 9), ohne zu berücksichtigen, wo diese tatsächlich entstanden sind. Zudem enthält das BIP **Abschreibungen**, die insbesondere bei alt- bzw. schwerindustriellen Regionen die regionale Wertschöpfung als zu hoch darstellen und folglich auch die Wirtschaftsleistung als zu hoch darstellen. Zum anderen können die ebenfalls im BIP enthaltenen **indirekten Steuern** je nach Branchenausstattung in den Regionen recht unterschiedlich ausfallen, so dass sich das BIP in solchen Regionen erhöht, in denen sich einige Sektoren mit hohen indirekten Steuern kumulieren. Auf der anderen Seite wird das BIP in Regionen mit vielen **subventionierten** Branchen als zu niedrig ausgewiesen (Tetsch et al. 1988: 29). Um die unterschiedlichen Produktionssteuern in den einzelnen Branchen zu berücksichtigen, bietet sich deshalb die **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten** als geeigneterer Indikator an (Tetsch et al. 1988: 30).

Für regionale Vergleiche kann das BIP auf die Zahl der Einwohner oder die Zahl der Erwerbstätigen bezogen werden, was in den nachfolgenden Abschnitten ausführlich beschrieben wird. Diese beiden Größen, die aus den VGR für Kreise bis zum Jahr 2009 verfügbar sind, werden sowohl in ihrer Struktur als auch in der Entwicklung auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen untersucht.

3.2.3.2 Umrechnung auf den aktuellen Gebietsstand

Da die Daten zum Gebietsstand vor der Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern vorlagen, war auch hier eine entsprechende Umschlüsselung auf den Gebietsstand nach dem 4. September 2011 erforderlich. Hierzu wurde das BIP - wie bereits auch das Primäreinkommen - anhand der Bruttolohn- und Gehaltssumme aus dem Jahreszeitraummaterial auf den neuen Gebietsstand umgerechnet (vgl. Abschnitt 3.2.2.2).

Die Zahl der Erwerbstätigen aus den VGR umfasst alle Arbeitnehmer, d. h. Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte und Soldaten, sowie die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Der Begriff der Erwerbstätigen ist hier weiter gefasst als bei der Bezugsgröße, welche die Bundesagentur für Arbeit zur Berechnung ihrer Arbeitslosenquoten heranzieht. Bei den VGR werden alle Personen erfasst, die „eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig vom Umfang dieser Tätigkeit“ (Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ 2011: 16).

Die Zahl der Erwerbstätigen aus den VGR war ebenso wie das BIP regional bis zum Jahr 2009 und damit noch zum Gebietsstand vor der Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern verfügbar und musste daher für die Kreise in diesem Bundesland ebenfalls auf den Gebietsstand nach dem 4. September 2011 umgerechnet werden. Ausgangsgröße für die regionale Umrechnung war die Zahl der Erwerbspersonen, also die Bezugsgröße zur Berechnung der Arbeitslosenquoten, die für die Monate Mai 2007 bis Dezember 2011 für beide Gebietsstände vorliegt. Zieht man von der Bezugsgröße des Jahres 2010 die Zahl der Arbeitslosen vom Juni 2009 ab, so erhält man die Zahl der Erwerbstätigen vom Juni 2009 aus den Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit.⁵⁰ Im Falle des alten Kreises „Demmin“, der sich auf die neuen Kreise „Mecklenburgische Seenplatte“ und „Vorpommern-Greifswald“ aufteilt, können so aus den für beide Gebietsstände berechneten Erwerbstätigenzahlen für jedes Jahr Anteilswerte für die Aufteilung auf die neuen Kreise berechnet werden. Diese werden anschließend mit der Zahl der Erwerbstätigen aus den VGR multipliziert und ergeben so die Verteilung der Zahl der Erwerbstätigen auf die beiden neuen Kreise. Die Quoten schwanken zwischen 83,05 Prozent und 83,45 Prozent für den Kreis „Mecklenburgische Seenplatte“ und entsprechend für den Kreis „Vorpommern-Greifswald“ zwischen 16,55 Prozent und 16,95 Prozent.

3.2.3.3 Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner

Die Entwicklung des nominalen BIPs (in jeweiligen Marktpreisen)⁵¹ verlief von 2005 bis 2008 positiv, auch wenn nach den jährlichen Anstiegen um 3,8 Prozent von 2005 bis 2006 und 4,6 Prozent von 2006 bis 2007 der Zuwachs im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr nur noch 2,0 Prozent betrug, wie anhand von Tabelle 29 zu erkennen ist. Im Jahr 2009 ging dann das nominale BIP gegenüber dem Vorjahr bundesweit um 3,4 Prozent zurück. In Westdeutschland fiel der Rückgang mit -3,8 Prozent weitaus stärker aus als in Ostdeutschland, wo er bei -1,2 Prozent lag.

⁵⁰ Die Bezugsgröße des Jahres 2010 wird für die Berechnung der monatlichen Arbeitslosenquoten von Mai 2010 bis April 2011 verwendet. Sie setzt sich zum größten Teil aus der Zahl der Beschäftigten und der Arbeitslosen vom Juni 2009 zusammen (vgl. Abschnitt 5.2 im methodischen Anhang).

⁵¹ Die nachfolgend beschriebenen Zahlen des BIPs beziehen sich auf das **nominale BIP in jeweiligen Marktpreisen**, das von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder regional veröffentlicht wird. Die Zahlen und Veränderungsdaten weichen daher von den **preisbereinigt** ausgewiesenen Daten des **realen BIP** ab.

Der stärkere Anstieg des nominalen BIPs in Ostdeutschland in den Jahren 2006 und 2008 sowie der geringere Rückgang im Krisenjahr 2009 gegenüber der Entwicklung in Westdeutschland zeigt sich auch in der Gesamtentwicklung von 2005 bis 2009. In Ostdeutschland stieg die Wirtschaftsleistung um 10,0 Prozent im Vergleich zu 6,4 Prozent in Westdeutschland.

Tabelle 29
Nominales Bruttoinlandsprodukt von 2005 bis 2009 in Mio. Euro

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008	2009
Westdeutschland	1.903.306	1.973.943 (+3,7 %)	2.063.802 (+4,6 %)	2.103.909 (+1,9 %)	2.024.304 (-3,8 %)
Ostdeutschland	338.894	352.557 (+4,0 %)	368.598 (+4,5 %)	377.291 (+2,4 %)	372.796 (-1,2 %)
Deutschland	2.242.200	2.326.500 (+3,8 %)	2.432.400 (+4,6 %)	2.481.200 (+2,0 %)	2.397.100 (-3,4 %)

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung; Zahlen gerundet; Differenzen zur Summe sind rundungsbedingt.

Bezieht man das **BIP auf die Zahl der Einwohner**, so unterstellt man hiermit einen Wohlstandsindikator, der aber weitere Größen, wie z. B. Umwelt und Erholungsgebiete, nicht berücksichtigt. Des Weiteren ist der Bezug auf die Zahl der Einwohner insofern problematisch, da diese Größe auch Personengruppen umfasst, die nicht am Entstehungsprozess beteiligt waren, wie etwa Kinder, Rentner und Hausfrauen. Die Produktivitätsunterschiede ließen sich mit dem BIP pro Einwohner nur dann richtig darstellen, wenn die Beschäftigungsquoten in allen Regionen identisch wären (Thoss/Strumann/Bölting 1974: 86 f.). Ansonsten werden Inländer- und Inlandskonzept miteinander vermischt (Tetsch et al. 1988: 29). Auch wird das BIP am Entstehungsort, d. h. am Arbeitsort erfasst, die Bevölkerung aber am Wohnort gemessen. Weist man das BIP pro Einwohner für Kreise aus, so stellt dies ein Problem dar, da Kreise administrative, aber keine funktionalen Einheiten sind und es Verzerrungen durch starke Pendlerströme über Regionsgrenzen hinweg gibt. Funktional abgegrenzte Arbeitsmarktregionen stellen demgegenüber eine geeignete regionale Gebietseinheit dar.

Das nominale BIP bezogen auf die Einwohner hat sich bundesweit von 2005 bis 2009 von 27.200 Euro auf 29.300 Euro erhöht, was einem Anstieg von 7,7 Prozent entspricht. Dabei fällt auf, dass der Anstieg in diesem Zeitraum in Westdeutschland mit 6,7 Prozent nur etwa halb so groß war, wie der Anstieg in Ostdeutschland, wo er 12,5 Prozent betrug. Bei der Betrachtung der Entwicklungen der einzelnen Jahre zeigt sich sowohl auf Bundesebene als auch in der differenzierten Ost-West-Untersuchung, dass der stärkste Anstieg im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 2007 verbucht werden konnte. Hier stieg das nominale BIP überdurchschnittlich stark.

Das Folgejahr dagegen zeigt dann nur etwa halb so große Zuwachsraten. Damit stellt 2008 das Jahr dar, in welchem innerhalb des Betrachtungszeitraumes der schwächste Zuwachs vorlag. Jedoch ist darüber hinaus die Krise des Jahres 2009 insbesondere bei der Entwicklung des BIP pro Einwohner abzulesen, da hier negative Werte vorlagen. Es zeigt sich erneut, dass das gesamtdeutsche Minus von 3,1 Prozent vorrangig durch die schlechte Entwicklung in Westdeutschland (-3,6 Prozent) verursacht wurde und im Osten dagegen nur ein leichtes Minus von 0,6 Prozent vorlag (vgl. Tabelle 30).⁵²

Auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen zeigt sich im Allgemeinen, dass es insbesondere die Wirtschaftszentren und Ballungsräume sind, welche ein überdurchschnittlich hohes BIP pro Einwohner aufweisen. Hierbei zählten die fünf Arbeitsmarktregionen Essen, Burghausen, Düsseldorf, Frankfurt/Main und München zu denjenigen, die im Jahr 2009 mit Werten von mindestens 40.000 Euro das höchste BIP pro Einwohner generierten. Beim Blick auf Karte 55 zeigt sich weiter, dass insbesondere die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen unterdurchschnittlich abschnitten. 2009 erzielten lediglich die drei Arbeitsmarktregionen Berlin, Erfurt und Chemnitz ein nominales BIP pro Einwohner von über 26.000 Euro. Alle anderen Arbeitsmarktregionen blieben dahinter zurück. In den Arbeitsmarktregionen Mansfeld-Südharz, Sondershausen und der Erzgebirgskreis lag die Wirtschaftsleistung pro Einwohner sogar nur bei maximal 16.900 Euro. In Westdeutschland waren es die Arbeitsmarktregionen Heinsberg, Stadthagen, Ratzeburg, Ahrweiler und St. Wendel mit dem geringsten nominalen BIP pro Einwohner, die aber mit Werten von 18.000 bis knapp 20.000 Euro dennoch über den geringsten Werten Ostdeutschlands lagen.

Tabelle 30
Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner von 2005 bis 2009

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008	2009
Westdeutschland	29.000	30.100 (+3,7 %)	31.400 (+4,6 %)	32.100 (+2,0 %)	30.900 (-3,6 %)
Ostdeutschland	20.200	21.100 (+4,6 %)	22.200 (+5,1 %)	22.900 (+2,9 %)	22.700 (-0,6 %)
Deutschland	272.000	28.200 (+3,9 %)	29.600 (+4,7 %)	30.200 (+2,2 %)	29.300 (-3,1 %)

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung; Zahlen gerundet.

⁵² Dieses Bild für das Jahr 2009 bestätigt sich auch beim Blick auf die einzelnen Arbeitsmarktregionen, da mit insgesamt 236 Regionen mehr als 90 Prozent aller Regionen einen Rückgang aufwiesen. Die verbleibenden Regionen mit einer positiven Entwicklung teilen sich zu je 50 Prozent in west- und ostdeutsche Arbeitsmarktregionen auf (vgl. dunkelblaue Flächen in Karte 59).

Betrachtet man die Entwicklung des nominalen BIP pro Einwohner auf regionaler Ebene, so erkennt man, dass insbesondere Leverkusen mit einem Rückgang von 13,3 Prozent im gesamten Analysezeitraum (siehe Karte 56) die schlechteste Entwicklung verkraften musste. Daneben finden sich zehn weitere Arbeitsmarktregionen, die ebenfalls Rückgänge um bis zu 7,4 Prozent aufwiesen. Hierzu gehören Wolfsburg, Krefeld, Salzgitter, Dingolfing, Germersheim, Baden-Baden, Stade, Pforzheim, Homburg/Saar und Erbach. Auffällig ist, dass diese ausschließlich in Westdeutschland anzutreffen sind und in Ostdeutschland keine einzige Region vorzufinden ist, in welcher das BIP pro Einwohner in diesem Zeitraum rückläufig gewesen ist. Die einzige negative Entwicklung des BIP insgesamt gab es in Ostdeutschland in der Arbeitsmarktregion Meiningen mit -3,1 Prozent. Da jedoch in dieser Region die Bevölkerung mit -4,4 Prozent noch stärker zurückging, stieg hier das BIP pro Einwohner. Den bundesweit mit Abstand stärksten Anstieg findet man in der westdeutschen Region Helmstedt. Hier ist das nominale BIP insgesamt um knapp 36 Prozent und das nominale BIP pro Einwohner um 41 Prozent gewachsen. Zu den weiteren Spitzenreitern bei der Entwicklung des nominalen BIPs pro Einwohner in Westdeutschland sind Zeven (+21,2 Prozent), Kleve (+26,9 Prozent) und Essen (+28,0 Prozent) zu zählen. In Ostdeutschland gab es ähnlich starke Anstiege in den Arbeitsmarktregionen Sonneberg (+20,6 Prozent), Görlitz (+20,7 Prozent), Cottbus (+21,2 Prozent), Arnstadt (+21,8 Prozent), Saalfeld (+22,4 Prozent) und Mittelsachsen (+23,1 Prozent). Am schlechtesten, aber dennoch positiv, entwickelten sich die ostdeutschen Regionen Meiningen (+1,3 Prozent), Dresden (+2,1 Prozent), Erfurt (+2,6 Prozent), Halle (+4,2 Prozent) und Eisenach (+4,5 Prozent), in denen das Wachstum unter fünf Prozent blieb.

3.2.3.4 Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem

Bezieht man das BIP auf die geringere Zahl der Erwerbstätigen anstatt auf die Zahl der Einwohner, so erhält man einen gut doppelt so hohen Wert. In Deutschland lag das nominale BIP pro Erwerbstätigem in den Jahren 2005 bis 2009 bei rund 60.000 Euro. Das nach wie vor unterschiedlich hohe Produktivitätsniveau zwischen West- und Ostdeutschland ist in Tabelle 31 deutlich erkennbar. Die Entwicklung des BIPs pro Erwerbstätigem verlief im Vergleich zur Entwicklung des BIPs pro Einwohner weitaus schwächer, da nur in 42 Arbeitsmarktregionen die Zahl der Erwerbstätigen rückläufig war, aber in 197 Arbeitsmarktregionen die Zahl der Einwohner. So kann beim nominalen BIP pro Erwerbstätigem von 2005 bis 2009 nur noch ein bundesweiter Anstieg um 3,1 Prozent (im Gegensatz zu 7,7 Prozent beim BIP pro Einwohner) festgestellt werden. Wie schon beim nominalen BIP pro Einwohner fiel auch bei diesem Indikator der prozentuale Anstieg in Ostdeutschland doppelt so hoch aus wie in Westdeutschland (+6,0 Prozent gegenüber +2,6 Prozent). Zudem ist nicht mehr das Jahr 2007 als das Jahr mit dem größten Wachstum innerhalb des Betrachtungszeitraumes zu erkennen, sondern das Jahr 2006. Das Jahr 2008 bleibt aber das Jahr mit dem geringsten Zuwachs (vgl. Tabelle 31).

Vergleicht man für das Jahr 2009 das BIP pro Erwerbstätigem mit dem BIP pro Einwohner, so ergeben sich zum Teil beachtliche Änderungen in der Rangfolge der Arbeitsmarktregionen im mittleren Bereich. Das höchste nominale BIP pro Erwerbstätigem erzielen im Jahr 2009 mit 72.000 bis 79.000 Euro erwartungsgemäß auch hier die Ballungszentren in Westdeutschland. Ebenfalls lässt sich in der Karte 57 erkennen, dass Ostdeutschland bundesweit unterdurchschnittlich abschneidet, auch wenn sich dieses Bild bis zum Jahr 2009 etwas entschärft hat, da dort lediglich die zwei Arbeitsmarktregionen Luckenwalde und Oranienburg den Bundesdurchschnitt erreichen. Alle anderen ostdeutschen Arbeitsmarktregionen fallen dahinter zurück und die 15 Regionen Südvorpommern, Erzgebirgskreis, Gera, Meiningen, Mansfeld-Südharz, Potsdam-Brandenburg, Suhl, Chemnitz und Sondershausen sowie Mühlhausen, Vogtlandkreis, Eisenach, Eichsfeld, Erfurt und Bautzen sind mit unter 47.000 Euro durch eine äußerst geringe Produktivität pro Erwerbstätigem gekennzeichnet. Ein niedriges nominales BIP pro Erwerbstätigem von knapp unter 47.000 Euro weist in Westdeutschland lediglich die Arbeitsmarktregionen Cochem auf. Die Regionen Westerstede, Daun, Cloppenburg sowie Höxter, Idar-Oberstein, Nordhorn, Ahrweiler und Emden liegen mit bis zu 50.000 Euro nur knapp darüber.

Tabelle 31

Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem von 2005 bis 2009

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008	2009
Westdeutschland	60.100	61.900 (+3,1 %)	63.700 (+2,9 %)	64.000 (+0,5 %)	61.600 (-3,8 %)
Ostdeutschland	47.400	48.900 (+3,2 %)	50.200 (+2,7 %)	50.900 (+1,3 %)	50.300 (-1,2 %)
Deutschland	57.700	59.500 (+3,1 %)	61.200 (+2,8 %)	61.600 (+0,6 %)	59.500 (-3,4 %)

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung; Zahlen gerundet.

Für die Entwicklung des nominalen BIP pro Erwerbstätigem von 2005 bis 2009 ergibt sich auf der Bundesebene ein Anstieg um 3,1 Prozent und ähnlich der Entwicklung pro Einwohner zeigt sich, dass der ostdeutsche Wert in etwa doppelt so groß ist wie der westdeutsche. So findet sich für den Zeitraum in Westdeutschland eine Zunahme um 2,6 Prozent, wohingegen Ostdeutschland eine Steigerung von 6,0 Prozent aufzuweisen hatte.

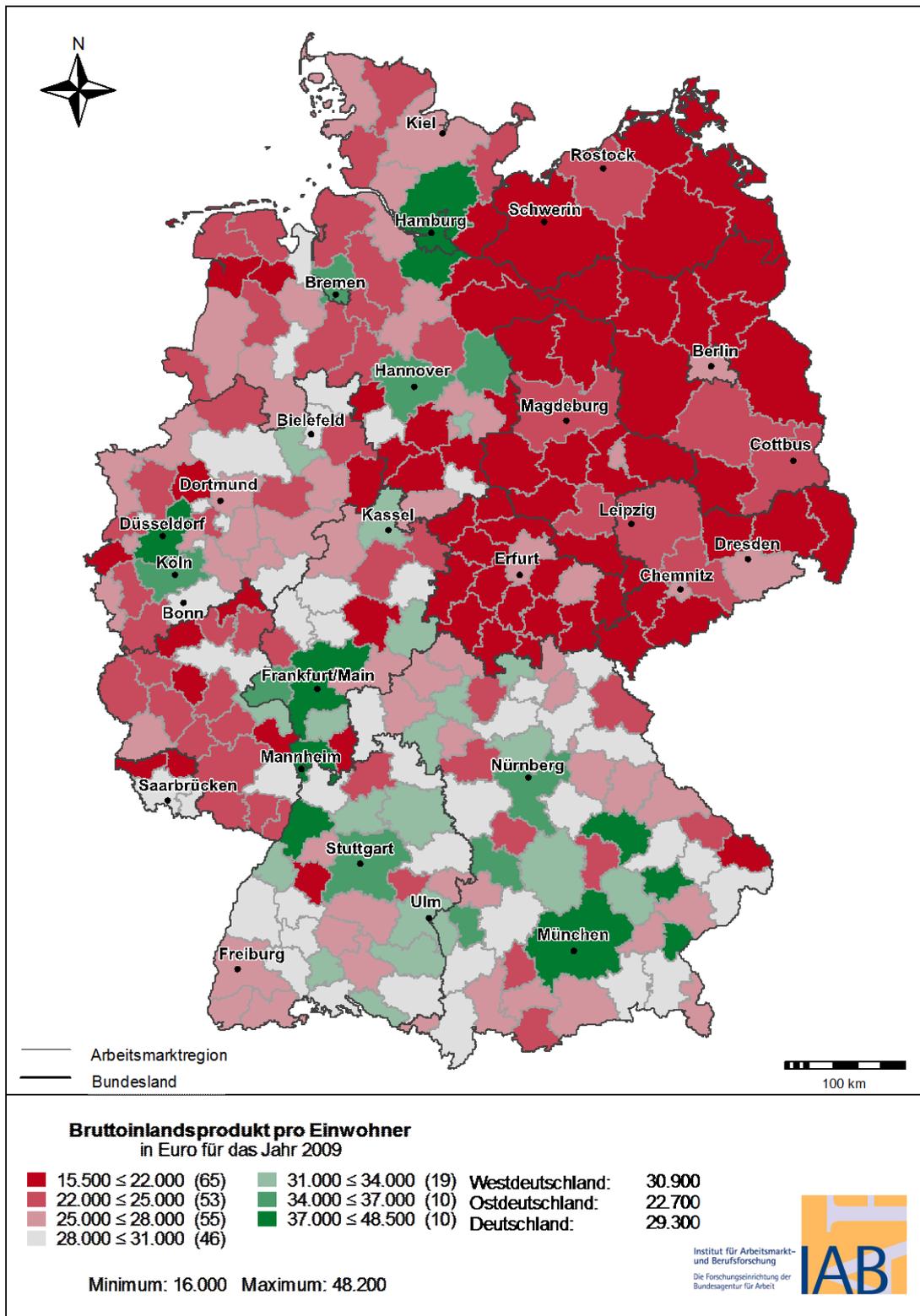
Wie bei der Betrachtung des nominalen BIP pro Einwohner zeigt sich beim nominalen BIP pro Erwerbstätigem für die Arbeitsmarktregionen in Karte 58, dass von 2005 bis 2009 Leverkusen die Region mit dem größten Verlust (-12,6 Prozent) und Helmstedt die mit dem größten Anstieg (+37,1 Prozent) war.

Darüber hinaus finden sich neben Leverkusen in Westdeutschland weitere 39 Arbeitsmarktregionen, die in diesem Zeitraum einen Rückgang im BIP pro Erwerbstätigem zu verbuchen hatten.⁵³ Starke Zuwächse beim nominalen BIP pro Erwerbstätigem von mehr als 20 Prozent gab es von 2005 bis 2009 in Westdeutschland neben Helmstedt lediglich in den zwei Arbeitsmarktregionen Essen (+20,7 Prozent) und Kleve (+23,3 Prozent).

In Ostdeutschland finden sich bei der Betrachtung der Entwicklung des nominalen BIP pro Erwerbstätigem von 2005 bis 2009 im Vergleich zur Entwicklung pro Einwohner nun ebenfalls drei Regionen, die einen Rückgang aufwiesen. Diese sind Luckenwalde (-2,2 Prozent), Prenzlau (-1,3 Prozent) und Meiningen (-0,1 Prozent). Halle dagegen stagnierte und elf weitere ostdeutsche Regionen blieben unter einem Wachstum von maximal vier Prozent. Der stärkste Zuwachs ist in Saalfeld zu finden und liegt bei 15,5 Prozent. Zuwächse von mindestens zwölf Prozent finden sich daneben in nachfolgenden Arbeitsmarktregionen: Altenburg (+12,0 Prozent), Nordvorpommern (+12,3 Prozent) und Mittelsachsen (+13,0 Prozent), sowie in Cottbus und Sonneberg (je +14,0 Prozent), Görlitz (+14,5 Prozent) und Nordhausen (+14,8 Prozent) (vgl. dunkelblaue Flächen in Karte 58).

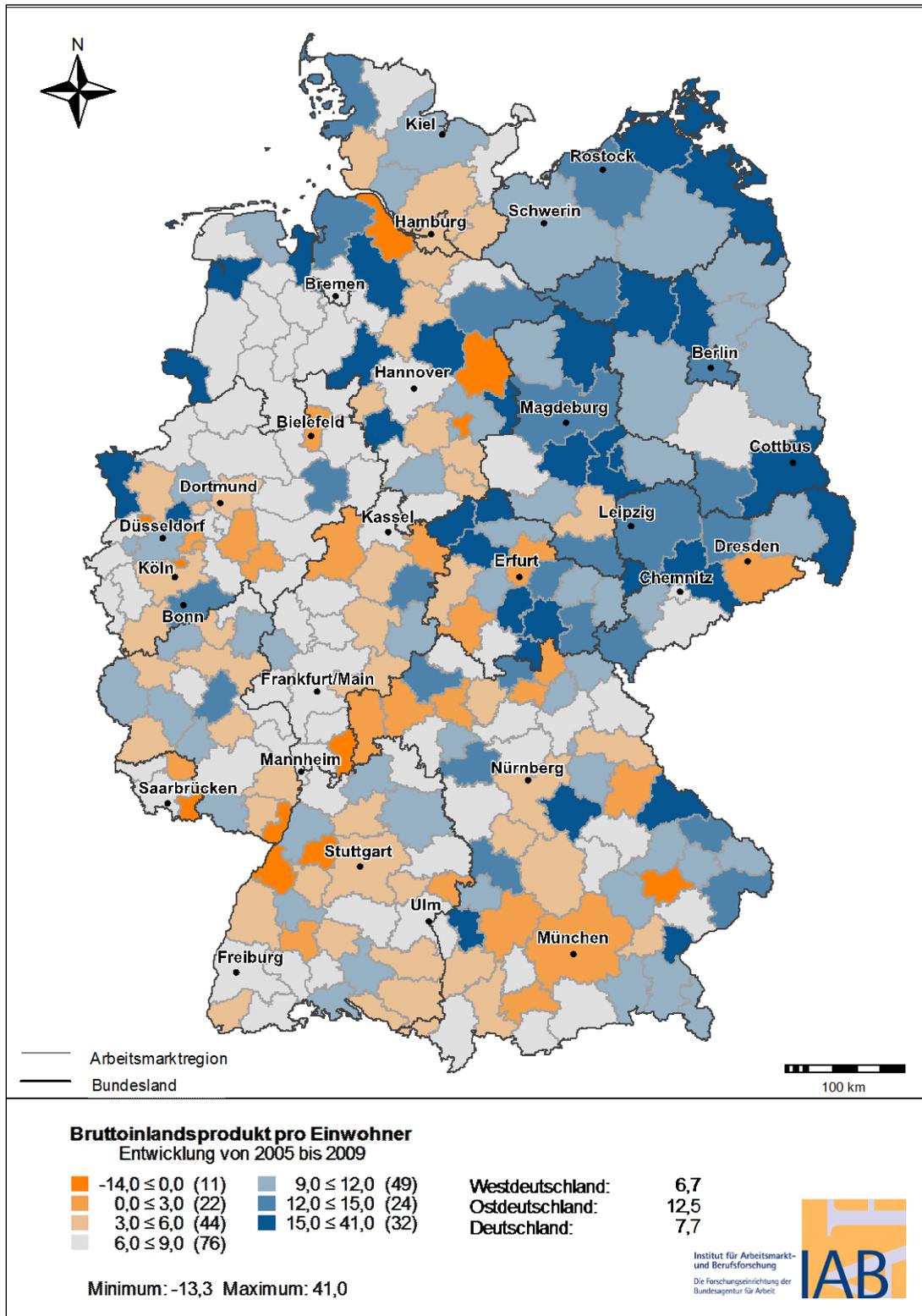
⁵³ Dabei zeigt sich das Jahr 2009 und teilweise auch bereits das Jahr 2008 als hauptsächlich für diese negative Entwicklung. Im Jahr 2009 gab es demgegenüber lediglich fünf Arbeitsmarktregionen in Westdeutschland, die eine Steigerung des BIPs pro Erwerbstätigem im Vergleich zum Vorjahr erzielen konnten (vgl. dunkelblaue Flächen in Karte 60).

Karte 55
Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2009



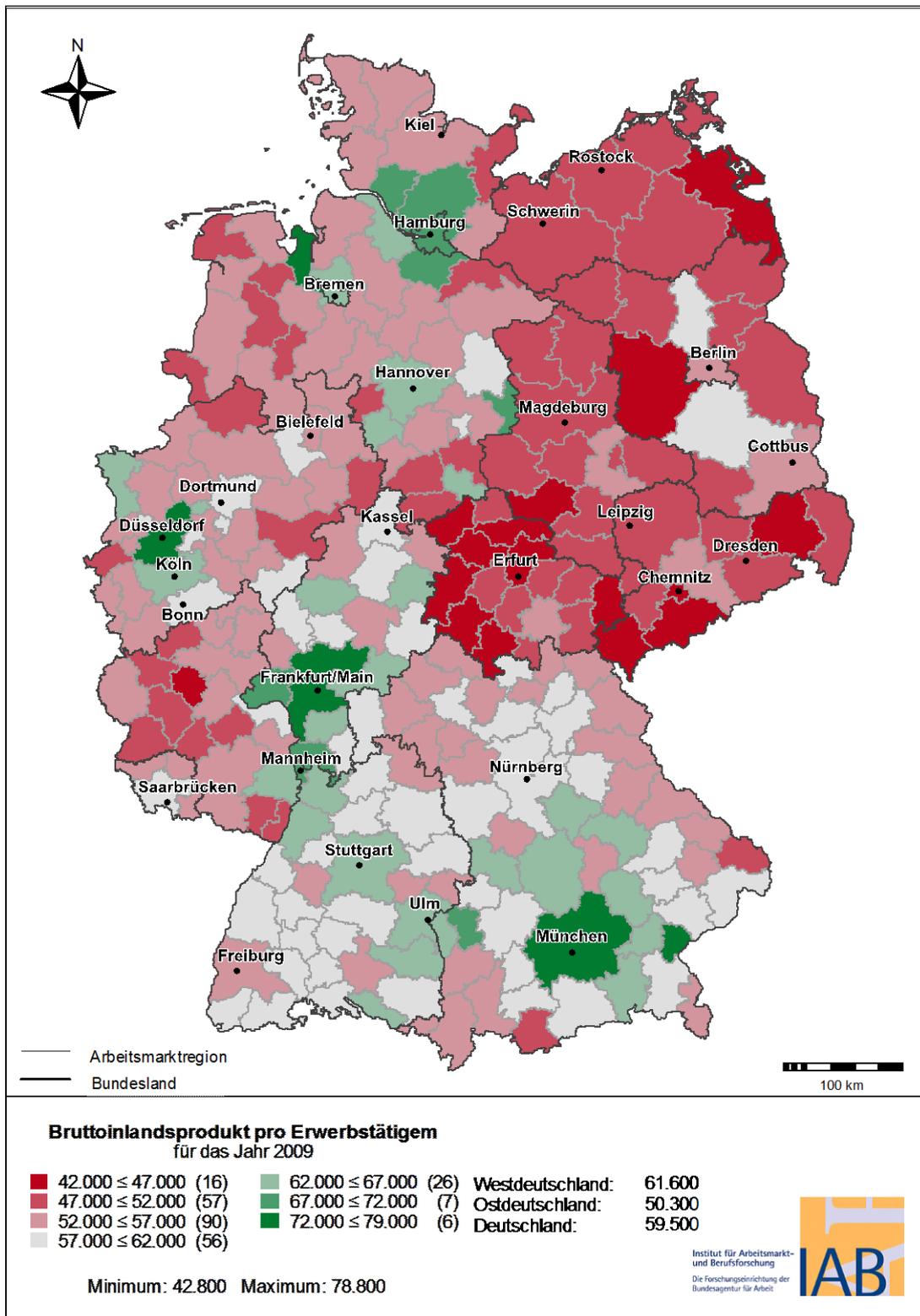
Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 56
Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner von 2005 bis 2009 in Prozent



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung.

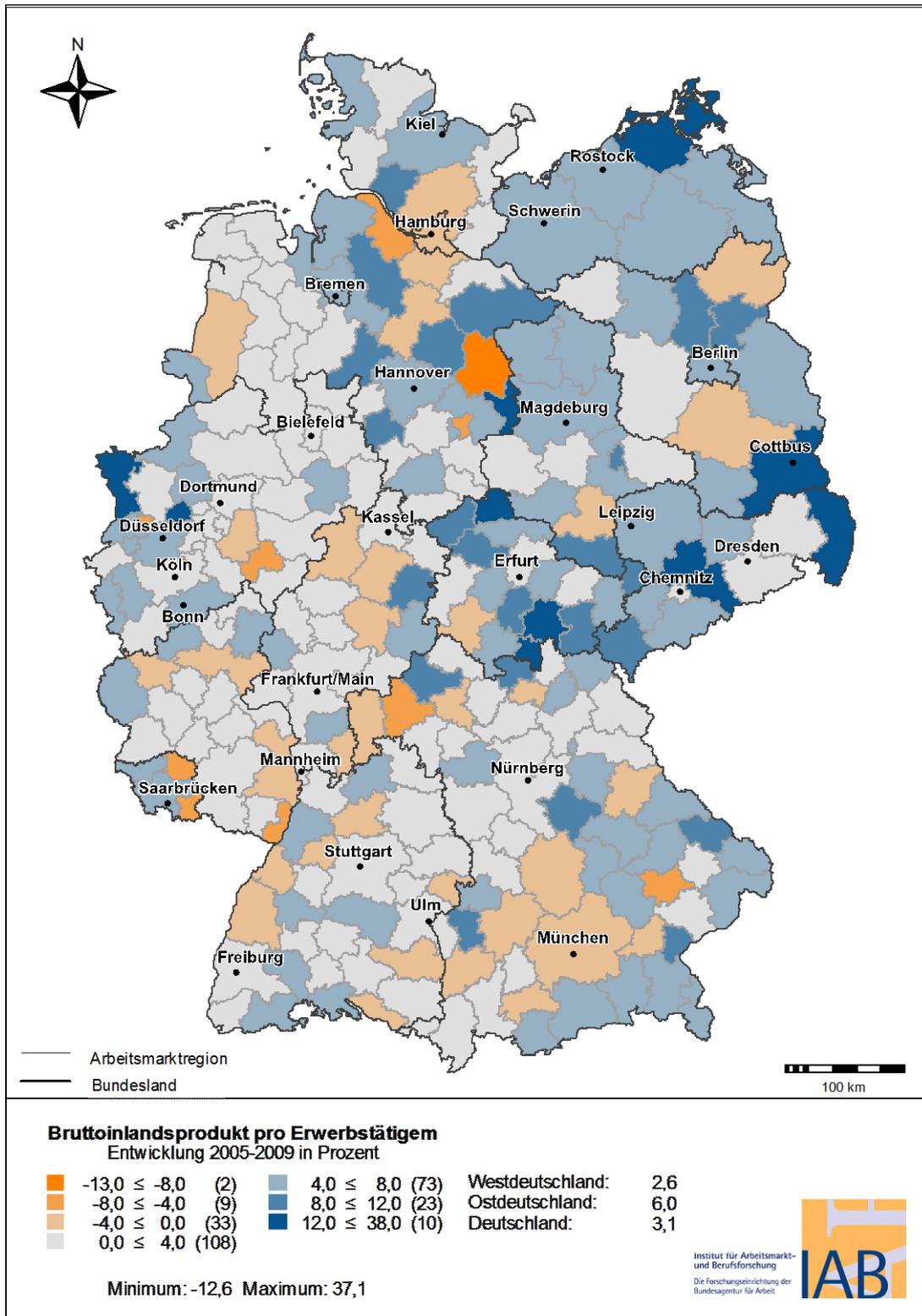
Karte 57
Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem 2009



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 58

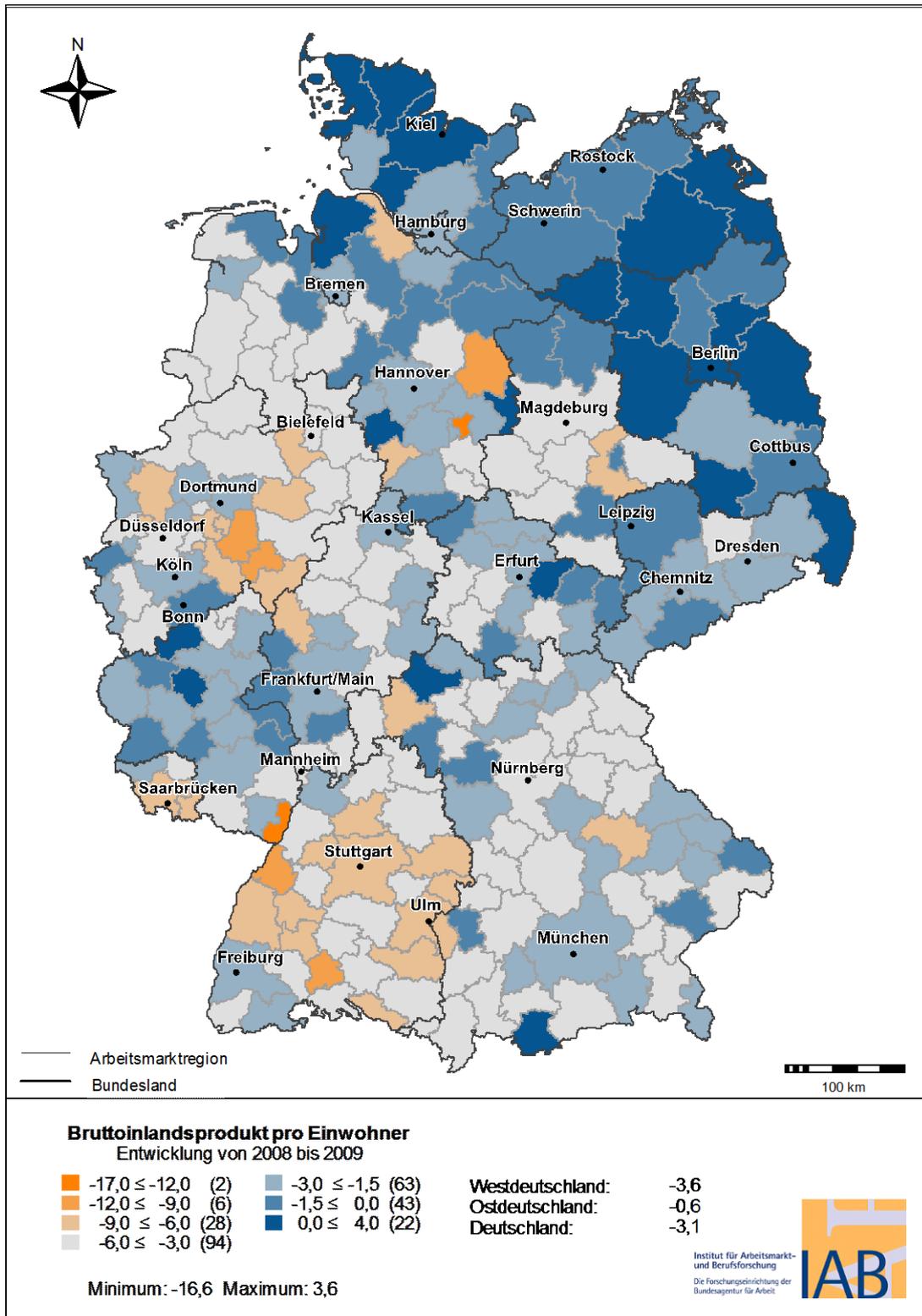
Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes pro Erwerbstätigem von 2005 bis 2009 in Prozent



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung.

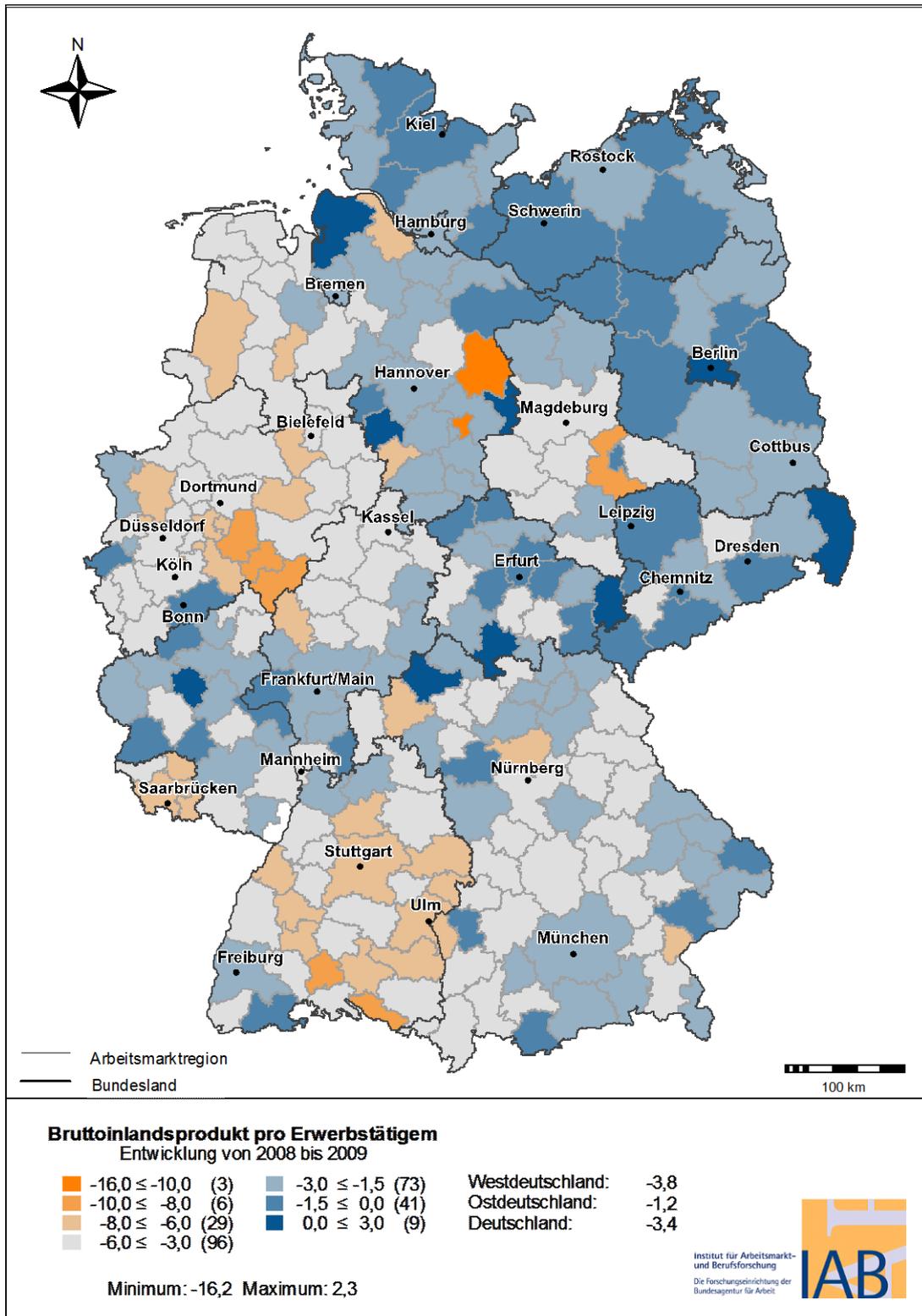
Karte 59

Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner von 2008 bis 2009 in Prozent



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 60
Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes pro Erwerbstätigem von 2008 bis 2009 in Prozent



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnung und Darstellung.

4 Modellrechnungen zur Neuabgrenzung des GRW-Regionalfördergebietes ab 2014

4.1 Transformations- und Verknüpfungsverfahren

Für die Verknüpfung verschiedener Einzelindikatoren zu einem Gesamtindikator bieten sich verschiedene Transformations- und Verknüpfungsverfahren an. Für die Neuabgrenzung der Fördergebiete ab dem Jahr 2014 werden die Indikatoren - wie bereits bei früheren Neuabgrenzungen - zunächst einzeln gewichtet standardisiert, um sie mit ihren unterschiedlichen Wertebereichen vergleichbar machen zu können. Bei der Standardisierung der Werte über Streuungsparameter (Z-Transformation) werden die Werte auf den Bundeswert anstatt auf das arithmetische Mittel bezogen und die Ursprungswerte zu einer transformierten Wertereihe mit einem Mittelwert von Null und einer Standardabweichung von Eins überführt. Da dadurch negative Werte entstehen, die sich später nicht multiplikativ miteinander verknüpfen lassen, wird anschließend der Mittelwert von Null durch Addition um einen konstanten Faktor (+100) in den positiven Wertebereich verschoben und das Skalenniveau transformiert.

Um die unterschiedlichen Regionsgrößen zu berücksichtigen, wird anschließend für jeden Indikator ein geeignetes Gewicht verwendet. In der Regel entspricht dieses der Nennerkomponenten des jeweiligen Indikators, d. h. bei der Arbeitslosenquote ist dies die Zahl der Erwerbspersonen und beim Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem die Zahl der Beschäftigten. Eine Spiegelung der Werteskala um 200 wird bei Indikatoren durchgeführt, bei denen hohe Werte eine schlechte Arbeitsmarktsituation widerspiegeln, wie z. B. bei der Arbeitslosenquote.

Die Standardisierung bewirkt, dass der Wertebereich stärker streuender Indikatoren, z. B. der Arbeitslosenquote, stärker gestaucht wird, was indirekt zu einer Herabgewichtung dieses Indikators führt, und der Wertebereich bei geringer streuenden Indikatoren, z. B. dem Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem, unbeabsichtigt höher gewichtet wird. Dies muss bei der anschließenden Wahl der gesetzten Gewichte bei der Verknüpfung zu einem Gesamtindikator beachtet werden.

Als Verknüpfungsverfahren wird die multiplikative Verknüpfung gewählt, die seit der Neuabgrenzung der Fördergebiete des Jahres 1991 verwendet wird (Blien/Koller/Schiebel 1991: 18). Bei diesem Verfahren werden die zuvor einzeln standardisierten Teilindikatoren mit ihren potenzierten Gewichten miteinander multipliziert, wobei die Summe der Gewichte Eins ergibt. Das multiplikative Verknüpfungsverfahren gewährleistet, dass einseitige Problemlagen hinreichend berücksichtigt werden und auch entsprechend in den Gesamtindikator eingehen. Im Gegensatz hierzu setzt das additive Verknüpfungsverfahren eine uneingeschränkte Substituierbarkeit der Indikatoren voraus, was bedeutet, dass ein „schlechter“ Indikatorwert (z. B. eine hohe Arbeitslosenquote) durch einen anderen „guten“ Indikatorwert (z. B. einen hohen Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem) ausgeglichen werden kann.

Einen zentralen Einfluss auf das Gesamtmodell hat auch die Auswahl der Einzelindikatoren, die zum einen die Zielsetzungen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ möglichst gut abbilden und zum anderen keine oder wenig wechselseitige Beziehungen zueinander aufweisen sollten, da sie ansonsten die effektive Gewichtung der Indikatoren im Gesamtmodell beeinflussen können. Bei positiven Korrelationen verstärken sich die Indikatoren und bei negativen schwächen sie sich ab, was wiederum Auswirkungen auf den Gesamtindikator hat.

Die nachfolgende Betrachtung zeigt die Korrelationsbeziehungen zwischen den berechneten Einzelindikatoren auf.

4.2 Korrelationsbeziehungen zwischen den Einzelindikatoren

In Tabelle 32 sind Korrelationen und Varianzen zwischen den einzelnen Indikatoren aufgelistet, wobei die höchsten Korrelationen orange farblich hervorgehoben sind, mittlere Korrelationen gelb und geringe Korrelationen grün. Man erkennt nur geringe wechselseitige Beziehungen zwischen

- der Arbeitslosenquote und dem Infrastrukturindikator (negativ),
- dem Infrastrukturindikator und der Erwerbstätigenprognose (positiv),
- dem Beschäftigungsgrad und der Erwerbstätigenprognose (positiv) sowie mit sämtlichen Einkommensindikatoren (Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem (negativ), BIP je Einwohner (positiv) und je Erwerbstätigem (negativ) und Primäreinkommen je Einwohner(positiv)).

Die höchsten Korrelationen weisen erwartungsgemäß die Einkommensindikatoren miteinander auf ($r \geq 0,74$; $r^2 \geq 0,55$), wo ein Indikator mehr als die Hälfte der regionalen Varianz des anderen Indikators erklärt. Der Infrastrukturindikator weist eine Korrelation von $r \geq 0,64$; ($r^2 \geq 0,41$) mit dem Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem auf und eine Korrelation von $r \geq 0,45$ ($r^2 \geq 0,2$) mit dem BIP je Einwohner und je Erwerbstätigem und dem Primäreinkommen je Einwohner.

Tabelle 32
Korrelationen und Varianzen der Einzelindikatoren

	im rechten oberen Dreieck: Varianzen (r^2)										
	Arbeitslosenquote im 4-Jahresdurchschnitt 2008 - 2011 (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 (gemessen)	Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 (korrigiert)	korrigierter Lohn pro Beschäftigten im 4-Jahresdurchschnitt 2006 - 2009	Infrastrukturindikator (BBSR) Stand: 6. Juli 2012	Erwerbstätigenprognose 2011 - 2018 (Prof. Bade)	BIP je Einwohner 2009 in Euro	BIP je Erwerbstätigen 2009 in Euro	Primäreinkommen je Einwohner 2009	Beschäftigungsgrad 2011	korrigierter Beschäftigungsgrad 2011
	im linken unteren Dreieck: Korrelationen (r)										
Arbeitslosenquote im 4-Jahresdurchschnitt 2008 - 2011 (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	1,000	0,277	0,252	0,276	0,001	0,325	0,199	0,173	0,557	0,040	0,220
Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 (gemessen)	-0,526	1,000	0,993	0,992	0,409	0,091	0,624	0,553	0,647	0,001	0,014
Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 (korrigiert)	-0,502	0,997	1,000	0,992	0,428	0,086	0,630	0,554	0,632	0,001	0,013
korrigierter Lohn pro Beschäftigten im 4-Jahresdurchschnitt 2006 - 2009	-0,526	0,996	0,996	1,000	0,422	0,097	0,630	0,556	0,663	0,002	0,011
Infrastrukturindikator (BBSR) Stand: 6. Juli 2012	-0,035	0,640	0,654	0,650	1,000	0,003	0,225	0,203	0,210	0,097	0,074
Erwerbstätigenprognose 2011 - 2018 (Prof. Bade)	-0,570	0,301	0,293	0,311	0,052	1,000	0,092	0,066	0,211	0,001	0,018
BIP je Einwohner 2009 in Euro	-0,446	0,790	0,794	0,793	0,474	0,303	1,000	0,687	0,444	0,006	0,026
BIP je Erwerbstätigen 2009 in Euro	-0,416	0,744	0,744	0,746	0,451	0,256	0,829	1,000	0,428	0,002	0,003
Primäreinkommen je Einwohner 2009	-0,746	0,804	0,795	0,814	0,458	0,459	0,666	0,654	1,000	0,003	0,058
Beschäftigungsgrad 2011	-0,199	-0,035	-0,027	-0,044	-0,312	0,027	0,078	-0,048	0,052	1,000	0,684
korrigierter Beschäftigungsgrad 2011	-0,469	0,119	0,115	0,107	-0,272	0,133	0,161	0,052	0,241	0,827	1,000

Lesehilfe: Im linken unteren Dreieck sind die Korrelationen (r) abgetragen und farblich hervorgehoben und im rechten oberen Dreieck die Varianzen (r^2).

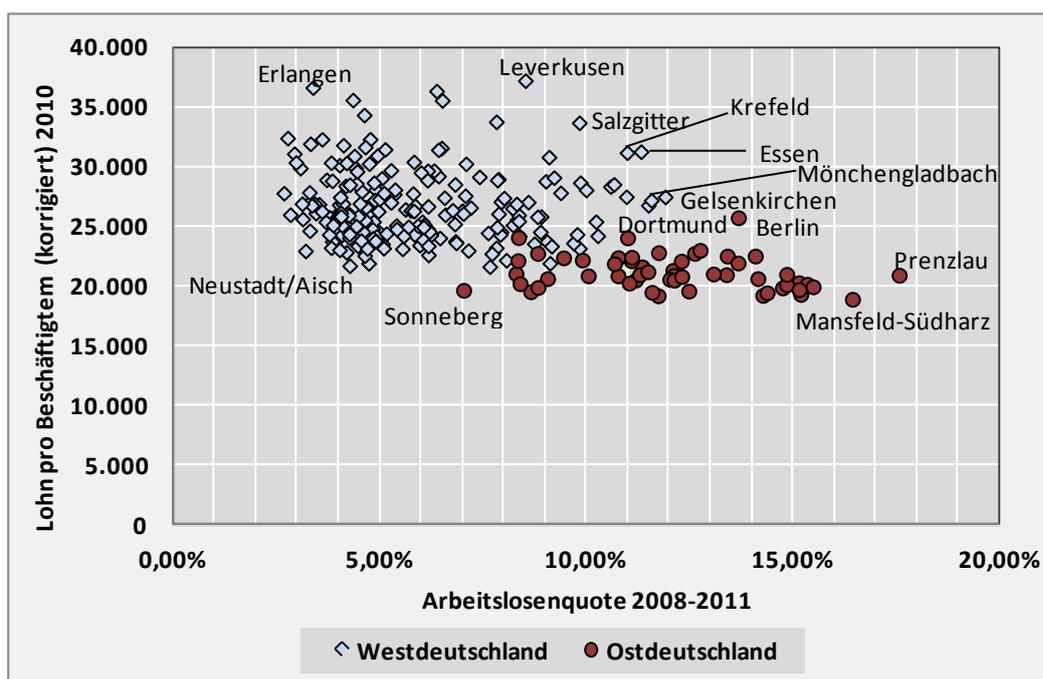
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; IAB-Beschäftigten-Historik (BeH) V9.00, Nürnberg 2012; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR); Prof. Bade, Universität Dortmund; Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamts Deutschland; eigene Berechnung.

Die Korrelationen können nur einen ersten Eindruck über die Beziehungen zwischen zwei Indikatoren liefern, da sie sich in West- und Ostdeutschland zum Teil recht deutlich voneinander unterscheiden. Dies soll nachfolgend anhand ausgewählter Indikatoren gezeigt werden.

4.2.1 Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote 2008-2011 und dem korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010

Die Arbeitslosenquote und der korrigierte Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem sind mit einem Wert in Höhe von $r = -0,50$ negativ miteinander korreliert. In Westdeutschland sind diese Indikatoren nahezu vollständig unabhängig voneinander und weisen keinerlei korrelative Beziehung untereinander auf ($r = -0,02$), was man auch anhand der blauen Rauten in der Abbildung 3 gut erkennen kann. Ganz anders stellt sich der Zusammenhang in Ostdeutschland dar, wo die Einkommen deutlich weniger zwischen den Arbeitsmarktregionen streuen, die Spreizung der Arbeitslosenquoten dagegen weitaus stärker ist. Die Korrelation zwischen diesen beiden Indikatoren beträgt in Ostdeutschland $r = -0,23$.

Abbildung 3
Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote 2008 - 2011 und dem korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010



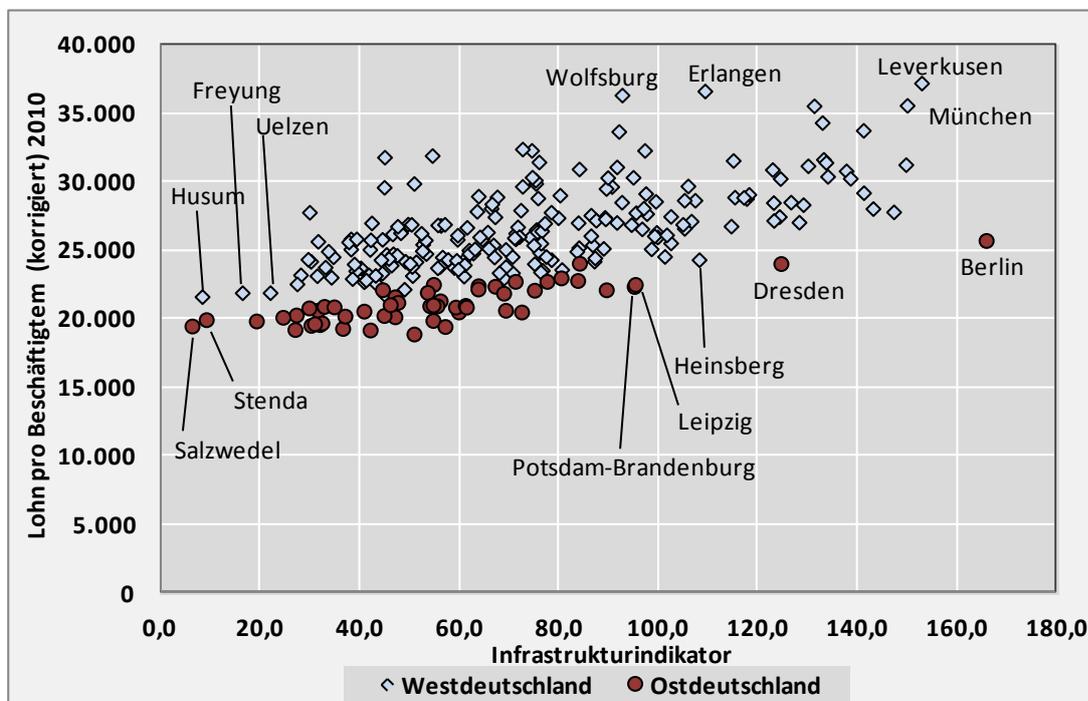
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, IAB-Beschäftigten-Historik (BeH) V9.00, Nürnberg 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

4.2.2 Korrelation zwischen dem korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 und dem Infrastrukturindikator

Die Korrelation zwischen dem Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem und dem Infrastrukturindikator ist positiv und fällt mit einem Wert von $r = 0,65$ stärker aus. Auch hier unterscheidet sich der Zusammenhang zwischen den west- und ostdeutschen Arbeitsmarktregionen, was die höhere Korrelation in Ostdeutschland mit $r = 0,82$

gegenüber der in Westdeutschland ($r = 0,65$) bestätigt und auch graphisch sehr gut sichtbar wird (vgl. Abbildung 4). Berlin und Dresden stechen unter den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen mit einem überdurchschnittlich hohen Infrastrukturindikatorwert und den höchsten Bruttojahreslöhnen pro Beschäftigtem optisch hervor.

Abbildung 4
Korrelation zwischen dem korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 und dem Infrastrukturindikator

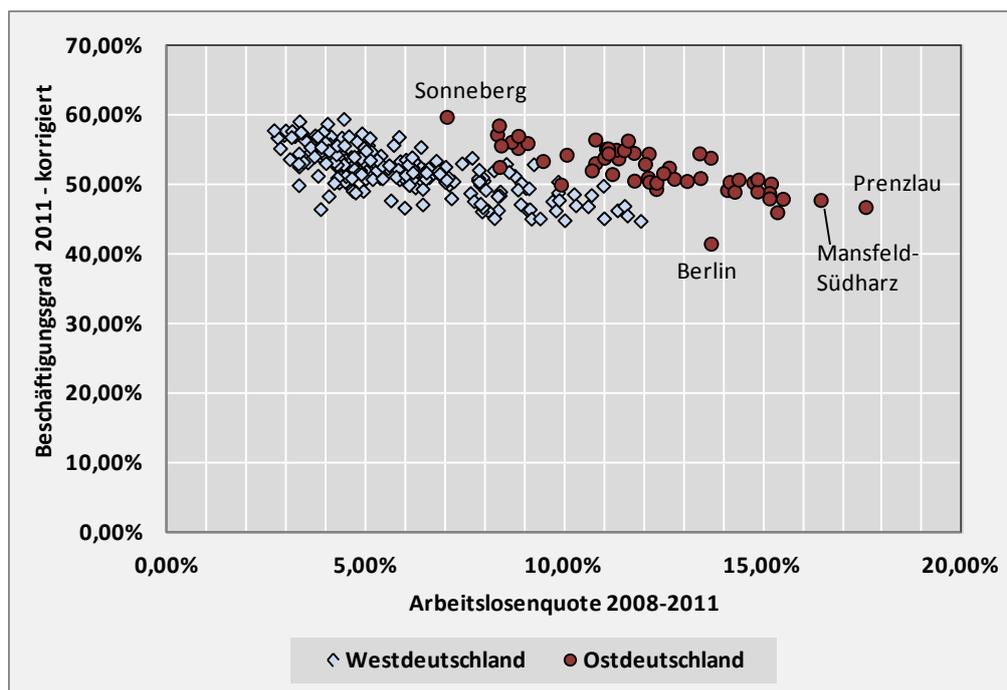


Quelle: IAB-Beschäftigten-Historik (BeH) V9.00, Nürnberg 2012; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR); eigene Berechnung und Darstellung.

4.2.3 Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote 2008 - 2011 und dem korrigierten Beschäftigungsgrad 2011

Zwischen der Arbeitslosenquote und dem unkorrigierten (korrigierten) Beschäftigungsgrad ist nur eine geringe negative Korrelation von $r = -0,2$ ($r = -0,47$) auf der Bundesebene vorhanden. Betrachtet man West- und Ostdeutschland separat voneinander, so fällt die Korrelation zwischen diesen beiden Indikatoren in Westdeutschland mit einem Wert von $r = -0,60$ ($r = -0,74$) und in Ostdeutschland von $r = -0,76$ ($r = -0,78$) deutlich höher aus, was sich auch in der folgenden Abbildung 5 gut erkennen lässt. Optisch stechen in Ostdeutschland die Arbeitsmarktregionen Prenzlau und Mansfeld-Südharz mit den höchsten Arbeitslosenquoten, Sonneberg mit der niedrigsten Arbeitslosenquote und Berlin mit dem niedrigsten Beschäftigungsgrad hervor.

Abbildung 5
Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote 2008 - 2011 und dem korrigierten Beschäftigungsgrad 2011



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamts Deutschland; eigene Berechnung und Darstellung.

Wie bereits in früheren Abgrenzungen der Fördergebiete lässt sich mit diesen Ergebnissen die Auswahl des Arbeitsmarktindikators und des Einkommensindikators belegen und der starke Zusammenhang zwischen dem Einkommensindikator und dem Infrastrukturindikator nachweisen (vgl. u. a. Klemmer/Bremicker 1983: 165; Tetsch et al. 1988: 39 f.).

4.3 Gesamtindikatormodell

Für das Gesamtindikatormodell entschied der Unterausschuss der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die gleichen Indikatoren wie bei der letzten Neuabgrenzung der Fördergebiete wiederzuverwenden. Hierbei handelt es sich um die Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt, den Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem, den Infrastrukturindikator und die Erwerbstätigenprognose.⁵⁴ Der Gutachtenauftrag sah vor, die durchschnittliche Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2011 und den Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem bis zum Jahr 2009 zu berechnen. Um mögliche Verzerrungen des Krisenjahres 2009 beim regionalen Einkommensindikator zu vermeiden, wurde das IAB gebeten, den Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem ebenfalls für das Jahr 2010 – sobald verfügbar – zu berechnen. Zu-

⁵⁴ Die Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren sowie alle Modelle wurden vom IAB berechnet. Den Infrastrukturindikator lieferte das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und die Erwerbstätigenprognose Prof. Dr. Franz-Josef Bade von der Universität Dortmund.

dem beschloss der Unterausschuss, die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2012 zu verwenden. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung lagen erst die Arbeitslosenquoten der Monate Januar bis August des Jahres 2012 vor, so dass für die Modellrechnungen hieraus ein Jahresdurchschnitt gebildet wurde, der anschließend noch saisonal korrigiert wurde. Der Korrekturfaktor errechnete sich aus dem Verhältnis der Monate Januar bis August des Jahres 2011 zum Jahresdurchschnitt 2011. Da sich jedoch die endgültigen Vorgaben der EU-Kommission bis in das Jahr 2013 verschoben, wurde das IAB Anfang des Jahres 2013 gebeten, den Vierjahresdurchschnitt der Arbeitslosenquote unter Einbeziehung des gesamten Jahres 2012 erneut zu berechnen und mit diesem Indikator sowie mit der aktualisierten Erwerbstätigenprognose die Modellrechnungen erneut durchzuführen.

Aus den vier Indikatoren wurden verschiedene Modellvarianten mit unterschiedlichem Zeitbezug und unterschiedlicher Gewichtung der Einzelindikatoren berechnet. Diese Modellrechnungen können mit ihren verschiedenen Gewichtungsvarianten einen ersten Eindruck über die Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation in den Arbeitsmarktregionen vermitteln.

Modell 1:

- Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2008 - 2011 50 %
- Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2009 (gemessen) 40 %
- Infrastrukturindikator 5 %
- Erwerbstätigenprognose 2011 - 2018 5 %

Modell 2:

- Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2008 - 2011 50 %
- Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2009 (korrigiert) 40 %
- Infrastrukturindikator 5 %
- Erwerbstätigenprognose 2011 - 2018 5 %

Modell 3:

- Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2008 - 2011 50 %
- Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem (korrigiert) im Vierjahresdurchschnitt 2006 - 2009 40 %
- Infrastrukturindikator 5 %
- Erwerbstätigenprognose 2011 - 2018 5 %

Modell 4:

- Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2008 - 2011 50 %
- Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 (gemessen) 40 %
- Infrastrukturindikator 5 %
- Erwerbstätigenprognose 2011 - 2018 5 %

Modell 5:

▪ Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2008 - 2011	50 %
▪ Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 (korrigiert)	40 %
▪ Infrastrukturindikator	5 %
▪ Erwerbstätigenprognose 2011 - 2018	5 %

Modell 6:

▪ Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2009 - 2012	50 %
▪ Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 (korrigiert)	40 %
▪ Infrastrukturindikator	5 %
▪ Erwerbstätigenprognose 2011 - 2018	5 %

Modell 7:

▪ Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2009 - 2012	40 %
▪ Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 (korrigiert)	40 %
▪ Infrastrukturindikator	10 %
▪ Erwerbstätigenprognose 2011 - 2018	10 %

Modell 8:

▪ Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2009 - 2012	50 %
▪ Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 (korrigiert)	35 %
▪ Infrastrukturindikator	5 %
▪ Erwerbstätigenprognose 2011 - 2018	10 %

Bei den Modellen 1 bis 6 wurde – wie bei der Neuabgrenzung 2007 bis 2013 – die Arbeitslosenquote bei der multiplikativen Verknüpfung höher gewichtet (50 Prozent) als der Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem (40 Prozent), um der unterschiedlichen Stauchung bzw. Dehnung der Wertebereiche in Folge der Standardisierung und der daraus resultierenden Herab- bzw. Höhergewichtung dieser Indikatoren entgegenzuwirken und eine annähernde Gleichgewichtung dieser beiden Indikatoren im Gesamtindikatormodell herzustellen (vgl. Schwengler/Binder 2006).

Für das Modell 7 wurde die Gewichtung der Neuabgrenzung 2000 bis 2006 verwendet, d. h. mit einer Gleichgewichtung der Arbeitslosenquote und des Bruttojahreslohns pro Beschäftigten von je 40 Prozent und des Infrastrukturindikators und der Erwerbstätigenprognose von je 10 Prozent. Im Modell 8 wurde das Gewicht des Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem auf 35 Prozent reduziert und das Gewicht der Erwerbstätigenprognose auf 10 Prozent erhöht.

Wie die interkorrelativen Beziehungen die tatsächliche Gewichtung der Indikatoren im Gesamtmodell beeinflussen, lässt sich mit der Varianzanalyse untersuchen (sie-

he z. B. auch frühere Studien hierzu von Eckey/Wehrt 1984 und Tetsch et al. 1988: 60 f.). Exemplarisch wird dies für die Indikatoren und Gewichtungen des Modells 5 gezeigt. Es zeigt sich, dass die Arbeitslosenquote am stärksten mit dem Gesamtindikator korreliert, aber im Gesamtmodell nur ein tatsächliches Gewicht von 43 Prozent einnimmt (vgl. Tabelle 33). Der Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem kommt zusammen mit dem Infrastrukturindikator auf ein ähnlich hohes Gewicht (40 Prozent) im Gesamtindikator. Die Erwerbstätigenprognose ging zwar nur mit einem gesetzten Gewicht von 5 Prozent in den Gesamtindikator ein, ihr tatsächliches Gewicht beträgt aber immerhin 17 Prozent im Gesamtindikatormodell.

Tabelle 33
Korrelationen der Einzelindikatoren mit dem Gesamtindikator

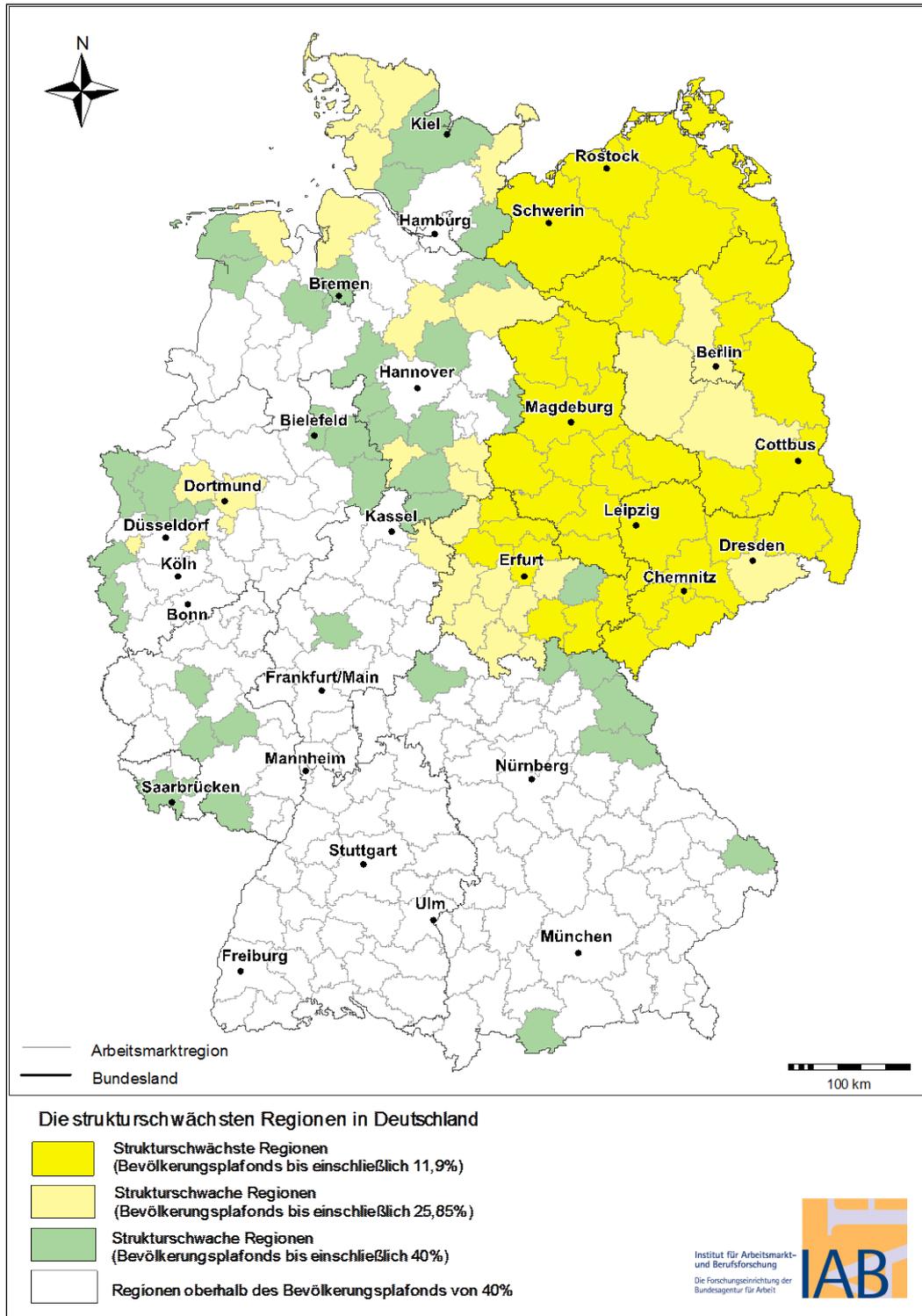
Indikator	Korrelationskoeffizient (r) zwischen dem Einzelindikator und dem Gesamtindikator	Gemeinsame Varianz (r^2) des Einzelindikators mit dem Gesamtindikator in %	tatsächliche Gewichte der Einzelindikatoren im Gesamtindikatormodell	gesetzte Gewichte der Einzelindikatoren im Gesamtindikatormodell
Arbeitslosenquote im 4-Jahresdurchschnitt 2008 - 2011	-0,9	82,9	42,7	50,0
Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2010 (korrigiert)	0,8	65,5	33,7	40,0
Infrastrukturindikator (Stand: 6. Juli 2012)	0,4	12,6	6,5	5,0
Erwerbstätigenprognose (Stand: 18. Juli 2012)	0,6	33,1	17,1	5,0

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; IAB-Beschäftigten-Historik (BeH) V9.00, Nürnberg 2012; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR); Prof. Bade, Universität Dortmund; eigene Berechnung und Darstellung.

Nach Vorstellung der Ergebnisse der Modelle 6 bis 8 beim Unterausschuss der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Oktober 2012 beschlossen die Vertreter von Bund und Ländern, das Modell 8 nicht mehr zu verwenden und stattdessen eine weitere Variante berechnen zu lassen. In dieser Variante erhielt die Arbeitslosenquote ein Gewicht von 45 %, der Bruttojahreslohn 40 % und der Infrastrukturindikator sowie die Erwerbstätigenprognose je 7,5 %. Unter diesen drei Varianten entschied sich der Unterausschuss nach erneuten Modellrechnungen mit aktuellen Daten im Januar 2013 (mit der Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt von 2009 bis 2012 und einer aktualisierten Erwerbstätigenprognose) in seiner Sitzung vom Juli 2013 für das letztgenannte Abgrenzungsmodell mit den Gewichten 45 % - 40 % - 7,5 % - 7,5 %. Die **Abgrenzung des deutschen Regionalfördergebiets** orientiert sich an dem **Ranking** dieser Modellrechnung, das in Tabelle 34 aufgeführt wird und in Karte 61 dargestellt ist. Die farbliche Hervorhebung der Rangplätze bezieht sich auf die Fördergebietsbevölkerungsgrenzen für prädefinierte C-Fördergebiete (gelb), nicht prädefinierte C-Fördergebiete (hellgelb) und D-Fördergebiete (hellgrün). Die endgültige Fördergebietskarte, die Deutschland

der Europäischen Kommission zur Notifizierung und Genehmigung vorgelegt hat, unterscheidet sich geringfügig von der nachfolgenden Karte 61, weil nachträglich noch Feinabgrenzungen der Länder möglich sind. Mit diesem kleinräumigen Gebietstausch können die Länder punktuell auf besondere regionale Problemlagen reagieren.

Karte 61
Rangfolge der strukturschwachen Regionen in Deutschland



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; IAB-Beschäftigten-Historik (BeH) V9.00, Nürnberg 2012; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR); Prof. Bade, Universität Dortmund; eigene Berechnung und Darstellung.

Tabelle 34
Modellrechnungen zum Gesamtindikator

		Farbliche Kennzeichnung der Rangplätze entsprechend der Bevölkerungsplafonds: bis einschließlich 11,9% bis einschließlich 25,85% bis einschließlich 40,0% 					
Nr.	Arbeitsmarktregionen ab 2014	Fördergebiet 2007-2013	Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2009-2012 (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	Lohn pro Beschäftigten 2010 (korrigiert)	Infrastrukturindikator (BBSR) Stand: 30. September 2012	Erwerbstätigenprognose 2011-2018 (Prof. Bade) Stand: 17.01.2013	Rangplatz
Gewicht			0,45	0,40	0,075	0,075	
238	Mansfeld-Südharz	A	15,5	18.871	38,2	-4,0 %	1
240	Stendal	A	14,9	19.918	16,9	-2,7 %	2
218	Mecklenburgische Seenplatte	A	14,7	20.259	38,8	-3,6 %	3
215	Prenzlau	A	16,9	20.884	26,0	+0,9 %	4
214	Perleberg	A	14,4	19.822	16,6	-1,6 %	5
219	Nordvorpommern	A	13,9	19.198	24,5	-1,6 %	6
251	Sondershausen	A	14,0	19.678	23,7	-1,5 %	7
220	Südwestfalen-Lippe	A	14,5	20.128	48,5	-1,5 %	8
258	Altenburg	A	13,3	19.418	34,8	-2,4 %	9
236	Burgenlandkreis	A	14,1	20.959	42,0	-2,5 %	10
228	Görlitz	A	13,9	20.092	27,3	-1,4 %	11
211	Finsterwalde	A	14,1	19.278	24,7	+0,7 %	12
213	Neuruppin	A	12,9	20.602	21,3	-1,3 %	13
231	Dessau-Roßlau	A	13,1	21.910	23,8	-2,0 %	14
250	Mühlhausen	A	12,1	19.559	20,1	-0,7 %	15
241	Wittenberg	A	11,6	20.542	34,2	-2,5 %	16
235	Anhalt-Bitterfeld	A	12,7	20.932	32,8	-0,8 %	17
239	Salzlandkreis	A	12,6	20.990	47,3	-1,3 %	18
249	Nordhausen	A	11,5	20.776	20,7	-1,8 %	19
243	Gera	A	11,5	20.477	75,8	-2,5 %	20
222	Erzgebirgskreis	A	10,8	19.164	47,5	-1,3 %	21
237	Harz	A	11,2	20.851	43,6	-2,1 %	22
207	Cottbus	A	13,3	22.493	32,0	+0,2 %	23
224	Vogtlandkreis	A	10,2	20.221	43,5	-2,5 %	24
221	Chemnitz	A	12,1	22.715	79,6	-2,6 %	25
208	Frankfurt/Oder	A	11,4	21.291	47,2	-1,4 %	26
232	Halle	A	12,1	22.969	67,0	-2,3 %	27
217	Schwerin	A	10,9	21.587	41,4	-2,4 %	28
234	Salzwedel	A	10,7	19.455	14,8	+0,8 %	29
209	Eberswalde	A	10,4	20.479	52,3	-1,3 %	30
216	Rostock	A	11,8	22.069	69,6	-1,0 %	31
230	Leipzig	A	12,6	22.490	95,2	-0,2 %	32
225	Zwickau	A	10,4	20.927	58,7	-1,1 %	33
223	Mittelsachsen	A	10,0	20.835	37,4	-0,9 %	34
227	Bautzen	A	10,9	21.178	38,2	+0,3 %	35
256	Saalfeld	A	9,4	20.834	40,4	-1,5 %	36

Farbliche Kennzeichnung der Rangplätze entsprechend der Bevölkerungslafonds:
bis einschließlich 11,9%
bis einschließlich 25,85%
bis einschließlich 40,0%

Nr.	Arbeitsmarktregionen ab 2014	Fördergebiet 2007-2013	Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2009-2012 (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	Lohn pro Beschäftigten 2010 (korrigiert)	Infrastrukturindikator (BBSR) Stand: 30. September 2012	Erwerbstätigenprognose 2011-2018 (Prof. Bade) Stand: 17.01.2013	Rangplatz
Gewicht			0,45	0,40	0,075	0,075	
229	Meißen	A	10,6	22.099	75,3	-1,3 %	37
257	Pößneck	A	8,3	19.860	34,7	-1,4 %	38
233	Magdeburg	A	10,7	22.391	65,1	-0,5 %	39
242	Erfurt	A	10,8	22.778	77,3	-0,7 %	40
252	Meiningen	A	7,9	20.178	34,3	-1,3 %	41
253	Gotha	A	8,7	20.602	62,9	-0,7 %	42
245	Suhl	A	7,7	21.013	42,4	-2,4 %	43
205	Berlin	C/D	13,3	25.701	150,5	+0,4 %	44
248	Eichsfeld	A	7,9	19.503	26,8	+0,3 %	45
4	Flensburg	C/D	9,7	23.133	45,3	-0,9 %	46
254	Arnstadt	A	9,8	21.849	62,5	+0,6 %	47
246	Weimar	A	9,2	22.158	40,3	-0,4 %	48
212	Oranienburg	A	9,9	22.357	42,4	+0,7 %	49
13	Goslar	C	9,6	24.310	72,8	-1,8 %	50
16	Osterode	C	10,0	25.371	72,6	-2,4 %	51
29	Uelzen	A	8,8	21.889	20,5	+0,8 %	52
43	Bremerhaven	C	9,8	24.186	63,4	-0,6 %	53
226	Dresden	A	10,4	24.015	118,0	-0,2 %	54
247	Eisenach	A	7,9	22.105	29,1	-0,3 %	55
63	Gelsenkirchen	C/D	11,8	27.445	110,9	-0,8 %	56
50	Mönchengladbach	D	11,4	26.747	109,5	-0,6 %	57
1	Husum	C	7,4	21.602	15,7	+0,0 %	58
255	Sonneberg	A	6,2	19.621	25,5	+0,3 %	59
5	Lübeck	C/D	9,3	23.578	70,1	+0,4 %	60
35	Wilhelmshaven	C	9,0	23.318	48,7	+0,7 %	61
74	Hagen	D	10,8	27.458	89,9	-1,5 %	62
82	Eschwege	C	7,3	22.688	55,8	-1,7 %	63
2	Heide	C	8,7	23.696	24,8	+0,4 %	64
73	Dortmund	C/D	11,5	27.159	114,8	-0,2 %	65
206	Potsdam-Brandenburg	A	9,1	22.341	91,9	+1,8 %	66
210	Luckenwalde	A	8,2	22.712	61,1	+0,5 %	67
27	Soltau	D	7,5	23.184	33,1	-0,5 %	68
21	Holzminden	C	8,6	25.777	56,9	-1,6 %	69
52	Wuppertal		10,7	28.498	115,1	-1,9 %	70
23	Stadthagen	D	8,1	24.187	83,3	-0,7 %	71
31	Emden	C	8,5	24.508	24,9	+1,0 %	72
39	Leer	C	7,5	22.139	49,0	+2,3 %	73
15	Einbeck	C	7,7	24.519	56,7	-0,5 %	74
72	Bochum	D	10,0	28.028	130,1	-1,8 %	75

Farbliche Kennzeichnung der Rangplätze entsprechend der Bevölkerungslafonds:
 bis einschließlich 11,9%
 bis einschließlich 25,85%
 bis einschließlich 40,0%

Nr.	Arbeitsmarktregionen ab 2014	Fördergebiet 2007-2013	Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2009-2012 (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	Lohn pro Beschäftigten 2010 (korrigiert)	Infrastrukturindikator (BBSR) Stand: 30. September 2012	Erwerbstätigenprognose 2011-2018 (Prof. Bade) Stand: 17.01.2013	Rangplatz
	Gewicht		0,45	0,40	0,075	0,075	
113	Pirmasens	C/D	7,7	24.904	79,8	-1,3 %	76
20	Hildesheim		8,2	25.925	64,3	-1,0 %	77
14	Helmstedt	C	8,3	23.521	72,0	+1,9 %	78
24	Celle	C	8,2	25.419	27,5	+0,3 %	79
19	Hameln	C/D	8,6	25.797	60,8	-0,0 %	80
244	Jena	A	7,9	24.037	83,9	+0,4 %	81
46	Duisburg	C	10,5	28.312	118,6	-0,5 %	82
6	Kiel	D	8,2	25.516	91,7	-0,9 %	83
102	Idar-Oberstein	C/D	6,7	23.593	56,9	-0,2 %	84
25	Lüneburg	C	6,9	22.955	63,7	+1,0 %	85
166	Freyung	C	4,6	21.884	21,8	-1,1 %	86
51	Heinsberg	D	7,8	24.295	101,4	+0,9 %	87
3	ltzehoe	C/D	6,1	24.487	60,0	-1,7 %	88
42	Bremen	C	9,9	28.636	98,5	-0,2 %	89
69	Detmold	D	8,1	26.492	74,6	-0,4 %	90
67	Bielefeld	D	8,5	27.012	86,5	-0,3 %	91
48	Krefeld		11,0	31.151	120,8	-1,4 %	92
177	Hof	C	5,7	23.343	67,6	-0,7 %	93
7	Ratzeburg	D	6,4	24.002	70,3	-0,0 %	94
54	Remscheid		9,4	29.062	110,9	-1,3 %	95
33	Oldenburg	D	7,3	24.428	80,1	+1,0 %	96
118	Saarbrücken	C	8,1	26.854	87,3	-0,5 %	97
103	Cochem		4,1	21.678	26,4	-0,3 %	98
176	Marktredwitz	C	5,8	24.914	30,5	-1,3 %	99
47	Essen		11,3	31.237	134,4	-0,5 %	100
22	Nienburg	D	6,5	23.723	69,1	+0,9 %	101
12	Göttingen	C/D	7,4	25.088	91,9	+0,5 %	102
181	Kronach	C	4,8	23.754	33,5	-1,5 %	103
55	Kleve		6,0	23.402	76,3	+0,6 %	104
56	Aachen		9,1	27.788	138,9	-0,2 %	105
44	Höxter	D	6,0	24.247	61,3	-0,2 %	106
194	Bad Kissingen	D	4,6	23.124	26,3	-0,8 %	107
156	Garmisch-Partenkirchen		4,1	22.808	26,5	-1,0 %	108
175	Weiden	C/D	5,5	24.178	20,4	+0,2 %	109
89	Gießen	D	7,4	26.034	92,8	+0,0 %	110
101	Bad Kreuznach	D	6,8	25.174	80,6	+0,3 %	111
80	Korbach	D	5,7	24.680	51,2	-0,4 %	112
86	Lauterbach	D	5,7	23.930	54,7	+0,3 %	113
60	Düren		7,9	27.034	123,6	-0,5 %	114

Farbliche Kennzeichnung der Rangplätze entsprechend der Bevölkerungslafonds:
 bis einschließlich 11,9%
 bis einschließlich 25,85%
 bis einschließlich 40,0%

Nr.	Arbeitsmarktregionen ab 2014	Fördergebiet 2007-2013	Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2009-2012 (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	Lohn pro Beschäftigten 2010 (korrigiert)	Infrastrukturindikator (BBSR) Stand: 30. September 2012	Erwerbstätigenprognose 2011-2018 (Prof. Bade) Stand: 17.01.2013	Rangplatz
	Gewicht		0,45	0,40	0,075	0,075	
36	Cloppenburg	D	5,9	22.586	39,2	+3,2 %	115
49	Viersen		7,2	26.288	94,9	-0,2 %	116
167	Regen-Zwiesel	C	4,4	22.526	38,2	+0,3 %	117
109	Kaiserslautern	C	7,0	26.046	82,9	-0,0 %	118
180	Kulmbach	C	5,3	24.947	44,3	-1,0 %	119
95	Erbach		5,9	24.294	84,9	+0,1 %	120
96	Altenkirchen		5,9	25.042	40,6	+0,3 %	121
9	Braunschweig	D	7,6	27.109	103,3	-0,3 %	122
116	Merzig		5,3	25.048	66,3	-1,2 %	123
178	Bayreuth	D	5,1	24.750	41,9	-0,6 %	124
17	Hannover		8,8	28.758	113,8	+0,0 %	125
83	Schwalm-Eder	D	5,6	24.727	45,7	+0,3 %	126
98	Neuwied		6,1	26.657	51,1	-1,1 %	127
28	Stade		6,8	26.171	51,1	+0,8 %	128
70	Minden		6,7	26.333	74,9	-0,1 %	129
183	Lichtenfels	D	4,8	23.148	36,5	+1,3 %	130
26	Zeven	D	4,8	23.488	30,9	+1,1 %	131
90	Limburg		5,9	25.120	81,8	+0,1 %	132
81	Kassel	D	7,6	27.356	78,5	+0,6 %	133
30	Verden		5,9	25.372	36,7	+0,8 %	134
84	Hersfeld	D	5,8	24.776	54,8	+1,0 %	135
112	Alzey-Worms		6,2	24.534	96,9	+1,2 %	136
182	Coburg	C/D	5,5	26.262	51,6	-1,3 %	137
61	Euskirchen		6,6	25.950	94,9	+0,3 %	138
71	Paderborn		7,0	26.546	87,0	+0,6 %	139
41	Nordenham	D	7,7	28.935	64,9	-0,5 %	140
104	Simmern		4,8	24.143	37,0	+0,5 %	141
165	Passau	C/D	5,0	24.378	45,0	+0,5 %	142
32	Westerstede	D	5,2	23.095	58,0	+2,2 %	143
34	Osnabrück		5,8	24.823	70,7	+1,1 %	144
53	Schwelm		7,7	28.861	106,8	-0,6 %	145
38	Nordhorn	D	4,9	23.897	23,1	+2,0 %	146
164	Eggenfelden/Pfarrkirchen	D	3,7	23.187	24,7	+0,5 %	147
18	Sulingen		4,8	23.808	34,5	+1,7 %	148
99	Ahrweiler		4,3	23.343	60,7	+0,8 %	149
88	Wetzlar		6,4	27.383	86,1	-0,5 %	150
75	Lüdenscheid		7,5	29.124	94,7	-0,6 %	151
79	Soest		7,0	27.545	68,3	+0,9 %	152
170	Cham	C/D	3,8	23.011	47,7	+0,9 %	153

Farbliche Kennzeichnung der Rangplätze entsprechend der Bevölkerungslafonds:
 bis einschließlich 11,9%
 bis einschließlich 25,85%
 bis einschließlich 40,0%

Nr.	Arbeitsmarktregionen ab 2014	Fördergebiet 2007-2013	Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2009-2012 (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	Lohn pro Beschäftigten 2010 (korrigiert)	Infrastrukturindikator (BBSR) Stand: 30. September 2012	Erwerbstätigenprognose 2011-2018 (Prof. Bade) Stand: 17.01.2013	Rangplatz
			0,45	0,40	0,075	0,075	
		Gewicht					
87	Fulda	D	4,6	24.487	61,5	+0,3 %	154
110	Landau		4,5	23.792	55,7	+1,1 %	155
100	Koblenz		5,6	26.310	59,6	+0,1 %	156
10	Salzgitter		9,6	33.656	91,4	-1,8 %	157
97	Montabaur		4,6	24.741	42,2	+0,6 %	158
107	Daun		4,7	23.978	32,8	+1,9 %	159
106	Bernkastel-Wittlich		3,8	23.796	31,0	+0,5 %	160
186	Weißenburg-Gunzenhausen		4,0	24.326	29,8	+0,3 %	161
76	Meschede		5,7	26.693	60,5	+0,2 %	162
117	St. Wendel		4,4	25.119	57,0	-0,2 %	163
105	Trier		4,5	24.528	67,5	+0,5 %	164
150	Bad Reichenhall		3,8	23.704	47,3	+0,7 %	165
169	Straubing		4,1	24.019	47,0	+1,2 %	166
188	Neustadt/Aisch		3,0	22.917	30,9	+0,9 %	167
57	Köln		8,8	30.780	129,1	+0,2 %	168
187	Ansbach		3,6	24.290	44,5	+0,2 %	169
85	Marburg		5,4	26.398	75,0	+0,4 %	170
131	Mosbach		4,6	25.498	81,9	-0,1 %	171
168	Deggendorf		4,3	24.996	50,3	+0,7 %	172
133	Calw		4,3	25.980	61,8	-0,7 %	173
172	Schwandorf	C/D	3,9	25.065	30,0	+0,4 %	174
108	Bitburg		3,2	24.613	45,0	-0,5 %	175
62	Gummersbach		6,7	28.493	92,9	+0,4 %	176
173	Amberg	D	4,9	26.981	44,8	-0,2 %	177
144	Balingen		4,9	27.274	86,9	-1,3 %	178
192	Haßfurt	D	3,8	25.745	30,8	-0,2 %	179
203	Kempten		3,8	25.088	49,6	+0,3 %	180
93	Hanau		5,7	27.727	92,4	-0,1 %	181
66	Steinfurt		4,8	25.377	80,3	+1,5 %	182
153	Mühdorf		4,2	25.811	28,5	+1,2 %	183
193	Bad Neustadt/Saale	D	3,8	25.636	30,2	+0,6 %	184
132	Pforzheim		5,4	28.054	76,8	-0,3 %	185
202	Kaufbeuren		4,0	25.815	44,5	+0,6 %	186
77	Siegen		6,3	29.649	77,2	-0,4 %	187
142	Waldshut		3,7	25.818	73,2	-0,3 %	188
185	Nürnberg		6,1	28.844	111,5	-0,3 %	189
140	Konstanz		4,8	27.177	82,9	+0,1 %	190
198	Dillingen		3,0	25.592	32,2	-0,1 %	191
8	Hamburg		7,0	30.219	116,0	-0,0 %	192

Farbliche Kennzeichnung der Rangplätze entsprechend der Bevölkerungslafonds:
 bis einschließlich 11,9% 
 bis einschließlich 25,85% 
 bis einschließlich 40,0% 

Nr.	Arbeitsmarktregionen ab 2014	Fördergebiet 2007-2013	Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2009-2012 (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	Lohn pro Beschäftigten 2010 (korrigiert)	Infrastrukturindikator (BBSR) Stand: 30. September 2012	Erwerbstätigenprognose 2011-2018 (Prof. Bade) Stand: 17.01.2013	Rangplatz
	Gewicht		0,45	0,40	0,075	0,075	
149	Sigmaringen		4,4	26.888	52,6	+0,6 %	193
179	Bamberg		4,0	25.897	59,0	+1,1 %	194
154	Rosenheim		3,6	25.730	30,4	+1,2 %	195
190	Würzburg		4,0	26.111	93,8	+0,0 %	196
200	Augsburg		4,9	27.762	76,6	+0,2 %	197
114	Ludwigshafen		6,2	29.636	72,0	+0,3 %	198
189	Kitzingen		3,6	25.354	51,5	+1,2 %	199
64	Münster		5,3	27.658	93,6	+0,8 %	200
124	Tauberbischofsheim		3,9	26.796	55,9	+0,2 %	201
65	Borken		4,8	26.237	75,4	+2,3 %	202
119	Homburg/Saar		6,0	29.490	80,5	+0,5 %	203
161	Kelheim-Mainburg		3,3	26.085	43,6	+0,5 %	204
138	Villingen-Schwenningen		4,5	27.910	66,7	+0,0 %	205
59	Bonn		6,2	29.186	130,0	+0,5 %	206
199	Günzburg		3,4	26.735	25,1	+0,4 %	207
37	Lingen		4,1	25.779	28,7	+2,9 %	208
196	Aschaffenburg		4,0	27.420	45,3	+0,3 %	209
141	Lörrach		4,3	28.552	93,6	-1,4 %	210
162	Landshut		3,5	26.223	50,8	+0,8 %	211
151	Traunstein		3,4	26.832	32,0	+0,4 %	212
136	Offenburg		4,1	26.877	97,6	+0,2 %	213
78	Olpe		5,0	28.048	72,7	+0,9 %	214
135	Freiburg		4,5	26.580	100,1	+1,3 %	215
134	Freudenstadt		4,2	28.364	57,7	-0,6 %	216
121	Göppingen		4,9	28.635	99,9	-0,4 %	217
91	Wiesbaden		6,4	31.540	109,1	-0,7 %	218
40	Vechta		4,0	24.179	45,3	+5,2 %	219
155	Bad Tölz		3,3	26.879	57,9	+0,3 %	220
201	Memmingen		3,1	26.875	26,6	+0,7 %	221
68	Gütersloh		5,1	29.004	77,3	+0,9 %	222
174	Neumarkt		2,6	25.957	48,2	+0,9 %	223
148	Ravensburg		3,2	26.958	63,6	+0,7 %	224
45	Düsseldorf		7,7	33.738	127,4	-0,4 %	225
125	Heidenheim		5,2	31.428	71,4	-1,0 %	226
204	Lindau		3,2	27.829	28,7	+0,5 %	227
94	Darmstadt		5,6	30.379	128,1	-0,2 %	228
111	Mainz		5,2	29.678	110,1	+0,5 %	229
143	Reutlingen/Tübingen		4,2	28.464	114,9	-0,0 %	230
130	Mannheim		6,1	31.393	131,4	-0,2 %	231

Farbliche Kennzeichnung der Rangplätze entsprechend der Bevölkerungslafonds:
 bis einschließlich 11,9%
 bis einschließlich 25,85%
 bis einschließlich 40,0%

Nr.	Arbeitsmarktregionen ab 2014	Fördergebiet 2007-2013	Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt 2009-2012 (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	Lohn pro Beschäftigten 2010 (korrigiert)	Infrastrukturindikator (BBSR) Stand: 30. September 2012	Erwerbstätigenprognose 2011-2018 (Prof. Bade) Stand: 17.01.2013	Rangplatz
	Gewicht		0,45	0,40	0,075	0,075	
137	Rottweil		3,8	28.794	66,8	+0,1 %	232
191	Schweinfurt		4,3	29.582	33,9	+0,7 %	233
126	Aalen		4,4	29.861	73,0	-0,1 %	234
158	Landsberg		3,2	26.995	61,5	+2,5 %	235
123	Schwäbisch Hall		3,7	28.880	64,5	+1,2 %	236
197	Donauwörth-Nördlingen		2,6	27.757	39,3	+1,2 %	237
122	Heilbronn		4,9	30.917	79,8	+0,8 %	238
115	Germersheim		4,8	32.277	59,4	-0,5 %	239
128	Karlsruhe		4,6	30.233	132,5	+0,2 %	240
157	Weilheim		3,0	29.858	38,6	-0,4 %	241
139	Tuttlingen		3,9	30.104	66,2	+0,9 %	242
58	Leverkusen		8,2	37.190	143,1	-1,1 %	243
129	Heidelberg		4,6	31.621	129,6	-0,6 %	244
145	Ulm		3,9	30.310	95,4	+0,6 %	245
195	Lohr am Main		3,0	30.321	66,5	-0,4 %	246
127	Baden-Baden		4,4	30.875	112,5	+0,6 %	247
152	Burghausen		4,0	31.779	27,6	+0,6 %	248
171	Regensburg		4,0	30.289	84,1	+1,4 %	249
92	Frankfurt/Main		6,4	35.528	121,3	-0,4 %	250
146	Biberach		3,0	31.066	85,3	+0,7 %	251
163	Dingolfing		3,1	31.897	42,4	+0,9 %	252
120	Stuttgart		4,6	34.305	126,8	-0,6 %	253
147	Friedrichshafen		3,5	32.273	75,6	+0,9 %	254
11	Wolfsburg	D	6,0	36.314	88,8	+1,1 %	255
160	Ingolstadt		2,7	32.374	60,9	+2,4 %	256
159	München		4,3	35.561	141,4	+1,0 %	257
184	Erlangen		3,3	36.608	98,9	+2,5 %	258
	Westdeutschland		6,4	28.957	102,4	+0,1 %	
	Ostdeutschland		11,7	22.501	89,4	-0,6 %	
	Deutschland		7,4	27.712	100,0	-0,0 %	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; IAB-Beschäftigten-Historik (BeH) V9.00, Nürnberg 2012; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR); Prof. Bade, Universität Dortmund; eigene Berechnung und Darstellung.

Literatur

Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2011): Methodenhandbuch Regionale Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder; Februar 2011.

(http://aketr.de/tl_files/aketr/DATA/Downloads/Methodenhandbuch_2011.pdf) (Abruf: 28.09.2012)

Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics (2012): Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft überwindet kurze Schwächeperiode. In: IWH, Wirtschaft im Wandel; Jg. 18, Heft 3; S. 80–113.

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2011): Methodenbeschreibung; Juli 2011.

(http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/methoden.pdf) (Abruf: 09.10.2013)

Bach, Hans-Uwe; Crimmann, Andreas; Spitznagel, Eugen; Wießner, Frank (2009): Kurzarbeit: Atempause in der Krise. In: IAB-Forum Spezial; Nürnberg; S. 52–63.

Beckert, Jens (2007): Wirtschaft und Arbeit. In: Joas, Hans (Hrsg.): Lehrbuch der Soziologie. Campus Verlag, Frankfurt/Main; S. 449–480.

Binder, Jan (2007): Modellierung von Pendlerströmen und Pendlerstromänderungen über ein nichtlineares Entscheidungsmodell basierend auf dem Mastergleichungsansatz. Dissertation Universität Stuttgart. Sierke Verlag, Göttingen.

Binder, Jan; Schwengler, Barbara (2006): Korrekturverfahren zur Berechnung der Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze. IAB-Discussion Paper 4/2006; Nürnberg.

Blien, Uwe; Koller, Martin; Schiebel, Winfried (1991): Indikatoren zur Neuabgrenzung der Förderregionen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Jg. 24, Heft 1; S. 1–24.

Bogai, Dieter; Wiethölter, Doris (2009): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten – Länderstudie Berlin. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Berlin-Brandenburg 2/2009, Nürnberg.

(http://doku.iab.de/regional/BB/2009/regional_bb_0209.pdf) (Abruf: 28.09.2012)

Bongaerts, Dirk; Cörvers, Frank; Hensen, Maud (2009): The Delimitation and Coherence of Functional and Administrative Regions. In: Regional Studies; Jg. 43, Heft 1; S. 19–43.

Braakmann, Albert (2010): Zur Wachstums- und Wohlfahrtsmessung. Die Vorschläge der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und der Initiative „BIP und mehr“. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 7. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; S. 609–614.

(https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/VGR/Wohlfahrtsmessung0710.pdf?__blob=publicationFile) (Abruf: 28.09.2012).

Brehmer Wolfram; Seifert, Hartmut (2008): Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse prekär? Eine empirische Analyse sozialer Risiken. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung; Jg. 41, Heft 4; S. 501–531.

Buch, Tanja; Hamann, Silke; Niebuhr, Annetrin (2010): Qualifikationsspezifische Wanderungsbilanzen deutscher Metropolen: Stuttgart im Städtevergleich. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Baden-Württemberg 1/2010, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2012a): Dauern in der integrierten Arbeitslosenstatistik. Methodenbericht; Nürnberg; Februar 2012.

(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Arbeitsmarktstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Dauern-Integrierte-Arbeitslosenstatistik.pdf>)

(Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2012b): Dokumentation „Bezugsgröße 2012“; Nürnberg; Mai 2012.

(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Berechnung-Arbeitslosenquote/Dokumentation/Generische-Publikationen/Dokumentation-der-Bezugsgroesse-2012.pdf>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2012c): Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Zeitreihe zu Kurzarbeiter 1991 bis aktuell – Deutschland mit Ländern; Nürnberg; Mai 2012.

(http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_280978/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=17570&year_month=aktuell&year_month.GROUP=1&search=Suchen) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2012d): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland - Monatsbericht Januar 2012; Nürnberg.

(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Monatsbericht-Arbeits-Ausbildungsmarkt-Deutschland/Monatsberichte/Generische-Publikationen/Monatsbericht-201201.pdf>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2012e): Grundsicherung in Deutschland August 2012 Grundsicherung auf einen Blick; Nürnberg.

(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Berichte-Broschueren/Grundsicherung-SGBII/Generische-Publikationen/Grundsicherung-auf-einen-Blick-201208.pdf>) (Abruf: 30.08.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2011a). Hintergrundinformation Auswirkungen des Wechsels auf die neue Bezugsgröße 2011 zur Berechnung der Arbeitslosenquote; Nürnberg; Mai 2011.

(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Berechnung-Arbeitslosenquote/Bezugsgrößen/Generische-Publikationen/Dokumentation-der-erweiterten-Bezugsgroesse-2011.pdf>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2011b): Dokumentation „Bezugsgröße 2011“; Nürnberg; Mai 2011.

(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Berechnung-Arbeitslosenquote/Dokumentation/Generische-Publikationen/Dokumentation-der-Bezugsgroesse-2011.pdf>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2011c): Integrierte Arbeitslosenstatistik. Methodenbericht; Nürnberg; März 2011.

(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Arbeitsmarktstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Integrierte-Arbeitslosenstatistik.pdf>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2011d): Arbeitsmarkt 2010: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit. Jg. 58, Sondernummer 2; Nürnberg; Juni 2011.

(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Jahresbericht-Arbeitsmarkt-Deutschland/Generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-2010.pdf>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2011e): Qualitätsbericht. Statistik der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung. Version 7.0; Stand: 23.11.2011.

(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Beschaeftigung.pdf>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2010a): Arbeitsmarkt 2009. Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit; Jg. 58, Sondernummer 2; Nürnberg, Mai 2010.

(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Jahresbericht-Arbeitsmarkt-Deutschland/Generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-2009.pdf>) (Abruf: 27.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2010b): Dokumentation „Bezugsgröße 2010“; Nürnberg; Mai 2010.

(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Berechnung-Arbeitslosenquote/Dokumentation/Generische-Publikationen/Dokumentation-der-Bezugsgroesse-2010.pdf>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2009a): Arbeitsmarkt 2008. Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit; Jg. 57, Sondernummer 2; Nürnberg.
(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Jahresbericht-Arbeitsmarkt-Deutschland/Generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-2007.pdf>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2009b): Arbeitslosenstatistik: Erweiterung der Berichterstattung über Arbeitslosenquoten. Methodenbericht; Nürnberg; Januar 2009.
(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Berichterstattung-Arbeitslosenquote.pdf>)
(Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2009c): Dokumentation „Bezugsgröße 2009“; Nürnberg; Mai 2009.
(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Berechnung-Arbeitslosenquote/Dokumentation/Generische-Publikationen/Dokumentation-der-Bezugsgroesse-2009.pdf>)
(Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2008a): Arbeitsmarkt 2007. Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit; Jg. 56, Sondernummer 2; Nürnberg.
(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Jahresbericht-Arbeitsmarkt-Deutschland/Generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-2007.pdf>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2008b): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Dezember und das Jahr 2008; Nürnberg.
(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Arbeitsmarktberichte/Monatsbericht-Arbeits-Ausbildungsmarkt-Deutschland/Monatsberichte-Nav.html>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2008c): Dokumentation „Bezugsgröße 2008“; Nürnberg.
(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Berechnung-Arbeitslosenquote/Dokumentation/Generische-Publikationen/Dokumentation-der-Bezugsgroesse-2008.pdf>)
(Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2007a): Ermittlung der Bezugsgröße zur Berechnung der Arbeitslosenquoten. Dokumentation für das Jahr 2006; Stand: 25.05.2007.
(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Berechnung-Arbeitslosenquote/Dokumentation/Generische-Publikationen/Dokumentation-der-Bezugsgroesse-2006.pdf>)
(Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2007b): Ermittlung der Bezugsgröße zur Berechnung der Arbeitslosenquoten 2007; Stand: 01.06.2007.
(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Berechnung-Arbeitslosenquote/Dokumentation/Generische-Publikationen/Dokumentation-der-Bezugsgroesse-2007.pdf>)
(Abruf: 28.09.2012)

Bundesagentur für Arbeit (2005): Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Monatsbericht September 2005.
(<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Arbeitsmarktberichte/Monatsbericht-Arbeits-Ausbildungsmarkt-Deutschland/Monatsberichte-Nav.html>) (Abruf: 28.09.2012)

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012): Migrationsbericht 2010. Februar 2012. Nürnberg.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2002): Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Vom 23. Dezember 2002. Bundesgesetzblatt Jg. 2002. Teil I Nr. 87, ausgegeben zu Bonn am 30. Dezember 2002.
(http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Gesetze/zweites-gesetz-fuer-moderne-dienstleistungen-am-arbeitsmarkt-2-gesetz1.pdf;jsessionid=85A98443FBCA968952497C2302BAF3A8?_blob=publicationFile)
(Abruf: 28.09.2012)

Deutscher Bundesrat (2010): Beschluss des Bundesrates. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e). Bundesratsdrucksache 348/10 (Beschluss) vom 09.07.2010.

- Deutscher Bundestag (2010a): Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e). Bundestagsdrucksache 17/1554 vom 04.05.2010.
- Deutscher Bundestag (2010b): Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e). Bundestagsdrucksache 17/1939 vom 07.06.2010.
- Deutscher Bundestag (2010c): Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss). Bundestagsdrucksache 17/2183 vom 16.06.2010.
- Dietrich, Ingrid; Fritzsche, Birgit (2010): Arbeitskräftemobilität in Thüringen. Pendlerbericht für das Jahr 2009. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen 4/2010; Nürnberg.
- Dietz, Martin; Dittich, Laura; Stops, Michael; Walwei, Ulrich (2011): Beschäftigungssicherung durch Arbeitskräftehorten. In: Sozialer Fortschritt; Jg.60, Heft 10; S. 221–231.
- Eckey, Hans-Friedrich; Wehrt, Klaus (1984): Zum Gewichtungproblem der Förderindikatoren in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. In: Raumforschung und Raumordnung; Jg. 42, Heft 2; S. 57–65.
- Europäische Kommission (2006): Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007–2013. Brüssel. Amtsblatt der Europäischen Union C 54/08.
- Europäische Kommission (1998): Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung. Brüssel. Amtsblatt der Europäischen Union C 74/06.
- Europäische Kommission (1988): Mitteilung der Kommission über die Methode zur Anwendung von Artikel 92 Absätze 3a) und c) auf Regionalbeihilfen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 212.
- European Statistical System (2011): Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development: Final Report adopted by the European Statistical System Committee. November 2011.
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/pgp_ess/0_DOCS/estat/SpG_progress_wellbeing_report_after_ESSC_adoption_22Nov1.pdf (Abruf: 08.11.2012)
- Fritsch, Michael; Brixy, Udo (2004): The Establishment File of the German Social Insurance Statistics. Schmollers Jahrbuch; Jg. 124, Heft 1; S. 183–190.
- Fuchs, Johann; Söhnlein, Doris; Weber, Brigitte (2011): Entwicklung des Arbeitskräfteangebots in Ost und West: Die Luft am Arbeitsmarkt wird für Betriebe dünner. In: IAB-Forum; Heft 2; S. 4–9.
- Gräbe, Sylvia; Ott, Erich (2003): „...man muss alles doppelt haben“: Wochenpendler mit Zweithaushalten am Arbeitsort. LIT Verlag, Münster.
- Haag, Günther; Binder, Jan; Koller, Martin; Schwengler, Barbara (2002): Gutachten zur Überprüfung der Fördergebiete – Teil 1. IAB Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“; Stuttgart/Nürnberg.
- Haas, Anette; Hamann, Silke (2008): Pendeln - ein zunehmender Trend, vor allem bei Hochqualifizierten. Ost-West-Vergleich; IAB-Kurzbericht 6/2008, Nürnberg.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2012): Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Deutschland. Stand 08/2012; Nürnberg.
http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/massnahmen_grafik.pdf (Abruf: 06.09.2012)

- Klemmer, Paul; Bremicker, Burkhardt (1983): Abgrenzung von Fördergebieten. In: Klemmer, Paul (Hrsg.): Beiträge zur Struktur- und Konjunkturforschung, Band XX, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum.
- Klinger, Sabine; Rothe, Thomas (2010): Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in Aufschwung und Krise. In: Wirtschaftsdienst; Heft 9; S. 632–634.
- Limmer, Ruth (2005): Berufsmobilität und Familie in Deutschland. In: Zeitschrift für Familienforschung; Jg. 17, Heft 2; S. 96–113.
- Ludwig, Udo (2012): Ostdeutschland: wirtschaftlich weit zurück. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik; Jg. 92, Heft 8; S. 504.
- Minijob-Zentrale (2012): Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Quartalsbericht I/2012. Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.
(http://www.minijob-zentrale.de/DE/Service/03_service_rechte_navigation/DownloadCenter/6_Berichte_und_Statistiken/1_Quartalsberichte_d_MJZ/2012/2012_quartal_1.pdf?_blob=publicationFile&v=4) (Abruf: 12.11.2012)
- Räth, Norbert; Braakmann, Albert (2011): Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2011 für den Zeitraum 1991 bis 2010. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik. September 2011. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; S. 825–865.
- Rudolph, Helmut (2012): Durchschnittsbestände und Turnover im SGB II, Nürnberg.
- Schmitt, Christian (2012): Geburten in Ost- und Westdeutschland: Erleichtert eine hohe Risikobereitschaft die Entscheidung für ein Kind? In: DIW Wochenbericht; Heft 11; S. 18–23.
- Schwengler, Barbara; Binder, Jan (2006): Lösungsansatz zum Gewichtungproblem der Förderindikatoren beim Übergang zu einem gesamtdeutschen Modell. In: Raumforschung und Raumordnung; Jg. 64, Heft 4; S. 284–298.
- Schwengler, Barbara; Haag, Günter; Binder, Jan (2006): Neuabgrenzung des deutschen Regionalfördergebiets 2007 bis 2013. Ausgewählte Regionalindikatoren zur Überprüfung von Vorranggebieten im Rahmen der regionalen Strukturpolitik. IAB-Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“; Nürnberg/Stuttgart.
- Schwengler, Barbara; Hecht, Veronika (2011): Regionale Arbeitsmärkte im Banne der Wirtschaftskrise. In: „Informationen zur Raumentwicklung“ im Themenheft: „Regionale Auswirkungen der Wirtschaftskrise“; Heft 2; S. 121-133.
- Schwengler, Barbara; Hecht, Veronika (2010): Aufschwung und Krise wirken regional unterschiedlich; IAB-Kurzbericht 1/2010; Nürnberg.
- Schwengler, Barbara; Hecht, Veronika; Haag, Günter; Sdogou, Ekaterini; Liedl, Philipp (2011): Aktualisierung von Regionalindikatoren für die deutschen Arbeitsmarktregionen. Gutachten für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. IAB-Forschungsbericht 1/2011, Nürnberg.
- Schwengler, Barbara; Loibl, Veronika; Haag, Günter; Sdogou, Ekaterini; Liedl, Philipp (2009): Aktualisierung von Regionalindikatoren für die deutschen Arbeitsmarktregionen. Endbericht. Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“; Nürnberg.
Dieses Gutachten wurde im Jahr 2011 als IAB-Forschungsbericht 1/2011 veröffentlicht und ist online unter folgendem Link verfügbar: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2011/fb0111.pdf>

Statistisches Bundesamt Deutschland (2009): Der Mikrozensus stellt sich vor. (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Mikrozensus.html>) (Abruf: 28.09.2012)

Statistisches Bundesamt (2007): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsprodukt nach ESVG 1995 – Methoden und Grundlagen – Neufassung nach Revision 2005. Fachserie Reihe 18. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

(https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Inlandsprodukt/InlandsproduktMethodenGrundlagen2189022059004.pdf?__blob=publicationFile) (Abruf: 28.09.2012)

Steinke, Joß; Koch, Susanne; Kupka, Peter; Osiander, Christoph; Dony, Elke; Güttler, Detlef; Hesse, Claudia; Knapp, Barbara (2012): Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik. IAB-Forschungsbericht 2/2012, Nürnberg.

(<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2012/fb0212.pdf>) (Abruf: 28.09.2012)

Tetsch, Friedemann; Schütte, Gerlind; Sinz, Manfred; Hillesheim, Dieter (1988): Neuabgrenzung des Fördergebiets für die regionale Wirtschaftspolitik 1986. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Forschungen zur Raumentwicklung; Band 17; Bonn.

Thoss, Rainer; Strumann, Marita; Bölting, Horst M. (1974): Zur Eignung des Einkommensniveaus als Zielindikator der regionalen Wirtschaftspolitik. In: Ernst, Werner, Thoss, Rainer (Hrsg.): Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung; Band 15; Münster.

van der Laan, Lambert; Schalke, Richard (2001): Reality versus Policy: The Delimitation and Testing of Local Labour Market and Spatial Policy Areas. In: European Planning Studies; Heft 9; S. 201–221.

5 Anhang – Methodische Erläuterungen

5.1 Berechnung der Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote berechnet sich aus dem Verhältnis von Arbeitslosen zu abhängigen bzw. allen Erwerbspersonen. Die Bezugsgröße der „**abhängigen Erwerbspersonen**“ umfasst die Zahl der sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten, Personen in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, sog. „Ein-Euro-Jobs“ (ab 2007) sowie die Zahl der Beamten und auspendelnden Grenzarbeitnehmer.⁵⁵ Erweitert man diesen Nenner noch um den Personenkreis der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen, so handelt es sich um die erweiterte Bezugsgröße „**alle Erwerbspersonen**“. Je größer der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist, desto geringer fällt die Arbeitslosenquote aus. Dies trifft insbesondere für typische Fremdenverkehrsregionen in ländlichen Gebieten Westdeutschlands zu und kann die Arbeitslosenquote dort stärker senken als beispielsweise in westdeutschen Industriegebieten.

In Anlehnung an die Definitionen der International Labour Organisation (ILO) und der Europäischen Kommission beziehen sich die in diesem Bericht beschriebenen Arbeitslosenquoten (bis auf wenige Ausnahmen, die entsprechend gekennzeichnet sind) auf den größeren Nenner, d. h. auf die Zahl aller Erwerbspersonen. Aus diesem Grund fallen die so ermittelten Arbeitslosenquoten auch bei gleicher Arbeitslosigkeit – im Vergleich zum Nenner mit den abhängigen Erwerbspersonen – kleiner aus.

Zur Berechnung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt wird im Zähler das arithmetische Mittel der amtlichen monatlichen Arbeitslosenzahlen der Rechtskreise des SGB II und SGB III der Bundesagentur für Arbeit verwendet und im Nenner das gewichtete arithmetische Mittel von zwei Bezugsgrößen herangezogen. Die Bezugsgröße wird für die Berechnung der Arbeitslosenquoten einmal jährlich - in der Regel im Mai - aktualisiert. D. h., die monatlichen Arbeitslosenquoten von **Januar bis April** des Jahres i berechnen sich auf Basis der Bezugsgröße des Vorjahres ($i-1$) und die monatlichen Arbeitslosenquoten von **Mai bis Dezember** des Jahres i auf Basis der Bezugsgröße des Jahres i . Die jahresdurchschnittliche Bezugsgröße des Jahres i berechnet sich demzufolge bei Aktualisierung der Bezugsgröße im Mai zu $^{4/12}$ aus der Bezugsgröße des Jahres ($i-1$) und zu $^{8/12}$ aus der Bezugsgröße des Jahres i gemäß folgender Formel:

$$\text{Arbeitslosenquote}_i(\text{JD}) = \frac{\frac{1}{12} \sum_{t=\text{Januar}}^{\text{Dezember}} \text{Arbeitslose}_{ti}}{\frac{4}{12} \sum_{t=\text{Januar}}^{\text{April}} \text{Erwerbspersonen}_{t(i-1)} + \frac{8}{12} \sum_{t=\text{Mai}}^{\text{Dezember}} \text{Erwerbspersonen}_{ti}} \cdot 100 \quad (1)$$

wobei i = Jahr und t = Monat.

⁵⁵ Zu den Details der einzelnen Komponenten der Bezugsgröße und ihrer Berücksichtigung in bestimmten Jahren siehe auch den folgenden Abschnitt 5.2.

In den vergangenen Jahren wurde das Auswertungsverfahren der Statistik der Bundesagentur für Arbeit ständig verbessert, was zu mehreren Datenrevisionen führte. In der Folge wurde die Zahl der Arbeitslosen mehrfach rückwirkend ab Januar 2007 revidiert, zuletzt Ende Januar 2012. Für die Berechnung der Arbeitslosenquoten wurde auch die Datengrundlage der Zahl der Erwerbspersonen erweitert. Während bis April 2007 die Arbeitslosenquote bis auf Kreisebene für bestimmte Personengruppen, wie z. B. Frauen, Jugendliche und Ausländer, nur bezogen auf die Zahl der abhängigen Erwerbspersonen berechnet werden konnte, ist ab Mai 2007 für diese Personengruppen auch eine Differenzierung für alle zivilen Erwerbspersonen möglich (Bundesagentur für Arbeit 2009b: 5).

Die Berechnung der Arbeitslosenquoten für Arbeitsmarktregionen basiert auf den kreisscharfen Zahlen der Arbeitslosen der Monate Januar 2007 bis Dezember 2011 sowie auf der Zahl der abhängigen Erwerbspersonen und aller Erwerbspersonen von Mai 2007 bis Dezember 2011, die von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zum Gebietsstand 31. Dezember 2011 zur Verfügung gestellt wurden. Wie die vorangegangene Formel zeigt, konnten mit diesen Zahlen die jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten für die Jahre 2008 bis 2011 für beide Nenner und differenziert nach Frauen und jüngere Arbeitslose zwischen 15 und unter 25 Jahren für Kreise und Arbeitsmarktregionen berechnet werden.

Für die Berechnung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt des Jahres 2007 wurde die Zahl der Arbeitslosen nach aktuellem Gebietsstand herangezogen. Da die Zahl der Erwerbspersonen für die Monate Januar bis April 2007 noch für den Kreiszuschnitt vor den Kreisgebietsreformen in den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern vorlag, wurde hier auf die Ergebnisse des vorangegangenen Gutachtens „Aktualisierung von Regionalindikatoren für die deutschen Arbeitsmarktregionen“ aus dem Jahr 2009 zurückgegriffen. Die Zahl der Erwerbspersonen war für den Jahresdurchschnitt des Jahres 2007 schon auf den Gebietsstand nach den Kreisgebietsreformen in Sachsen-Anhalt und Sachsen umgerechnet worden (Schwengler et al. 2011: 11 f.). Eine Umrechnung der Zahl der Erwerbspersonen auf den Gebietsstand zum 31. Dezember 2011 erfolgte für die Kreise in Mecklenburg-Vorpommern mit demselben Verfahren, welches nachfolgend kurz beschrieben wird.

Da die Zahl der Beschäftigten und Arbeitslosen am Stichtag des 30.06. die größte Gruppe innerhalb der Erwerbspersonen bildet und diese beiden Größen auf Gemeindeebene vorliegen, wurden sie als Schlüsselgröße für die Umrechnung des Nenners vom „alten“ Kreiszuschnitt vor der Gebietsstandänderung zum „neuen“ Kreiszuschnitt nach der Gebietsstandänderung herangezogen. Für jede Gemeinde wurde berechnet, wie groß der Anteil der Beschäftigten und Arbeitslosen einer Gemeinde an der Gesamtzahl der Beschäftigten und Arbeitslosen des entsprechenden Kreises ist. Dieser Quotient wurde für jede Gemeinde mit der Zahl der Erwerbspersonen des jeweiligen Kreises multipliziert und so die Zahl der Erwerbspersonen in

dieser Gemeinde geschätzt. Exemplarisch für eine bestimmte Gemeinde j , die innerhalb des Kreises i liegt, wurde die Zahl der Erwerbspersonen nach der folgenden Formel geschätzt:

$$\text{Erwerbspersonen}_j = \frac{\text{Beschäftigte}_j + \text{Arbeitslose}_j}{\text{Beschäftigte}_i + \text{Arbeitslose}_i} \cdot \text{Erwerbspersonen}_i \quad (2)$$

wobei j = Gemeinde und i = Kreis.

Aus den so ermittelten jahresdurchschnittlichen Kreiswerten für die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der Erwerbspersonen konnten die Arbeitslosenquoten für Kreise und Arbeitsmarktregionen zum Gebietsstand 31. Dezember 2011 für das Jahr 2007 berechnet werden. Die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2007 bezieht sich auf alle Erwerbspersonen, die Arbeitslosenquoten für Frauen und die Gruppe der 15- bis unter 25-Jährigen konnte hingegen nur bezogen auf die Zahl der abhängigen weiblichen bzw. 15- bis unter 25-jährigen Erwerbspersonen berechnet werden. Aus diesem Grund können für diese Personengruppen die Arbeitslosenquoten (bezogen auf alle Erwerbspersonen) nur für die Jahre 2008 bis 2011 regional analysiert werden. Die Entwicklung der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit wird aber für den gesamten Fünfjahreszeitraum von 2007 bis 2011 beschrieben. Jedoch bezieht sich die Arbeitslosenquote dann auf den „kleineren“ Nenner der abhängigen Erwerbspersonen.

5.2 Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquote

Die Bezugsgröße ist eine zweckgebundene Größe, die nur zur Berechnung der Arbeitslosenquote verwendet wird. Sie wird von der Bundesagentur für Arbeit für Kreise und Agenturbezirke veröffentlicht, nicht jedoch auf Gemeindeebene, da schon für Kreise und Agenturbezirke einzelne Komponenten geschätzt werden müssen. Die nachfolgende Aufstellung gibt einen Überblick über die einzelnen Komponenten zur Berechnung der beiden Bezugsgrößen mit ihren Datenquellen und ihrer Aktualität:

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag 30.06. des Vorjahres)
+	Geringfügig Beschäftigte (Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag 30.06. des Vorjahres)
+	Personen in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag 30.06. des Vorjahres; ab Bezugsgröße 2007)
+	Beamte (ohne Soldaten) (Personalstandsstatistik des öffentlichen Dienstes; Stichtag 30.06. des Vorjahres)
+	Auspendelnde Grenzarbeitnehmer (Zulieferung von statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt Deutschland, das Statistische Amt der Schweiz und die luxemburgische Sozialversicherungsaufsicht)
<hr/>	
=	Abhängige zivile Erwerbstätige
+	Arbeitslose (Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag 30.06. des Vorjahres)
<hr/>	
=	Abhängige zivile Erwerbspersonen
+	Selbständige und mithelfende Familienangehörige (Zulieferung durch das Statistische Bundesamt: Mikrozensus)
<hr/>	
=	Alle zivilen Erwerbspersonen

Diese Nennerkomponenten stammen aus verschiedenen Datenquellen und weisen einen unterschiedlichen Zeitbezug auf:

Die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** sowie die Zahl der **geringfügig Beschäftigten** werden der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit entnommen, die alle Arbeitgeberrmeldungen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse enthält. Am 1. April 1999 wurde die Sozialversicherungspflicht auch für geringfügige Tätigkeiten eingeführt, so dass ab diesem Zeitpunkt auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten in der Beschäftigungsstatistik miterfasst und erstmals bei der Berechnung der Arbeitslosenquote des Jahres 2000 in der Nennerkomponente verwendet wird. Ab der **Bezugsgröße 2011** wurde die Zahl der geringfügig Beschäftigten um die Zahl der gleichzeitig arbeitslos gemeldeten Personen bereinigt und so nur noch die Zahl der **ausschließlich geringfügig Beschäftigten** berücksichtigt (Bundesagentur für Arbeit 2011b: 2). Da die Meldungen der Arbeitgeber zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nur mit einer gewissen Zeitverzögerung vorliegen, werden bei der Berechnung der Arbeitslosenquoten im Jahr i die Beschäftigtenzahlen vom Juni des Vorjahres ($i-1$) im Nenner verwendet.

- Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden ab dem Jahr 2005 für erwerbsfähige Hilfebedürftige zusätzliche Fördermöglichkeiten nach dem SGB II geschaffen, zu denen u. a. die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung zählen. Diese **Personen in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung** (sog. „1-Euro-Jobber“) werden in der Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit erfasst. Es handelt sich hierbei um zusätzliche

Arbeiten für erwerbsfähige Hilfebedürftige in der Grundsicherung für Arbeitslose, die im öffentlichen Interesse liegen. Die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erhalten zusätzlich zum Arbeitslosengeld II eine Entschädigung für diese Mehraufwendungen. Diese Personen sind jedoch weder in der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten noch in der Zahl der Arbeitslosen enthalten. Sie wurden erstmals in die **Bezugsgröße 2007** miteinbezogen und erhöhen diese um ca. 290.000 Personen bzw. um 0,7 Prozent. Eine frühere Berücksichtigung, d. h. in der Bezugsgröße 2006, war nicht möglich, da auf regionaler Ebene zu dem Zeitpunkt noch keine vollständigen Daten vorlagen. Erweitert wurde die **Bezugsgröße 2011** um die Zahl der Personen in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, die bei den zugelassenen kommunalen Trägern erfasst wurden (Bundesagentur für Arbeit 2011b: 3).

- Die Zahl der **Beamten** stammt aus der Personalstandsstatistik des öffentlichen Dienstes und wird auf Gemeindeebene vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt.
- Die Zahl der **auspendelnden Grenzarbeitnehmer** wurde für die **Bezugsgröße 2006** und für frühere Jahre Sonderauswertungen der Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit entnommen. Diese Daten waren geschätzt und lagen nicht für alle Regionen vor. Für die **Bezugsgröße 2007** wurde daher vollständig auf diese Komponente in der Berechnung der Bezugsgröße verzichtet, was die Bezugsgröße um 0,08 Prozent reduzierte. In der **Bezugsgröße 2008** wurden knapp 99.000 Grenzpendler berücksichtigt, weil erstmals hinreichend gesicherte Daten auf Kreis- bzw. Gemeindeebene vorlagen (Bundesagentur für Arbeit 2007a, 2007b, 2008c). Die Zahl der Grenzpendler erhöhte sich bis zur **Bezugsgröße 2012** auf 143.900 Personen (Bundesagentur für Arbeit 2012b: 3).
- Die Zahl der **Arbeitslosen** in der Bezugsgröße stammt aus der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit und bezieht sich wie die Zahl der sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten auf den 30.06. des Vorjahres.
- Die Zahl der **Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen** wird dem Mikrozensus⁵⁶ entnommen. Sie liegt nur auf Länderebene vor und muss daher über einen Verteilungsschlüssel regionalisiert werden. Bis 2006 erfolgte die Regionalisierung über eine Auswahl von Kleinbetrieben aus der Beschäftigungsstatistik. Seit 2007 wird die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen anhand der Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, geringfügig Beschäftigten und Arbeitslosen regionalisiert (Bundesagentur für Arbeit 2007b, 2008c).

⁵⁶ Der Mikrozensus ist eine jährlich in Deutschland durchgeführte repräsentative amtliche statistische Erhebung, bei der Daten zur Bevölkerungsstruktur, zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, zum Arbeitsmarkt sowie zu Wohnverhältnissen und zur Gesundheit erhoben werden. Im Rahmen des Mikrozensus wird jedes Jahr ein Prozent der Privathaushalte in Deutschland befragt. Die Haushalte werden dabei nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und in der Regel in vier aufeinanderfolgenden Jahren befragt (Statistisches Bundesamt Deutschland 2009).

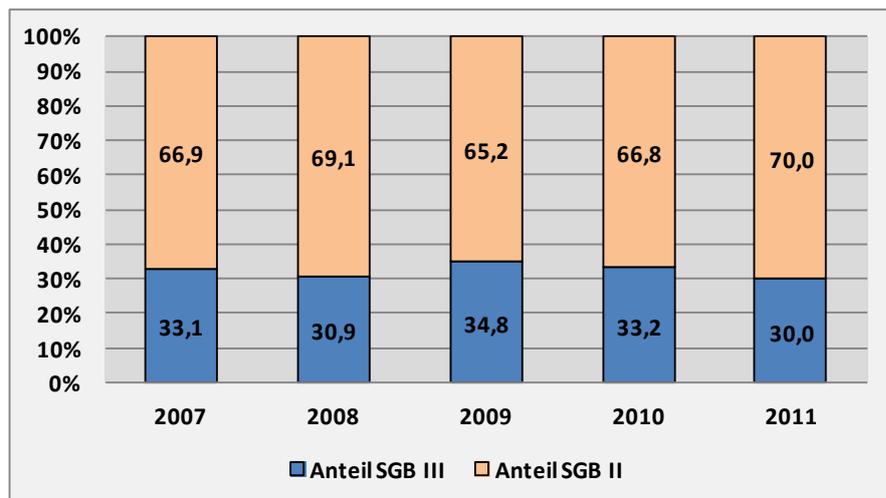
Die Arbeitslosenquote auf Basis **aller zivilen Erwerbspersonen ist seit 1994 auf Länderebene sowie seit 1997 auch auf Kreisebene und für die Bezirke der Arbeitsämter bzw. Arbeitsagenturen verfügbar**. Sie wird damit in Anlehnung an die Abgrenzung der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation und der Europäischen Kommission berechnet. Dies ist jedoch nur für die Arbeitslosen insgesamt möglich. Regionale Arbeitslosenquoten nach Geschlecht (Männer, Frauen), Altersgruppen und Nationalität (Deutsche, Ausländer) können allerdings erst seit Mai 2007 bis auf die Kreisebene auf den erweiterten Nenner **„aller Erwerbspersonen“** bezogen werden (vgl. Abschnitt 5.1).

5.3 Zuständigkeiten bei der Betreuung von Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen

Seit der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe im Jahr 2005 haben sich die Zuständigkeiten bei der Betreuung der Arbeitslosen grundlegend geändert. Seit diesem Zeitpunkt sind die Arbeitsagenturen nur noch für einen Teil (ungefähr ein Drittel) der Arbeitslosen zuständig, und zwar für Arbeitslose nach dem SGB III (vgl. Abbildung 6). Der Großteil der Arbeitslosen, d. h. rund zwei Drittel, fallen unter das SGB II und werden entweder von Kommunen in alleiniger Trägerschaft, den **Optionskommunen** bzw. **zugelassenen kommunalen Trägern (zkT)**, oder von **Arbeitsgemeinschaften**, bestehend aus Kommunen und Agenturen für Arbeit, betreut.⁵⁷ Die Arbeitsgemeinschaften, zunächst als **ARGEn** bezeichnet, wurden im Dezember 2007 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und der Gesetzgeber musste bis Ende 2010 eine verfassungskonforme Neuregelung für die gemeinsame Einrichtung finden. Die Entscheidung hierüber fiel am 17. Juni 2010 im Bundestag und der Bundesrat erteilte am 9. Juli 2010 seine Zustimmung (Deutscher Bundestag 2010a, 2010b, 2010c, Deutscher Bundesrat 2010). Seit Januar 2011 heißen die beiden für das SGB II zuständigen Einrichtungen einheitlich **„Jobcenter“** (§ 6d SGB II). Die ARGEn, bestehend aus Agentur für Arbeit und Kommune, wurden in **„Jobcenter als gemeinsame Einrichtungen (gE)“** überführt. Zu den 67 Optionskommunen kamen ab dem 1. Januar 2012 noch weitere 41 Kommunen hinzu, die in alleiniger Trägerschaft Arbeitslose des SGB II betreuen dürfen, so dass es zum aktuellen Zeitpunkt **108 „Jobcenter als zugelassene kommunale Träger (zkT)“** gibt (Bundesagentur für Arbeit 2012d: 33, 37). Früher ebenfalls existierende „Jobcenter in getrennter Trägerschaft“ sind ab Januar 2012 entfallen (Steinke et al. 2012: 11).

⁵⁷ Im August 2012 wurden beispielsweise 31 Prozent der Arbeitslosen von Agenturen für Arbeit (SGB III) betreut, 17 Prozent von Jobcentern in kommunaler Trägerschaft und 51 Prozent von Jobcentern in gemeinsamen Einrichtungen (beide SGB II) (Bundesagentur für Arbeit 2012e: 2).

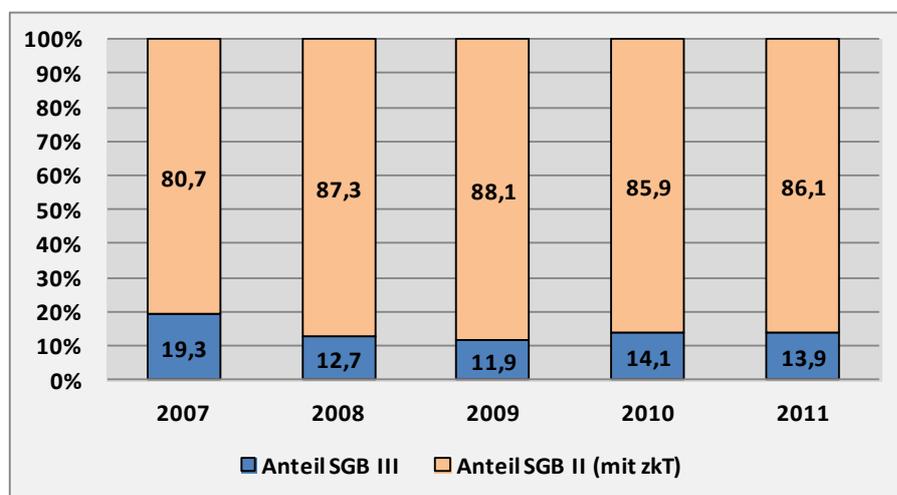
Abbildung 6
Arbeitslose nach Rechtskreisen in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslose nach Rechtskreisen, Datenstand: Januar 2012; eigene Berechnung und Darstellung.

Rund ein Drittel aller Arbeitslosen ist langzeitarbeitslos. Von diesen Langzeitarbeitslosen fällt der überwiegende Teil (86 Prozent in 2011) unter das SGB II (vgl. Abbildung 7) und wird somit von Jobcentern betreut. Mit Inkrafttreten des SGB II zum 1. Januar 2005 erfolgten die Meldungen zur Arbeitslosigkeit von den Arbeitsgemeinschaften weiter über das IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit. Für die Meldung der Optionskommunen wurden einheitliche Datenstandards vereinbart, jedoch kam es in der Anfangszeit zu unvollständigen Datenlieferungen durch das gesonderte Übermittlungsverfahren ihrer eigenen operativen Verfahren und somit zu einer Untererfassung der Zahl der Arbeitslosen. Die Bundesagentur für Arbeit hat jedoch ergänzende Schätzungen zur Zahl der Arbeitslosen in den betroffenen Kommunen vorgenommen (Bundesagentur für Arbeit 2005: 16). Eine Zuschätzung für die Zahl der Langzeitarbeitslosen war aber aufgrund einer zu geringen Zahl verwertbarer Meldungen von den zugelassenen kommunalen Trägern nicht möglich.

Abbildung 7
Langzeitarbeitslose nach Rechtskreisen in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2012a: 14); eigene Berechnung und Darstellung.

Mit der Einführung der „**integrierten Arbeitslosenstatistik**“ im März 2011 konnten die Arbeitsloskeitsperioden aus den Datenlieferungen von den „Jobcentern als gemeinsame Einrichtungen“ und den „Jobcentern als zugelassene kommunale Träger“ zu überschneidungsfreien Daten zusammengeführt werden (Bundesagentur für Arbeit 2011c: 5). Damit hat sich die Datenbasis entscheidend verbessert, was zu rückwirkenden Datenrevisionen ab Januar 2007 geführt hat. Ab Januar 2012 konnten auch die Dauern der Arbeitslosigkeit mit dieser Datenbasis vollständig abgebildet werden, d. h. auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen im SGB II in den Jobcentern der zugelassenen kommunalen Träger, und zwar ebenfalls rückwirkend ab Januar 2007 (Bundesagentur für Arbeit 2012a: 5). Da dieser Personenkreis bisher nicht mit dem IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit erfasst und ausgewiesen werden konnte, fallen die aktualisierten **Zahlen zur Langzeitarbeitslosigkeit höher und die entsprechenden Arbeitslosigkeitsdauern länger** aus als in früheren Veröffentlichungen, die sich lediglich auf die Zahlen zur Langzeitarbeitslosigkeit aus dem IT-Fachverfahren bezogen haben. Dennoch kann es in einigen wenigen Jobcentern immer noch zu Ausfällen oder unplausiblen Daten bei der Lieferung der Arbeitslosmeldungen kommen. In diesen Fällen werden Schätzungen zum Bestand und den Bewegungen der Zahl der Arbeitslosen verwendet, für die Dauer der Arbeitslosigkeit liegen jedoch keine Schätzungen vor, so dass die Langzeitarbeitslosigkeit in einigen Regionen zu bestimmten Zeitpunkten nicht vollständig erfasst wird.⁵⁸

5.4 Methodische Erläuterungen zur Berechnung der Beschäftigungsgrade am Stichtag und im Volumen

Die Berechnung der Beschäftigungsgrade am Arbeitsort und am Wohnort erfolgte in den zwei Varianten „Stichtag“ und „Volumen“, die nachfolgend näher erläutert werden. Datengrundlage für die Zahl der Beschäftigten sind die Meldungen der Arbeitgeber zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Beschäftigungsgrad „Stichtag“

Der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ berechnet sich als Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Stichtag des 30.06. eines Jahres an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, d. h. der Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. Die Beschäftigtenzahlen am „Stichtag“ stammen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, die vierteljährlich nach sechsmonatiger Wartezeit aufbereitet wird (Bundesagentur für Arbeit 2011e: 10). Die Daten werden nach dem Arbeitsortprinzip auf der Gemeindeebene erfasst. Das Datum des 30.06. wird üblicherweise verwendet, da die Mitte eines Jahres als annähernd repräsentativ für das gesamte Jahr angesehen werden kann (Fritsch/Brixy 2004: 184). Der Indikator Beschäftigungsgrad „Stichtag“ berechnet sich nach der folgenden Formel:

⁵⁸ Im Jahresdurchschnitt 2011 meldeten die zugelassenen kommunalen Träger rund 126.000 Langzeitarbeitslose. Des Weiteren gab es Schätzungen für 9.171 Arbeitslose, für die aber keine Dauern vorlagen, so dass nicht ermittelt werden konnte, wie viele dieser geschätzten Arbeitslosen langzeitarbeitslos waren (Bundesagentur für Arbeit 2012a: 14).

$$\text{Beschäftigungsgrad "Stichtag"} = \frac{\text{sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06.}}{\text{Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter}} \quad (3)$$

Da bei dieser Berechnungsgrundlage nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30.06. eines Jahres berücksichtigt werden, bildet diese Größe nicht den Jahresdurchschnitt ab. Die Zahl der Beschäftigten an diesem Stichtag kann aufgrund saisonaler Schwankungen in bestimmten Branchen, wie z. B. im Baugewerbe, dem Tourismus oder der Landwirtschaft, verzerrt sein. Zudem werden Personen, die am 30.06. keiner Beschäftigung nachgingen, systematisch ausgeschlossen, obwohl sie in anderen Zeiträumen des Jahres durchaus beschäftigt gewesen sein können. Dennoch besteht beim Beschäftigungsgrad am Stichtag die Möglichkeit, verzerrende Einflüsse in Folge von Grenz- und Fernpendlern zu beheben.

Beschäftigungsgrad „Volumen“

Die zweite Variante zur Darstellung des Beschäftigungsgrades wird auf Basis des Beschäftigungsvolumens berechnet, welches die Dauer aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse einer Region innerhalb eines Jahres wiedergibt. Datengrundlage ist hier das Jahreszeitraummaterial der Bundesagentur für Arbeit, das alle Jahresmeldungen der Arbeitgeber zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung enthält. Das Beschäftigungsvolumen ist das Produkt aus der Zahl der Beschäftigten und der durchschnittlichen jährlichen Dauer eines Beschäftigungsverhältnisses in der Region in Tagen. Diese Art, den Beschäftigungsgrad am Wohnort wiederzugeben, wurde bereits 2002 von Haag et al. angewendet und wird an dieser Stelle in modifizierter Weise zur Berechnung des Beschäftigungsgrades am Wohnort herangezogen. Dabei wird das Beschäftigungsvolumen durch die Zahl der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung einer Region dividiert. Zusätzlich wird, in Erweiterung zu Haag et al. (2002: 40), dieses Ergebnis mittels Division durch 365 auf einen Wertebereich zwischen 0 und 1 normiert,⁵⁹ was eine bessere Vergleichbarkeit der Ergebnisse ermöglicht. Die ausgewiesenen Ergebnisse des Indikators zum Beschäftigungsgrad „Volumen“ basieren demnach auf folgender Formel:

$$\text{Beschäftigungsgrad "Volumen"} = \left(\frac{\text{Beschäftigungsvolumen}}{\text{Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter}} \right) : 365 \quad (4)$$

⁵⁹ Ein Wert von „1“ bedeutet, dass jede Person im erwerbsfähigen Alter innerhalb der Region ganzjährig (also an 365 Tagen) sozialversicherungspflichtig beschäftigt war.

Mit dieser Methode werden alle Beschäftigungsverhältnisse, d. h. auch kurze Beschäftigungen, die vor oder nach dem 30.06. bestanden haben, erfasst. Da jedoch die Daten für Grenz- und Fernpendler lediglich zum Stichtag zur Verfügung stehen, müssen diese bei den Betrachtungen des Beschäftigungsgrades „Volumen“ unberücksichtigt bleiben. Ebenso nachteilig ist, dass das Beschäftigungsvolumen nicht so aktuell verfügbar ist wie die Beschäftigtenmeldungen am Stichtag. Annähernd vollständige Jahresmeldungen (99 Prozent) liegen erst 18 Monate nach Jahresende vor, d. h. zum Zeitpunkt der Berichtserstellung nur bis zum Jahr 2009. Demgegenüber kann der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort für einen längeren Untersuchungszeitraum, nämlich bis zum Jahr 2011, dargestellt werden.

Sowohl für den Beschäftigungsgrad „Stichtag“, als auch für den Beschäftigungsgrad „Volumen“ ist der Nenner durch die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zum 31.12. eines Jahres festgelegt.⁶⁰ Zur Berechnung der beiden Varianten des Beschäftigungsgrades wird daher der Jahresmittelwert aus dem Bevölkerungsstand zum 31.12. des jeweiligen Jahres und zum 31.12. des Vorjahres verwendet, um annähernd den gleichen Zeitpunkt wie bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.06. eines Jahres abzubilden.⁶¹

Die differenzierte Untersuchung des Beschäftigungsgrades nach dem Stichtags- und nach dem Beschäftigungsvolumenmerkmal bietet daher eine vorteilhafte Kombination, da jeweilige Schwächen der einzelnen Indikatoren ausgeglichen werden. Der Beschäftigungsgrad zum Stichtag 30.06. macht eine Berücksichtigung der Einflüsse von Pendlerverflechtungen möglich und der Beschäftigungsgrad mit dem Beschäftigungsvolumen verhindert die systematische Untererfassung kurzfristiger Beschäftigungsverhältnisse.

5.5 Methode zur Berechnung der Fernpendler

Als Grundlage zur Berechnung der Fernpendler dient die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 30.06. In dieser Datei sind alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ihrem Arbeitsort und Wohnort erfasst. Hieraus lässt sich eine Pendlermatrix aufbauen, die anzeigt, wie viele Beschäftigte von einem Kreis in einen anderen pendeln. Da sich die Kreise hinsichtlich ihrer Größe und

⁶⁰ Die Daten zur Bevölkerung nach Altersgruppen werden vom Statistischen Bundesamt Deutschland auf Kreisebene ausgegeben. Sie lagen zum Berechnungszeitpunkt bis zum 31.12.2010 vor. Für die Berechnung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter für die ab September 2011 neu zugeschnittenen Kreise „Mecklenburgische Seenplatte“ und „Vorpommern-Greifswald“ in Mecklenburg-Vorpommern, die sich mit den Grenzen des früheren Kreises „Demmin“ überschneiden, wurde auf Gemeindedaten zurückgegriffen. Dafür wurde uns freundlicherweise vom Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern die Zahl der Bevölkerung nach Altersgruppen für alle Gemeinden des ehemaligen Kreises „Demmin“ zur Verfügung gestellt. Grundlage dieser Daten ist die Fortschreibung des Bevölkerungsstands.

⁶¹ Bis zur Fertigstellung des Endberichts lagen die aktuellsten regionalen Zahlen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter vom Statistischen Bundesamt nur bis zum 31.12.2010 vor. Die Berechnung des Beschäftigungsgrades „Stichtag“ des Jahres 2011 beruhte daher ausschließlich auf den Zahlen der erwerbsfähigen Bevölkerung vom 31.12.2010.

$$F_m^{out}(t > 60 \text{ min}) = \sum_{n \neq m} \sum_{\substack{i \in m \\ j \in n \\ j \neq i}} F_{ij}(t_{ij} > 60 \text{ min}) \quad (7)$$

Der Fernpendleranteil berechnet sich aus der Zahl der Fernpendler in der Arbeitsmarktreion m dividiert durch die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten B_m am Wohnort in derselben Arbeitsmarktreion m gemäß:

$$\text{Fernpendleranteil} = \frac{\text{Fernpendler}}{\text{sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort}} \quad (8)$$

bzw.

$$\text{Fernpendleranteil} = \frac{F_m^{out}(t > 60 \text{ min})}{B_m} \quad (9)$$

5.6 Datengrundlage der Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

Als Datengrundlage für die Bruttolohn- und Gehaltssumme sowie die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wurde das Jahreszeitraummaterial der Bundesagentur für Arbeit herangezogen. Dieses enthält alle Jahresmeldungen der Arbeitgeber zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und wird anschließend im IAB in der Beschäftigten-Historik (BeH) aufbereitet. Erfasst werden mit dieser Datenquelle alle Beschäftigten, die kranken-, pflege-, renten- oder nach dem Recht der Arbeitsförderung versicherungspflichtig sind, also auch Auszubildende, geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie Wehrübungs- und Zivildienstleistende. Damit kann ein Großteil aller Erwerbstätigen und der von ihnen erzielten Einkommen abgebildet werden, denn der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen betrug im Jahr 2010 68,5 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2011d: 12). Personengruppen, die in dieser Datenquelle nicht erfasst werden, sind Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

Da es sich um Angaben handelt, die den gesamten Jahreszeitraum umfassen, sind auch weitere sozialversicherungspflichtige Zahlungen enthalten, wie die Entlohnung von Überstunden, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, das 13. Monatsgehalt oder Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Ebenso werden kurze und saisonale Beschäftigungsverhältnisse miterfasst, was gerade bei einer regionalen Einkommensbetrachtung von besonderer Bedeutung ist, da dadurch gewährleistet ist, dass die Beschäftigungs- und Einkommenssituation in allen Regionen nahezu vollständig dargestellt wird. Denn einerseits sind gerade in strukturschwachen Regionen viele Arbeitnehmer oftmals nicht das ganze Jahr über beschäftigt und andererseits wird in befristete-

ten oder nicht dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen durchschnittlich weniger verdient als in ganzjähriger, unbefristeter Beschäftigung (Brehmer/Seifert 2008: 512 ff.).

Für jede Beschäftigungs- und Entgeltmeldung liegen im Jahreszeitraummaterial sowohl regionale Informationen über den Firmenstandort, d. h. über den Arbeitsort, als auch über den Wohnort des Beschäftigten in anonymisierter Form vor. Damit können die Bruttolohn- und Gehaltssummen eindeutig am Wohnort bzw. Arbeitsort der Beschäftigten auf Gemeinde-, Kreis- oder Länderebene ausgewertet werden. Für die regionalen Auswertungen werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und ihre Bruttolohn- und Gehaltssummen am Arbeitsort des Hauptbeschäftigungsverhältnisses verwendet. Dieses ist für eine Person bei mehreren Beschäftigungsverhältnissen entweder das mit der längeren Dauer bzw. bei gleich langen Beschäftigungsverhältnissen das mit dem höheren Entgelt.

Das Jahreszeitraummaterial wird in verschiedenen Abständen (nach 6, 12, 18 und 36 Monaten) nach Eingang der Jahresmeldungen der Arbeitgeber erstellt. Um auf regional nahezu vollständige Meldungen zurückzugreifen, wird in der Regel das Jahreszeitraummaterial nach 36 Monaten verwendet. Da aber 18 Monate nach Jahresende bereits 99 Prozent aller Meldungen in dieser Datenquelle enthalten sind, kann auch diese Datenbasis verwendet werden, um möglichst zeitnahe Informationen nutzen zu können. Die in diesem Bericht beschriebenen Ergebnisse zu den Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung beziehen sich auf die vollständigen Meldungen nach 36 Monaten für die Jahre 2005 bis 2007. Bei den Jahren 2008 und 2009 lag zum Zeitpunkt der Berichtserstellung erst das 18-Monatsmaterial vor.

5.7 Korrekturverfahren zur Berechnung der Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze

Die Meldung der gezahlten Einkommen an die Sozialversicherungsträger durch die Arbeitgeber erfolgt nur bis zur jeweils gültigen Beitragsbemessungsgrenze zur Renten- und Arbeitslosenversicherung. Diese unterscheidet sich in ihrer Höhe um rund 10.000 Euro zwischen West- und Ostdeutschland (vgl. Tabelle 35). Alle Einkommen, die über der Beitragsbemessungsgrenze liegen, werden an der jeweils für das entsprechende Jahr gültigen Beitragsbemessungsgrenze für West- bzw. Ostdeutschland abgeschnitten. D. h. die Zahl aller Beschäftigten mit höheren Einkommen wird an der in dem jeweiligen Jahr gültigen Beitragsbemessungsgrenze kumuliert. In Abbildung 8 ist die Einkommensverteilung aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in West- und Ostdeutschland bis zu den für jeden Landesteil geltenden Beitragsbemessungsgrenzen exemplarisch für das Jahr 2009 dargestellt. An den beiden Beitragsbemessungsgrenzen ist die kumulierte Zahl der Beschäftigten als senkrechte Linie erkennbar. Erzielen Beschäftigte aus mehreren Beschäftigungsverhältnissen Gesamteinkommen, die oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen, so werden diese Gesamteinkommen in ihrer tatsächlichen Höhe er-

fasst. Diese Beschäftigten sind mit der Summe all ihrer Einkommen als schwarze Punkte rechts von der westdeutschen Beitragsbemessungsgrenze in Abbildung 8 dargestellt.

Tabelle 35

Jährliche Beitragsbemessungsgrenzen für West- und Ostdeutschland für die Jahre 2005 bis 2010 in Euro

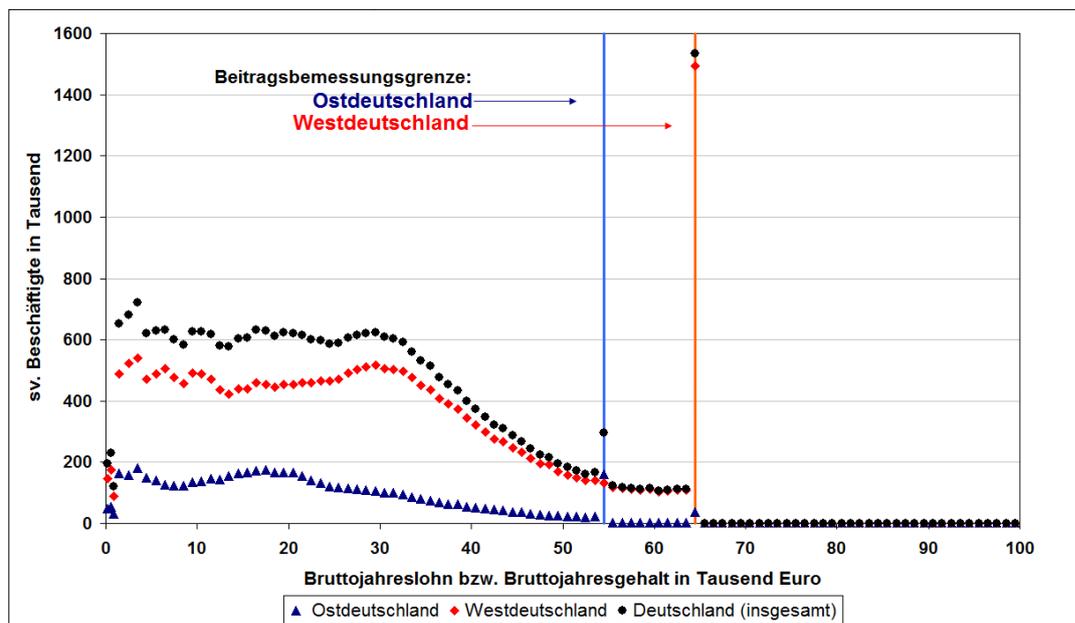
(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Westdeutschland	62.400	63.000	63.000	63.600	64.800	66.000
		(+1,0 %)	(+0,0 %)	(+1,0 %)	(+1,9 %)	(+2,8 %)
Ostdeutschland	52.800	52.800	54.600	54.000	54.600	55.800
		(+0,0 %)	(+3,4 %)	(-1,1 %)	(+1,1 %)	(+2,2 %)

Quelle: SGB VI, Sechstes Kapitel, Anlage 2 und 2a.

Abbildung 8

Einkommensverteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in West- und Ostdeutschland im Jahr 2009



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011, Darstellung: STASA.

Wie Abbildung 8 zeigt, werden die tatsächlich gezahlten Entgelte im Jahreszeitraummaterial untererfasst. Diese Unterschätzung fällt umso größer in Regionen aus, in denen viele Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze erzielt werden.

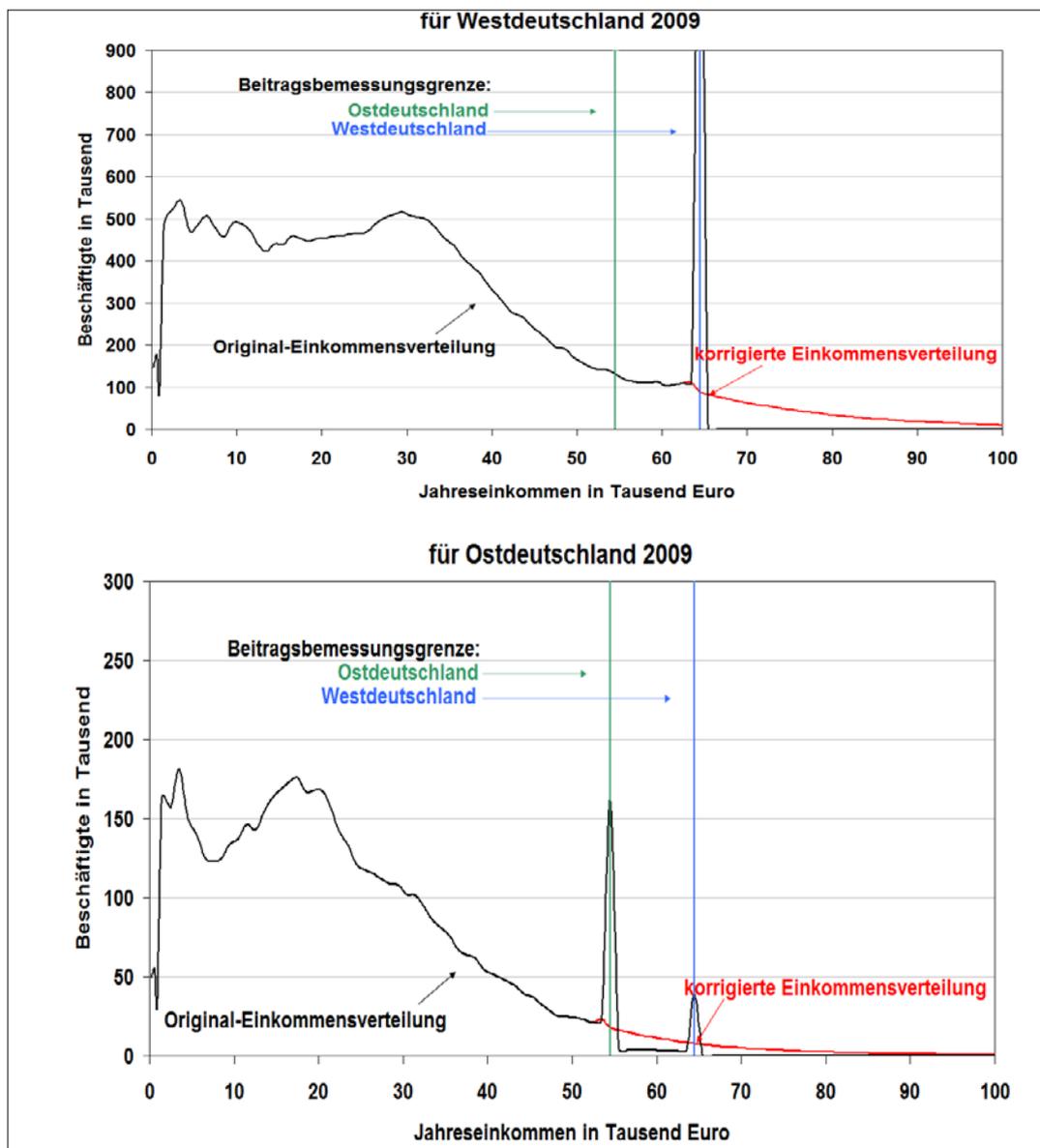
Dieser durch das Abschneideverfahren bedingte Fehler kann mit einer Zuschätzung der Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze korrigiert werden. Unberührt von der Korrektur bleiben die Verteilungskurve unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze sowie die tatsächlichen Messpunkte oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze. Es wird lediglich der Verlauf oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze geschätzt, indem die an der Beitragsbemessungsgrenze kumulierte Zahl der Beschäftigten mit einer log-Normalverteilung oberhalb dieser Grenze verteilt wird. Die Anpassung der log-Normalverteilung erfolgt über die letzten 20 Messpunkte vor der Beitragsbemessungsgrenze für jeden Kreis und getrennt für vollzeitbeschäftigte Männer und Frauen. Dieses Verfahren wird für jedes Jahr und mit der für jeden Kreis geltenden Beitragsbemessungsgrenze in West- bzw. Ostdeutschland durchgeführt. Nur so kann die regional unterschiedliche Verteilung der Einkommen adäquat berücksichtigt werden. In Regionen, in denen viele Beschäftigte ein hohes Einkommen beziehen, fällt die Lohnkorrektur folglich stärker aus. Die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Ergebnisse ergeben zusammen die Verteilung für jeden Kreis, die anschließend zu Arbeitsmarktregionen aufsummiert wird.

Dieses Korrekturverfahren wurde bereits bei der Berechnung des Einkommensindicators für die letzte Neuabgrenzung der Fördergebiete ab dem Jahr 2007 angewendet und ausführlich beschrieben (vgl. Binder/Schwengler 2006).

Die folgende Abbildung 9 zeigt die Einkommensverteilung von allen Beschäftigten, d. h. in Vollzeit und Teilzeit, sowie das Ergebnis der Lohnsummenkorrektur für West- und Ostdeutschland für das Jahr 2009.

Abbildung 9

Gemessene und korrigierte Einkommensverteilung aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in West- und Ostdeutschland



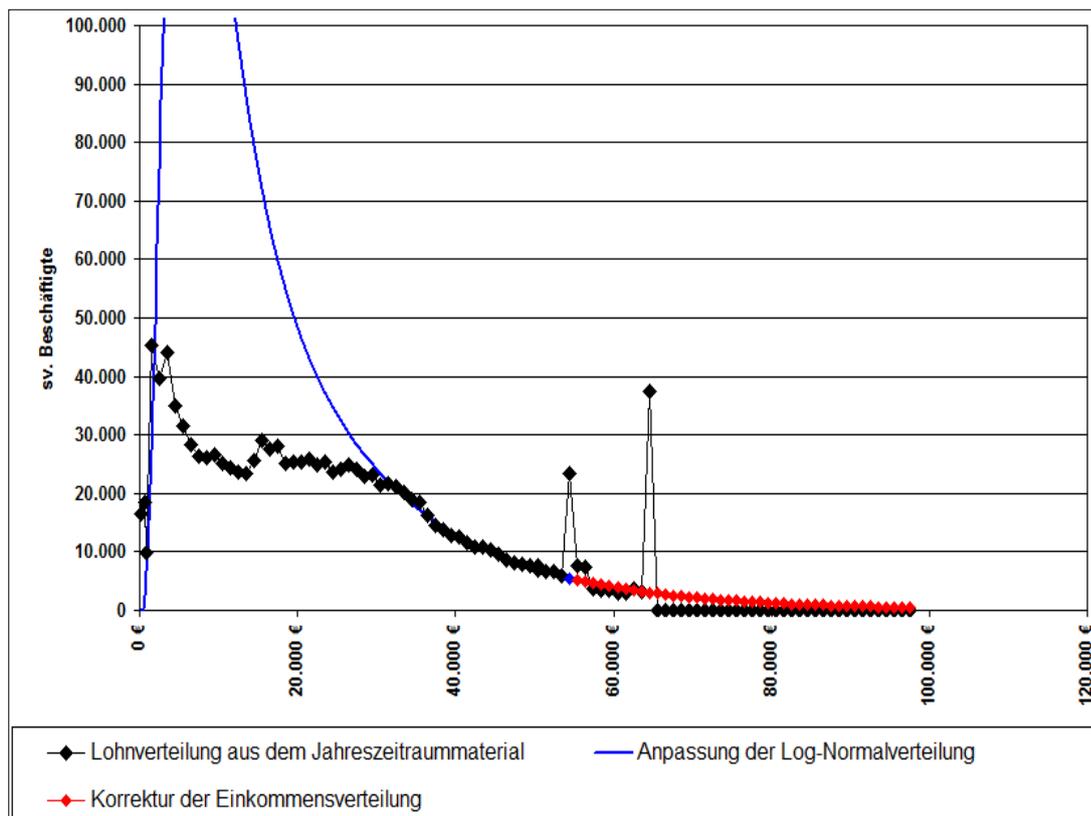
Quelle: IAB-Beschäftigten-Historik (BEH), V8.06, Nürnberg 2011, Darstellung: STASA.

Regionale Besonderheiten bei der Lohnkorrektur: Berlin

Durch die Zusammenlegung der bis dahin getrennten Kreise West-Berlin und Ost-Berlin im Jahr 2005 zum gemeinsamen Kreis Berlin, musste die Korrektur für den neuen Stadtkreis Berlin gesondert durchgeführt werden, da sich nun die Beschäftigten an zwei Beitragsbemessungsgrenzen in einem Kreis kumulieren. Die Einkommensverteilung sowie die Korrektur für den neuen Kreis Berlin für das Jahr 2009 sind in Abbildung 10 dargestellt. Die Summe aller Beschäftigten kumuliert sich an den beiden Beitragsbemessungsgrenzen in Ostdeutschland (54.600 Euro) und in Westdeutschland (64.800 Euro) (vgl. Abbildung 10). Zunächst wurden die Beschäftigten an der Beitragsbemessungsgrenze Ost mit der Log-Normalverteilung verteilt und anschließend die an der Beitragsbemessungsgrenze West kumulierten Beschäftigten, so dass die Log-Normalverteilung in ihrer Form beibehalten wurde.

Durch die Lohnkorrektur ergibt sich die in Abbildung 10 rot dargestellte Einkommensverteilung für die Beschäftigten im Hochlohnbereich. Die an die Einkommensverteilung für Berlin angepasste Log-Normalverteilung ist als blaue Linie eingezeichnet. Der Korrekturfaktor für Berlin im Jahr 2009 betrug 3,6 Prozent, d. h. 3,6 Prozent aller Beschäftigten in Berlin haben im Jahr 2009 ein Bruttoentgelt erhalten, das über der Beitragsbemessungsgrenze lag und so nur mit dem Wert an der Beitragsbemessungsgrenze erfasst war.

Abbildung 10
Anpassung der Einkommensverteilung für Berlin 2009



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.06, Nürnberg 2011, Darstellung: STASA.

5.8 Komponenten und Datenquellen des Primäreinkommens

Tabelle 36

Berechnungskomponenten des Primäreinkommens

Aggregat	Datenquelle	Rechenmethode
Betriebsüberschuss/ Selbständigeneinkommen	Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung	Übernahme der Länderdaten zum Nettobetriebsüberschuss
	Entstehungsrechnung	Schlüsselgrößen: Bruttowertschöpfung des Bereiches Wohnungsvermietung;
	Einkommensteuerstatistik	Einkünfte aus Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit
Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	Einkommensentstehungsrechnung; Bezugszahlenrechnung	Vom geleisteten Arbeitnehmerentgelt werden die Arbeitnehmerentgelte der Einpendler subtrahiert und die der Auspendler addiert (für Binnenpendler und für Auspendler)
Geleistete Vermögenseinkommen:		Schlüsselgrößen:
• geleistete Zinsen	Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank; Statistik der Bausparkassen	Kredite an wirtschaftlich selbständige und unselbständige Privatpersonen
• geleistete Pachten		Nettopachten
Empfangenes Vermögenseinkommen		
• empfangene Zinsen	Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank	Einlagen und aufgenommene Kredite von wirtschaftlich selbständigen und unselbständigen Privatpersonen
• Ausschüttungen und Gewinnentnahmen	Einkommensteuerstatistik, Umsatzsteuerstatistik	Einbehaltene Kapitalertragsteuer sowie Lieferungen und Leistungen der Personengesellschaften
• empfangene Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen	Mikrozensus	Berechnetes Volumen der Lebensversicherungen
• empfangene Pachten	Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung	Nettopachten

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2011: 46 f.⁶²

⁶² Für weitere Informationen zu den Schlüsselgrößen siehe: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2007: 45 ff. und 88 f.

5.9 Übersichtstabelle zur Datenverfügbarkeit

Tabelle 37

Übersichtstabelle zur Datenverfügbarkeit der Arbeitsmarktindikatoren

		Teil-Indikator	Quelle	Aktualisierung	Stichtag	verfügbar bis	regionale Tiefe	Anmerkungen	
Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt	Gesamt-arbeitslosigkeit	<u>Zähler</u>	Zahl der Arbeitslosen	Bundesagentur für Arbeit	monatlich	Monatsmitte	2011 (Jahresdurchschnitt)	Kreise, Gemeinden	
		<u>Nenner</u>	Zahl aller Erwerbspersonen	Bundesagentur für Arbeit	jährlich im Mai	30. Juni (des Vorjahres)	2011	Kreise	4/12 Vorjahr 8/12 aktuelles Jahr
	Frauen- und Jugend-arbeitslosigkeit	<u>Zähler</u>	Zahl der weiblichen und jugendlichen Arbeitslosen	Bundesagentur für Arbeit	monatlich	Monatsmitte	2011 (Jahresdurchschnitt)	Kreise, Gemeinden	
		<u>Nenner</u>	Zahl aller weiblichen und jugendlichen Erwerbspersonen (seit Mai 2007)	Bundesagentur für Arbeit	jährlich im Mai	30. Juni (des Vorjahres)	2011 (Jahresdurchschnitt)	Kreise	4/12 Vorjahr 8/12 aktuelles Jahr
			Zahl abhängiger weibl. und jugendl. Erwerbspersonen	Bundesagentur für Arbeit	jährlich im Mai	30. Juni (des Vorjahres)	2011	Kreise	4/12 Vorjahr 8/12 aktuelles Jahr
	Beschäftigungsgrad	Stichtag	<u>Zähler</u>	Beschäftigte am Arbeitsort oder Wohnort	Bundesagentur für Arbeit	vierteljährlich	30. Juni	2011	Gemeinden
<u>Nenner</u>			Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	Statistisches Bundesamt	jährlich	31. Dezember	2010	Gemeinden	
Volumen		<u>Zähler</u>	Beschäftigungsvolumen aus dem Jahreszeitraummaterial der BA	Bundesagentur für Arbeit	jährlich	Jahreszeitraum	2010	Gemeinden	36 bzw. 18 Monate nach Jahresende
		<u>Nenner</u>	Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	Statistisches Bundesamt	jährlich	31. Dezember	2010	Gemeinden	

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Tabelle 38

Übersichtstabelle zur Datenverfügbarkeit der Einkommensindikatoren

		Teil-Indikator	Quelle	Aktualisierung	Stichtag	verfügbar bis	regionale Tiefe	Anmerkungen
Lohn pro Beschäftigtem	<u>Zähler</u>	Bruttolohnsumme aus dem Jahreszeitraummaterial der BA	Bundesagentur für Arbeit	jährlich	Jahreszeitraum	2010	Gemeinden	36 bzw. 18 Monate nach Jahresende
	<u>Nenner</u>	Zahl der Beschäftigten aus dem Jahreszeitraummaterial der BA	Bundesagentur für Arbeit	jährlich	Jahreszeitraum	2010	Gemeinden	36 bzw. 18 Monate nach Jahresende
Bruttoinlandsprodukt	je Einwohner	<u>Zähler</u>	Bruttoinlandsprodukt	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	jährlich	Jahreszeitraum	2009	Kreise
		<u>Nenner</u>	Bevölkerung	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	jährlich	Jahresdurchschnitt	2009	Kreise
	je Erwerbstätigem	<u>Zähler</u>	Bruttoinlandsprodukt der VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	jährlich	Jahreszeitraum	2009	Kreise
		<u>Nenner</u>	Erwerbstätige	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	jährlich	Jahresdurchschnitt	2009	Kreise
Primäreinkommen je Einwohner	<u>Zähler</u>	Primäreinkommen aus der VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	jährlich	Jahreszeitraum	2009	Kreise	
	<u>Nenner</u>	Bevölkerung	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	jährlich	Jahresdurchschnitt	2009	Kreise	

Quelle: Eigene Zusammenstellung

In dieser Reihe sind zuletzt erschienen

Nr.	Autor(en)	Titel	Datum
4/2013	Hecht, V. Litzel, N. Schäffler, J.	The ReLOC project: Method report for implementing a cross-border company survey in Germany and the Czech Republic	6/13
5/2013	Bruckmeier, K. Pauser, J. Walwei, U. Wiemers, J.	Simulationsrechnungen zum Ausmaß der Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung: Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Abgrenzung und Struktur von Referenzgruppen für die Ermittlung von Regelbedarfen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008	7/13
6/2013	Kubis, A. Müller, A. Rebien, M. Szameitat, J. Woitschig, Ch.	Expertenbefragung zu Abbrüchen beider Personalsuche in der IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots	7/13
7/2013	Boockmann, B. Osiander, Ch. Stops, M. Verbeek, H.	Effekte von Vermittlerhandeln und Vermittlerstrategien im SGB II und SGB III (Pilotstudie): Abschlussbericht an das IAB durch das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V. (IAW), Tübingen	8/2013
8/2013	Achatz, J. Hirseland, A. Lietzmann, T. Zabel, C.	Alleinerziehende Mütter im Bereich des SGB II: Eine Synopse empirischer Befunde aus der IAB-Forschung	8/2013
9/2013	Diener, K. Götz, S. Schreyer, F. Stephan, G.	Beruflicher Wiedereinstieg von Frauen nach familienbedingter Erwerbsunterbrechung: Befunde der Evaluation des ESF-Programms „Perspektive Wiedereinstieg“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	9/2013
10/2013	Fuchs, J. Söhnlein, D.	Projektion der Erwerbsbevölkerung bis zum Jahr 2060	10/2013
11/2013	Dauth, W. Dorner, M. Blien, U.	Neukonzeption der Typisierung im SGB-II-Bereich: Vorgehensweise und Ergebnisse	10/2013
12/2013	Schubert, M. Parthier, K. Kupka, P. Krüger, U. Holke, J. Fuchs, Ph.	Menschen mit psychischen Störungen im SGB II	10/2013

Stand: 12.11.2013

Eine vollständige Liste aller erschienenen IAB-Forschungsberichte finden Sie unter

<http://www.iab.de/de/publikationen/forschungsbericht.aspx>

Impressum

IAB-Forschungsbericht 13/2013

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Str. 104
90478 Nürnberg

Redaktion

Regina Stoll, Jutta Palm-Nowak

Technische Herstellung

Gertrud Steele

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise -
nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Website

<http://www.iab.de>

Bezugsmöglichkeit

<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2013/fb1313.pdf>

ISSN 2195-2655

Rückfragen zum Inhalt an:

Barbara Schwengler
Telefon 0911.179 3029
E-Mail barbara.schwengler@iab.de